

Stand: 19.05.2024 02:34:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/10799

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/10799 vom 12.01.2012
2. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 02.02.2012
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/11875 des HA vom 15.03.2012
4. Beschluss des Plenums 16/12000 vom 27.03.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 27.03.2012
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 05.04.2012

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)**

A) Problem

Im Rahmen der Aufstellung des Nachtragshaushalts 2012 ist die Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs zu überprüfen und ist das Finanzausgleichsgesetz anzupassen. Änderungsbedarf besteht in folgenden Punkten:

- Die kommunale Finanzkraft soll durch einen höheren Anteil am allgemeinen Steuerverbund und einer an den anstehenden Herausforderungen ausgerichteten Verteilung der verfügbaren Mittel gestärkt werden.
- Der Bund leistet an die Länder einen finanziellen Ausgleich für die mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 verbundenen Einkommensteuermindereinnahmen von Ländern und Gemeinden über einen Umsatzsteuerfestbetrag.
- Der in einigen Landesteilen zu verzeichnende Bevölkerungsrückgang stellt die davon betroffenen Gemeinden und Landkreise vor besondere Herausforderungen. Um diese Kommunen bei der Umstellung auf den geänderten Aufgabenumfang zu unterstützen, wurde 2006 im Rahmen der Schlüsselzuweisungen der so genannte Demografiefaktor eingeführt. Der Bedarf der Gemeinden mit Einwohnerrückgang wird dabei nicht nach der aktuellen Einwohnerzahl, sondern nach dem höheren Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre bemessen. Das Problem der Bevölkerungsrückgänge, die einen erheblichen Umfang annehmen können, erfordert, wie die Beratungen im Kabinettsausschuss zur Bewältigung des demografischen Wandels in Bayern und zur Unterstützung der Regionen ergeben haben, eine Verstärkung der Unterstützung der betroffenen Kommunen in mehreren Bereichen, u. a. im kommunalen Finanzausgleich.
- Die teilweise Einbeziehung der Grunderwerbsteuerüberlassungsbeträge in die Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen ist in Anbetracht der sehr hohen Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs auf Landkreisebene zu überprüfen.
- Das Statistische Bundesamt hat in dem Statistischen Bericht „Finanzen und Steuern, Schulden der öffentlichen Haushalte“ (Fachserie 14 Reihe 5), ab dem Jahr 2010 den Begriff „Kreditmarktschulden“ durch den neuen Begriff „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ ersetzt.

B) Lösung***I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen***

Die Untersuchung der Finanzentwicklung des Staates und der Kommunen im Zehnjahresvergleich ergibt für die Gemeinden und Gemeindeverbände eine im Vergleich zum Staatshaushalt günstigere Ausgangslage. Auch stand den Gemeinden trotz eines Rückgangs noch immer ein beachtlicher Teil ihrer Mittel für freiwillige Aufgaben zur Verfügung (freie Spitze). Der Ausblick auf das Jahr 2012 lässt für die Kommunen weitere Verbesserungen bei den Steuereinnahmen erwarten. Allerdings sind auch steigende Sozialausgaben zu befürchten. Für den Staat zeichnen sich weiterhin hohe Belastungen durch den Länderfinanzausgleich und programmatische Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Bildung, Energie/Klima und Demografie ab.

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2012 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden erörtert (Art. 23 Abs. 1 FAG). Bei Würdigung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, der Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und des Ausblicks auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2012 besteht in der Gesamtschau kein Verteilungsdefizit zu Lasten der Kommunen. Gleichwohl sind im kommunalen Finanzausgleich 2012 weitere finanzielle und strukturelle Verbesserungen zugunsten der Kommunen mit einem deutlichen Akzent auf strukturschwachen Kommunen und einer Stärkung der kommunalen Investitionskraft vorgesehen.

II. Notwendige Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes

- Der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund wird angehoben.
- Die Gemeinden sind entsprechend ihrem Anteil an der Einkommensteuer an der Kompensation des Bundes für die mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 verbundenen Steuermindereinnahmen zu beteiligen.
- Der Demografiefaktor bei der Berechnung der Gemeinde- und Landkreisschlüsselzuweisungen wird auf zehn Jahre ausgeweitet. Außerdem wird der Demografiefaktor bei den Landkreisschlüsselzuweisungen auf diejenigen Landkreise konzentriert, die in diesem Zeitraum selbst einen Einwohnerrückgang aufweisen (bisher genügten Rückgänge bei einzelnen Landkreisgemeinden).
- Die Grunderwerbsteuerüberlassungsbeträge der Landkreise werden bei der Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen nicht mehr berücksichtigt.
- Der nach der Umlagekraft gestaffelte Mindestbetrag bei der Investitionspauschale wird zur stärkeren Unterstützung kleiner und darunter besonders der strukturschwachen Gemeinden angehoben. Für Kommunen mit erheblichem Einwohnerrückgang wird bei der Berechnung der Investitionspauschalen ein „vorausschauender“ Demografiezuschlag eingeführt. Dieser trägt dem Vorsorgeprinzip Rechnung.
- Entsprechend den Schwerpunktsetzungen im kommunalen Finanzausgleich 2012 sind die Entnahmen aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund zugunsten der Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen, der Ortsumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast und der Zuweisungen an die Bezirke anzupassen.

- Die Darstellung der Finanzentwicklung des Staates sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände ist auf den geänderten Schuldenbegriff des Statistischen Berichts Finanzen und Steuern, Schulden der öffentlichen Haushalte (Fachserie 14 Reihe 5) umzustellen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat und Kommunen

Die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich steigen im Jahr 2012 gegenüber 2011 um 388,0 Mio. € (5,6 %) auf 7.257,2 Mio. €.

Die reinen Landesleistungen wachsen 2012 gegenüber 2011 um 412,9 Mio. € (6,5 %) auf 6.786,5 Mio. € an.

2. Bürger und Wirtschaft

Bürger und Wirtschaft sind durch dieses Gesetz nicht unmittelbar betroffen.

Informationspflichten für Unternehmen werden nicht begründet.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)

§ 1

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2010 (GVBl S. 258, BayRS 605–1–F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 14. April 2011 (GVBl S. 181), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „12,2“ durch die Zahl „12,5“ ersetzt.
2. In Art. 1b Satz 1 werden nach dem Wort „Umsatzsteuer“ die Worte „und als Ausgleich für die durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 bewirkten Steuermindereinnahmen 26,08 v.H. des nach Art. 13 des Steuervereinfachungsgesetzes 2011 vom 1. November 2011 (BGBl I S. 2131) erhöhten Landesanteils an der Umsatzsteuer“ eingefügt.
3. In Art. 3 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.
4. Art. 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Im einleitenden Satzteil des Abs. 2 werden die Worte „hierbei wird als Einwohnerzahl die Summe der nach Art. 3 Abs. 1 und 2 maßgeblichen Einwohnerzahlen, jedoch ohne Zurechnungen, der Gemeinden im Landkreis angesetzt und wird die Summe der nach Art. 3 Abs. 1 und 2 maßgeblichen Teile der Zahlen der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger der Gemeinden im Landkreis zugerechnet“ durch die Worte „hierbei werden drei Viertel der Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger im Landkreis der Einwohnerzahl des Landkreises zugerechnet“ ersetzt.
 - b) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) Art. 3 Abs. 2 gilt entsprechend.“
 - c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4; die Worte „und 50 v.H. des Kommunalanteils an der Grunderwerbsteuer nach Art. 8, der dem Landkreis im vorvorhergehenden Jahr zugeflossen ist“ werden gestrichen.
 - d) Die bisherigen Abs. 4 und 5 werden Abs. 5 und 6.

5. Art. 12 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird folgender neuer Satz 4 eingefügt:

„⁴Bei einem zu erwartenden erheblichen Bevölkerungsrückgang erhalten Gemeinden und Landkreise einen Zuschlag nach Abs. 4 auf die Investitionspauschale (Demografiezuschlag).“
 - bb) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.
- b) In Abs. 3 Satz 1 wird der Betrag „26 000 €“ durch den Betrag „68 000 €“ ersetzt.
- c) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Einen Demografiezuschlag erhalten Gemeinden und Landkreise, deren nach der Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung zu erwartende Einwohnerzahl am 31. Dezember des zehnten auf den maßgebenden Stichtag folgenden Jahres die Einwohnerzahl um mindestens 5 v.H. unterschreitet. ²Der Demografiezuschlag ergibt sich aus der Investitionspauschale nach Abs. 2 und 3, vervielfacht mit dem positiven Prozentwert des voraussichtlichen Bevölkerungsrückgangs der Gemeinde bzw. des Landkreises nach Satz 1.“

6. Art. 13e wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird der Betrag „121 250 000 €“ durch den Betrag „101 250 000 €“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird der Betrag „25 000 000 €“ durch den Betrag „20 000 000 €“ ersetzt.
7. In Art. 13f Satz 1 wird der Betrag „17 900 000 €“ durch den Betrag „27 900 000 €“ ersetzt.
 8. In Art. 13h wird der Betrag „256 000 000 €“ durch den Betrag „266 000 000 €“ ersetzt.
 9. In Art. 24 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 wird das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

§ 2

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBl S. 418, BayRS 605–10–F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 14. April 2011 (GVBl S. 181), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 2 werden das Wort „fünf“ jeweils durch das Wort „zehn“ und das Wort „Fünftel“ durch das Wort „Zehntel“ ersetzt.

2. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Abs. 1 eingefügt:

„(1) ¹Für die kreisangehörigen Gemeinden werden die zu erwartenden Einwohnerzahlen dem ‚Demographie-Spiegel für Bayern‘ des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung entnommen. ²Für die Landkreise und kreisfreien Gemeinden werden die zu erwartenden Einwohnerzahlen der ‚Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern‘ des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung entnommen. ³Maßgebend sind jeweils die zum Zeitpunkt der Berechnung der Investitionspauschalen letzt verfügbaren Prognosen.“

b) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 2.

3. § 19 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 5 werden die Worte „Kreditmarktschulden im Kernhaushalt“ durch die Worte „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite“ ersetzt.
- b) In Nr. 6 wird das Wort „Kreditmarktschulden“ durch die Worte „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite“ ersetzt.

§ 3

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2012 in Kraft.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz neu bekannt zu machen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Begründung:**A. Allgemein****I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen**

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2012 basiert auf folgenden Daten und Abwägungsgründen:

**1. Ist-Entwicklung der Steuereinnahmen im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum
(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 1 FAGDV 2002)**

Nach dem konjunkturbedingten Einbruch der Steuereinnahmen im Jahr 2009 zeigte sich bereits im Jahr 2010 wieder eine leichte Erholung. Dabei ergab sich für die Kommunen (1,7 %) ein relativ höherer Zuwachs als für den Staat (0,2 %). Insgesamt stellt sich im Zehnjahreszeitraum, ausgehend vom Jahr 2001, die Entwicklung bei den Kommunen mit einem Zuwachs von 34,8 % deutlich günstiger dar als beim Staat, der nur ein Plus von 21,5 % (vor LFA¹, nach LFA 17,3 %) verzeichnen konnte.

Tabelle 1: Zuwachs der Steuereinnahmen von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		vor LFA	nach LFA
Steuereinnahmewachstum von 2001 bis 2010	3.152 Mio. €	5.512 Mio. €	4.054 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2001 bis 2010	34,8 %	21,5 %	17,3 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2
(bis 2006 Tabelle 4.1.2, ab 2007 Tabelle 6.1.2)

¹ Länderfinanzausgleich

2. Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum**2.1 Einnahmen**

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 2 FAGDV 2002)

Der Staat erzielte im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2009 einen Einnahmewachstum von 3,1 %. Dieser liegt unter dem entsprechenden Wachstum der kommunalen Einnahmen von 3,9 %. Ohne den Sondertatbestand der Gewinnabführung eines kommunalen Unternehmens in Milliardenhöhe im Jahr 2009 wäre die Steigerungsrate der kommunalen Einnahmen weit höher.

Über den Zehnjahreszeitraum von 2001 bis 2010 gesehen erzielte der Staat einen Einnahmewachstum von 25,4 %. Der Einnahmewachstum der Kommunen im gleichen Zeitraum übertraf mit 30,5 % diesen Wert.

Tabelle 2: Einnahmewachstum von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Einnahmewachstum von 2001 bis 2010	7.007 Mio. €	8.215 Mio. €
prozentualer Wachstum von 2001 bis 2010	30,5 %	25,4 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2 (bis 2006 Tabelle 4.1.2, ab 2007 Tabelle 6.1.2)

2.2 Ausgaben

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 3 FAGDV 2002)

Die Ausgaben der Kommunen sind im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 4,5 % gestiegen. Der Anstieg wäre ohne den Sonderumstand einer Kapitaleinlage einer Kommune bei einem kommunalen Unternehmen in Milliardenhöhe im Jahr 2009 weit höher ausgefallen. Die Staatsausgaben, die in den Jahren 2008 und 2009 aufgrund der Maßnahmen zur Stabilisierung der Bayerischen Landesbank (BayernLB) einen hohen Zuwachs aufwiesen, sind im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2009 um 11,7 % gesunken. Im Vergleich zum Jahr 2007 beträgt der Anstieg der Staatsausgaben 2010 16,7 %. Die Kommunalausgaben sind im gleichen Zeitraum um 18,5 % gestiegen.

Im Zehnjahreszeitraum von 2001 bis 2010 sind die Ausgaben des Staates mit einem Zuwachs von 26,0 % relativ geringer gestiegen als die Ausgaben der Kommunen mit einem Zuwachs von 28,2 %.

Tabelle 3: Ausgabenzuwachs von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Ausgabenzuwachs von 2001 bis 2010	6.665 Mio. €	8.644 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2001 bis 2010	28,2 %	26,0 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts,
Fachserie 14, Reihe 2 (bis 2006 Tabelle 4.1.1, ab 2007 Tabelle 6.1.1)

2.3 Vergleich des Einnahmen- und Ausgabenwachstums im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum

Im Zehnjahreszeitraum von 2001 bis 2010 übertraf bei den Kommunen der Einnahmewachstum mit 30,5 % den Anstieg der Ausgaben, der bei 28,2 % liegt. Beim Staat blieb im gleichen Zeitraum der Anstieg der Einnahmen mit 25,4 % hinter dem Ausgabenanstieg in Höhe von 26,0 % zurück.

3. Entwicklung der Finanzierungssalden im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 4 FAGDV 2002)

Nach 2009 erwirtschafteten die Kommunen nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik 2010 erneut ein Finanzierungsdefizit. Dieses stieg von 161 Mio. € auf 340 Mio. €. Der Staat konnte seinen negativen Finanzierungssaldo von 8.070 Mio. € im Jahr 2009 (davon bedingt durch Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: 7.000 Mio. €) auf 1.322 Mio. € im Jahr 2010 senken.

In der Zehnjahresbetrachtung von 2001 bis 2010 ergibt sich für die Kommunen ein Überschuss von 2.611 Mio. €. Für den Staat, der im Zehnjahreszeitraum 2001 bis 2010 nur zwei Mal einen Finanzierungsüberschuss erzielen konnte, ergibt sich ein negativer Gesamtsaldo von 14.821 Mio. € (davon bedingt durch Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: 10.000 Mio. €).

Tabelle 4: Summe der Finanzierungssalden von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Finanzierungssalden von 2001 bis 2010	2.611 Mio. €	-14.821 Mio. €

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2 (bis 2006 Tabelle 4.1.3, ab 2007 Tabelle 6.1.3)

4. Entwicklung der Verschuldung im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum

Für den Vergleich der finanziellen Ausgangslage von Staat und Kommunen wurden bis einschließlich 2009 die Kreditmarktschulden des Staates und der Kommunen aus dem Statistischen Bericht Finanzen und Steuern, Schulden der öffentlichen Haushalte (Fachserie 14, Reihe 5) herangezogen (siehe auch die Entwürfe zu den Finanzausgleichsänderungsgesetzen der letzten Jahre). Ab dem Jahr 2010 wird in diesem Bericht der Begriff „Kreditmarktschulden“ durch den Begriff „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ ersetzt. Daher ist ab dem Jahr 2010 auf diese Abgrenzung umzustellen. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Kreditmarktschulden bis 2009 sind die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich um die Kassenkredite zu bereinigen.

4.1 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 5 FAGDV 2002)

Die Grafik gibt für die Kommunen nur die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt. Danach sind die Schulden der Kommunen am Stichtag 31. Dezember 2010 gegenüber dem Stichtag 31. Dezember 2009 um 2,1 % niedriger. Beim Staat liegt die kassenmäßige Verschuldung am Stichtag 31. Dezember 2010 um 5,7 % über dem Vorjahreswert. Von den statistisch erfassten Schulden des Staates entfallen allein 10 Mrd. €, die in den Jahren 2008 bis 2010 im Kernhaushalt entstanden sind, auf den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB.

Für eine Beurteilung der Verschuldung des Staates ist auf die haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung abzustellen. Die haushaltsmäßige Verschuldung beinhaltet im Gegensatz zur kassenmäßigen Verschuldung aufgeschobene Anschlussfinanzierungen gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes sowie bestimmte Kreditmarktschulden, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Danach ergibt sich ab dem Jahr 2008 folgendes Bild:

Tabelle 5: Haushaltsmäßige Schulden des Staates

Jahr	Kassenmäßige Schulden (Fachserie 14, Reihe 5)	Anschluss- finanzierung gem. Art. 8 HG aufgeschoben	Kredite für den Stabi-Fonds	ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kre- ditmarktschulden	Haushaltsmäßige Kreditmarktschul- den
2008	22.117 Mio. €	1.956 Mio. €	8.493 Mio. €		32.565 Mio. €
2009	27.567 Mio. €	3.459 Mio. €	1.539 Mio. €		32.565 Mio. €
2010	29.146 Mio. €	3.307 Mio. €	0 Mio. €	113 Mio. €	32.565 Mio. €

Im Zehnjahreszeitraum von 2001 bis 2010 fiel der Zuwachs der in Grafik 5 betrachteten Schulden zum Stand 31. Dezember bei den Kommunen mit 2,7 % deutlich niedriger aus als der Schuldenzuwachs beim Staat mit 60,5 % (bei haushaltsmäßiger Betrachtung 79,3 %).

Tabelle 6: Zunahme der Schulden von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Zunahme der Schulden von 2001 bis 2010	338 Mio. €	10.982 Mio. €	14.401 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2001 bis 2010	2,7 %	60,5 %	79,3 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 5 (bis 2009 Tabelle 4.1, ab 2010 Tabelle 5.1)

4.2 Schulden der Kernhaushalte in Relation zu den Gesamtausgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 6 FAGDV 2002)

Im Zehnjahresvergleich von 2001 bis 2010 ist das Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben bei den Kommunen von 52,7 % auf 42,2 % gesunken. Beim Staat ist die kassenmäßige Verschuldungsquote von 54,7 % auf 69,6 % gestiegen. Berücksichtigt man die haushaltsmäßigen Schulden des Staates (vgl. Nr. 4.1), dann ergibt sich ein Anstieg von 54,7 % auf 77,8 %.

Tabelle 7: Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Quote 2001	52,7 %	54,7 %	54,7 %
Quote 2010	42,2 %	69,6 %	77,8 %
Prozentuale Veränderung	-19,9 %	27,3 %	42,3 %

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihen 2 und 5

**5. Entwicklung der Investitionsquoten im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum
(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 7 FAGDV 2002)**

Die Investitionsquote der Kommunen sank von 25,3 % im Jahr 2009 auf 23,4 % im Jahr 2010. Der Rückgang beruht auf dem Sondertatbestand der Kapitaleinlage bei einem kommunalen Unternehmen in Milliardenhöhe, der im Jahr 2009 die Investitionsquote entsprechend erhöht hatte. Ohne diesen Sonderumstand wäre die kommunale Investitionsquote 2010 gegenüber 2009 gestiegen. Die Investitionsquote des Staates sank im gleichen Zeitraum von 24,9 % auf 12,5 %. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass der Staat in den Jahren 2008 und 2009 Maßnahmen zur Stabilisierung der Bayerischen Landesbank erbracht hatte. Ohne die Maßnahmen zur Stabilisierung der Bayerischen Landesbank läge die staatliche Quote 2009 bei 11,9 % und damit unter der Quote 2010.

Im Zehnjahresvergleich von 2001 bis 2010 sind die Investitionsquoten der Kommunen mit -13,6 % und des Staates mit -13,9 % in etwa der gleichen Relation gesunken.

Tabelle 8: Vergleich der Investitionsquoten von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Investitionsquote 2001	27,1 %	14,5 %
Investitionsquote 2010	23,4 %	12,5 %
Prozentuale Veränderung	-13,6 %	-13,9 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 14, Reihe 2 (bis 2006 Tabelle 4.1.1, ab 2007 Tabelle 6.1.1); Verhältnis Investitionsausgaben (Kapitalrechnung ohne Schuldentilgung) zu bereinigten Ausgaben.

6. Entwicklung der Ausgaben des Staates und staatliche Leistungen an die Kommunen im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 8 FAGDV 2002)

Ein beachtlicher Teil der Gesamtausgaben des Staates entfällt auf Abführungen und Zuweisungen an andere Gebietskörperschaften. Dazu gehören die Leistungen an die Kommunen innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. Im Zehnjahresvergleich von 2002 bis 2011 sind die Leistungen an die Kommunen mit 28,9 % deutlich stärker gestiegen als die Gesamtausgaben, die um 24,0 % gewachsen sind.

Tabelle 9: Ausgabenzuwachs des Staates insgesamt im Vergleich zur Entwicklung der Gesamtleistungen des Staates an die Kommunen (Haushaltssoll)

	Staatsausgaben	Leistungen an die Kommunen
Zuwachs von 2002 bis 2011	8.196 Mio. €	2.192 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2002 bis 2011	24,0 %	28,9 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Haushaltsplänen des Freistaates Bayern

7. Entwicklung der verfügbaren Mittel der Gemeinden für freiwillige Aufgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 2 FAG, § 20 FAGDV 2002)

Der den Gemeinden zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben verbleibende Gesamtbetrag ist von 23,6 % der Gesamteinnahmen im Jahr 2008 auf 19,8 % der Gesamteinnahmen im Jahr 2009 gesunken. Dies war zu erwarten, da auch die Steuereinnahmen 2009 gegenüber dem Vorjahr rückläufig waren. Der Anteil der für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamteinnahmen liegt im Jahr 2009 einerseits deutlich unter dem im Jahr 2007 erreichten Anteil, der mit 24,8 % den Spitzenwert im Zehnjahresvergleich von 2000 bis 2009 markiert. Andererseits wird der im Jahr 2003 erreichte Anteil der für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamteinnahmen, der mit 14,0 % den Tiefpunkt im Zehnjahresvergleich darstellt, deutlich übertroffen.

8. Ausblick (Art. 23 Abs. 2 Nr. 3 FAG, § 21 FAGDV 2002)

8.1 Entwicklung der Steuereinnahmen im laufenden Jahr 2011 und Schätzung für das Folgejahr 2012

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland stand im Jahr 2010 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,7 % im Zeichen von Aufschwung. Auch im Jahresdurchschnitt 2011 ist – insbesondere aufgrund der starken Steigerungsrate des BIP im ersten Quartal – weiterhin mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum um rund 3 % zu rechnen. In den kommenden Jahren wird Deutschland voraussichtlich weiter auf Wachstumskurs bleiben, wenngleich sich die konjunkturellen Perspektiven zuletzt eingetrübt haben. Dementsprechend wird sich vor allem im Jahr 2012 das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft merklich verlangsamen. Das Hauptrisiko für das künftige Wirtschaftswachstum besteht derzeit in einer anhaltenden Unsicherheit über den Fortgang oder gar in einer Eskalation der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung in ihrer am 20. Oktober 2011 veröffentlichten Herbstprojektion die Schätzung für die Steigerungsrate des – der Steuerschätzung zu Grunde liegenden – nominalen BIP für das Jahr 2011 im Vergleich zur letzten Frühjahrsprojektion von 3,5 % auf 3,8 % leicht angehoben, allerdings gleichzeitig für das Jahr 2012 von

3,5 % auf 2,4 % deutlich gesenkt. Für das reale BIP erwartet die Bundesregierung nunmehr ein stattliches Plus von 2,9 % im laufenden Jahr (Frühjahrsprojektion: 2,6 %), im kommenden Jahr jedoch nur noch ein BIP-Wachstum von 1,0 % (Frühjahrsprojektion: 1,8 %). Mit dieser Einschätzung für die Jahre 2011 und 2012 liegt die Bundesregierung in der Nähe der Zahlen des aktuellen, engen Prognosespektrums von Wirtschaftsforschern und öffentlichen Institutionen.

Nach dem starken Einbruch im Jahr 2009 sind in Bayern die Steuereinnahmen bereits im Jahr 2010 wieder gestiegen (siehe Nr. 1). 2011 setzt sich die positive Entwicklung fort. Die Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen lagen im 1. Halbjahr 2011 um 729,5 Mio. € oder 14,9 % über dem Ergebnis im 1. Halbjahr 2010. Von diesem Zuwachs entfielen allerdings 319,5 Mio. € auf eine einzige kreisfreie Gemeinde. Im bayerischen Staatshaushalt nahmen die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2011 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1.834,3 Mio. € oder 11,8 % zu (nach dem bereits vorliegenden Ergebnis der ersten drei Quartale 2011 beträgt der Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur mehr 1.744,5 Mio. € oder 7,5 %). Ein Teil der staatlichen Steuereinnahmen fließt jedoch über den Länderfinanzausgleich an andere Länder.

Nach der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2011 steigen bundesweit die Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2011 um

8,5 %. Die Steuereinnahmen der Länder steigen nach den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung um 6,5 %.

Im Jahr 2012 wird sich der Wachstumstrend der Steuereinnahmen aufgrund der zurückgenommenen Wachstumserwartungen der Wirtschaftsleistung verlangsamen. Der Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen wird auf 4,9 % und der Steuereinnahmen der Länder auf 4,1 % geschätzt.

Die Steuerschätzung berücksichtigt bereits die auf dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 beruhenden Einkommensteuerminderungen. Der Bund leistet einen Ausgleich der Einkommensteuerminderungen der Länder und Gemeinden über einen Umsatzsteuerfestbetrag. Der Staat überlässt den auf seine Gemeinden entfallenden Anteil in voller Höhe, das sind entsprechend ihrem Anteil an der Einkommensteuer 26,08 % (siehe § 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs).

Tabelle 10: Ergebnis der Steuerschätzung November 2011

	2011	2012
Steuern insgesamt	7,7 %	3,6 %
Bund	9,2 %	1,3 %
Länder	6,5 %	4,1 %
Gemeinden	8,5 %	4,9 %

Quelle: Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2011

Die starken Schwankungen der kommunalen Steuereinnahmen lassen sich größtenteils auf die Konjunkturreagibilität und Volatilität der Gewerbesteuer zurückführen. Dennoch halten die Kommunen an der Gewerbesteuer als wichtiger, wirtschaftsbezogener Steuerquelle mit Hebesatzkompetenz fest. Die Beratungen in der von der Bundesregierung eingesetzten und im Juni 2011 beendeten Gemeindefinanzkommission über die Möglichkeiten, wie die Steuereinnahmen der Gemeinden verstetigt werden können, haben insoweit zu keinem Ergebnis geführt.

8.2 Für die Ausgabenseite wichtige Entwicklungen

Der Arbeitsmarkt zeigt nach wie vor eine positive Tendenz: Die Zahl der arbeitslosen Menschen sinkt, die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen weiter und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist hoch. Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in ihren aktuellen Prognosen vom Oktober 2011 auch für das Jahr 2012 eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. So werde die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auch im nächsten Jahr voraussichtlich unter der Drei-Millionen-Marke bleiben.

In Bayern liegt im Zuge der Herbstbelegung die Arbeitslosenquote im Oktober 2011 bei 3,3 %². Das ist die niedrigste Arbeitslosenquote eines Landes, seit monatliche Quoten auf Landesebene vorliegen. Insbesondere junge Menschen profitieren von vermehrten Neueinstellungen seit Ende der Sommerpause.

Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Menschen in Bayern lag im Oktober bei 221.438. Im Vergleich zum Vormonat ist die Arbeits-

losenquote im Oktober um 0,1 %-Punkte zurückgegangen. Im Vorjahresvergleich ist ein Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,5 %-Punkte zu verzeichnen. Im Rechtskreis des SGB II sank die Zahl der Arbeitslosen im Oktober 2011 im Vergleich zum Vormonat um 3.620 Personen auf 123.291 Personen. Gegenüber dem Vorjahr wird der Rückgang mit einem Minus von 10,3 % noch deutlicher. Dies wirkt sich dämpfend auf die Ausgaben der bayerischen Kommunen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) aus.

Demgegenüber ist bei den sonstigen Sozialausgaben mit einem weiteren Anstieg der Ausgaben zu rechnen. Dies gilt besonders für die Bereiche Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII). Allerdings wird der Bund die Kommunen in drei Schritten von den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlasten: Er wird 2012 45 %, 2013 75 % und ab 2014 100 % der Ausgaben (jeweils des Vorjahres) übernehmen. Damit wird ein nachhaltiger Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen geleistet. Für die bayerischen Kommunen wird die Entlastung durch den ersten Schritt im Jahr 2012 auf 141 Mio. € geschätzt.

Die von der Gemeindefinanzkommission angestoßene Überprüfung der vom Bund gesetzten Standards und Regelungen für Aufgaben, die von den Kommunen zu erledigen sind, ist noch nicht abgeschlossen.

Weitere Verbesserungen auf der Einnahmenseite, denen jedoch korrespondierende Ausgaben gegenüberstehen, ergeben sich durch die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Leistungsempfänger nach SGB II. 1,5 %-Punkte entfallen auf die formelmäßige Anpassung der Bundesbeteiligung, die 2011 letztmals vorgenommen wurde. 1,9 %-Punkte beruhen auf der Einbeziehung der Warmwasserkosten in die von den Kommunen zu tragenden Unterkunftskosten. 2,8 %-Punkte werden vom Bund für Schulsozialarbeit und Mittagessen im Hort vorübergehend bis zur vollständigen Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, also bis einschließlich 2013, übernommen. 6,6 %-Punkte dienen als Ausgleich für die Mehraufwendungen der Kommunen durch Bildungs- und Teilhabe-Leistungen in SGB II und BKG. Insgesamt steigt die Beteiligungsquote des Bundes für die bayerischen Kommunen von 23,0 % im Jahr 2010 um 12,8 %-Punkte auf 35,8 % im Jahr 2011.

Aufgabenschwerpunkte für Staat und Kommunen stellen sich weiterhin in den Bereichen „Schule“ und „Kinderbetreuung“. Insbesondere der ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 eingeführte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder von über einem bis zu drei Jahren erfordert weiterhin hohe Anstrengungen von den Kommunen. Im schulischen Bereich ist die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, das in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft getreten ist, an die Zustimmung der kommunalen Schulaufwandsträger gebunden. Die zunehmende Nachfrage nach inklusiven Unterrichtsformen kann dabei zu Kosten für die kommunalen Schulaufwandsträger führen.

Beim Staat ist 2012 von einem gegenüber dem Stammhaushalt weiteren Anstieg der Ausgaben durch den Nachtragshaushalt 2012 auszugehen. Ursächlich hierfür sind u. a.

- die aufgrund von Verbundautomatiken und Schwerpunktsetzungen im kommunalen Finanzausgleich ansteigenden Zuweisungen an die Kommunen,
- höhere Belastungen im Länderfinanzausgleich, auch wegen der Steuerstärke der bayerischen Gemeinden,

² Arbeitslosenzahlen und -quoten wurden der Pressemitteilung Nr. 20/2011 der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Bayern vom 2. November 2011 entnommen.

- die von der Staatsregierung angekündigte programmatische Schwerpunktsetzung in den Bereichen Bildung, Energie/Klima und Demografie.

9. Schlussfolgerung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den Jahren 2009 und 2010 zu einer Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation geführt. Zeichen sind ein steigendes Finanzierungsdefizit und ein Rückgang der frei verfügbaren Mittel für freiwillige Aufgaben. Gleichwohl stehen den Gemeinden noch immer frei verfügbare Mittel in beachtlicher Größenordnung zur Verfügung, die eine kraftvolle Wahrnehmung der kommunalen Selbstverwaltung ermöglicht. Auch konnten die Kommunen ihre Schulden bereits im Jahr 2010 wieder zurückführen. Nach dem Einbruch im Jahr 2009 sind die Steuereinnahmen der Gemeinden bereits im Jahr 2010 wieder gewachsen. Schon im Jahr 2011 dürften die kommunalen Steuereinnahmen das Niveau des Jahres 2008 überschreiten. Ein weiterer Zuwachs ist prognostiziert. Somit verbessert sich die kommunale Finanzlage zunehmend.

Auch der Staatshaushalt wurde von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Dies führte zu einer Haushaltsstruktur, bei der die laufenden Einnahmen nicht ausreichten, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten. Dank vorhandener Rücklagen kam der Staatshaushalt ohne neue Schulden aus. Eine Ausnahme war nur im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise zur Stabilisierung der Bayerischen Landesbank erforderlich. Bereits im Jahr 2010 wiesen die Steuereinnahmen des Staats wieder einen, wenn auch geringen Zuwachs, auf. Mit weiter steigenden Steuereinnahmen ist zu rechnen.

Bei Betrachtung aller Einzelindikatoren im Zehnjahresvergleich zeigt sich für die Gemeinden und Gemeindeverbände eine im Vergleich zum Staatshaushalt günstigere Ausgangslage. Insbesondere konnten die Kommunen im betrachteten Zehnjahreszeitraum einen kumulierten Finanzierungsüberschuss von 2,6 Mrd. € erwirtschaften, der so im Staatshaushalt nicht entstanden ist. Somit besteht in der Gesamtschau kein Verteilungsdefizit zu Lasten der Kommunen.

III. Finanzielle Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2012

Der Entwurf des Staatsministeriums der Finanzen zum kommunalen Finanzausgleich 2012 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen (Art. 23 Abs. 1 FAG). Dabei wurden die Belange des Staates und die Forderungen der Kommunen eingehend erörtert. Bereits in dem den kommunalen Spitzenverbänden übermittelten vorläufigen Entwurf des Staatsministeriums der Finanzen war eine erhebliche Steigerung der Finanzausgleichsleistungen vorgesehen. Die kommunalen Spitzenverbände forderten demgegenüber insbesondere mit Verweis auf steigende Fallzahlen im sozialen Bereich und damit verbundenen steigenden Ausgaben sowie mit Blick auf strukturschwache Kommunen finanzielle Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich 2012. Im intensiven Austausch der Argumente wurde unter Würdigung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, der Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und des Ausblicks auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2012 schließlich ein von beiden Seiten getragener Kompromiss gefunden. Die bewährte Kombination aus einer Stärkung sowohl der Verwaltungshaushalte als auch der Investitionsfähigkeit der Kommunen wird mit einem deutlichen Akzent zugunsten strukturschwacher Kommunen erneut umgesetzt. Dies wird durch eine

Anhebung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund von 12,2 % auf 12,5 %, die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel und Umschichtungen im kommunalen Finanzausgleich erreicht.

Insgesamt wächst der kommunale Finanzausgleich 2012 um 388,0 Mio. € auf 7.257,2 Mio. €. Die reinen Landesleistungen steigen 2012 gegenüber 2011 um 412,9 Mio. € auf 6.786,5 Mio. €.

Hinsichtlich der Gesamtausstattung des kommunalen Finanzausgleichs und den in dem Gesetzentwurf enthaltenen inhaltlichen Änderungen wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden Einvernehmen erzielt.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Das Finanzausgleichsgesetz regelt die im kommunalen Finanzausgleich angesiedelten Finanzbeziehungen zwischen Staat und Kommunen sowie im Verhältnis der Kommunen untereinander. Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden enthält notwendige Ausführungsregelungen.

Die Regelungen sind erforderlich, um die für die Kommunen vorgesehenen Zuweisungen auf die einzelnen Kommunen aufteilen und auszahlen sowie die notwendigen Umlagen erheben zu können. Die vorgesehenen finanziellen und strukturellen Änderungen bezwecken eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation, eine erhöhte, an geänderte Verhältnisse angepasste Zielgenauigkeit bei der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Kommunen oder dienen der Verwaltungsvereinfachung.

C. Einzelbegründung

Zu § 1 Nr. 1 des Gesetzentwurfs (Art. 1 Abs. 1 FAG)

Die Kommunen sind nach Art. 1 Abs. 1 FAG an den Einnahmen des Landes aus den Gemeinschaftsteuern sowie den Einnahmen aus dem bzw. den Ausgaben für den Länderfinanzausgleich beteiligt. Als dauerhaft wirkende strukturelle Verbesserung wird der kommunale Verbundanteil von 12,2 % auf 12,5 % angehoben.

Zu § 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs (Art. 1b FAG)

Der Bund kompensiert die Einkommensteuerausfälle, die Ländern und Gemeinden durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 1. November 2011 (BGBl I S. 2131) entstehen, durch eine Erhöhung des Umsatzsteuerfestbetrags nach § 1 Satz 5 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz – FAG). Bundesweit beläuft sich die Erhöhung im Jahr 2012 auf 451 Mio. €, im Jahr 2013 auf 307 Mio. € und ab dem Jahr 2014 auf jährlich 319 Mio. €. Auf Bayern werden hiervon etwa 15 % entfallen.

Die bayerischen Gemeinden werden an dem auf das Land entfallenden Kompensationsbetrag entsprechend ihrem Anteil an der Einkommensteuer mit 26,08 % beteiligt. Da die Kompensation für Einkommensteuerausfälle geleistet wird, ist es sachgerecht, den Kompensationsbetrag nach den für die Einkommensteuerbeteiligung der Gemeinden geltenden Regeln zu verteilen. Dies ist auch der für die Beteiligung der Gemeinden an den erhöhten Landesanteilen an der Umsatzsteuer zum Ausgleich von überproportionalen Belastungen der Länder und Gemeinden im Zusammenhang mit der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ab dem Jahr 1996 gewählte Weg.

Zu § 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs (Art. 3 Abs. 2 FAG)

Im Rahmen der Schlüsselzuweisungen wird der Bedarf der Kommunen weitgehend anhand des nicht strategieanfälligen Parameters der Einwohnerzahl bemessen. Dies bedeutet für Kommunen mit Bevölkerungsrückgang, dass ihnen entsprechend ihrer sinkenden Einwohnerzahl weniger Bedarf zugerechnet wird. Da die Umstellung auf eine Aufgabenerfüllung für eine geringere Einwohnerzahl einen gewissen Anpassungszeitraum erfordert, wurde 2006 der Demografiefaktor eingeführt. Er bewirkt, dass der Bedarf der Gemeinden mit Einwohnerrückgang nicht nach der aktuellen Einwohnerzahl, sondern nach dem höheren Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre bemessen wird. So erhalten die betroffenen Gemeinden mehr Zeit, sich bei ihrer Aufgabenerfüllung auf die neue Lage einzustellen. Bei Landkreisen wird bisher keine eigene Vergleichsberechnung hinsichtlich der Landkreisbevölkerung durchgeführt, sondern es wird für die Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisung die Summe der Einwohnerzahlen einschließlich „Demografiefaktor“ der kreisangehörigen Gemeinden herangezogen.

Der „Demografiefaktor“ hat sich bewährt. Allerdings streut er mittlerweile sehr breit. 2011 erhalten ihn 65 % aller Gemeinden und alle Landkreise. Als ergänzender Ansatz für die Berücksichtigung besonderer Belastungen, die sich nicht über die aktuelle Einwohnerzahl und den allgemeinen Hauptansatz darstellen lassen, sollte der Demografiefaktor jedoch stärker auf die langfristig von einem Bevölkerungsrückgang betroffenen Kommunen konzentriert werden. Dies kann durch eine Verlängerung des Vergleichszeitraums von fünf auf zehn Jahre erreicht werden. Durch die Verlängerung des Vergleichszeitraums werden die Folgen des Einwohnerrückgangs für die betroffene Kommune erst nach einem längeren Zeitraum voll spürbar. Die Kommunen haben dadurch mehr Zeit zur Umstellung auf die neue Lage.

Die zeitliche Ausweitung des Demografiefaktors auf zehn Jahre – bei den Landkreisen verbunden mit einer Umstellung auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl des Landkreises selbst – ist eine gezielte Hilfestellung für den besonders von Einwohnerrückgängen betroffenen Raum.

Zu § 1 Nr. 4a und 4b des Gesetzentwurfs (Art. 5 Abs. 2 FAG)

Bei den Landkreisen wird die zeitliche Ausweitung des Demografiefaktors (siehe Begründung zu § 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs) mit einer Umstellung auf die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Landkreis verbunden. Dadurch wird der Effekt des „Demografiefaktors“ auf Landkreisebene geschärft und auf die tatsächlich von einem Bevölkerungsrückgang betroffenen Landkreise beschränkt. Demzufolge ist in Art. 5 Abs. 2 einleitender Satzteil FAG der Rückgriff auf die Summe der jeweils maßgebenden Einwohnerzahlen der kreisangehörigen Gemeinden im Landkreis zu streichen. Die Zurechnung der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte mit Angehörigen wird – ohne weitere materielle Änderungen – in der vor dem Jahr 2006 geltenden Fassung aufgenommen. Durch den Verweis auf Art. 3 Abs. 2 FAG in dem neuen Art. 5 Abs. 3 FAG wird die Berechnung des Demografiefaktors für die Landkreise sowohl für die Einwohner mit Hauptwohnung als auch für die nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte mit Angehörigen geregelt.

Zu § 1 Nr. 4c des Gesetzentwurfs (Art. 5 Abs. 4 FAG)

Auf der Ebene der Landkreise ergibt sich im Zusammenspiel von staatlichen Finanzausgleichsleistungen und Umlagen eine relativ hohe Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs. Beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof ist eine Klage von zehn oberbayerischen Landkreisen anhängig, mit der sich diese Landkreise u.a. gegen die nach wie vor sehr hohe Ausgleichswirkung des

Finanzausgleichs auf der Kreisebene wenden. Um noch Anreize für die Landkreise zu erhalten, die eigenen Einnahmequellen (Umlagegrundlagen) zu pflegen, wurde die Ausgleichswirkung durch gesetzliche Änderungen bei den Schlüsselzuweisungen bereits mehrfach abgeschwächt. Um die finanziellen Auswirkungen der Rückführung der Ausgleichswirkung auf die einkommensschwächeren Landkreise jeweils etwas abzufedern, wurden die seitens des Staates den Landkreisen überlassenen Anteile an der Grunderwerbsteuer erstmals in die Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen einbezogen: ab 1985 mit 20 %, ab 1995 mit 40 % und ab 1999 mit 50 %.

Künftig soll auf die Einbeziehung der Grunderwerbsteuerüberlassungsbeträge in die Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen verzichtet werden. Dies erscheint sowohl systematisch gerechtfertigt, da die überlassenen Grunderwerbsteuerbeträge auch bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen nicht berücksichtigt werden, als auch finanziell gerechtfertigt, da den höheren Grunderwerbsteuerbeträgen in Gegenden mit höheren Grundstückspreisen auch höhere Kosten bei Erwerb von Grundstücken für die öffentliche Aufgabenerfüllung gegenüberstehen.

Die neue Absatznummerierung ergibt sich aus der Einfügung eines neuen Art. 5 Abs. 3 FAG.

Zu § 1 Nr. 4d des Gesetzentwurfs (Art. 5 Abs. 5 und 6 FAG)

Folgeänderung aus der Einfügung eines neuen Art. 5 Abs. 3 FAG.

Zu § 1 Nr. 5 des Gesetzentwurfs (Art. 12 FAG)

Der Haushaltsansatz für die Investitionspauschalen wird nach dem Entwurf des Nachtragshaushalts 2012 um 81,7 Mio. € auf 255 Mio. € erhöht. Ein Teil des Erhöhungsbetrags wird durch eine Absenkung der Mittel für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen um 20 Mio. € gewonnen. Mit dem erhöhten Haushaltsansatz können die Einführung eines Demografiezuschlags für Kommunen mit einem prognostizierten erheblichen Einwohnerrückgang sowie eine deutliche Anhebung des Mindestbetrags dargestellt werden, ohne dass sich – nach einer Modellrechnung auf der Basis der Investitionspauschalen 2011 – für die übrigen Kommunen Rückgänge ergeben.

Zu Nr. 5a und 5c (Art. 12 Abs. 1 und Abs. 4 neu FAG)

Einwohnerrückgänge stellen die Kommunen vor besondere Herausforderungen. Sie müssen die bestehende Infrastruktur an die geringere Einwohnerzahl anpassen und gleichzeitig versuchen, durch eine Steigerung ihrer Attraktivität einem weiteren Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken. Um die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen, wird ein Demografiezuschlag auf die Investitionspauschale eingeführt. Da die Investitionshilfen auf die Gestaltung der Zukunft ausgerichtet sind, ist es sachgerecht, den Demografiezuschlag an der voraussichtlichen künftigen Entwicklung der Einwohnerzahl auszurichten. Dabei werden der Zuschlag und damit die umzuverteilenden Mittel auf diejenigen Kommunen konzentriert, die in besonderem Maße von einem Bevölkerungsrückgang getroffen werden.

Der Demografiezuschlag wird aus dem prozentualen Rückgang der Einwohnerzahl errechnet, der sich aus dem Vergleich der für die Berechnung der Zuweisungen maßgebenden Einwohnerzahl, das ist jeweils die Einwohnerzahl am 31. Dezember des vorvorhergehenden Jahres, mit der in zehn Jahren zu erwartenden Einwohnerzahl am gleichen Stichtag errechnet. Voraussetzung ist, dass der Rückgang eine Schwelle von 5 % erreicht oder überschreitet. Der Zeitraum von zehn Jahren für die Betrachtung der Einwohnerentwicklung erscheint ausreichend lange für die Bemessung des Demografiezuschlags. Ein längerer Zeitraum wäre auch angesichts der mit einer Prognose verbundenen Schätzunsicher-

cherheiten, die mit zunehmender Zeitdauer steigen, problematisch. Ab einem Schwellenwert von 5 % kann ein Bevölkerungsrückgang als erheblich und für die Kommunen besonders belastend angesehen werden. Zur Stärkung der kleineren kreisangehörigen Gemeinden wird auch die Anhebung der bisherigen Investitionspauschale auf den Mindestbetrag nach Art. 12 Abs. 3 FAG bei der Berechnung des Demografiezuschlags berücksichtigt.

Der Demografiezuschlag berechnet sich somit nach folgendem Schema:

$$\text{Demografiezuschlag} = (\text{Grundpauschale} + \text{Aufstockung auf Mindestbetrag}) * \% \text{-Satz Rückgang (soweit 5 \% und höher).}$$

Der Demografiezuschlag stärkt die investiven Mittel der Kommunen mit erheblichem Bevölkerungsrückgang und erleichtert ihnen die Bereitstellung der Eigenmittel für die Durchführung von Investitionsmaßnahmen. Zusammen mit der geplanten zielgerichteten Verbesserung der FAG-Projektförderungen für finanzschwache Kommunen ergibt sich ein wirkungsvolles Gesamtpaket im Bereich der Investitionsförderung zugunsten der Kommunen mit erheblichem Bevölkerungsrückgang, das den fortentwickelten Demografiefaktor im Bereich der Schlüsselzuweisungen optimal ergänzt.

Zu Nr. 5b des Gesetzentwurfs (Abs. 3 FAG)

Kleinen Gemeinden ist ein fester Mindestbetrag bei der Investitionspauschale garantiert. Seit dem Jahr 2009 ist der Mindestbetrag umlagekraftabhängig ausgestaltet. Der Basisbetrag bei durchschnittlicher Umlagekraft beträgt 26.000 €. Die für die Anhebung auf den Mindestbetrag notwendigen Mittel werden der verfügbaren Zuweisungsmasse vorweg entnommen.

Zur Stärkung der Investitionsfähigkeit kleiner und mittlerer Gemeinden wird der Mindestbetrag (Basiswert) auf 68.000 € angehoben. Da der Mindestbetrag weiterhin nach der Umlagekraft gestaffelt wird, kommt diese Anhebung besonders den strukturschwachen Gemeinden zugute. Es ergeben sich folgende Beträge:

Umlagekraft je EW zum Landesdurchschnitt			Ansatz des Basiswerts mit	Mindestbetrag in Euro (Basiswert 68.000 Euro)
	unter	50 %	145 %	98.600 €
50 %	bis unter	70 %	130 %	88.400 €
70 %	bis unter	90 %	115 %	78.200 €
90 %	bis unter	110 %	100 %	68.000 €
110 %	bis unter	130 %	85 %	57.800 €
130 %	bis unter	150 %	70 %	47.600 €
150 %	bis	200 %	55 %	37.400 €
	über	200 %	0 %	keine Investitionspauschale

Zu § 1 Nr. 6 des Gesetzentwurfs (Art. 13e FAG)

Die für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen vorgesehenen Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund werden um 20 Mio. € auf 101,25 Mio. € zugunsten der Investitionspauschalen abgesenkt. Technisch wird dieser Mitteltransfer über eine Erhöhung des Verstärkungsbetrags aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund zugunsten des Ausgleichs nach Art. 15 FAG bei

gleichzeitiger Absenkung des Verstärkungsbetrags aus dem allgemeinen Steuerverbund für diesen Zweck bewerkstelligt.

Vorübergehend können aus den Mitteln für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen auch Wasserversorgungsanlagen gefördert werden. Die Obergrenze, bis zu der Mittel für Wasserversorgungsanlagen vorgesehen werden können, wird entsprechend der Absenkung der Mittel für die Abwasserentsorgungsanlagen auf 20 Mio. € angepasst.

Zu § 1 Nr. 7 des Gesetzentwurfs (Art. 13f FAG)

Aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund können jährlich bis zu 17,9 Mio. € für die Förderung von Ortsumfahrungen in kommunaler Sonderbaulast sowie bestimmter Kreuzungsmaßnahmen und Radwege bereitgestellt werden. Entsprechend dem Bedarf werden diese Mittel auf bis zu 27,9 Mio. € erhöht. Wirtschaftlich stammen die zusätzlichen Mittel aus dem allgemeinen Steuerverbund. Technisch wird dieser Mitteltransfer über eine entsprechende Absenkung der Verstärkung aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund zugunsten des Ausgleichs nach Art. 15 FAG bewerkstelligt. Beim Ausgleich nach Art. 15 FAG wird dieser Rückgang durch eine Anhebung der Verstärkung aus dem allgemeinen Steuerverbund ersetzt.

Zusammen mit den im Haushalt veranschlagten allgemeinen Haushaltsmitteln stehen für diese Zwecke damit jährlich bis zu 30 Mio. € zur Verfügung.

Zu § 1 Nr. 8 des Gesetzentwurfs (Art. 13h FAG)

Die Zuweisungen an die Bezirke nach Art. 15 FAG werden aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund verstärkt. Durch die aus technischen Gründen notwendige Einbeziehung dieses Verstärkungsbetrags in den Mitteltransfer zugunsten der Investitionspauschalen (siehe Begründung zu § 1 Nr. 5 und 6 des Gesetzentwurfs) sowie der Zuweisungen nach Art. 13f FAG (siehe Begründung zu § 1 Nr. 7 des Gesetzentwurfs) steigt der Verstärkungsbetrag per Saldo um 10 Mio. € auf 266 Mio. €.

Für die Zuweisungen an die Bezirke werden im Entwurf des Nachtragshaushalts 2012 insgesamt 623,6 Mio. € bereit gestellt. Dies ist gegenüber 2011 eine Mehrung von 40 Mio. €.

Zu § 1 Nr. 9 des Gesetzentwurfs (Art. 24 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 FAG)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Verlängerung des Demografiefaktors von fünf auf zehn Jahren.

Zu § 2 Nr. 1 des Gesetzentwurfs (§ 1 Abs. 1 Satz 2 FAGDV 2002)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Verlängerung des „Demografiefaktors“ von fünf auf zehn Jahre.

Zu § 2 Nr. 2 des Gesetzentwurfs (§ 12 Abs. 1 neu FAGDV 2002)

In die Berechnung der Investitionspauschalen wird ein „vorausschauender“ Demografiezuschlag integriert, der die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den folgenden zehn Jahren berücksichtigt. Eine solche Bevölkerungsprognose wird durch das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung erstellt: für die kreisangehörigen Gemeinden alle drei Jahre im „Demographie-Spiegel für Bayern“ und für die Landkreise und kreisfreien Gemeinden jährlich in der „Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern“.

Zu § 2 Nr. 3 des Gesetzentwurfs (§ 19 Abs. 2 FAGDV 2002)

Eine Kennzahl in der Darstellung der Finanzentwicklung des Staates sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Kreditmarktschulden in den Kernhaushalten von Staat und Kommunen. Diese werden dem Statistischen Bericht Finanzen und Steuern, Schulden der öffentlichen Haushalte (Fachserie 14 Reihe 5), entnommen. Ab dem Jahr 2010 hat das Statistische Bundesamt den Begriff „Kreditmarktschulden“ durch den Begriff „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ ersetzt. Veränderungen ergeben sich insbesondere bei der Zuordnung bestimmter Schulden. So werden Schulden von Staat und Kommunen bei öffentlichen Anstalten (öffentliche Zusatzversorgung, Sozialversicherungsträger u. a.), die bislang als „Kreditmarktschulden“ erfasst worden sind, fortan den „Schulden beim öffentlichen Bereich“ zugeordnet. Außerdem werden Schulden bei bestimmten Banken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft (Landesbanken, KfW u. a.), die bislang den „Schulden bei öffentlichen Haushalten“ und damit nicht den

„Kreditmarktschulden“ zugeordnet wurden, mit der Umstellung des statistischen Berichts unter „Kredite“ bei den „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ erfasst.

Die Darstellung der Finanzentwicklung ist, auch wenn dies für eine Übergangszeit einen gewissen Bruch im Entwicklungsverlauf der Schulden zum 31. Dezember eines Jahres bedeutet, auf den geänderten Schuldenbegriff umzustellen. Künftig werden die „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ der Kernhaushalte ohne Kassenkredite, die der bisher verwendeten Größe „Kreditmarktschulden“ am vergleichbarsten sind, herangezogen.

Zu § 3 des Gesetzentwurfs

§ 3 Abs. 1 regelt das Inkrafttreten der Vorschrift. § 3 Abs. 2 ermöglicht eine Neubekanntmachung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Erika Görnitz

Abg. Manfred Pointner

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Claudia Stamm

Abg. Karsten Klein

Abg. Christine Kamm

Abg. Georg Winter

Abg. Eike Hallitzky

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)

(Drs. 16/10799)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012

(Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012) (Drs. 16/10800)

- Erste Lesung -

Ich darf dem Staatsminister der Finanzen das Wort erteilen, Herrn Staatsminister Dr. Söder. - Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Danke schön. - Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Haushaltseinbringung" - diese Titel steht - auch wenn er auf den ersten Blick wenig Spannendes verspricht, doch für einen ganz besonderen Termin im Parlamentsleben; denn es geht dabei nicht nur um die buchhalterische Darstellung von Einzelposten, sondern eigentlich um die Leitlinien der gesamten Politik einer Regierung. Bismarck soll einmal gesagt haben: 90 % der Politik sind Haushaltspolitik, und der Rest dreht sich auch um das Geld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Finanzpolitik bestimmt nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa die Tagesordnungen der Politik. Die Staatsschuldenkrise hat in Europa zu vielen politischen Veränderungen geführt; insgesamt sieben Regierungen mussten im letzten Jahr unter dem Druck der Finanzmärkte und der Finanzkrise

weichen. Der Grund dafür war nicht etwa eine Schwierigkeit der Euro-Währung, sondern die Problematik der Staatsschuldenkrise. Meine Damen und Herren, dies ist entscheidend; denn wir haben in diesem Hause schon seit langer Zeit gesagt: Schulden sind nicht nur deshalb unmoralisch, weil sie der nächsten Generation die Kosten für den gegenwärtigen Konsum oktroyieren, sondern weil sie durch die Zinszahlungen, die geleistet werden müssen, auch die aktuelle Haushaltspolitik und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit lähmen. Deswegen müssen wir etwas dagegen tun.

(Beifall bei der CSU)

Deutschland ist in dieser Krise in Europa der Stabilitätsanker. Bayern ist dabei der Stabilitätskern in Europa. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in dieser Krise ein Triple-A. Der Labortest, der Bluttest sozusagen, für dieses Triple-A ist unser Haushalt. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur an der Idee, sondern auch an der Umsetzung des ausgeglichenen Haushalts festgehalten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Landesbank!)

Damals, vor sieben Jahren, gab es jedoch heftige Debatten darüber, ob das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts richtig ist. Im Jahre 2004 sagte unser Vizepräsident Franz Maget, der sich heute an anderer Stelle schon geäußert hat, Schuldentilgung sei eine finanzpolitische populistische Wahlkampfidée. Franz Maget sagte im Mai 2004 in einem Interview mit der "Welt", der ausgeglichene Haushalt sei doch nur ein Dogma. Er sei ein völlig falsches Signal.

Herr Kollege Heinz Kaiser - die Älteren unter Ihnen werden ihn noch kennen -, ein Haushaltspolitiker und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, nannte in einem Interview mit der "Nürnberger Zeitung" im Dezember 2003 folgende Wirkungen eines ausgeglichenen Haushalts: "Ein ausgeglichener Haushalt ist ein Programm für mehr Arbeitslosigkeit, mehr Insolvenzen und weiter zurückgehende Steuereinnahmen."

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Schlimm, schlimm, schlimm, ganz schlimme Sache!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich gestern und heute geirrt.

Unser Ziel des ausgeglichenen Haushalts war damals richtig, es ist heute richtig, und es ist das Programm für morgen. Es ist Standardmodell für Deutschland geworden. Die Schuldenbremse wird in die Verfassungen der Länder integriert. Sie entwickelt sich jetzt zur Blaupause für ganz Europa. Meine Damen und Herren, die bayerische Finanzphilosophie ist also nicht nur gut für Bayern; sie ist letztlich auch der Kompass für eine nachhaltige europäische Währungspolitik. Konsolidierung und Wachstum sind dabei die zusammengehende Strategie.

Wir haben gerade in dem Bericht von Martin Zeil sehr eindrucksvoll gehört, wie sich Bayern entwickelt. Im Jahr 2010 gab es ein Wirtschaftswachstum von 3,9 %. Langfristig gesehen - das ist der Charakter der Finanzpolitik - ist das Bruttoinlandsprodukt in Bayern von 2000 bis zum Jahr 2010 um 13,6 % gewachsen. In Baden-Württemberg, einem starken Wettbewerber, lag der Anstieg nur bei 8,8 %. Deshalb kann man eines sagen: Der Weg, den wir in der Vergangenheit gegangen sind, hat sich trotz schwieriger Zeiten als richtig erwiesen. Bei allen Diskussionen über die Zukunft ist die Vergangenheit immer der Glaubwürdigkeitsmaßstab. Wir in Bayern können sagen: Was wir in den letzten Jahren gemacht haben, war richtig. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir spüren, dass die Welt unsicherer wird. Deshalb setzen wir ganz bewusst auf Sicherheit und Stabilität statt auf Risiko. Anstatt über kurzfristige Strohfeuereffekte zu debattieren, wollen wir mit langfristigen Strategien für Bayern die Zukunft sichern. Ein Ziel, das übrigens jedes Unternehmen und die Banken anstreben, ist es dabei, unabhängiger und autarker zu werden. Unser grundlegendes Ziel muss es sein, auf lange Sicht unabhängig oder weitgehend unabhängig von den Finanzmärkten zu werden;

denn das größte Abhängigkeitsproblem, das alle haben, sind die Schulden. Wer Schulden hat, muss Zinsen zahlen.

Wir sind in dieser Debatte auf einer guten Startposition. Bayern hat mit 2.573 Euro pro Kopf die niedrigste Verschuldung in Deutschland. Unter den westdeutschen Flächenstaaten ist die Verschuldung mit 7.764 Euro pro Kopf dreimal so hoch. Nordrhein-Westfalen, ein Referenzland, hat mit 9.673 Euro pro Kopf eine viermal so hohe Verschuldung. Das geliebte Land Berlin hat mit 17.531 Euro pro Kopf eine siebenmal so hohe Verschuldung wie Bayern. NRW und Berlin nehmen sogar ständig neue Schulden auf.

(Georg Schmid (CSU): Wer hat denn da regiert? - Markus Rinderspacher (SPD): Jürgen Rüttgers!)

Diese Länder müssen Schulden aufnehmen, um ihre Zinsen zahlen zu können. Nordrhein-Westfalen muss allein vier Milliarden Euro aufnehmen. Eines muss ich Ihnen sagen: Wer Steuergelder von Menschen so verschwendet, dass er immer neue Schulden machen muss, geht den falschen Weg. Wir gehen auf diesem Weg nicht mit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die einen verschulden sich; wir wollen tilgen. Im Moment haben wir mit 2,4 % die niedrigste Zinsquote. In Nordrhein-Westfalen liegt sie bei 8,4 %. Trotzdem ist uns eine Milliarde Euro, die wir für Zinsen zahlen müssen, auf Dauer zu viel; denn Schuldenzinsen sind verlorenes Geld. Wir wollen nicht dauerhaft Zinsen für Schulden zahlen, sondern wir wollen tilgen, weil wir glauben, dass dies für die nächsten Generationen der nachhaltigste Weg ist. Wir wollen tilgen, nicht sparen. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 die Schulden auf Null zu fahren. Damit wäre Bayern schuldenfrei.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit allen darüber reden, wie wir diesen Weg gestalten können. Wir arbeiten jetzt an einem Tilgungsplan. Die Menschen in Bayern haben sehr positiv auf dieses Ziel reagiert. Anders war allerdings die Reaktion von

Teilen dieses Hauses in den letzten Tagen. Herr Rinderspacher, anstatt sich inhaltlich engagiert und fair einzubringen, haben Sie in einer Pressekonferenz gepoltert und mit einer Wortwahl, die diesem Thema vollkommen unangemessen ist, agiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu sagen, die Schuldentilgung sei auf dem Pissoir erfunden worden, diskreditiert ein zentrales politisches Thema und beleidigt alle Bürger und Ökonomen, die seit Jahren eine Schuldentilgung fordern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich weiß, dass dieser Stil normalerweise nicht der Ihre ist. Deshalb sollten Sie an dieser Stelle umkehren und in sich gehen. Wahlkampfdiskussionen sind bei diesem Thema nicht angebracht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt der Richtige! Sie müssen über Stil reden!)

Es geht aber nicht nur um den Stil. Der Stil ist das eine. Es geht auch um den Inhalt. Offenkundig lehnen Sie Schuldentilgung generell ab.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie setzen lieber auf Anlagestrategien. In der letzten Woche gab es hier im Parlament eine große Debatte. Dabei hat der Fraktionsvorsitzende der SPD bewusst gesagt, besser als eine Schuldentilgung wäre das Anlegen des Geldes zum Beispiel für die Versorgungsrücklagen. Er hat dabei eine dauerhafte Rendite von 7 % genannt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das stammt aus Ihren Zahlen!)

Diese 7 % sind eine Momentaufnahme. Wenn man eine kluge Strategie für die Zukunft entwickeln will, muss man wissen, dass dieser Zinssatz nicht die nächsten 30 Jahre garantiert ist. Die Entwicklung des Versorgungsfonds in den letzten Jahren hat gezeigt, dass er erheblichen Schwankungen unterworfen ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Danke für die Belehrung!)

- Zuhören. Erst schauen, dann hauen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich schwanken die jährlichen Renditen. Sie müssen auch schwanken, weil die wirtschaftliche Entwicklung unterschiedlich ist. Wir hatten Jahre, in denen es für den Versorgungsfonds und die Rücklagen hervorragend lief. Wir haben unterschiedliche Anlageoptionen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Zinsen waren in jedem Jahr höher!)

Im Jahr 2000 hatten wir beispielsweise eine durchschnittliche Rendite von 6,41 %. Das ist gut. Im Jahr 2002 hatten wir jedoch nur 0,66 %. Bezogen auf das schwierige Jahr 2008 gab es sogar einen Rückgang in der Versorgungsrücklage von minus 1,5 %. Deshalb ist das Vorhaben, auf eine Anlage zu setzen, weil dies in jedem Fall besser als eine Schuldentilgung sei, nicht seriös.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war das Glanzstück von Herrn Stoiber! -

Volkmar Halbleib (SPD): Sie beklagen die Politik, die Herr Stoiber gemacht hat!)

Meine Damen und Herren, in den nächsten 30 Jahren gibt es nur eine wirkliche Anlageoption, die ganz sicher 7 bis 8 % Zinsen verspricht, nämlich italienische oder ungarische Staatsanleihen. Ich hoffe nicht, dass Sie den Bayern empfehlen wollen, solche Staatsanleihen zu erwerben, statt Schulden zu tilgen. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): So ein Quatsch!)

Anlagen bergen die Chance auf hohe Renditen. Sie haben jedoch immer das Risiko von Ausfällen. Das Schuldentilgen ist hingegen ganz sicher; denn am Ende sind die Schulden weg und die Zinslasten nicht mehr zu zahlen. Deswegen ist unser gemeinsamer Ansatz, dass wir Schulden tilgen wollen. Ich sage Ihnen eines: Während Sie lie-

ber spekulieren, setzen wir auf die Tilgung, weil dies ein seriöser Weg ist, den wir in Bayern gehen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir errechnen derzeit einen Tilgungsplan.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, einen Augenblick bitte. Ich muss mich wiederholen: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht permanent. Herr Kollege Halbleib, Sie werden in Kürze hier stehen. Dann wird es Ihnen recht sein, wenn man Ihnen zuhört. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie können nicht Woche für Woche in einem Stil, der parlamentarisch unangemessen ist, austeilen, wenn Sie nicht bereit und in der Lage sind, Gegenargumente zu akzeptieren. Dies gehört zur fairen Demokratie.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dann erlauben Sie auch, dass Herr Stoiber zitiert wird!)

Wir errechnen derzeit einen Tilgungsplan, was nicht einfach ist. Wir verfolgen ein ambitioniertes Ziel. Er muss seriös und valide und darf keine Sparorgie sein. Das darf übrigens schon gar nicht auf Kosten der Kommunen gehen. Unsere Philosophie und die Philosophie der Finanzpolitik war es, die Kommunen ganz bewusst an wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben zu lassen.

Der kommunale Finanzausgleich, den wir derzeit haben, meine Damen und Herren, ist der höchste in der Geschichte Bayerns. Mit 7,26 Milliarden Euro setzen wir ein ganz deutliches Signal der Teilhabe der Kommunen an der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir erhöhen die reinen Landesleistungen um über 400 Millionen Euro; wir erhöhen den Anteil der Kommunen am Steuerverbund, damit sie mehr wirtschaftliche Selbst-

ständigkeit und Unabhängigkeit auch vom Staat erreichen. Die Schlüsselzuweisungen steigen. Ganz besonders die kleinen, strukturschwachen Gemeinden bekommen durch den Demografiezuschlag auf der einen Seite und durch die Erhöhung der Mindestinvestitionspauschale auf der anderen Seite eine neue Chance, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Das beweisen die Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände. Sowohl Jakob Kreidl als auch Uwe Brandl sagten, sie fühlten sich dieses Mal ausgesprochen gut behandelt. Sogar der SPD-Oberbürgermeister von Nürnberg Maly sagt in typisch fränkischer Euphorie: Passt scho!

(Heiterkeit bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt, dass wir damit auf einem guten und richtigen Weg sind. Wir sparen nicht zulasten der Kommunen, sondern wir beteiligen sie am wirtschaftlichen Erfolg, den Bayern hat. Das ist ein guter Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Tilgung geht nicht auf Kosten unserer Kommunen. Meine Damen und Herren, es geht auch nicht, dass wir nur zugunsten anderer Länder tilgen. Wir sind für Bayern. Die neuesten Zahlen aus dem Bund zum Länderfinanzausgleich sind schon ein Anlass, nachhaltig zu diskutieren. Meine Damen und Herren, die neuesten Zahlen bestätigen, dass das System nicht mehr funktioniert. Von den 7,3 Milliarden des Länderfinanzausgleichs muss der Freistaat Bayern 3,7 Milliarden und damit mehr als die Hälfte zahlen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat uns Stoiber eingebrockt!)

Die Zahlen haben sich von 2003 bis 2011 nahezu verdoppelt. Wenn man noch die Umsatzsteuerverteilung berücksichtigt, dann zahlen die Bayern derzeit 16 % der gesamten Steuereinnahmen an andere Länder. Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass Bayern quasi im Alleingang den Rest der Republik finanziert.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Argument, wir seien nicht solidarisch, muss man ernst nehmen. In der Tat stimmt, dass wir seit 1950 3,4 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich erhalten haben, und dafür sind wir dankbar. Dass wir ab 1989, als wir Geberland geworden sind, insgesamt 38,3 Milliarden eingezahlt haben, unter dem Strich also insgesamt 34,9 Milliarden Euro netto an die anderen Ländern, entkräftet aber den Vorwurf der mangelnden Solidarität eindeutig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mittlerweile gibt es auch unter den Empfängerländern Diskussionen. Das Bundesland Berlin empfängt mit über 3 Milliarden Euro über 40 % des gesamten Länderfinanzausgleichs. Dadurch wird jeder Berliner Einwohner bei der Ausgleichsberechnung deutlich höher bewertet als jeder Bayer. Meine Damen und Herren, dazu muss ich Ihnen sagen: Aus meiner Sicht sind die Bayern mindestens genauso viel wert wie die Berliner Bürger.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dem Berliner Finanzsenator ist es heute zu nervig, dass wir uns für die Bayern einsetzen. Da kann ich ihm versprechen, dass wir das auch weiter tun werden; unser Auftrag ist es, für Bayern da zu sein und nicht für die anderen Länder.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir streben klar die Reduktion unseres Anteils im Länderfinanzausgleich an, und bieten an, inhaltlich darüber zu diskutieren, wie wir ihn dämpfen können. Dazu haben wir Pläne vorgelegt. Wenn es nicht zu einem Gesprächsergebnis kommt, wollen wir den juristischen Weg beschreiten. Das war übrigens schon einmal erfolgreich. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht 1999 hat zu Dämpfungswirkungen geführt, wenn auch leider nicht so hoch, wie wir das gewollt hätten. Martin Zeil, wir werden de facto

für die gute Wirtschaftspolitik bestraft, die Bayern macht, weil fast nichts von dem, was wir hier mehr erwirtschaften, übrig bleibt.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Baustein für jeden Tilgungsplan ist natürlich die Konjunktur; das wird die Herausforderung der Zukunft sein. Uns geht es gut, uns geht es besser, und wir wollen, dass das so bleibt. Die Konjunktur ist immer die Basis des Möglichen. Jeder Tilgungsplan muss daher die konjunkturellen Schwankungen berücksichtigen. Wir brauchen de facto bis 2030 ein langfristiges und nachhaltiges Tilgungs-Controlling. Das heißt, dass wir die Tilgung in konjunkturell schwierigen Zeiten sanfter machen müssen und in konjunkturell starken Zeiten kräftiger. Letztlich ist eine solche Tilgung ein atmender Prozess.

Meine Damen und Herren, unsere Konjunktur läuft und wächst. Das finanzpolitische Polster hat sich dank einer hervorragenden Wirtschafts- und Wachstumspolitik ständig verbessert. An dieser Stelle sage ich dem Wirtschaftsminister ein herzliches Dankeschön für seine Arbeit. Seine Rede hat vorhin bewiesen, dass er leidenschaftlich eine kraftvolle und gute Politik macht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Bei jeder Rede muss einmal der Wirtschaftsminister gelobt werden!)

- Sie lobe ich nicht, Herr Güller, dessen können Sie sich sicher sein, egal, was passiert.

(Harald Güller (SPD): Dagegen würde ich mich verwahren, wenn Sie mich loben!)

Meine Damen und Herren, es gibt einen Beweis dafür, dass dieses Lob gerechtfertigt ist, nämlich die Steuerschätzungen und die tatsächlichen Steuern seit November. Wir erstellen derzeit den aktuellen Haushaltsabschluss, und dabei stellen wir positivste Zahlen fest. Meine Damen und Herren, seit der November-Steuerschätzung haben wir eine deutliche, stetige Verbesserung. Wir hatten 700 Millionen Euro geschätzt. Nach den aktuellen Abrechnungen hat sich das Ergebnis noch einmal deutlich verbessert.

Wenn man alle Abschlussrechnungen und die Bundeserstattung zusammennimmt, kommen wir sogar auf über eine Milliarde mehr, als im November geschätzt wurde. Meine Damen und Herren, das ist ein Beweis dafür, wie stark Bayern in der Welt dasteht. Ich sage ein Dankeschön an alle, die dabei mitgeholfen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben im Dezember bei Beachtung der damaligen Steuerschätzung mit einer deutlichen Tilgung von 250 Millionen Euro begonnen. Jetzt haben wir ein Ergebnis von über einer Milliarde Euro. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns nachhaltig Gedanken darüber machen, wie wir die Tilgung weiterentwickeln. Ich halte es als Finanzminister bei konservativer Rechnung jetzt für seriös und vertretbar, über einen noch nachhaltigeren Einstieg in die Schuldentilgung für dieses Jahr zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Selbst bei konservativer Planung wäre eine Aufstockung möglich. Wir halten eine Aufstockung bis zu einer Milliarde für vertretbar.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Thomas Hacker (FDP): Solche Signale muss man auch kraftvoll setzen!)

Das wäre ein nachhaltiges und glaubwürdiges Signal. Sowohl die Haushaltsexperten der Fraktion als auch die Koalitionspartner haben zu Recht mehrfach darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir Spielräume haben und sie seriös bewerten können, den Menschen auch ein Signal geben sollten, dass wir nicht nur langfristig diskutieren, sondern auch nachhaltig stark sind. Meine Damen und Herren, würden wir das tun, würden wir auf einen Schlag über vier Prozent der Schulden aus dem allgemeinen Haushalt tilgen. Das wäre übrigens die größte Tilgung in der Geschichte des Freistaats Bayern. Das wäre für alle ein gutes Signal.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch was den Landesbank-Sonderhaushalt betrifft - der muss natürlich auch für die Jahre bis 2030 bewertet werden -, müssen wir den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung konsequent fortsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Bis 2030 muss die Landesbank ihre Unterstützung an den bayerischen Staatshaushalt zurückleisten, sei es durch Ausschüttungen, Zahlungen oder am Ende durch einen möglichen Verkauf, den wir hier anstreben. Meine Damen und Herren, dabei sind - das ist wichtig, weil wir das seriös diskutieren müssen - die Rahmenbedingungen der Finanzmärkte nach wie vor volatil und unsicher. Die Kapitalquoten werden durch die jeweiligen Bankenaufsichten - die BaFin und die European Banking Authority, EBA - ständig aufgestockt. Die Landesbank kann aber derzeit im Wettbewerb stabiler Banken mithalten. Der EBA-Stresstest vom Dezember hat bewiesen, dass die Landesbank dabei sogar besser dastand als die Deutsche Bank. Diese Strategie der Konsolidierung müssen wir fortsetzen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn man Steuergelder hineinpumpt, ist das doch klar! Steuergeld ist da drin!)

- Ich würde mir so sehr wünschen, dass die Opposition hier im Hause nicht Woche für Woche darüber diskutiert, wie man eine Bank klein- und schlechtredet, sondern dass sie sich mit klugen Ideen daran beteiligt, was wir tun können, um das Geld der Steuerzahler zurückzubekommen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Tobias Thalhammer (FDP): Sehr richtig! - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Dabei könnten Sie wirklich mithelfen.

Unsere Strategie ist es, die Stabilität der Bank zu gewährleisten und Risikoaktiva abzubauen. Unsere Strategie ist, die EU-Beihilfeverfahren abzuschließen und einen Ausschüttungsplan zu ermitteln. Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich: Die Sparkassen

sind hierbei auf einem guten und konstruktiven Weg, um auch ihren Beitrag zu leisten. Deshalb sind die einen oder anderen Pressekonferenzen in dieser Woche auch nicht im Interesse der Sparkassen gewesen. Wir wollen die Geschäftsmodelle weiter verbessern, um die Bank, wie es die Opposition immer wieder gefordert hat, für Verkaufsmöglichkeiten zu stärken. Als Stichworte nenne ich: kleiner und stabiler, mehr Regionalität statt Internationalität, mehr Transparenz statt Politik, mehr Mittelstands- statt Konzerngeschäft. Dazu gehört auch - diesen Punkt muss man an dieser Stelle ansprechen -, dass Beteiligungen verkauft werden, wenn man reduziert.

In Baden-Württemberg liegt eine ähnliche Aufforderung der EU-Kommission vor, sich in Anteilen von der Wohnungsgesellschaft zu trennen. Die GBW, über die am Nachmittag diskutiert werden wird, muss in einem Verfahren dargestellt werden, weil Beteiligungen verkauft werden müssen. Die GBW hat einen Gesamtmietdurchschnitt, der unterhalb des normalen Mietspiegels liegt, hat aber nur zu einem Drittel Sozialwohnungen. In anderen Bundesländern hat man zunächst ein rein freies Verfahren gewählt, wie es die EU-Kommission zunächst gefordert hat. Dies führt dazu, dass sich viele Investoren melden, deren prioritäre Geschäftspolitik nicht der Sozialschutz ist. Für uns war der Mieterschutz wichtig. Deshalb haben wir die Aufforderung des Städte-tags sehr ernst genommen, der uns vor Weihnachten aufgefordert hat, einen Weg zu finden, um dem Mieterschutz Priorität zu geben. Herr Güller, auch Sie haben das hier im Parlament gefordert. Zu Recht.

(Harald Güller (SPD): Zu Recht, aber Sie haben den Antrag abgelehnt!)

- Gerade nicht.

Meine Damen und Herren, wir sind in Abstimmung mit der EU-Kommission einen anderen Weg gegangen. Wir haben vorgeschlagen, mit den Kommunen ein privilegiertes Angebot auszuarbeiten, weil die Sozialbindung dort mit Abstand am sichersten erreicht wird. Wir haben einem kommunalen Konsortium ein Angebot gemacht. Es gab ein erstes Treffen. Das war ein gutes Gespräch. Die Kommunen arbeiten derzeit inten-

siv an einem solchen Programm. Umso unverständlicher und belastender für den Prozess war es, dass der Prozess nicht von den Kommunen, sondern aus einer Sitzung des SPD-Landesvorstands belastet wurde, indem er quasi abgebrochen wird. Dr. Maly, der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, hat mir dem entgegen sofort geschrieben, er wolle auf jeden Fall weiter verhandeln. Daran könnte sich Herr Ude ein Beispiel nehmen. Vielleicht haben Sie den Falschen aufgestellt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Exakt, was Ude gesagt hat. Das waren seine Worte. Aber es ist Ihre Verantwortung!)

Meine Damen und Herren, der heute eingereichte Nachtragshaushalt setzt klare politische Akzente für unser Land. Er beantwortet - das ist das Spannende - darin die gesellschaftlichen Zukunftsfragen. Wir investieren bewusst für die Familien und in die Bildungspolitik, indem wir die Kommunen beim Ausbau der Krippen und beim Einstieg in das beitragsfreie Kindergartenjahr unterstützen. Ich halte das für eine ausgesprochen gute Idee. Wir bauen die Lehrerstellen aus, um den Unterrichtsausfall abzubauen. Das ist wichtig, weil im Parlament ausführliche Debatten geführt werden, was Bildungskompetenz sei. Ein Drittel des gesamten Haushalts geben wir seit 2008, seit sich diese Regierung strukturiert hat, für Bildung aus. Das ist ein Plus um 18 %. Mich freut es, dass das bei den Bürgern Akzeptanz findet. In den jüngsten Umfragen des Bayerischen Rundfunks gab es klare Kompetenzzuweisungen. Die Staatsregierung befindet sich weit vor allen anderen. Ich meine, das ist ein richtiges Signal für den Weg, den wir fortsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir beteiligen uns an der Gestaltung der Energiewende, indem wir die energetische Sanierung - Martin Zeil hat dies vorhin angesprochen -, Speichertechnologie und das Klimaprogramm fortsetzen. Wir entwickeln den Gedanken der Teilhabe des gesamten Landes am Erfolg. Von Oppositionsseite hört man nur das Beispiel einer Stadt. Ich finde, manchmal wäre Solidarität unter den Kommunen denkbar. Für die zweite

Stammstrecke fände ich es nötig, dass die nach Ihren Aussagen offenkundig sehr reiche Landeshauptstadt ihren Beitrag zur Finanzierung erbringt, damit das Umland ordentlich erschlossen wird, und nicht nur auf den Freistaat verweist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen bewusst etwas für den ländlichen Raum, indem wir die Regionalförderung stärken, den Breitbandausbau, den Hochschulausbau und die Konversionsplanung fördern. Thomas Kreuzer redet mit den Kommunen, die von der Bundeswehrreform und möglicherweise von der Entscheidung der USA zum Truppenabbau betroffen sind, über Hilfe. Wir setzen ein ganz klares Signal. Wir lassen niemanden in Bayern allein. Die Starken müssen denen helfen, die in Schwierigkeiten sind. Wir als Freistaat Bayern werden das tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen das sicherste Bundesland noch sicherer, indem wir für Polizei, Justiz und Gerichte klare Signale setzen, dass uns die Sicherheit im öffentlichen Raum sehr wichtig ist.

Auch in diesem Nachtragshaushalt geht es sehr stark um die Beamten. Das Thema ist die Bezügeanpassung. Darüber diskutieren wir im Nachtragshaushalt.

Meine Damen und Herren, hier spreche ich im Namen aller. Wir schätzen die gute Arbeit, die unsere bayerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Teilen der öffentlichen Verwaltung leisten. Wir wissen, was die bayerischen Beamten und Beamtinnen erbringen, und wir wissen auch, dass sie in den letzten Jahren ihren Sparbeitrag zur Konsolidierung erbracht haben. Ich möchte ein ausdrückliches Dankeschön für die Leistungsfähigkeit, aber auch für den Beitrag und die Solidarität sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei allen Maßnahmen liegen die bayerischen Bezüge im bundesweiten Vergleich weiter mit an der Spitze. In vielen Fällen ist eindeutig, dass es besser ist, in Bayern Beamter zu sein als anderswo. Wir gleichen mit der ersten Stufe die Besoldungshöhe ab Januar 2012 zwischen den Arbeitnehmern und Beamten an. Die Steigerung beträgt 1,9 %. Die zweite Erhöhung mit 1,5 % findet am 1. November 2012 statt.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Weitere Maßnahmen werden folgen: Leistungsstufen und Leistungsprämien leben ab dem 1. Januar 2013 wieder auf. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit wird in zwei Schritten auf die 40-Stunden-Woche zurückgeführt. Die jährliche Sonderzahlung wird unverändert weiter gewährt. Im Vorgriff auf das neue Dienstrecht wurden bereits 18.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten und Stellenhebungen im Doppelhaushalt 2009/1010 geschaffen. Das ist besonders wichtig, weil es Flexibilität bietet. Meine Damen und Herren, man kann durchaus sagen, dass wir uns der Verantwortung für die bayerischen Beamtinnen und Beamten bewusst sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aktuell geht es um die Frage, wie die weitere Vorsorge für die Pensionen geregelt wird. Eines möchte ich dazu sagen: Egal, welches Modell weiter diskutiert wird, können sich alle Beamten zu 100 % darauf verlassen, dass gewollt und gesetzlich verankert wird, die Pensionen in Zukunft so zu erhalten, wie sie sich jetzt darstellen. Meine Damen und Herren, die Altersvorsorge muss gewährleistet sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben bislang die Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds. Beide haben das Ziel, in Zukunft die Belastungen des Staatshaushalts, die durch Pensionszahlungen erfolgen werden, zu dämpfen. Wir sollten jetzt beraten und auf lange Sicht entscheiden, welcher Weg richtig ist im Vergleich von durchschnittlichen Renditen und Zinsbelastung. Die jetzige Struktur ist sicherlich verbesserbar. Sie muss mit dem Ziel

der Schuldentilgung in Einklang gebracht werden. Klar ist aber auch, meine Damen und Herren: Die bisherigen Leistungen für die Beamten bleiben dadurch Bestandteil der Pensionsplanung.

Für eines bitte ich aber der Ehrlichkeit halber um Verständnis: Alle derzeitigen statistischen Planungen basieren auf dem heutigen Stand der Mitarbeiter. Sollte die Zahl der Staatsdiener weiter wachsen und sollten jedes Jahr neue Forderungen erhoben werden, sind alle Planungen Makulatur. Deshalb bitte ich herzlich, nicht nur isoliert über die Pensionen zu reden, sondern auch über die Zukunft des modernen Staatswesens. Meine Damen und Herren, man kann nicht über Pensionen philosophieren und ständig neue Stellen fordern. Beides muss in Einklang gebracht werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt aufgreifen, der für die Zukunft des Landes finanzpolitisch wichtig ist. Martin Zeil hat ihn vorhin angesprochen. Ich glaube, wenn die Bayern in Deutschland ganz alleine wären, könnten sie die Zukunft gut planen. Für unsere Konjunktur gibt es nicht nur internationale, sondern auch nationale Herausforderungen. Die gute Nachfrage in Deutschland ist bedroht. In den letzten zwei bis drei Jahren haben wir die Frage gestellt, welche Steuersenkungen möglich sind. Bezüglich der kalten Progression müssten Sie mithelfen. Es kann nicht sein, dass in einem Land, das von Leistung lebt, diejenigen bestraft werden, die besonders viel leisten. Wir brauchen die Änderung. Ich bitte alle SPD-regierten Länder mitzumachen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Leider haben wir bei der öffentlichen Debatte über Steuersenkungen scheinbar verpasst, dass Parteitage klammheimlich das Gegenteil beschlossen haben. 2013 werden wir anlässlich der Haushaltsdebatte nicht nur darüber diskutieren, ob wir uns Steuersenkungen leisten können, sondern eher, ob wir Steuererhöhungen national verkraften können. Die Parteitage der SPD und der GRÜNEN haben Beschlüsse ge-

fasst; ich nehme an, mit Beteiligten aus diesem Hohen Haus. Dort wurden Steuererhöhungen beschlossen. Dort geht es um den radikalen Abbau ökologischer Subventionen, ob bei Agrardiesel, Flugbenzin, der Begrenzung der Betriebsausgaben, dem Abzug für Kraftstoffe, Ökosteuer-Ausnahmen oder der ökologisch gesteuerten Dienstwagenbesteuerung. Sie fordern die Anhebung der Einkommensteuer, und Sie fordern die Rücknahme der steuerlichen Entlastung durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Sie wollen die Vermögensteuer für Unternehmen und Privatleute einführen. Sie wollen die Gewerbesteuer verschärfen und, und, und. Ökonomen rechnen, dass diese Steuern - von beiden Parteien beschlossen - insgesamt circa 30 Milliarden Euro Steuererhöhungen für die Wirtschaft und die deutschen Bürger bedeuten würden. Das wäre die höchste Steuererhöhung, die es je in Deutschland gegeben hat. Das muss man mit den Menschen im Land diskutieren. Das wäre eine Schädigung der Konjunktur, die wir nachhaltig ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir diskutieren heute eigentlich über den Kurs der Zukunft. Hierzu ein Vergleich: In Nürnberg gibt es einen wundervollen kleinen See, den Dutzendteich. Er ist etwa 30 bis 40 Zentimeter tief und sehr schön. Dort kann man im Sommer bei schönem Wetter wunderbar Boot fahren. Es ist letzten Endes egal, wer am Ruder ist. Da können auch drei miteinander fahren, der eine kann nach rechts fahren, Herr Aiwanger vielleicht, der andere kann nach links rudern, beispielsweise Frau Bause, und Herr Ude kann zurückrudern. Letztlich ist es nicht schlimm, jeder hat Spielräume. Ich befürchte aber, so gern ich das auch hätte, Bayern ist nicht auf dem Dutzendteich unterwegs, sondern es fährt auf den unruhigen internationalen Gewässern. Wir haben schwere Wolken am Horizont, die noch nicht beseitigt sind. Ich glaube deshalb, es ist wichtig, einen klaren Kurs zu fahren, einen Kompass zu haben und Kraft, das Steuerrad zu halten. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Regierungskoalition, die wir jetzt haben, Bayern durch die internationa-

len Krisen steuern kann. Wir sind sturmfest und sturmerprobt! Wir können den Kurs auch in schwieriger Zeit halten!

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU) - Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, der jetzige Haushalt ist das Kursbuch für die Zukunft. Ich sage Ihnen deshalb eines: Wir lassen uns durch Beleidigungen nicht davon abbringen. Wir glauben mit der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung, dass wir genau auf dem richtigen Weg sind. Diesen Weg werden wir gemeinsam gehen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Hierzu wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Nachdem Herr Staatsminister Dr. Söder zweieinhalb Minuten länger geredet hat als die vorgesehenen 30 Minuten, verlängert sich auch die Redezeit der einzelnen Fraktionen um diese zweieinhalb Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort. Bitte schön, Herr Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben soeben einen klassischen Söder erlebt. Auch in seiner neuen Rolle als staatstragender Finanzminister kann Herr Söder von einem die Finger nicht lassen: vom gnadenlosen Populismus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Nein, nein! - Thomas Hacker (FDP): Keine Panik! - Unruhe bei der CSU und der FDP)

- Ganz ruhig, Sie haben noch genug Grund, sich aufzuregen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, das kann ich Ihnen versprechen.

Das fängt doch schon einmal damit an, dass wir selbstverständlich bestätigen, dass Deutschland und Bayern im Jahr drei nach Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise gut dastehen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Bravo, Bravo!)

In den letzten zwei Jahren ist eine deutliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Nach einem Einbruch haben sich auch die Steuereinnahmen wieder deutlich erholt. Der Finanzminister hat die aktuelle Situation geschildert, sie schlägt sich im Haushaltsergebnis 2011 nieder: Wir haben Mehreinnahmen von 2,2 Milliarden Euro. Für 2012 rechnen wir mit 1,5 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen als im Stammhaushalt niedergeschlagen. Das ist zunächst einmal das Verdienst der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in Bayern. Das kann man hier schon einmal klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist vor allem auch das Verdienst der Gewerkschaften und der Betriebsräte, die für Vertrauen und Akzeptanz von Übergangsregelungen geworben haben. Diese Gewerkschaften hat der schwarz-gelbe Außenminister dieser Republik vor einiger Zeit noch als "Pest Deutschlands" gebrandmarkt. Diese Gewerkschaften haben mitgeholfen, dass die Firmen und die Arbeitnehmer gut durch die Krise kamen. Das muss man an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der SPD)

Was aber die politische Gestaltung als Folge dieser Krise betrifft, so hören wir hier die übliche Anmaßung, die übliche Hybris der schwarz-gelben Staatsregierung. Sie erklärt, diese positive Entwicklung, die wirtschaftliche Erholung und damit auch die Steuereinnahmen wären ihr Verdienst. Diese Anmaßung war schon immer falsch. In Zukunft aber werden wir sie in diesem Hause nicht mehr länger hinnehmen. Es waren sozialdemokratische Rezepte, die Bayern so gut aus dieser Krise geführt haben.

(Lachen bei der CSU)

- Es waren sozialdemokratische Rezepte!

(Thomas Hacker (FDP): So wie in Nordrhein-Westfalen und Berlin!)

Das verdanken wir doch nicht konservativen - -

(Alexander König (CSU): Der Unterhaltungswert steigt! - Unruhe bei der CSU und der FDP - Glocke des Präsidenten)

- Das führt zu Heiterkeit, das ist klar.

(Albert Füracker (CSU): Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie hier sagen!)

- Wenn Sie zuhören würden, hätten Sie noch mehr Grund, sich aufzuregen, das kann ich Ihnen versprechen. Gönnen Sie sich deshalb das Vergnügen.

Es waren nicht die konservativen Rezepte, es waren nicht die neoliberalen Rezepte, die in dieser Krise weiterführten. Es waren doch sozialdemokratische Rezepte, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise geholfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es war Peer Steinbrück, der als Finanzminister dafür gesorgt hat, dass der Finanzmarkt wieder Vertrauen fasste.

(Unruhe bei der CSU und der FDP - Glocke des Präsidenten)

Es war das überzeugende Konzept von Frank-Walter Steinmeier, mit einem Konjunkturprogramm durch die Krise zu gehen, mit einer Abwrackprämie, mit wichtigen Investitionen in die Zukunft. Dieses sozialdemokratische Rezept hat Erfolg gezeigt!

(Beifall bei der SPD)

Das müssen doch sogar Sie in Ihrer Borniertheit zugeben. Schließlich war es Olaf Scholz, der mit der Kurzarbeiterregelung dafür gesorgt hat, dass Arbeitnehmer durch dieses tiefe Tal der Krise gekommen sind, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren, ohne

dass wir in Transferkosten investieren mussten. Als die Wirtschaft wieder ansprang, war der Arbeitnehmer sofort wieder an seinem Arbeitsplatz. Das waren doch sozialdemokratische Rezepte. Das waren weder konservative noch liberale Konzepte. Das sollten Sie an diesem Tag auch einmal eingestehen.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Deshalb haben Sie aber allein beschlossen! Nur die SPD hat zugestimmt!)

Dass Deutschland und Bayern so gut und so robust auf die Gefahren dieser Finanz- und Wirtschaftskrise vorbereitet waren und so gut durch die Krise gekommen sind, haben wir weder CSU noch CDU oder gar der FDP zu verdanken, sondern der Sozialdemokratie gemeinsam mit den GRÜNEN unter Bundeskanzler Schröder. Diese Bundesregierung hat die Arbeitsmarktreformen angepackt. Das waren nicht Sie, das war die SPD!

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

Dafür haben wir einen bitteren Preis bezahlt. Wir haben es aber angepackt. Wir haben etwas gemacht, wir haben nicht nur geredet.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Peter Paul Gantzer (SPD))

Wir haben Deutschland zukunftsfest gemacht. Deshalb hat es sich in der Krise auch hervorragend bewährt. Wir haben diesen Mut aufgebracht, Sie nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ein Finanzminister in Bayern muss vielleicht an dieser Stelle noch etwas lernen und etwas zugeben können. Die Fundamentaldaten in Bayern, auch was die Steuer anbelangt, würden anders aussehen - auch das muss man sich vor Augen halten -, wenn wir nicht seit Jahren und Jahrzehnten, seit der Nachkriegszeit, das sozialdemokratisch regierte München als Kraftzentrum hätten. München mit seiner guten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist das Kraftzentrum. Dieser Landeshauptstadt haben wir es

zu verdanken, dass die Steuereinnahmen so deutlich angestiegen sind. Herr Finanzminister, machen Sie sich und uns doch einfach einmal das Vergnügen, die Steuereinnahmen, die aus der Landeshauptstadt München und den sie umgebenden Landkreisen kommen, herauszurechnen. Sagen Sie uns dann, wo wir stehen. Es wird sich bewahrheiten: Ohne dieses sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum wäre die Steuerentwicklung nicht möglich gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Halbleib, wir haben eine Wortmeldung des Herrn Kollegen Graf Lerchenfeld für eine Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

Volkmar Halbleib (SPD): Ich möchte Herrn Kollegen Lerchenfeld bitten, sich im Augenblick auf Zwischenrufe zu beschränken.

(Heiterkeit der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Soviel zur Ausgangslage. Der Finanzminister redet zum Nachtragshaushalt 2012. Wenn man schaut, wie viel Redezeit er tatsächlich dem Nachtragshaushaltsentwurf 2012 gewidmet hat, dann sieht man: Dieser Abschnitt nimmt den geringsten Teil seiner Redezeit ein. Das verwundert auch nicht; denn das, was der Finanzminister zum Nachtragshaushalt 2012 sagte, macht vor allem eines deutlich: Dieser Entwurf eines Nachtragshaushalts ist nichts anderes als ein Dokument des Eingeständnisses früherer Versäumnisse. Das kann ich Ihnen auch belegen: Erstens. Der Nachtragshaushalt bestätigt nur das, was wir bei der Beratung zum Doppelhaushalt gesagt haben. Wir haben aufgezeigt, an welchen Stellen zu wenig gemacht wird, was dort, wo es notwendig wäre, nicht gemacht wird.

Unsere Kritik am Doppelhaushalt bezieht sich genau auf die Punkte, die Sie im Nachtragshaushalt ändern. Sie haben einen Aufbruch gefeiert, den es nicht gab. An vielen Stellen im Doppelhaushalt 2011/2012 kam es eher zu einem Abbruch. Jetzt bewahr-

heitet sich, was wir schon vor langer Zeit gesagt haben: In den Bereichen, in denen Sie massiv gespart und damit Lasten in die Zukunft verschoben haben, müssen Sie nunmehr nachjustieren. Sie haben viel zu wenig investiert - auf Kosten der Infrastruktur. Ich wiederhole: Sie bessern nach und bestätigen damit die Kritik nicht nur der SPD-Fraktion, sondern aller Oppositionsfraktionen.

(Beifall bei der SPD)

Nur ein paar Beispiele aus Ihrem Mängel-Portfolio: Was die Staatsstraßen angeht, so machen Sie im Nachtragshaushalt nichts anderes, als den völligen Absturz der Ausgabemittel, der im Stammhaushalt noch festgeschrieben ist, zu verhindern und dafür zu sorgen, dass es wenigstens zu einer stetigen Ausgabenentwicklung kommt.

Ähnliches gilt hinsichtlich der Lehrerausstattung: Was haben wir hier für Jubelarien gehört, was die Lehrerausstattung angeblich alles hergibt! Die Koalition behauptete stets, die Kritik des BLLV und der Opposition sei nur Polemik. Jetzt wird deutlich, dass die Mangelverwaltung der Staatsregierung auch in diesem Bereich an ihr Ende gelangt ist. Sie müssen einräumen, dass Sie ohne zusätzliche Lehrerstellen die Unterrichtsversorgung im Freistaat Bayern nicht mehr gewährleisten können. Das ist nichts anderes als ein Eingeständnis Ihrer Versäumnisse bei der Aufstellung des Doppelhaushalts!

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der Ausbildung der Finanzbeamten und der Polizeibeamten justieren Sie nach.

Nächster Punkt: Breitbandausbau. Es ist gut, wenn in den Nachtragshaushaltsentwurf mehr Mittel für den Breitbandausbau eingestellt werden. Das ist jedoch nichts anderes als das Eingeständnis, dass Sie bisher viel zu wenig für den Breitbandausbau getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Heute, im Jahr 2012, fordern Sie ein Breitbandkompetenzzentrum für den Freistaat Bayern, und das, nachdem Sie in den vergangenen Jahren "Laptop und Lederhose" lächerlich gemacht haben. Nur noch die Lederhose blieb übrig; der Laptop funktioniert nicht mehr, weil Sie keinen Breitbandanschluss bereitgestellt haben. Das ist doch die Wahrheit! Hier muss nachjustiert werden, weil Sie Versäumnisse zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Das beste Beispiel ist das Abfinanzierungsprogramm, das Sie im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt auflegen. Das ist doch nichts anderes als das Eingeständnis dessen, dass Sie bisher zugesagte Fördermittel nicht ausgezahlt haben. Es gibt lange Wartezeiten, viele warten auf ihr Geld. Sie schieben einen riesigen Investitionsstau vor sich her. Kleinkläranlagen, private Volksschulen, Behindertenförderung, Sportstätten, Wohnbauförderung, Städtebauförderung - überall justieren Sie nach. Sie korrigieren die Fehler, die Sie bei der Aufstellung des Doppelhaushalts gemacht haben, nichts anderes. Als wir diese Fehler damals benannten, wiesen Sie unsere Kritik mit Empörung zurück. Heute aber müssen Sie eingestehen: Wir lagen richtig, als wir die wunden Punkte ansprachen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Staatsregierung führt zwar oft die Worte "Nachhaltigkeit" und "Generationengerechtigkeit" im Munde, aber für heute schon erkennbare Lasten, für die ein Unternehmen zwingend eine Rückstellung bilden müsste, trifft sie keine Vorsorge; das heißt, die Lasten werden in die Zukunft verschoben.

Ich gehe noch näher darauf ein, weil der Finanzminister heute interessante Ausführungen dazu gemacht hat. Dieser Nachtragshaushalt ist auch deshalb ein Beleg dafür, dass Sie Lasten in die Zukunft verschieben, weil Sie trotz Steuermehreinnahmen die Versorgungsrücklage nicht bedienen. Auch das ist ein Eingeständnis dessen, dass

Ihre bisherige Vorsorgestrategie gescheitert ist. Von der Bedienung der Versorgungsrücklage wollen Sie anscheinend nichts mehr wissen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Konsequenzen des Desasters mit der Landesbank sind ein Eingeständnis Ihres Scheiterns. In diesen Nachtragshaushalt sind roundabout 350 Millionen Euro für Zinsaufwendungen eingestellt, für die die Regierung unter Horst Seehofer die Verantwortung trägt, weil sie, beginnend 2008, 10 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen hat. Das ist die Wahrheit. 350 Millionen Euro stehen für andere Zwecke nicht zur Verfügung, weil die CSU die Landesbank nicht gut gesteuert und in ein Desaster geführt hat. Wofür könnten wir 350 Millionen Euro nicht alles verwenden: für Bildung, für Soziales, für Infrastruktur in Bayern. Dass das nicht möglich ist, dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Pleitegeier!)

Dieser Nachtragshaushalt ist auch deshalb das Eingeständnis Ihres Scheiterns, weil die Privatisierungserlöse - zustande gekommen durch den Verkauf von Volksvermögen, der unter Edmund Stoiber massiv vorangetrieben wurde - allmählich zu Ende gehen und perspektivisch keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Das merkt man diesem Haushalt an. Es steht zwar noch eine gewisse Restmenge zur Verfügung, aber sie läuft aus.

Dieser Nachtragshaushalt ist ein Dokument der Widersprüche und der Unzulänglichkeiten. Wie kann die Staatsregierung im Jahr 1 nach der Energiewende einen Nachtragshaushalt vorlegen, in dem für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude - eine zentrale Aufgabe; auch insoweit hat der Freistaat eine Vorbildfunktion - nicht mehr vorgesehen ist als im Vorjahr, sondern sogar 17,5 Millionen Euro weniger! Nichts macht Ihr Gerede von der Energiewende und Ihr angeblich engagiertes Anpacken unglaublicher als dieser Sachverhalt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nächster Punkt: Bei den Kindergartengebühren eiern Sie herum. Statt klar Position zu beziehen und Ihren eigenen Koalitionsvertrag beherzt umzusetzen, folgen Sie in dieser Frage einer Salamitaktik. Wir erwarten, dass Sie Ihre Unzulänglichkeiten endlich korrigieren und das einlösen, was Sie den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl versprochen und dann im Koalitionsvertrag festgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem muss das auch von Ihnen so gesehen werden. Das ergibt sich aus meiner Aufstellung, auch wenn vielleicht ein Polemikabschlag vorgenommen werden kann; das gebe ich gern zu. Nach meiner festen Überzeugung sehen Sie das auch so. Der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer vertraut seiner eigenen Haushaltspolitik nicht mehr. Erstmals lässt die CSU erkennen, dass ihre eigene aktuelle Haushaltspolitik keine Überzeugungskraft mehr hat. Würde Horst Seehofer seiner eigenen Haushaltspolitik, wie sie heute im Zuge der Einbringung des Nachtragshaushalts 2012 vorgetragen wurde, tatsächlich vertrauen, dann wären nach dem Kabinettsbeschluss in der Winterklausur von Wildbad Kreuth die finanzpolitischen bzw. fachlichen Qualitäten aus der Sicht der Regierungsfractionen stärker herausgestellt worden. Vielleicht wäre da und dort noch eine kleine Änderung vorgenommen worden, aber mit dem üblichen Tamtam wäre das Ganze in der letzten Woche, wie es eigentlich geplant war, vorgestellt worden.

Stattdessen wurde in der vergangenen Woche der Nachtragshaushalt nicht eingebracht. Dabei handelt es sich um eine Verschiebung nicht nur des Termins - das wäre verkraftbar -, sondern auch der finanzpolitischen Diskussion. Diese führt weg vom konkreten Nachtragshaushalt und hin zu einer seltsamen, abstrakten, luftleeren Diskussion, weg von der konkreten finanzpolitischen Situation und hin zu einer Phantomdiskussion ohne fachliches Fundament. Mir drängt sich der Gedanke auf, dass Sie mit Ihrer CSU der eigenen Regierungspolitik entfliehen wollen. Der Ministerpräsident ist

müde geworden, weil er immer wieder mit seinen Versprechungen konfrontiert wird, die er noch in der laufenden Legislaturperiode einlösen soll.

Wie es in der nächsten Legislaturperiode weitergeht, weiß auch er nicht. Deswegen setzt er sich Ziele, deren Erreichung er politisch nicht mehr erleben wird. Er wird mit Sicherheit nicht mehr an deren Erreichung gemessen werden. Endlich ist er die Debatte um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Worten und Taten los. Er kann in die Ferne des Jahres 2030 entfliehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist verständlich bei diesem Haushaltsentwurf. Aber es ist abstrus, wenn man sich anschaut, was die CSU in Sachen Verschuldung und Verschieben von Lasten in die Zukunft zu verantworten hat.

(Zurufe von der CSU)

- Ich weiß, dass Sie das erregt.

(Barbara Stamm (CSU): Das erregt mich nicht!)

Das ist ja auch klar - bei dieser Bilanz! Hören Sie in aller Ruhe zu.

Statt Schuldentilgung hat diese Regierungskoalition, insbesondere die CSU, einen massiven Anstieg der Staatsverschuldung zu verantworten - hört, hört! Diese Regierungskoalition hat seit Oktober 2008 die Verschuldung des Freistaates Bayern von 24,1 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro nach oben getrieben. Ursache sind vor allem Fehlentscheidungen und Aufsichtsversagen der CSU im Zusammenhang mit der Landesbank. Das ist Fakt, das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Ihr habt doch auch zugestimmt bei der Landesbank! - Harald Güller (SPD): Wo denn?)

Die Schuldenbelastung für jeden Einwohner des Freistaates Bayern - vom Säugling bis zum Greis - ist seit 2006 um 830 Euro angewachsen. Auch das ist Fakt. Dass Sie angesichts dessen unruhig werden, ist mir völlig klar. Seit 2006, seitdem der Haushalt des Freistaates Bayern angeblich ausgeglichen sein soll - der Finanzminister hat das heute in der ihm eigenen unnachahmlichen Art noch einmal behauptet -, wurden pro Jahr 1,42 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft. Das ist die Wahrheit, die Sie zu verantworten haben.

Weiteres steht bevor. Die Garantieverpflichtung für das ABS-Portfolio der Landesbank wird derzeit als Risiko für den Haushalt des Freistaates Bayern mit 1,6 Milliarden Euro eingeschätzt. Das heißt, auf den Steuerzahler kommen nicht nur die 10 Milliarden Euro, sondern weitere 1,6 Milliarden Euro zu, die der Finanzminister korrekterweise schon in seiner Finanzplanung ausweist. Sie haben also nicht nur die Neuverschuldung nach oben getrieben, sondern sorgen auch dafür, dass weitere finanzielle Belastungen durch die Landesbank auf den Freistaat Bayern zukommen. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie muten dem Doppelhaushalt und dem Nachtragshaushalt eine massive Zinsbelastung von 350 Millionen Euro pro Jahr zu. Die Zinsuhr tickt. Unter Ihrer Verantwortung läuft täglich etwa 1 Million Euro auf. Die Zinsuhr läuft unentwegt. Bislang summiert sich der Betrag auf 740 Millionen Euro, die auf die 10 Milliarden Euro noch aufzuschlagen sind. Das ist die finanzpolitische Realität im Freistaat Bayern. Verantwortlich sind Sie.

(Beifall bei der SPD)

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von voriger Woche steht ein besonderer Satz, für den Herr Finanzminister Söder heute eine Interpretation geliefert hat: "Wir setzen neue Standards für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit." Ihr neuer Standard ist offensichtlich, dass die Zukunftsvorsorge, die Nachhaltigkeit

und die Generationengerechtigkeit bei den Pensionslasten Vergangenheit sind, von Ihnen gestrichen werden und dass Sie 563 Millionen Euro an jetzt schon klaren Lasten mit Ihrer Haushaltspolitik in die Zukunft verschieben.

Auch das passt nicht zu Schuldentilgung und Schuldenabbau. Sie schieben finanzielle Lasten in die Zukunft. Ob Sie das mit Schulden oder Pensionslasten machen, kommt auf das Gleiche hinaus. Aber Sie drücken sich davor, dies auszuweisen. Das halten wir für einen fundamentalen Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Reden wir einmal über die Verschuldung, die im Haushalt des Freistaates Bayern überhaupt nicht auftaucht. Ich meine die versteckte Verschuldung. In den letzten Jahren - das ist immer wieder bestätigt worden - ist die Neuverschuldung bei der versteckten Verschuldung, also bei derjenigen, die nicht im Haushalt auftaucht, gestiegen. Der Staatshaushalt spiegelt nur die Einnahmen und Ausgaben wider. Das heißt, beim Verzicht auf Unterhalt, auf Erhaltungsinvestitionen, auf Sanierung von Gebäuden, Straßen und anderen Einrichtungen des Freistaates bleibt der Haushalt zwar formal ausgeglichen; aber in der doppelten Buchführung von Unternehmen würde dafür ein klarer Verlust ausgewiesen, weil permanent Vermögensverzehr stattfindet.

Genau darauf hat der Oberste Rechnungshof in einer Legion von Hinweisen immer wieder aufmerksam gemacht. Letztlich hat die Staatsregierung das Beanstandete eingeräumt. Aber es ist zu wenig passiert. Die versteckte Verschuldung steigt weiter. Für die Staatsstraßen und den Gebäudeunterhalt steht nach aktuellen Feststellungen des Haushaltsausschusses von dieser Woche viel zu wenig im Etat. Das gilt auch für die Sanierungsmittel. Die versteckte Verschuldung des Freistaates Bayern steigt unter Ihrer Verantwortung tagtäglich. Das ist ein inakzeptabler Zustand.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es eine Verschuldung, die nicht nur beim Freistaat, sondern auch woanders geschieht. Sie ist ebenfalls eine Verschuldung der öffentlichen Hand. Damit spreche ich die Verschuldung an, die der Freistaat Bayern auf die Kommunen abgewälzt hat. In keinem anderen Flächenland der Bundesrepublik ist der kommunale Anteil an der Gesamtverschuldung von Kommunen und Staat so groß wie im Freistaat Bayern; er beträgt nämlich fast 30 %.

Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, weil es unangenehm ist. Aber das heißt nichts anderes, als dass der Freistaat Bayern peu a peu finanzielle Lasten stärker auf die Kommunen abgedrückt hat, also auf diejenigen, die für die Daseinsvorsorge im Alltag zuständig sind. Sie haben mehr Schulden nach unten abgedrückt als jedes andere Bundesland. Die nächsten Bundesländer liegen auf dieser Skala sehr viel weiter hinten. Das ist ein Zustand, den Sie sich zuschreiben müssen. Sie haben die Verschuldung des Freistaates zwar abgebaut, aber die Verschuldung der Kommunen aufgebaut.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zur aktuellen Politik. Bei den Schuldentilgungsüberlegungen, die Horst Seehofer in Wildbad Kreuth bekannt gegeben hat, klafft eine Lücke zur aktuellen Politik. Wenn ich mich recht entsinne - es ist schon lange, lange her; ich glaube, es liegt schon acht Wochen zurück -, hat der Oberste Rechnungshof die Staatsregierung aufgefordert, mehr für die Schuldentilgung zu tun. Aber was war die Reaktion des Ministerpräsidenten? Hat er etwa gesagt, das sei ein sinnvoller Vorschlag und man müsse wirklich mehr für die Schuldentilgung tun? Nein, die Reaktion war genau umgekehrt: Er hat sich darüber empört, dass es der ORH überhaupt wagt, einen solchen Vorschlag zu machen, und hat gesagt: Ich muss, wenn ich dafür Zeit habe, dem ORH einmal erklären, wie moderne Finanzpolitik funktioniert.

Also, noch vor wenigen Wochen hat Ministerpräsident Horst Seehofer das Ansinnen einer weiteren Schuldentilgung brüsk zurückgewiesen, und wenige Tage später ver-

kündete er genau das Gegenteil. Wenn das eine substanzielle und gute Politik sein soll, dann weiß ich nicht mehr, wie man die Politik des Ministerpräsidenten bezeichnen soll. Substanziell und gut wäre es gewesen, wenn er damals dem Obersten Rechnungshof zugestimmt und Konsequenzen gezogen hätte. Dem ORH zu widersprechen und wenige Wochen später genau das Gegenteil zu sagen, halte ich für unsolide und unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Was soll man von einem Finanzminister halten, der den Ministerpräsidenten in dieser Sache nicht nur bestätigt, sondern in der darauf folgenden Woche gegenüber dem Obersten Rechnungshof noch nachgetreten hat? Der Finanzminister hat zurückgewiesen, was der Oberste Rechnungshof der Staatsregierung ins Stammbuch geschrieben hat. Das passt doch alles nicht zu den Erklärungen, die Sie heute mit vollem Pathos abgeben. Wenigstens heute wäre es angebracht, wenn Sie, Herr Finanzminister, sich in aller Form beim Rechnungshof und bei seinem Präsidenten entschuldigten. Wenn Sie schon die Entschuldigung auf die lange Bank schieben, sollten Sie wenigstens mit der Entschuldigung gegenüber dem Rechnungshof nicht warten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Widerspruch ist es auch - vielleicht ändert sich das aufgrund der heutigen Debatte noch; es kann ja sein, dass Sie hinzulernen -, dass Sie die permanente Fortführung von Kredtermächtigungen im Haushalt betreiben. Kredtermächtigungen dienen dazu, Schulden aufzunehmen. Sie ermöglichen dem Finanzministerium zwar eine flexible Handhabung, führen aber - darauf weist der ORH ganz klar hin - in letzter Konsequenz dazu, dass auch in konjunkturrell guten Zeiten keine Schulden abgebaut werden.

Wir fordern Sie deshalb auf: Beenden Sie Ihr widersprüchliches Verhalten. Sie predigen Wasser, trinken aber Wein. Sie hätten die Möglichkeit, die Kredtermächtigungen

zu streichen. Das haben Sie bisher nicht gemacht. Auf dieses Signal warten wir noch. Vielleicht kommt es aufgrund der heutigen Debatte aber noch.

Sie haben das Gegenteil von dem gemacht, was Sie hier behaupten. Sie haben die Kreditermächtigungen im Nachtragshaushalt belassen.

Beim Thema Schulden hat die CSU einen weiteren Widerspruch verursacht. Diesen Versuch hat heute ja auch der Finanzminister noch einmal gemacht. Im Bund ist es pfui, in Bayern hui: Sie nehmen in Ihrer Regierungskoalition in Berlin unter Beteiligung der CSU - der Ministerpräsident sitzt im Koalitionsausschuss - voraussichtlich 26 Milliarden Euro neue Schulden auf. Das sind 6 Milliarden Euro mehr als 2011. Das heißt, unter der Regierungsmitverantwortung der CSU steigt im Bund die Nettoneuverschuldung des beschlossenen Bundeshaushalts.

Die Beschlüsse, die Horst Seehofer als Parteivorsitzender in der schwarz-gelben Koalition zu verantworten hat - sei es das Betreuungsgeld oder die Steuersenkung -, sollen ab 2013 auf Pump finanziert werden. So schaut im Augenblick die Sachlage aus. Was soll man eigentlich von dieser finanzpolitischen Schizophrenie halten? In Bayern geht es so und im Bund so. Insgesamt haben CSU und FDP in dieser Frage keine Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu Ihren Schuldentilgungsüberlegungen. Ich habe gedacht, dass Sie heute etwas konkreter sagen, wie Sie sich das vorstellen. An einer Stelle waren Sie furchtbar konkret; darauf komme ich gleich. Heute wäre der richtige Tag, ein Konzept vorzulegen. Aber Sie haben noch nicht einmal eine grobe Orientierung gegeben. Nachdem ich das Interview mit Ihnen, Herr Finanzminister, in der "Welt am Sonntag" gelesen habe, weiß ich, warum Sie keine Orientierung gegeben haben: weil Sie nämlich in zentralen Fragen keine Orientierung haben. Ich kann Ihnen das belegen. Das fängt schon beim Umfang der Schuldentilgung an. Der Journalist Peter Issig von der "Welt am Sonntag" fragt Sie: "Stimmt es, dass durchschnittlich jährlich 1,8 Milliarden

Euro zurückbezahlt werden müssen?" Antwort von Ihnen, Herr Finanzminister: "Das ist eine willkürlich gesetzte Zahl." Dabei ist es die exakte Zahl, die bei 32,6 Milliarden Euro Schulden und einem Abbaup Zeitraum bis 2030, somit von 18 Jahren, durchschnittlich pro Jahr herauskommt. 18 Jahre bis zum Jahr 2030 bei 32,6 Milliarden sind damit 1,8 Milliarden pro Jahr. Sie bezeichnen dies in einem zentralen Interview als eine willkürlich gegriffene Zahl. Das kann doch nicht sein. Was steckt dahinter, wenn Sie selbst beim Umfang der Schuldentilgung keine Klarheit haben, sondern Unklarheiten verbreiten? Damit fängt es schon einmal an.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Meine Auffassung ist, dass Schuldentilgung immer etwas mit Sparanstrengungen zu tun hat. Mich überrascht sehr, dass Schuldentilgung nach Auffassung des bayerischen Finanzministers nichts mit Sparanstrengungen zu tun hat. Das ist eine sehr überraschende These, die ich kaum nachvollziehen kann. So ist es aber wohl zu verstehen. Naheliegende Frage des Journalisten: "Müssen sich also alle Ministerien auf Kürzungen einstellen?" Antwort des Finanzministers: "Wir sparen nicht, wir tilgen." Die Antwort des bayerischen Finanzministers ist also: "Wir sparen nicht, wir tilgen." Der Journalist hat natürlich nachgefragt, wie er seine Fraktion überzeugen wolle, die nach neuen Straßen, neuen Konzertsälen und Bewachern für die Gerichte ruft. Antwort Söder - zum wiederholten Mal -: "Nein, ich betone: Wir sparen nicht, wir tilgen." Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU und der FDP: Wenn ein Finanzminister erklärt, dass er nicht sparen will und gleichwohl Schulden tilgt, dann ist er ein unglaublicher Finanzminister. Sie wissen das, und wir wissen das. Wir müssen das an dieser Stelle auch der Bevölkerung in Bayern deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Nächste Frage zum Personalabbau: Frage des Journalisten - ganz selbstverständlich -: "Dennoch wollen Sie den Staatsapparat schlanker machen, also bei den Beamten kürzen?" Antwort des Finanzministers: "Es geht nicht um Kürzung." Das gleiche Spiel.

Nachfrage des Journalisten: "Sie müssen doch irgendwo einsparen." Antwort Söder: "Es gibt ja Reduzierungspläne aus früheren Verwaltungsreformen, die noch gar nicht zu Ende gebracht worden sind." So weit, so klar. Dann fragt der Journalist, wie der Finanzminister vorgehen wolle. Antwort des Finanzministers: "Wir wollen klären, ob es nicht flexiblere Einsatzmöglichkeiten geben kann." Zwischenfrage des Journalisten: "Sollen Polizisten Lehrer werden?" Antwort des Finanzministers: "Natürlich nicht. Aber es gibt viele Aufgabenbereiche, die flexibler gestaltet werden können - so wie in anderen Unternehmen auch." Ich schaue in Ihre Gesichter. Sie sind ähnlich ratlos wie ich. Wenn Sie mir ein Beispiel nennen würden, wo man bei flexiblem Einsatz signifikant einsparen kann, dann wäre ich Ihnen dankbar. Der Finanzminister hat jedenfalls keines genannt. Allgemeine Behauptungen und keine Belege - das ist die Devise dieses Finanzministers.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt. Der Finanzminister hat heute in diesem Hohen Hause für Klarheit gesorgt. Es geht um den Pensionsfonds und die Pensionsrücklage. Hier sagt der Finanzminister auf Frage des Journalisten, ob nicht die derzeit ausgesetzte Bedienung des Pensionsfonds nachhaltig wäre, schlicht die Unwahrheit. Das gleich dreimal - auch das muss man an dieser Stelle sagen. Der Finanzminister behauptet, die Versorgungsrücklage werde laufend bedient. Das ist falsch. Auch die Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus der Absenkung des Versorgungsniveaus werden nicht korrekt bedient. Das weisen auch dieser Haushalt und die Aussagen der Staatsregierung eindeutig nach. Das ist eine Falschbehauptung.

Weiter behauptet der Finanzminister, die Zahlungen in den Pensionsfonds seien in den vergangenen Jahren ausgesetzt worden. Er verschweigt - das ist die nächste falsche Aussage -, dass Sie die Zahlungen auch in der Gegenwart ausweislich Ihres heute vorgestellten Haushaltsentwurfs vollständig aussetzen und in Ihrer eigenen Finanzplanung selbst ab dem Jahr 2013 zeitlich verschieben. Das heißt, Sie täuschen die Öffentlichkeit über Ihre tatsächlichen Absichten.

Nächste Behauptung - Sie haben diese heute in das Hohe Haus eingebracht -: Schuldentilgung für alle ist besser, als nur Geld für Pensionen zurückzulegen. Diese Aussage ist ökonomisch falsch, und Sie mussten heute vor dem Hohen Haus zugeben, dass im Augenblick diese Aussage definitiv nicht stimmt. Diese Aussage hat auch bisher nicht gestimmt. Nach der Aussage Ihres eigenen Hauses liegen die Habenzinsen derzeit deutlich höher als die Sollzinsen. In Ihrer ersten Herausforderung Ihres Amtes treffen Sie gleich drei Falschaussagen. Sie versuchen, die Menschen in Bayern für dumm zu verkaufen, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch politisch ist es ein großer Fehler; denn Sie verraten das, wofür Sie eigentlich stehen sollten, nämlich das Nachhaltigkeitsprinzip in der Finanzpolitik. Sie treten mit Ihrer Aussage vor dem Bayerischen Landtag kurzerhand das hinter dem Versorgungsfonds und der Rücklage steckende Prinzip in die Tonne, dass ebenso wie beim Angestellten entsprechend der Rentenversicherungsbeiträge für Beamte zeitnah Rückstellungen gebildet werden sollen, um keine Lasten in die Zukunft zu verschieben. Bei der doppelten Buchführung, die gerade diese Grundsätze der langfristigen Perspektive im Blick hat, müssten Sie Rückstellungen bilden. Das machen Sie nicht, und das wollen Sie auch in Zukunft nicht mehr machen. Anscheinend wollen Sie auch die Rücklage, die schon gebildet worden ist, auflösen. Sie zerstören - darüber sollten Sie sich im Klaren sein - ein Herzstück der Stoiberschen Politik, und zwar ein vernünftiges Herzstück. Dass das gerade ein Stoiberianer macht und dem damaligen Ministerpräsident des Freistaats bei der Gründung des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage mittelbar Spekulationspolitik vorwirft, schlägt dem Fass den Boden aus. Es ist ein inakzeptabler Vorwurf, gegen den man Edmund Stoiber und alle anderen in Schutz nehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

Sie demontieren die Nachhaltigkeitspolitik. Sie haben dabei in Kreuth den Aufstand der Jungen zur Kenntnis nehmen müssen, die gesagt haben: Wir wollen den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage bedienen. Aber anscheinend ist die Frage, wie man finanzpolitisch in die Offensive kommen kann, so entschieden worden, dass jetzt irgendetwas her muss, was die Versprechen des Freistaates Bayern hinsichtlich der Schuldentilgung stützen kann. Dann nehmen Sie, bevor der Ministerpräsident wie ein nackter Mann dasteht und nichts vorlegen kann, dieses wichtige und traditionsreiche Instrument in die Hand und zerstören die Ergebnisse der Regierungspolitik von Edmund Stoiber und zerstören auch das, was damit verbunden ist. Auch wir von der SPD haben darum gekämpft, dass rechtzeitig Vorsorge getragen wird. Das ist eine Politik, die sich selber Lügen straft. Eine solche machen wir nicht mit, und deswegen werden wir Sie im Haushaltsausschuss zwingen, Farbe zu bekennen. Wir sind sehr gespannt auf die Antwort der Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Halbleib. Sie haben die Redezeit Ihrer Fraktion um eineinhalb Minuten überzogen. Ich gebe den anderen Fraktionen die gleiche Möglichkeit zur Überziehung. Als Nächste hat nun die Kollegin Erika Görnitz das Wort.

Erika Görnitz (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche jetzt, wieder etwas auf die Realität zurückzukommen und darzustellen, wie es bei uns in Bayern tatsächlich aussieht.

(Beifall bei der CSU)

"Bester kommunaler Finanzausgleich. Freistaat unterstützt Kommunen mit Rekordzahlung" - so titelte die "Augsburger Allgemeine" und sagt damit aus, wie es tatsächlich um die bayerischen Finanzen steht.

Die Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich haben ein historisches Hoch erreicht. Die Sieben-Milliarden-Grenze wurde geknackt. Ich glaube - das muss man vorausschicken -, das geschah im besten Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Mit den Verantwortlichen konnte ein Finanzausgleich verhandelt werden, der den Kommunen den Spielraum gibt, erfolgreich ihre Politik zu tätigen. Das ist die Grundaussage dieses Finanzausgleichs.

Im Jahr 2012 haben wir Ausgaben in Höhe von 7,3 Milliarden Euro zu verzeichnen. Das ist der höchste Finanzausgleich aller Zeiten, und das bedeutet einen Aufwuchs von 5,6 %. Bei den reinen Landesleistungen bedeutet dies sogar eine Steigerung um 6,5 %. Das Ganze muss man vor dem Hintergrund sehen, wie die bayerischen Kommunen ohnehin aufgestellt sind. Die Finanzsituation der Kommunen hat sich besonders gut entwickelt. Die Einnahmen aus Steuern sind in den letzten zehn Jahren um 34,8 % gestiegen. Wenn man dagegen die staatlichen Einnahmen anschaut, so sind es dort 21,5 %. Also stehen die Kommunen weit besser da, als es nach den derzeitigen Bedingungen für den Freistaat der Fall ist.

Meine Damen und Herren, die Ausgaben stiegen ebenfalls. Auch die Kommunen haben weiter stark investiert. In den letzten zehn Jahren sind die Ausgaben der Kommunen um 28,2 % gestiegen, während es beim Freistaat Bayern 26 % waren, und das bei einer Investitionsquote von 23,4 % bei den Kommunen und von 12,5 % beim Freistaat Bayern. Wir können heute feststellen, dass die Kommunen inzwischen wieder beim Höchststand des Jahres 2008 angekommen sind und dass damit die schwierige Zeit hinter uns liegt.

Der kommunale Finanzausgleich setzt Schwerpunkte, und dies sowohl durch einen deutlichen Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen, bei der Stärkung der Verwaltungshaushalte der Kommunen als auch durch einen enormen Aufwuchs bei den Investitionsförderungen. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund - das ist ja eine Forderung, die strukturelle Verbesserungen für die Kommunen bringt - wird von 12,2 % auf 12,5 % angehoben. Ich darf daran erinnern, dass wir im Jahr 2005 damit

begonnen haben, den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund kontinuierlich zu erhöhen. Damals lagen wir bei 11,54 %, jetzt sind wir bei 12,5 % angelangt. Das ist eine Steigerung um 8 %, die für die Kommunen verlässliche Werte bringt.

Die Schlüsselzuweisungen - das ist die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich - steigen um 100,2 Millionen Euro und damit um 3,9 %.

(Zuruf von der SPD: Das können wir alles nachlesen! - Gegenrufe von der CSU)

- Das kann man alles nachlesen. Warum tun Sie es dann nicht und behaupten, wir würden die Kommunen zusätzlich belasten?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ist der Verschuldungsgrad hoch oder ist er nicht so hoch? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Bildungsinfrastruktur hat eine ganz hohe Priorität in Bayern. Wir stellen zusätzlich Lehrer ein. Das werden wir heute noch hören. Aber auch die Kommunen sorgen dafür, dass wir beste Voraussetzungen haben, damit die Kinder eine gute Bildung erreichen. Beim Schulbau und bei den Kindertageseinrichtungen werden die Ausgaben um 80 Millionen Euro steigen. Das ist eine Steigerung um 30 %. Damit sind die bayerischen Kommunen bei den Kindertagesstätteneinrichtungen vorbildlich. Überall, landauf, landab, werden Kinderkrippen eröffnet, überall werden ausreichend Krippenplätze zur Verfügung gestellt - außer in München, aber auf dem Land überall. Das muss man einmal feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Vor allem werden auch die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir die Ganztagschulen weiter voranbringen können. Damit verbessern wir die Bildungschancen weiter und stärken auch unser Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein weiterer wichtiger Beitrag sind die Investitionspauschalen zur Unterstützung der Kommunen bei kleineren Investitionen. Sie steigen enorm um 47 %, auf 255 Millionen,

an. Damit erhöht sich die Finanzstärke der kleineren Kommunen enorm. Im Jahr 2009 haben wir damit begonnen, diese Mindestinvestitionspauschale umlagekraftabhängig auszugestalten, und sind damals mit durchschnittlich 26.000 Euro gestartet. Jetzt liegen wir bei einer durchschnittlichen Umlagekraft von 68.000 Euro. Das bedeutet eine eindeutige Stärkung der kleineren Kommunen mit zurückgehender Steuerkraft. Das gibt unseren Kommunen die Möglichkeit, ihre Aufgaben zu meistern.

Der Demografiezuschlag ist eingeführt worden. Wenn der Rückgang der Einwohner in den nächsten zehn Jahren 5 % überschreitet, gibt es einen Zuschlag. Damit haben die Kommunen die Möglichkeit, der Abwanderung durch eine Steigerung der Attraktivität der Gemeinde entgegenzuwirken. Insoweit geschehen großartige Dinge in den Kommunen. Das werden wir weiter stärken. Die kleinen Gemeinden sind also die Gewinner dieses Finanzausgleichs.

Um die Investitionspauschalen anheben zu können, wird bei der Abwasserförderung um 20 Millionen Euro moderat abgesenkt. Dadurch, dass diese aber mit der Förderung von Einrichtungen der Wasserversorgung austauschbar ist, haben wir insoweit keine Engpässe zu erwarten. Dabei geht es auch nicht um Einsparungen für den Freistaat Bayern, sondern alles kommt den Kommunen zugute.

Die Zuweisungen für die kommunalen Umgehungsstraßen werden um 50 % auf 30 Millionen steigen. Das kommt gerade jenen Kommunen zugute, die Umgehungsstraßen in kommunaler Sonderbaulast bauen wollen. Es gibt einige ganz dringende Fälle, zum Beispiel auch in meinem Stimmkreis. Damit können wir Verbesserungen erreichen. Das kommt der Verkehrssicherheit zugute, auch dem Radwegebau, der für uns sehr wichtig ist, weil er die Attraktivität und den Freizeitwert enorm steigert.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Zuweisungen an die Bezirke. Hier haben wir eine Steigerung von 6,8 % auf 623,6 Millionen Euro zu verzeichnen. Wir freuen uns darüber, dass die Menschen ein immer höheres und gesegnetes Alter erreichen dürfen. Als Folge davon sind sie aber auch auf immer mehr Hilfen angewiesen. Um die sozia-

len Aufgaben besser bewältigen zu können, steigt die Bezirksumlage. Wir versuchen und hoffen, dass dadurch die Umlagen stabil bleiben.

Die Überlassungsbeträge bei der Grunderwerbsteuer sollen um 50,3 Millionen Euro anwachsen. Damit kommt man einigen Kommunen entgegen, denen dies ein ganz dringender Wunsch war.

Die Zuweisungen des Einkommensteuersatzes sollen um 53,5 Millionen auf 508 Millionen steigen. Das ist der Ausgleich des Bundes für die Steuererleichterungen, die unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten haben. Es ist ein besonderer Verhandlungserfolg, dass insoweit ein Ausgleich geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang noch daran erinnern, dass wir durch die Entlastung aus der Grundsicherung vom Bund auch für unsere Kommunen den ersten Rückgang und eine Erleichterung von 141 Millionen Euro in diesem Jahr zu erwarten haben. Auch dies wird die Kommunen stärken.

Dieser Finanzausgleich macht deutlich: Wir sind ein verlässlicher Partner der Kommunen. Kein anderes Land tut so viel für seine Kommunen. Deshalb sind wir auch so erfolgreich. Das Zusammenspiel einer erfolgreichen Landespolitik mit erfolgreichen Kommunen macht Bayern zu einem so lebenswerten Land. Pfaffenhofen ist nicht nur die lebenswerteste Kommune, sondern in Bayern lässt sich insgesamt gut leben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Der CSU-Fraktion stehen noch 24 Minuten Redezeit zur Verfügung. Als Nächster hat der Kollege Manfred Pointner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Pointner.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Nachtragshaushalt 2012 steht unter einem besonderen Vorzeichen. Die Nachtragshaushalte, die wir als FREIE WÄHLER hier im Landtag bisher erlebt haben,

waren dadurch bestimmt, dass der Staat mehr Geld brauchte und damit Kreditermächtigungen notwendig waren, um zum Beispiel - ich erinnere an den Nachtragshaushalt 2008 - die Landesbank zu retten. Der Betrag von 10 Milliarden Euro ist schon genannt worden. Das hat unsere Verschuldung von 24 Milliarden Euro auf 34 Milliarden Euro erhöht. Inzwischen ist das wieder um einiges reduziert worden.

Der Nachtragshaushalt 2010 sollte ja die befürchteten Folgen der Wirtschaftskrise auffangen. Der Nachtragshaushalt 2012 zeichnet sich dadurch aus, dass aufgrund der erheblich gestiegenen Steuereinnahmen weitaus mehr Geld zur Verfügung steht, als im Doppelhaushalt 2011/2012 eingeplant war. Die Steuereinnahmen 2011 waren so hoch wie nie zuvor. Auch 2012 ist laut Steuerschätzung nochmals eine Steigerung zu erwarten.

Zu verdanken haben wir das natürlich unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlern, die diese Steuereinnahmen mit ihrem Fleiß, mit ihrer Arbeit erst erwirtschaften konnten. Hier sind vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu nennen, die durch Lohnverzicht, Kurzarbeit, Leiharbeit, Zeitarbeit und andere Modelle dazu beigetragen haben, dass die Lohnstückkosten dem Wettbewerb mit anderen Nationen durchaus mehr als standhalten konnten. Die Arbeitgeber haben ihre Möglichkeiten genutzt, ihre Mitarbeiter zu halten, und haben innovativ und flexibel auf die schwierige Situation reagiert.

Natürlich brauchen unsere Unternehmen mit ihren Beschäftigten dafür gute Rahmenbedingungen. Diese schaffen der Bund und die Länder mit ihrer Gesetzgebung, aber auch mit ihrer Förderung von Unternehmen. Vor allem ist auch wichtig - das wird leider immer wieder übersehen -, dass die Verantwortlichen vor Ort für unsere Unternehmen, für unsere Beschäftigten die besten Voraussetzungen schaffen. Es sind die Kommunen, die durch ihre Planungen und durch ihre Infrastrukturmaßnahmen erst die Grundlagen dafür schaffen, dass die Unternehmen tätig werden können. Deshalb ist es wichtig, dass die Gewerbesteuer nach wie vor bestehen bleibt - es gibt noch immer Leute, die sie abschaffen wollen -; denn gerade die Gewerbesteuer bringt die Ver-

knüpfung der Kommunen mit den Unternehmen zustande und ist ein ganz wichtiger Faktor.

Eine ganz besondere Rolle spielten und spielen für die Bewältigung der Krise auch unsere mittelständischen Kreditversorgungsunternehmen wie die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die vor allem in schwierigen Zeiten ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen und stellten. - Sie, Herr Finanzminister, sind gerade beschäftigt. Entschuldigung, dass ich Sie störe.

(Dr. Markus Söder (CSU): Ich höre zu! Ich bin multitaskingfähig!)

- Gut, Sie hören zu. - Sie sollten das berücksichtigen, wenn die im Zusammenhang mit der Rettung der Landesbank gestellten Forderungen aus Brüssel an die Sparkassen verhandelt werden. Eine Schwächung der Sparkassen würde nämlich auch zu einer Schwächung der mittelständischen Wirtschaft führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der CSU)

- Das macht nichts, entscheidend sind die Inhalte.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie sind heute in einer sehr komfortablen Lage. Frühere Finanzminister hätten davon geträumt, gleich beim Einstieg so viel Geld zur Verfügung zu haben. Die Steuereinnahmen 2011, die vorhandene Rücklage aus 2010 und die Steuerschätzung 2012 ergeben ein deutliches Plus in den Kassen des Freistaats. Heute sind noch einmal 300 Millionen Euro dazugekommen. Wenn man die Entnahme aus den Rücklagen, die vorgesehen war, und die Beleihung des Grundstocks nicht vollzieht - das ist ja nicht mehr nötig -, dann verbleiben Ihnen nach meiner Rechnung noch gut 4 Milliarden Euro an Überschuss, sozusagen an Rücklagen. 3,5 Milliarden Euro reichen auch schon.

Ursprünglich hatten Sie 250 Millionen Euro für die Tilgung vorgesehen. Heute haben Sie mich und uns mit der Mitteilung überrascht, dass erstens mehr Geld da ist - das haben wir vorher nicht erfahren - und dass Sie zweitens die Schuldentilgung jetzt ent-

sprechend erhöhen wollen. Ich habe gestern mein Redekonzept gemacht. Wahrscheinlich hatten Sie jemanden, der da hineingeschaut hat; denn genau den Betrag, den Sie heute vorgeschlagen haben, nämlich die eine Milliarde Euro - mit Einrechnung der 300 Millionen Euro, die Sie heute genannt haben -, hätte auch ich Ihnen vorgeschlagen. Deswegen möchte ich jetzt zum Schuldenabbau, zu diesem Betrag, nichts Näheres mehr sagen. Ich meine, in guten Zeiten - wir haben die besten Zeiten, was die Einnahmen betrifft - müssen wir tilgen; denn wann sonst sollen wir tilgen, wenn nicht in diesen Zeiten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jeder Privatmann, jeder Geschäftsmann weiß, dass er die Schulden abbauen muss, wenn er gute Zeiten und entsprechende Einnahmen hat, damit er Luft hat, wenn die Zeiten einmal nicht mehr so gut sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle trotzdem auf den Schuldenabbauplan bis 2030 eingehen und einige Anmerkungen dazu machen. Es gibt Vorschläge - wir wissen ja nicht, ob die Steuereinnahmen immer so gut sind -, wie man sich Geld beschaffen kann.

Die Neuordnung des Finanzausgleichs ist jetzt wieder einmal auf den Tisch gekommen. Es ist richtig, dass das Land Bayern das meiste einzahlt; das ist bedauerlich. Aber was hat dazu geführt? Was ist die Ursache? - Das ist doch darauf zurückzuführen, dass damals die alleinregierende CSU 2001 unter Ministerpräsident Stoiber eine entsprechende Vereinbarung mit den anderen Ländern abgeschlossen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Vereinbarung und auch die gesetzlichen Regelungen dazu gelten bis 2019. Interessant ist, dass 2001, also zu dem Zeitpunkt, als diese Vereinbarung geschlossen worden ist, das Land Hessen das meiste zahlte. Baden-Württemberg und Bayern zahlten ungefähr gleich viel. Aber insgesamt haben damals die Geberländer mehr ge-

zahlt als heute. Das spielt sicherlich eine Rolle, wenn jetzt weitere Verhandlungen geführt werden. Sie haben gesagt, wenn diese Verhandlungen nicht erfolgreich sind, dann wird geklagt. Ich kann mich erinnern, dass wir vor ungefähr einem Jahr hier schon einmal die gleiche Diskussion geführt haben. Auch damals wurde vom Verhandler und von der Klage gesprochen. Ich frage mich, warum das damals nicht weiterverfolgt worden ist und nun völlig neu auf den Tisch kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kann natürlich mit Baden-Württemberg zu tun haben, weil man sich dort neu orientieren musste. Aber der Sachverhalt hat sich seither nicht verändert.

Interessant ist auch, dass Sie, Herr Finanzminister Dr. Söder, das Instrument der "Einwohnerveredelung" aus Berlin angesprochen und kritisiert haben. Man kann auf jeden Fall darüber reden. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass wir auch im kommunalen Finanzausgleich diese "Einwohnerveredelung" haben. In München oder Nürnberg werden nicht nur 135 Punkte gerechnet, sondern weit über 150 Punkte. Auch darüber müsste man reden; denn zu dem Finanzausgleich bei den Kommunen besteht ja kein großer Unterschied. Es geht um die großen Städte. Darüber muss man diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einen Wert von weit über 150 % bei München und von 150 % bei Nürnberg. Man muss auch mit den Leuten in Passau oder anderen kleinen Dörfern reden, wie sich das zueinander verhält, ob die Einwohner dort mehr wert sind.

(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Passau ist kein kleines Dorf!)

- Auch Passau bekommt mehr. Gut, das Wort "andere" nehme ich zurück. Man muss auch mit kleineren Orten darüber reden, ob das so in Ordnung ist.

Ich kann, was den Finanzausgleich betrifft, der Staatsregierung nur empfehlen, nicht immer nur zu drohen oder zu diskutieren, sondern diese Klage schnellstmöglich einzureichen, sollten Sie der Überzeugung sein, dass diese Klage Erfolg verspricht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine weitere Option für den Schuldenabbau - diese ist schon genannt worden - ist der Verkauf der Landesbank. Dies dürfte derzeit wohl schwer zu verwirklichen sein, wenn wir die Probleme mit der ungarischen MKB oder auch die Risiken betrachten, die bestehen, weil die ABS-Papiere noch längst nicht alle eingelöst worden sind.

Wir alle hoffen, dass diese 10 Milliarden Euro einmal zurückgezahlt werden können und dass vor allem die stillen Einlagen kurzfristig eventuell zurückkommen. In dieser Hinsicht hoffen Sie auch auf einen Beitrag der Sparkassen. Allerdings steht noch die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie für die Landesbank für diese ABS-Papiere in Milliardenhöhe im Raum. Es stellt sich erst 2014 oder später heraus, ob sie in Anspruch genommen wird.

Darüber hinaus bitte ich auch zu bedenken: Wenn die Landesbank, was wir alle hoffen und wünschen, wieder Gewinne macht und Ausschüttungen machen kann, muss gut überlegt werden, ob ein Verkauf sinnvoll ist, vor allem dann, wenn die Gewinnausschüttungen über den Schuldzinsen liegen würden.

Es sind auch noch Einsparmöglichkeiten beim Personal genannt worden. Man könne beim Personal sparen - nicht natürlich bei den Lehrern und Polizisten. Ich frage mich nur, wo dann. Es ist ja schon einiges passiert. Ich darf auf den Vorvorgänger des Ministerpräsidenten verweisen und daran erinnern, zu welchen Verwerfungen das damals geführt hat und heute noch führt und welche Folgen das in vielen Bereichen zum Beispiel bei der Justiz, bei den Finanzämtern, aber auch im Bildungsbereich und bei der Polizei hatte. Die Folgen sind heute noch zu spüren.

Wenn Sie vom Schuldenabbau für den Freistaat Bayern reden, dann sollten Sie natürlich auch den Bund und die Kommunen im Auge behalten. Es geht nicht an, dass ein Schuldenabbau zulasten des Bundes erfolgt, indem man Zustimmungen zu bestimmten Gesetzesänderungen oder Leistungen nur dann erteilt, wenn der Bund die vollen Kosten übernimmt, oder auch zulasten der Kommunen, wenn man Zuständigkeiten und Aufgaben auf die Kommunen abschiebt.

Andererseits ist Schuldenabbau nicht unrealistisch. Er muss nur konsequent verfolgt werden. Man muss auch ein Konzept haben. Natürlich kann man nicht jedes Jahr den gleichen Betrag abbauen, sondern man muss schauen, was möglich ist. Aber es muss über die Jahre hinweg kontinuierlich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn das nicht der Fall ist - ich möchte jetzt ein bisschen zur Erheiterung beitragen -, könnte es so ausgehen, wie wenn der Pfarrer über die Abschaffung des Zölibats spricht und sagt: Wir werden es nicht mehr erleben, aber vielleicht unsere Kinder.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, absolut widersprüchlich ist es, wenn Sie von Schuldenabbau reden und gleichzeitig die Einzahlung in den Versorgungsfonds und in die Rücklage aussetzen wollen. Für mich ist es auch nicht nachvollziehbar, dass inzwischen sogar eine Diskussion darüber eröffnet wurde, den Versorgungsfonds ganz aufzuheben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war vorher die Erklärung!)

- Ja, das ist erklärt worden. Es gibt keine Diskussion mehr. Nachdem es der Minister verkündet hat, gehen wir davon aus, dass er es durchsetzen möchte.

Das Argument, dass Anlagen aus dem Fonds weniger Ertrag bringen, als Zinsen für die Schulden zu zahlen sind, ist nicht stichhaltig. Wenn diese Pressemeldungen stim-

men - sie stimmen zum jetzigen Zeitpunkt offenbar -, wonach die Fondsanlagen einen höheren Ertrag erwirtschaften, als aktuell Zinsen zu zahlen sind, wäre das aus wirtschaftlichen Gründen richtig. Es ist auch richtig, dass es nur eine Momentaufnahme sein kann. Es kann sich morgen schon anders darstellen. Trotzdem müssen der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage weiter erhalten bleiben und auch bedient werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die eingezahlten Gelder müssen natürlich den künftigen Haushalten entzogen werden. Es kann nicht so eine Art Fonds sein, bei dem man sich ständig bedient und, wenn es notwendig ist, das Geld wieder herauszieht. Wer nicht in den Versorgungsfonds einzahlen will, braucht von Schuldenabbau nicht zu sprechen, weil er dann eben die indirekten Schulden für die nächsten Jahre laufend erhöht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist nicht nachhaltig und nicht zukunftsweisend. Nicht nachhaltig und zukunftsweisend ist auch, dass nach wie vor zu wenig Mittel für die Instandhaltung der staatlichen Gebäude eingesetzt werden. Ich darf ausdrücklich auf den neuesten Bericht des Rechnungshofs verweisen. Es ist schon eine alte Geschichte, es kommt immer wieder vom Rechnungshof, dass hier weitaus zu wenig getan wird. Diese Vernachlässigung von staatlichen Gebäuden wird uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einholen. Es ist auch nicht zumutbar für die Leute, die dort beschäftigt sind, dass sie in maroden Gebäuden arbeiten müssen, wo der Putz abblättert, wo man sogar Angst haben muss, dass einem mal ein Brocken aus der Mauer auf den Kopf fällt. Hier muss auf jeden Fall mehr getan werden.

Zum Nachtragshaushalt ist allgemein festzustellen, dass wir einige Anträge, die wir zum ordentlichen Haushalt, also zum Stammhaushalt 2012 gestellt haben, nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang stellen müssen, weil Sie ihnen im Nachtragshaushaltsentwurf ganz oder zum Teil nachgekommen sind. Es ist eine ganze Latte, die ich

Ihnen vorlesen könnte. Momentan sind Kollegen von der CSU - von der SPD und der FDP habe ich das noch nicht gehört - draußen unterwegs und erklären den Leuten, dass die Oppositionsparteien, also auch die FREIEN WÄHLER, Anträge gestellt hätten, die ganz und gar nicht finanzierbar seien. Wenn wir nun den Haushaltsentwurf anschauen, so stellt sich schnell heraus, dass diese Aussage völlig falsch ist und jeglicher Grundlage entbehrt, weil Sie den Anträgen jetzt weitgehend nachkommen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Ich nenne den kommunalen Finanzausgleich. Frau Görlitz hat vorhin schön dargestellt, was veröffentlicht worden ist. Sie sind dabei auf unsere langjährige Forderung der Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund auf 12,5 % eingegangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das verlangen wir schon, seitdem wir im Parlament sind. Das ist auch eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände. Die wollen natürlich mehr, aber solche Dinge muss man schrittweise machen. 12,5 % sind jetzt vereinbart. Insgesamt sollen die Kommunen nach dem vorliegenden Entwurf etwa 300 Millionen Euro mehr bekommen, als im Stammhaushalt vorgesehen ist - 400 Millionen Euro mehr als im letzten Haushalt drinstand.

In der Gesamtsumme entspricht das in etwa unseren Forderungen. Es geht sogar in einigen Teilen - das muss ich loben - darüber hinaus. Andererseits hätten wir uns anstatt der einmaligen Leistungen im Haushalt, die natürlich auch richtig sind, eine strukturelle Verbesserung der Kommunalanteile gewünscht und zum Beispiel die Erhöhung des Kommunalanteils an der Kfz-Ersatzsteuer erwartet. Auch bei der Schülerbeförderung sind wir immer noch auf dem Stand von 60 % Kostenerstattung, obwohl das früher einmal 80 % waren.

Jetzt ist die Uhr hier stehen geblieben, da stimmt etwas nicht.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Red weiter! - Zuruf von der CSU: Dem Glücklichen schlägt keine Stunde! - Volkmar Halbleib (SPD): Eine gute Viertelstunde hast du noch!)

Ich rede jetzt einfach weiter. Ich habe jetzt 44 Minuten. Hier steht "Redezeit zu Ende". Das kann nicht sein.

Andererseits, meine Damen und Herren, ist die Situation bei allen Gemeinden nicht so gut, wie sie dargestellt wird. Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den sogenannten reichen Gemeinden und ärmeren Gemeinden. Wenn man die Tabellen, die Sie dem Finanzausgleichsgesetz beigelegt haben, anschaut, so ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. Schaut man aber dahinter, ist es anders. Vor Kurzem ist zwar veröffentlicht worden, dass es circa 1,7 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen bei den Kommunen gibt. Allein München erhält davon 500 Millionen Euro. Für die anderen Kommunen bleibt relativ wenig übrig. Man muss also schon alle Gemeinden sehen. Es gibt erhebliche Unterschiede.

Man hat die Schlüsselzuweisungen erhöht. Zwar kommt die Investitionspauschale ärmeren Gemeinden zugute, aber man muss sich Gedanken machen, was man noch mehr tun könnte.

Für uns war es ein ganz besonderes Anliegen, die Sparmaßnahmen, die die Beamten als ihren Beitrag zur Lösung der Wirtschaftskrise auf sich nehmen mussten, zurückzunehmen und die Besoldung entsprechend den Angestelltengehältern anzupassen. Sie haben das jetzt geplant und wollen 2012 wieder eine Anpassung vornehmen. Allerdings soll die zweite Stufe erst zum 1. November erfolgen. Ob das gerecht ist? Wir treten dafür ein, die Anpassung zum 1. Juli zu machen. Das wäre eine gerechte Lösung und würde das, was die Beamten verloren haben, einigermaßen ausgleichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben mehr Geld in den Straßenbau gegeben, weitaus mehr als zunächst geplant war. Sie haben 105 Millionen Euro zusätzlich draufgelegt. Das war auch eine Forderung von uns. Es ist immer noch nicht ausreichend für den Bestandserhalt und den Neubau von Straßen - die Summe gilt ja für beides -, das wissen wir. Es ist sicher noch Bedarf da, aber es ist zumindest weitaus besser, als ursprünglich geplant war.

Für die Regionalförderung und die Breitbandversorgung haben Sie die Mittel, die wir gefordert haben, eingestellt. Diese Mittel sind unbedingt notwendig, um auch in den schwächeren Regionen einigermaßen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Auch hier sind Sie unseren Anträgen nachgekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine Forderung von uns galt der Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung. Diese ist erfolgt. Dann haben wir eine Aufstockung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm sowie Maßnahmen für den Waldumbau und Schutzmaßnahmen im Bergwald gefordert. Dem sind Sie auch umfänglich nachgekommen. Unsere Anträge waren offenbar nicht so schlecht, wie es bei den Diskussionen in den Ausschüssen oder auch hier im Plenum dargestellt worden ist. Nach und nach haben Sie alle unsere Forderungen erfüllt.

Schließlich haben Sie auch 20 Millionen Euro für das kostenfreie Kindergartenjahr eingeplant. Das ist ein Einstieg in die vollständige Finanzierung. Auch das ist eine alte Forderung von uns und von den anderen Fraktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Liste ließe sich noch fortsetzen. Darüber können wir noch reden, wenn im Ausschuss über den Haushalt diskutiert wird.

Ich bin mir auch sicher, dass Sie die von uns zum Haushalt 2012 gestellten Forderungen erfüllen werden; vielleicht nicht gleich, aber doch nach einer gewissen Schamfrist,

spätestens aber zum Wahljahr 2013, weil das bei den Bürgern auf positive Resonanz stoßen wird.

In erster Linie geht es bei unseren Forderungen um die Bildung. Für die Bildung ist etwas getan worden, aber es reicht bei Weitem nicht aus. In vielen Teilen ist die Situation noch unbefriedigend. Ich nenne nur Stichpunkte: Ausbau der Ganztagschulen; Gleichstellung der privaten Schulen mit den staatlichen Schulen; mehr Förderlehrer und mehr Personal in der Verwaltung der Schulen. Hier liegt einiges noch im Argen. Dazu werden wir Anträge stellen.

Obwohl schon etwas getan ist, brauchen wir an den Hochschulen noch mehr Studienplätze, damit alle Studierenden untergebracht werden können. Ein ganz besonderes Anliegen ist uns die Abschaffung der Studiengebühren. Das ist nach wie vor unser Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch bei den beruflichen Schulen besteht Handlungsbedarf.

Handlungsbedarf sehen wir auch bei der Justiz, und das nicht erst seit dem schlimmen Vorfall in Dachau. Handlungsbedarf besteht nicht nur bei den Justizwachtmeistern. Hierzu haben wir bereits zum Stammhaushalt Anträge gestellt. Wir werden sie wieder bringen, weil hier echter Bedarf gegeben ist.

Auch in den Finanzbehörden ist die Personalquote nach wie vor zu gering. Das wird auch vom Rechnungshof immer wieder beanstandet. Vor allem hat der Rechnungshof nachgewiesen, dass sich mehr Stellen in der Steuerverwaltung zigfach rechnen würden. Der Steuergerechtigkeit kann es nicht dienen, wenn Leute nur wegen der Personalknappheit in den Finanzämtern nicht die Steuern zahlen müssen, die sie nach dem Gesetz zahlen müssten. Das ist für unser Land keine gerechte Lösung. Ich will uns jetzt nicht mit Griechenland vergleichen. Bestimmte Situationen sind aber doch ähnlich.

Die Energiewende ist heute schon angesprochen worden. Ich bin der Überzeugung, dass auf jeden Fall mehr getan werden muss, um sie erfolgreich voranzutreiben.

Jetzt komme ich wieder auf die Kommunen zurück. Völlig unverständlich ist für uns, dass die Krankenhausfinanzierung um 20 Millionen gekürzt worden ist. Die Krankenhausgesellschaft und die Landkreise haben das schon moniert. Gerade die Krankenhäuser - das wissen die, die in der Kommunalpolitik tätig sind, - -

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Das war deren Vorschlag!)

- Lesen Sie einmal das Schreiben der Krankenhausgesellschaft!

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Ich war bei den Verhandlungen dabei!)

- Dann müssen Sie sich besser abstimmen. Als ehemaliger Vertreter der Kommunen weiß ich, unter welch großen Schwierigkeiten viele Krankenhäuser leiden. Und deswegen ist diese Kürzung nicht richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Thema sind die Bezirke. Sie fallen auch unter den kommunalen Finanzausgleich. Für die Bezirke haben Sie etwas draufgelegt. Vielleicht wäre noch mehr besser gewesen; denn dann müssten die Bezirke ihre Umlagen nicht so kräftig erhöhen. Wir werden einen Antrag einbringen, damit bei den Bezirken nachgebessert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme jetzt zu einem Thema, das kein Schwerpunkt im Haushalt ist, aber doch eine Rolle spielt. Wir haben für die Aufstockung des Gesellschafterdarlehens an den Flughafen Nürnberg 20 Millionen vorgesehen, die nach und nach ausgegeben werden sollen. 2012 sind es 3,75 Millionen, und dann soll es weitere Zahlungen geben. Jetzt gibt es Diskussionen darüber, wie der Flughafen Nürnberg wirtschaftlicher arbeiten kann und wie er sich am Markt behaupten kann. Fakt ist, dass die Flugbewegungszahlen in Nürnberg laufend zurückgehen. Die Passagierzahlen sind zunächst etwas

angestiegen, sie gehen aber jetzt auch wieder zurück. Es werden Konzepte entwickelt. Sie, Herr Dr. Söder, haben gesagt, Nürnberg soll für den kontinentalen Verkehr ausgebaut werden, während München den interkontinentalen Verkehr abwickelt. Das passt aber nicht zusammen. Der interkontinentale Verkehr in München führt dazu, dass alle möglichen kontinentalen Verbindungen nach München führen sollen, weil das die Zubringer für die interkontinentalen Verbindungen sind. Auf dem Flugplan sehen Sie, dass wir nicht so viele interkontinentale Flüge haben. Das meiste sind kontinentale Flüge. München tut aber alles, um diese Flüge für sich zu holen.

Dasselbe gilt für die Urlaubsflüge. An der Vorbereitung des Flugplans für 2012 sieht man, dass München alles daransetzt, möglichst viele Flüge für sich zu holen, um den Flughafen auszulasten und damit mehr Gründe für eine dritte Bahn zu haben. Momentan ist bei den Flügen ein Rückgang festzustellen. Im Januar hatten wir ein Minus von 5 %. Die weltweite Krise und vor allem die Tatsache, dass viele Länder ihr Wachstum auf Schulden aufgebaut haben, wirken sich jetzt auch auf den Luftverkehr aus. Wenn München weiter ausbaut, sehe ich für Nürnberg kaum Chancen. Wir können machen, was wir wollen. Wenn wir München nicht in den Griff bekommen, wird Nürnberg weiter abnehmen und kaum mehr auf eine wirtschaftlich vernünftige Basis kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist es auch im Sinne von Nürnberg, wenn wir in München auf einen weiteren Ausbau verzichten. Dasselbe gilt im Übrigen auch für Memmingen, Herr Kollege Kreuzer. Dort haben wir die gleiche Situation.

(Staatsminister Thomas Kreuzer: Wir haben aber keine interkontinentalen Flüge!)

Die kontinentalen Flüge sind in München, und München tut alles, um noch mehr kontinentale Flüge zu bekommen. Die interkontinentalen Flüge brauchen die kontinentalen Flüge, sonst bekommen sie den Flieger nicht voll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

München wird alle möglichen Verbindungen nutzen. Sie werden jedes Unternehmen, das nachfragt, nehmen, damit sie noch mehr haben.

Noch einmal zum Flughafen München: Wir fordern nach wie vor die Rückführung des Darlehens in Höhe von 250 Millionen. Der Flughafen floriert auch ohne dritte Bahn. Der Flughafen macht sogar Gewinne. Er hat die Zinsen aufgrund einer Vereinbarung leider nur bis 2006 bezahlt. In den Jahren 1987 und 1988 ist ein Großteil des Darlehens ausbezahlt worden. Damals waren es insgesamt 1,3 Milliarden. 2006 ist nur einmal Zins gezahlt worden, sodass rechnerisch ein Zinsverlust von über einer Milliarde besteht. Die 250 Millionen brauchen die Münchner gar nicht. Sie haben selber gesagt - ich kann es Ihnen nachweisen, denn es steht in der Zeitschrift der FMG -, dass sie den Ausbau und auch das Satellitenterminal ohne Fremddarlehen bewerkstelligen. Ob es funktioniert, weiß ich nicht.

Ich möchte noch kurz auf zwei Punkte eingehen, um Ihnen zu zeigen, wie widersprüchlich sich die Politik verhält. In der "Süddeutschen Zeitung" ist Herr Ramsauer zitiert worden. Er beschwert sich bei den Schweizern massiv darüber, dass die Flüge ab dem Flughafen Zürich die Menschen im Landkreis Waldshut schwer belästigen. Er spricht von einer schweren und nicht hinnehmbaren Belastung. Es geht um 100.000 Flüge. Waldshut liegt etwa 30 km vom Flughafen entfernt, die nächsten Orte sind etwa 15 bis 20 km davon entfernt. Freising und Erding liegen direkt am Flughafen. Die Stadt Freising ist 5 km vom Flughafen entfernt. Wir haben 400.000 Flüge. Kein Mensch spricht aber von einer schweren und nicht hinnehmbaren Belastung. Herr Ramsauer will nur auf die Schweizer einwirken, dass sie die Flugbewegungen zurückfahren. Er sollte das auch einmal in München tun, damit die Leute dort einigermaßen vernünftig leben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Letztes noch, Herr Hacker, ich muss das klarstellen. Ich spreche Sie an, Herr Thalhammer: Ich habe eine Pressemitteilung von Ihnen gelesen, wonach das Nacht-

flugverbot in München gefährdet sei, wenn die dritte Bahn nicht komme. - Es gibt kein Nachtflugverbot in München. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen. Es gibt eine Nachtflug*regelung*. Diese Nachtflugregelung lässt in München je nach Lautstärke 100 Flüge zwischen 22 Uhr und 6 Uhr zu. Man müsste einmal klarstellen, dass das nicht so ist. Wenn gesagt wird, mit der dritten Bahn gäbe es weniger Nachtflüge, dann sollte man diese Regelung ändern, die diese 100 Nachtflüge zulässt. Diese 100 Flüge werden sicher genutzt, wenn die Regelung nicht geändert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage das zur Klarstellung, damit der Fokus auf diese Problematik gelegt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Pointner.

Wir fahren in der Aussprache fort. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. - Bitte schön, Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen! Bayerns Finanzen zwischen Schein und Sein. Es ist Wahlkampf. Der Wahlkampf ist definitiv eingeläutet. Der Finanzminister war sich gerade nicht mehr ganz sicher, ob der Dutzendteich in Nürnberg ein See oder ein Teich ist. Er redete etwas vom Kurs, der mit dem Haushalt zu halten sei. Aber was macht die Staatsregierung? - Die Staatsregierung steuert mit dem Haushaltsentwurf gleichzeitig in alle möglichen Richtungen. Der Ministerpräsident redet von Schuldenabbau, der Finanzminister will Steuern senken, der Wirtschaftsminister will Großinvestitionen, der Innenminister will immer mehr neue Straßen bauen, der Umweltminister will eine nachhaltige Entwicklung und beklagt gleichzeitig den hohen Flächenverbrauch in Bayern, ohne aber wirklich etwas dagegen zu tun, und das alles, ohne dass es irgend jemandem wehtun soll. Die Staatsregierung ist vielstimmig und

dabei nicht einmal ein Chor. Alle Interessen sollen gleichzeitig, aber zusammenhanglos befriedigt werden. Die Staatsregierung erkennt nicht, dass das gar nicht möglich ist. Auch im Haushalt spiegelt sich das wider.

Ganz besonders hat man das gesehen, als Ministerpräsident Seehofer letzte Woche hier im Landtag eine Bierzeltrede gehalten hat. Mit dieser Bierzeltrede hat er versucht, seine leeren Ankündigungen von Wildbad Kreuth wieder einzufangen. Bei den Menschen draußen hat der Herr Ministerpräsident nur noch die Spendierhosen an. Mit diesem Kleidungsstück rennt er draußen herum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alles wird versprochen - ich gebe hier keine Garantie auf Vollständigkeit -, zum Beispiel ein Uni-Klinikum für Augsburg. Die Augsburger werden mit einem Rettungshubschrauber abgespeist. Die Uni-Klinik Augsburg kann nicht kommen, das wäre dann doch zu kostenintensiv. Die Stationierung des Rettungshubschraubers in Augsburg ist völlig schwachsinnig. Wenn man sich die Landkarte anschaut, erkennt man, dass es bei der Versorgung einen weißen Fleck in Mittelfranken gibt. Wenn man den Hubschrauber ein bisschen weiter nördlich stationiert hätte, wäre damit auch Mittelfranken versorgt gewesen. Augsburg hat aber ein Trostpflaster gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansonsten gibt es neue Straßen. Dort, wo man gerade eine Veranstaltung besucht, wo man gerade hinkommt, wird hie und da etwas versprochen. Kurzzeitig hieß es vor der Sommerpause sogar, die Studiengebühren würden abgeschafft. Das hat sogar die eigenen Leute massiv überrascht; manche wussten es noch gar nicht, als es die Presse schon wusste.

Vom Flughafen Hof wird weiter abgehoben, ganz egal, wie viel Geld diese Art der - in dicken Anführungszeichen - "Regionalförderung" kostet.

Schließlich wird den Münchnern bzw. dem Bayerischen Rundfunk nach einem wunderschönen Konzert in Berlin ein Konzertsaal bzw. dem Rest Bayerns genauso viel Geld versprochen, wie dieser Konzertsaal kosten würde.

Obwohl der Ministerpräsident draußen immer die Spendierhosen anhat, kommt er hier als Sparkommissar daher. Ich würde sagen, das ist nichts weiter als ein neuer PR-Gag, nichts weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage nicht, dass es nicht erstrebenswert ist oder wäre, Schulden abzubauen oder schuldenfrei zu sein. Das ist natürlich ein hehres, ein tolles und erstrebenswertes Ziel auch unserer Haushaltspolitik. Nachhaltige Haushaltspolitik muss aber eigentlich eines sein: ehrlich und transparent. Das sind die Grundsätze des Haushalts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrem sogenannten Sonderprogramm "Aufbruch Bayern" werden bei genauerer Betrachtung zumeist nur die Hausaufgaben erledigt. Mit dem Auftrag an eine Werbeagentur, die ziemlich gut und bekannt ist, machen Sie den Haushalt zu einem Produkt, das man vermarkten und verkaufen soll. Es steckt nicht mehr dahinter.

Aus der Westentasche des Ministerpräsidenten kommt die Ankündigung, man wolle den Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 schaffen. Ich nehme an, die Beamten wurden davon ziemlich überrumpelt, zumindest die, die im Finanzministerium seriös und ernsthaft rechnen. Sie halten ein Konzept offenbar auch nicht für so wichtig. Ein Konzept braucht man nicht. Das wird irgendwann geliefert. Das soll der Finanzminister irgendwann im Sommer vorlegen. Dieses ultimative Versprechen, Bayern werde bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein, bedeutet knapp 2 Milliarden Euro Schuldentilgung pro Jahr.

Es ist wirklich erstaunlich - jetzt muss ich noch auf die Regierungserklärung von letzter Woche eingehen -, wie man hier eine Regierungserklärung von knapp einer Dreivier-

telstunde halten und die ganze Zeit nur von 20 Milliarden Euro Schulden sprechen kann. Das ist eine Unverschämtheit. Das ist eine Lüge. Man lügt die Menschen an.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind nicht 20 Milliarden, es sind 30 Milliarden Euro Schulden. Diese Tatsache lässt sich nicht wegreden, leugnen und verschweigen, ganz im Gegenteil. Wie sieht die Realität aus? - Die Staatsschulden haben sich von 24 Milliarden Euro im Jahr 2008 unter dem Ministerpräsidenten Seehofer, auch wenn er nicht originär daran beteiligt ist, drastisch auf weit über 30 Milliarden Euro erhöht, nicht zuletzt wegen des Landesbank-Desasters, das allein von der CSU zu verantworten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Das rot-grün regierte München hat jedenfalls in der gleichen Zeit seine Schulden deutlich reduziert.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- Das war eine schwache Reaktion.

(Tobias Thalhammer (FDP): Noch schwächer war die Behauptung!)

- Das ist keine Behauptung. Sie können das nachlesen, wenn Sie wollen, Herr Kollege Thalhammer.

Ein Konzept auf bayerischer Ebene, wie die Schuldentilgung funktionieren soll: Fehlanzeige. Ein ehrliches Konzept gibt es nicht und kann es nicht geben. Wer bitte kann denn Steuereinnahmen, Ausgaben oder wirtschaftliche Entwicklungen der nächsten 20 Jahre einigermaßen vorhersagen? - Das kann niemand, ganz im Gegenteil. Das ist vorhin schon kurz angesprochen worden. Die meisten hier haben ein mulmiges Gefühl. Sie treibt doch eher die Angst davor um, wie es mit Europa und mit den Verpflichtungen weitergeht, die Deutschland schon für Europa eingegangen ist. Was passiert damit?

Fakt ist: Die Lage der Weltwirtschaft und vor allem der Finanzwelt ist labil. Das kann niemand von der Hand weisen. Die Staatsregierung macht es sich einfach; sie hat schon einen Schuldigen gefunden: Bayern zahlt zu viel in den Länderfinanzausgleich und will deshalb klagen. Seit Jahren kommen diese Drohungen, anstatt einfach einmal ein Konzept vorzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Staatsregierung hat einen Wahnsinnsapparat; wo ist denn ihr Konzept? Klar ist: Kein Bundesland verschenkt gerne etwas, übrigens auch nicht die Bundesländer, aus denen Abiturienten und Studienabgänger zu uns nach Bayern kommen. Dieser Zustrom ist massiv. All diese Menschen hier auszubilden, würde uns viel Geld kosten, wenn wir das Geld endlich in die Bildung stecken würden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

- Rechnen Sie es doch einmal aus, bevor Sie schreien, Herr Miller. Das Grundgesetz schreibt den Ländern einen Finanzausgleich vor, genauso wie es innerhalb Bayerns einen kommunalen Finanzausgleich gibt. Ich glaube, den würden auch Sie nicht aufkündigen wollen.

Es kommt aber noch viel besser: Der Länderfinanzausgleich ist nach Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zwischen dem Bund und den Ländern neu ausgehandelt worden, und zwar mit Zustimmung der damaligen CSU-Staatsregierung, aber namentlich auch mit der Zustimmung von Herrn Seehofer, damals noch nicht Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Berlin wurde zugestimmt. Zu Hause hat man gesagt, wie toll man verhandelt habe; der neue Länderfinanzausgleich sei toll, man habe all das durchgesetzt, was man habe durchsetzen wollen.

Der Länderfinanzausgleich ist nicht nur verfassungsfest, sondern er ist auch von Bayern mitverhandelt und unterschrieben worden. Deshalb ist das Geschrei, dass Bayern dagegen in Karlsruhe klagen werde, nichts als Populismus. Man sucht schon einmal nach einem Schuldigen für die PR-Nummer, für den Rohrkrepierer "Bayern schuldenfrei":

Ich komme noch kurz auf die beiden anderen Punkte zu sprechen, die in den Raum geworfen wurden. Der Ministerpräsident hat es letzte Woche angesprochen, Herr Söder heute auch noch einmal. Eine große Nummer ist der Abbau im öffentlichen Dienst. Insgesamt gibt es für diesen Schuldenabbau drei Säulen. Ehrlich gesagt haben wir hier nichts dagegen, aber bitte nicht auf dem Rücken der Beamten. Sagen Sie bitte ehrlich, wo Sie abbauen wollen und was vom Staat nicht mehr geleistet werden kann. Das wäre ehrlich und redlich. Tun Sie nicht so, als ob das niemandem weh tun würde und als ob es keine Arbeitsverdichtung bei den Beamten geben werde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein dritter wichtiger Punkt bei dem Plan, die Schulden abzubauen, ist die Landesbank. Geschätzt war die Landesbank einmal acht Milliarden Euro wert. Zehn Milliarden Euro wurden dann hineingeschossen, um sie zu stützen. Damit sind wir bei 18 Milliarden Euro. Wir reden dabei noch gar nicht von den Zinsen, die ständig anfallen. Das sind konkret gut 300 Millionen Euro pro Jahr. Am Ende dieses Jahres 2012 wird es ein Betrag von einer Milliarde Euro sein, den wir gezahlt haben. Selbst wenn Sie durch den Verkauf dieser Bank drei bis fünf Milliarden Euro herauskriegen sollten, wird ein Verlust, eine Vermögensvernichtung in Höhe von 13 Milliarden Euro entstehen. Das ist eine sehr schiefe Rechnung.

Statt einen Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 in den Raum zu werfen, würde ich mir von Ihnen wirklich wünschen, dass Sie Ihre Arbeit ordentlich machten. Stellen Sie den Haushalt rechtzeitig auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung soll diesen Haushalt aufstellen und dann die Legislative ihre Arbeit machen lassen, die darin besteht, das Budgetrecht ernsthaft wahrzunehmen. Lieber Herr Seehofer - er ist leider nicht da, sondern hat über Facebook und Twitter verkünden lassen, dass er verschnupft und krank ist - - Vielleicht können Sie ihm meine Rede mit Ihren Genesungswünschen überreichen.

(Georg Schmid (CSU): Das kann vorkommen, dass jemand krank wird!)

Lieber Herr Seehofer, Ihre Regierungserklärungen zum Haushalt, bevor der Haushalt in diesem Hohen Haus eingebracht ist, zwingen uns in der Fraktion zu absolut absurden Vorgängen. Bevor die Erste Lesung durchgeführt wird, müssen wir eine Menge Änderungsanträge formulieren, um den Zeitplan einzuhalten. Es tut mir herzlich leid, das ist eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Änderungsanträge würden den Haushalt ehrlich, nachhaltig und gerecht machen. Liebe Kollegen und Kolleginnen der CSU und der FDP, seien Sie einmal ein bisschen weniger Dagegen-Parteien und stimmen Sie diesen Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir könnten dann unsere Ziele früher und effektiver erreichen. Stichworte sind zum Beispiel die Krippen und die Energiewende. Herr Kollege Pointner hat vorhin angesprochen, dass nicht nur die FREIEN WÄHLER Anträge zum Stammhaushalt eingebracht haben, die die CSU exakt übernommen hat. Anträge, die wir vor einem Jahr gestellt haben, werden exakt mit den darin genannten Summen etatisiert. Das ist zwar unser Erfolg, aber wir hätten ihn schneller erreicht.

Ein Beispiel muss ich herausgreifen: Nach dem Tod eines Staatsanwalts in einem Gericht haben Sie die Wiederbesetzungssperre beim Justizwachpersonal aufgehoben. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, aber nur eines sagen: Die Wiederbesetzungssperre ist für gar nichts geeignet, für Null Komma Null. Sie taugt weder zum

Sparen noch für irgendetwas anderes. Eine gescheite Personalpolitik ist damit sowie so nicht möglich. Brauchen wir eine Stelle nicht, dann ziehen Sie sie bitte ein. Grundlage muss aber die Aufgabenkritik sein und nicht das Ziel, Geld zu sparen oder den Haushalt zu konsolidieren. Das ist absurd, ganz abgesehen davon, dass in der Justiz die Haushaltskosten mit den Personalkosten deckungsgleich sind. Wir haben ein Recht auf Rechtsstaatlichkeit, auf gut und zügig durchgeführte Gerichtsverfahren in diesem Lande. Dieses Recht hat auch die Staatsregierung bei der Haushaltsaufstellung zu beachten. Wir werden deswegen Änderungsanträge stellen, um die Situation in der Justiz vor Ort zu verbessern.

Bei der Steuer würden die Stellen, die aufgrund der Wiederbesetzungssperre nicht besetzt sind, Geld in dreistelliger Millionenhöhe bringen. Folgen Sie deshalb unserer Forderung und heben Sie die Wiederbesetzungssperre auf. Wir haben diesen Antrag bereits zum Doppelhaushalt und zum Stammhaushalt vor einem Jahr gestellt. Wir werden ihn wieder stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann die CSU nur ermuntern, das Königsrecht des Parlaments wahrzunehmen. In Kreuth gab es dazu schon einen kleinen Versuch. Herr Schmid, nehmen Sie dieses Recht wahr, das Sie so vehement gegenüber dem ORH verteidigt haben. Das Budgetrecht liegt beim Landtag. Wir wollen den Pensionsfonds bedienen. Diese Forderung haben wir schon zum Doppelhaushalt vor einem Jahr gestellt. Wir können Sie nur auffordern: Machen Sie mit, und bedienen Sie den Pensionsfonds.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie denken jetzt wahrscheinlich: Das habe ich alles schon einmal gehört. Es ist tatsächlich so. Der Doppelhaushalt 2011/2012 wurde zu spät aufgestellt und zugunsten einer Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer zum Haushalt nach hinten verschoben. Dabei wurde schon wieder das Königsrecht missachtet. Das war jedoch nur eine Verschiebung um eine Woche. Ich frage mich, ob die Staatsregie-

rung und dieses Haus noch wissen, dass der Haushaltsplan vor Beginn eines Haushaltsjahres zu verabschieden ist. Das ist hier wirklich etwas schräg geworden. Im letzten Jahr und jetzt erneut wurde der Fahrplan zu spät aufgestellt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Pünktlich machen sie das nur vor Wahlen!)

- Sicherlich.

Bei der Zweiten Lesung im letzten Jahr war schon klar, dass wir Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für diese beiden Jahre 2011 und 2012 haben werden. Im Gesetz zum Versorgungsfonds ist geregelt, dass die Zahlungen nur ausgesetzt werden dürfen, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ausgehebelt ist. Das war es im letzten Jahr nicht, und in diesem Jahr ist es das auch nicht. Eigentlich handeln Sie rechtswidrig. Tun Sie etwas dagegen und bedienen Sie den Pensionsfonds.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie schuldenfrei werden, wenn die vielen verdeckten Schulden nicht bedient werden? Erledigen Sie erst einmal beim Nachtragshaushalt Ihre Arbeit, bevor Sie stichpunktartig a la Bierzelt Versprechungen machen. Machen Sie erst einmal diesen Haushalt wetterfest.

Fakt ist, bei der Aufstellung dieses Haushalts gibt es einen Bilanzierungssaldo in Höhe von 570 Millionen Euro. Das bedeutet, um 570 Millionen Euro decken sich die Ausgaben nicht mit den Einnahmen. Also weg mit dem Mythos vom ausgeglichenen Haushalt. Es gibt ihn nicht, nicht einmal bei der Aufstellung dieses Haushalts. Dieses Wort zieht sich immer durch den Sprachgebrauch.

Herr Dr. Söder, ich bin vom ehemaligen Lebensminister einiges gewohnt. Aber dass Sie vorhin, ohne rot zu werden, gesagt haben, Sie hätten sieben Jahre in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, das war schon echt der Hammer.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Margarete Bause (GRÜNE): Der ist noch neu im Amt! Der weiß es noch nicht so genau!)

Tatsache ist, die verdeckte Verschuldung ist enorm. Die implizite Verschuldung Bayerns wegen der Pensionsverpflichtungen gegenüber den Beamtinnen und Beamten beläuft sich auf 100 Milliarden Euro. Diese Zahl habe ich nicht erfunden. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes gab es eine Anhörung. Dies sind die Angaben einer großen Bank. Andere haben sogar behauptet, dass dafür 163 Milliarden Euro aufgewendet werden müssten. Wegen der Abzinsung wurden diese Zahlen etwas nach unten geschätzt. Der Pensionsfonds ist daher nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb kann es nicht darum gehen, welche Rendite höher ist. Im Gegenteil: Wenn in den Pensionsfonds nicht eingezahlt wird, ist das Geld weg, wie man das bei diesem Doppelhaushalt sieht.

(Zuruf von der CSU: Ist das Finanzmathematik oder was?)

Wer käme denn auf die Idee, die Sozialbeiträge für die Renten abzuschaffen, weil die Rendite woanders vielleicht höher ist? Klar ist, die Pensionslasten werden in den folgenden Jahren den Gestaltungsspielraum innerhalb des Haushalts auffressen. Die Zeche dafür müssen die kommenden Generationen zahlen.

Fakt ist, im Bauunterhalt fehlen mehrere Milliarden Euro. Im Jahr 1999 hat der Landtag beschlossen, dass mehr und ausreichend Geld für den Bauunterhalt eingesetzt werden müsste. Was machen stattdessen die Staatsregierung und die Mehrheit des Landtags? Seit dem letzten Jahr wird die Summe dafür in jedem Einzelplan um 20 % pauschal gekürzt. Das ist das Gegenteil dessen, was der Landtag beschlossen hat. Wir fordern Sie auf, Ihrem eigenen Beschluss zu folgen. Fehlanzeige. Die Staatsregierung lässt die Substanz der staatlichen Gebäude verkommen. Dabei reden wir noch gar nicht von der energetischen Sanierung. Das ist eine andere traurige Baustelle, sofern Baustellen traurig sein können.

Tatsache ist: Die Staatsstraßen entsprechen am ehesten dem, was immer wieder mit den Worten "Aufbruch Bayern" angekündigt und vermarktet wird: Die Straßen brechen auf. Das ist eine verdeckte Verschuldung im Umfang von gut 700 Millionen Euro. Mein Vorschlag ist nicht besonders neu. Ich habe ihn schon ein paar Mal eingebracht. Eröffnen Sie eine reparierte Straße mit einem weiß-roten Band. Herr Winter, das wäre doch ein Vorschlag für Sie im Schwabenland. Nehmen Sie die Presse dazu und Politiker aller Ebenen und eröffnen Sie mit großem Tamtam eine reparierte Straße. Dann haben wir mehr reparierte Straßen und weniger sinnlosen Straßenneubau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsache ist auch, dass es noch eine Menge an anderen versteckten Verschuldungen gibt. Als Beispiele nenne ich die Privatschulen und die Kommunen. Es gibt auch noch Verpflichtungen, die der Staat abgewälzt hat, obwohl sie klar staatliche Aufgabe wären, wie zum Beispiel die Schulsozialarbeit, die man auf die Kommunen abgewälzt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es einfach unehrlich und unredlich, ein völlig unausgegorenes Projekt wie den Abbau aller Staatsschulden bis 2030 anzukündigen. Gleichzeitig - das zeichnet sich jetzt schon ab - werden Sie mit Wohltaten um sich werfen. Das haben Sie direkt und indirekt angekündigt, indem man zum Beispiel auf die Kreditermächtigungen verweist, die knapp drei Milliarden Euro umfassen. Es wäre doch ein erster Schritt zum Schuldenabbau, wenn Sie die Kreditermächtigungen zurückgeben würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wäre die Kriegskasse - das ist ein wörtliches Zitat, so hat es Finanzminister Söder selbst bezeichnet - weniger voll. Herr Minister, gegen wen wollen Sie denn Krieg führen, gegen die Opposition, oder mit ihren Drohungen wegen des Länderfi-

nanzausgleichs vielleicht gegen die Bundeshauptstadt? Das ist die Frage, gegen wen Sie hier Krieg führen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er ist Kriegsminister geworden!)

Unser Motto zum Nachtragshaushalt lautet: umschichten nach grün. Damit wollen wir den Haushalt gerecht und nachhaltig machen. Die aktuellen Zahlen zum Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zeigen, dass die von der Staatsregierung vorgesehenen Ausgaben definitiv nicht reichen werden, um den gesetzlichen Anspruch zu erfüllen. Ganz klar fehlen 240 oder 260 Millionen Euro, vielleicht auch mehr. Es kommt darauf an, welche Zahlen zugrunde gelegt werden. Von der Staatsregierung gibt es verschiedene Zahlen dazu, wie weit sie mit dem Ausbau ist; mal sind es 22, mal 26 und mal 28 %. Mit Sicherheit fehlen mehrere 100 Millionen - also gut 200 Millionen Euro - für den Krippenausbau, der nötig wäre, um den gesetzlichen Anspruch zu erfüllen. Das ist kein Wunschdenken von uns, das ist nicht, was wir wollen, sondern diesen gesetzlichen Anspruch gibt es.

Wir schlagen als Gegenfinanzierung die Streichung des Landeserziehungsgeldes vor - das sagen wir laut und ehrlich - und fordern den Einstieg in die Kostenfreiheit des dritten Kindergartenjahres. Wir fordern nicht deshalb so viel Geld für den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, weil wir das wollen, sondern weil das ein gesetzlicher Anspruch ist, der, anders als der Länderfinanzausgleich, einklagbar ist, und zwar mit großen Erfolgsaussichten.

Wir wollen den Erhalt kleiner Grundschulen und eine Landschulregelung, damit das Motto "Kurze Beine, kurze Wege" wirklich wahr wird.

Wir wollen die Studiengebühren an den Hochschulen abschaffen.

Der zweite Schwerpunkt unserer Vorstellungen zum Nachtragshaushalt ist das Thema Inklusion. Es gibt ein interfraktionelles Gesetz, das aber leider noch nicht mit Leben erfüllt ist. Deshalb fordern wir zusätzliche Lehrerstellen an Schulen. Auch wenn die In-

klusion geltendes internationales Recht ist, wollen wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen und Hochbaumittel über den Finanzausgleich an sie geben. Ansonsten brauchen wir für die Inklusion nicht besonders viel Geld, weil wir erst einmal einen ordentlichen Aktionsplan erstellen müssen. Da stehen wir noch ganz am Anfang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser dritter Schwerpunkt ist die Energiewende, um den Haushalt nachhaltig zu machen. Wo bleibt bei Ihnen denn die Energiewende? Sie war schon groß bei den Haushaltsberatungen zum Stammhaushalt angekündigt; da war das Unglück in Fukushima schon passiert. Dann wurde dafür aber nicht ein Cent in den Doppelhaushalt 2011/12 eingestellt immer mit dem Hinweis darauf, dass die Energiewende jetzt in Bayern eingeläutet wird. Zur Finanzierung der Energiewende und des Klimaschutzes ist gar nicht unbedingt mehr Geld nötig, sondern es muss einfach eine Umschichtung her. Völlig unseriös ist es, wenn immer wieder behauptet wird, die Wende koste eine Milliarde Euro, besonders dann, wenn diese Mittel nicht einmal annähernd in den Haushalt eingestellt werden.

Ganz wichtig und grundlegend wäre eine andere Verkehrspolitik. Man kann nicht so tun, als hätte die Verkehrspolitik, der Straßenneubau, das Setzen auf Autoverkehr und das Vernachlässigen des öffentlichen Nahverkehrs nichts mit Klimapolitik zu tun. Bitte verzichten Sie endlich auf den Straßenneubau und die dritte Startbahn am Münchner Flughafen; das würde Geld, Emissionen und Flächen sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen dagegen ganz konkret die Kraft-Wärme-Kopplung fördern und mehr Geld für die Moor-Renaturierung ausgeben; dafür ist das Geld im letzten, tollen Klimaschutzprogramm 2020 schon im April 2011 ausgegangen, auch wenn man irgendwo für ein Moor noch etwas zusammengekratzt hat. Wir wollen endlich die Umstellung von Nachtspeicherheizungen fördern und wollen ein Beratungsprogramm für Kommunen zur Energieeinsparung bei Kläranlagen und der Straßenbeleuchtung.

Ganz klar wollen wir den Ansatz für Public Relations der Energieagentur kürzen. Sie haben zahlreiche Mittel für eine Forschung eingestellt, die wir aber als Aufgabe der Industrie betrachten. Da übernimmt auf einmal der Staat Aufgaben, die wir gar nicht als staatliche Aufgabe betrachten.

Richtig peinlich ist es - da habe ich mich schon sehr gewundert, Herr Wirtschaftsminister Zeil -, wenn auf einmal die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude gelobt wird. 2011 waren in dem damals noch existierenden Klimaschutzprogramm knapp 40 Millionen Euro enthalten, jetzt sind es nur noch 20 Millionen. Obwohl eine Energiewende ausgerufen wird, wird hier Geld gekürzt, und zwar 17 Millionen Euro. Dabei reicht das Geld hinten und vorne nicht. Wir wollen hier 100 Millionen Euro. Das sind Hausaufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Konkret heißt das: Sie stellen für die ausgerufene tolle Energiewende in den Nachtragshaushalt 120 Millionen ein. Wenn wir aber die 70 Millionen Euro abziehen, die nicht mehr da sind, weil das Klimaschutzprogramm 2020 bereits 2011 ausgelaufen ist - und wer weiß schon, warum -, sind wir nur noch bei ungefähr 50 Millionen. Das ist also die groß angekündigte Energiewende!

Zum Bereich Verkehr: Wir fordern, endlich auf die zweite S-Bahn-Stammstrecke zu verzichten und stattdessen den Südring durch Ausbau zu ertüchtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen Sie endlich Modellprojekte zur Anpassung des ÖPNV an den demografischen Wandel. Das wäre wahnsinnig wichtig und würde ganz wenig Geld kosten. Sie sprechen immer von den Herausforderungen durch den demografischen Wandel, aber es passiert nichts Konkretes. Das wäre nur eine finanzielle Kleinigkeit, und wir brauchen Modellprojekte, damit wir Mobilitätskonzepte für morgen haben.

Eine Forderung muss ich auch aus aktuellem Anlass hervorheben. Der Fall Hof zeigt, wie unwirtschaftlich ein solcher Flughafen ist. Wenn er so notwendig ist, wie manche Lokalpolitiker sagen, dann frage ich mich, warum er nicht angenommen wird, nicht einmal ein bisschen. Wir zahlen 440 Euro pro Ticket pro Fluggast, der da fliegt. Das ist absurd.

(Thomas Hacker (FDP): Sie müssen die Fluglinie vom Flughafen trennen!)

Streichung der Förderung des Nahluftverkehrs und Rückforderung des Restdarlehens an die Flughafen München GmbH von 250 Millionen Euro - das sind unsere Forderungen. Der bayerische Staatshaushalt muss Rahmenbedingungen setzen, ehrlich und transparent sein. Eines Pseudosonderprogramms "Aufbruch Bayern" mit massiven PR-Ausgaben bedarf es definitiv nicht. Sparen Sie sich lieber das Geld. Das wird übrigens einer unserer Anträge sein. Vielleicht können Sie wenigstens ein paar Kürzungsanträgen folgen. Sie sagen doch immer, dass Sie Geld sparen wollten, aber wenn man genau hinschaut, sieht man, dass da von Ihnen auch nichts kommt.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei wird massiv gekürzt. Dann greifen Sie wenigstens nicht in das Königsrecht des Landtags, nämlich in sein Budgetrecht, ein. Der bayerische Staatshaushalt muss Prioritäten setzen. Wir tun das mit den Bereichen Bildung, Inklusion und Energiewende. Wir werden aber erleben, dass für Sie Wohltaten ohne Ende mit Blick auf die Wahl 2013 erste Priorität haben werden. Priorität Nummer zwei werden leere Versprechungen a la Schuldenabbau bis 2030 sein, der auch noch generationengerecht sein soll.

Wer sagt denn, dass Generationengerechtigkeit nicht auch innerhalb einer Generation hergestellt werden kann und soll? Sorgen Sie doch hier und auch in Berlin endlich für mehr Gerechtigkeit bei den Einnahmen, anstatt sie massiv und mutwillig zu kürzen! Ich nenne als Stichworte Spitzensteuersatz und höhere Erbschaftsteuer. Ministerpräsident Seehofer würde die Erbschaftsteuer ganz abschaffen, und Herr Söder spricht von reduzieren. Gehen Sie nicht an unsere Einnahmen, gehen Sie nicht an die Erbschaft-

steuer, bekennen Sie sich stattdessen zur Finanztransaktionssteuer und zu einem ökologischen Umbau der Einnahmen. Geben Sie sich einen Ruck, seien Sie weniger die Dagegenpartei und stimmen Sie unseren Anträgen zu, sowohl denen, die Kürzungen vorsehen, als auch jenen mit nachhaltigen Ausgaben. Machen Sie den Haushalt nachhaltig, generationen- und bildungsgerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Nächster Redner ist Kollege Klein für die Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wachstum macht hohe Steuereinnahmen möglich; das haben wir heute schon angesprochen. Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern sind auf Rekordniveau. 2011 waren es 32,2 Milliarden Euro. Für 2012 rechnen wir mit weit über 34 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Das ist das Resultat der Arbeit von fleißigen Menschen in Bayern und auch der Rahmenbedingungen, die wir setzen. Die Bayerische Staatsregierung aus CSU und FDP legt heute dem Landtag einen Haushaltsentwurf mit einem Volumen von 44,3 Milliarden Euro und einer Investitionsquote von 12 % vor. Der Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegt übrigens bei 9,4 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Früher lag Bayern bei 15 %!)

Die Zinsausgaben betragen 1,1 Milliarden Euro. Das ist eine Zinsquote von 2,4 %. Der Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegt bei 7,5 %. Der Entwurf sieht ein Sonderprogramm für die Abfinanzierung in Höhe von 50 Millionen Euro vor,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind Altlasten, die Sie vor sich herschieben!)

zusätzlich ein Paket zu den vorhandenen Ausgaben für Bildung und Familien von 169 Millionen Euro, für Energie, Klima und Innovation in Höhe von 126,5 Millionen Euro und für den ländlichen Raum von 232 Millionen Euro. Wir haben einen kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 7,3 Milliarden Euro - so hoch wie noch nie. Herr

Kollege Halbleib, an dieser Stelle möchte ich Sie korrigieren. Wenn Sie schon aus den Vorlagen des Finanzministeriums zitieren, sollten Sie das voll umfänglich machen. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegen die bayerischen Kommunen auf Platz 2 im inner-deutschen Vergleich. Das zeigt eindeutig, dass die Koalition ein starker Partner der Kommunen ist.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Solidarität ist quasi grenzenlos. Wir zahlen in den Länderfinanzausgleich 3,9 Milliarden Euro ein.

Einige fragen sich, warum ich das alles vortrage. Es kam der Einwurf, man könne das nachlesen. Ich muss aber leider bemerken: Nach der Debatte, die ich verfolgt habe, weiß ich nicht, ob Sie es können; dass Sie es aber nicht getan haben, konnte ich feststellen. Sonst hätten Sie vieles, was Sie gesagt haben, heute nicht gesagt.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Was ist das?)

Die Koalitionsregierung aus CSU und FDP legt zum vierten Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden vor. Aus dem Regierungshandeln der FDP sind keine neuen Schulden entstanden. Das ist ein hervorragendes Markenzeichen am Haushalt.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Aber in Ihrer Regierungszeit sind sie entstanden!)

Nun darf ich kurz die Schwerpunkte der FDP im Haushalt ansprechen. Uns ging es von Anfang an um den Schuldenabbau. Wir haben die Neuverschuldung auf null gebracht. Wir haben Rücklagen gebildet und im November 2011 beschlossen, dass wir in den Abbau der Schulden des Freistaats Bayern einsteigen wollen. Dass die CSU im Januar 2012 in Kreuth einen ähnlichen Beschluss gefasst hat, bestätigt uns in unserem Handeln und hat uns in keinsten Weise überrascht.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wer's glaubt, wird selig!)

Die FDP-Fraktion hat auch einen Beschluss gefasst, was mit den Steuermehreinnahmen aus dem Jahr 2011 getan werden soll. Auf unserer Klausurtagung im Januar 2012 haben wir beschlossen, dass wir neben dem Versorgungsfonds noch mutiger in die Schuldentilgung einsteigen wollen. Nach den aktuellen Zahlen würden wir zusätzlich 700 Millionen Euro, also praktisch eine Milliarde Euro, in die Schuldentilgung geben. Es freut uns, dass der Finanzminister heute dazu seine Zustimmung ausgedrückt hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir machen eine Haushaltspolitik - -

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karsten Klein (FDP): Nein, am Schluss. Dann ist genügend Gelegenheit.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Also am Schluss als Zwischenbemerkung.

Karsten Klein (FDP): Man sieht eindeutig, dass wir bei der Haushaltspolitik im Freistaat Bayern Taktgeber für eine Haushaltspolitik für künftige Generationen sind. Bei uns hat Konsolidierung Vorfahrt vor neuen Ausgabenprogrammen. Diese Koalitionsregierung betreibt unter der FDP-Beteiligung eine hervorragende Zukunftspolitik für diesen Freistaat.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben zudem auch Eckpunkte vorgelegt, wie wir uns die Schuldenzurückführung vorstellen. Unter anderem wollen wir die Zinszahlungen, die momentan 1,1 Milliarden Euro ausmachen, einfrieren und den Betrag, den man in Zukunft nicht mehr für die Zinsen braucht, in die Schuldentilgung stecken. Wir haben einen mutigen Schritt beschlossen - ich sagte das eben - für die erste Verwendung der zusätzlichen Steuermehreinnahmen, und wir haben entschieden, dass wir bei künftigen Steuermehrein-

nahmen zuerst festlegen, welcher Betrag in die Schuldentilgung einfließen soll. Damit haben wir Eckpunkte für den Tilgungsplan der künftigen Jahre vorgelegt.

Ein Baustein ist auch die BayernLB. Deshalb werden wir im ersten Quartal dieses Jahres mit der BayernLB über einen Zeitplan zur Rückführung der eingezahlten Mittel reden, und wir werden beim Auslaufen der Gewährträgerhaftung die Privatisierung als mittelfristiges Ziel im Auge behalten.

Der Länderfinanzausgleich treibt auch uns um. Wir haben in der Fraktion schon vor langer Zeit Beschlüsse gefasst. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, und wir haben jetzt noch einmal festgehalten, dass wir in den nächsten sechs Monaten ein Verhandlungsergebnis wollen. Sollte dies nicht zu erzielen sein, erwarten wir von den Ministerpräsidenten der drei Länder, die das zusammen postuliert haben, dass sie den Klageweg beschreiten. Handeln, nicht reden, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Gruß nach Baden-Württemberg!

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden seit drei Jahren, und die Staatsregierung hat keine Zeile zum Länderfinanzausgleich vorgelegt!)

Unsere Vision von Bayern ist ein schuldenfreies Bayern. An dieser Vision werden wir auch in den nächsten Jahren festhalten.

(Beifall bei der FDP)

Nun komme ich ganz kurz auf die dunklen Wolken, die an den Himmel gemalt worden sind, zurück. Ich darf die GRÜNEN zum Nachtragshaushalt 2010 zitieren: "Düstere Aussichten für die Staatsfinanzen." Sie monieren, dass es 2011, 2012 und 2013 einen Konsolidierungsbedarf von insgesamt 10 Milliarden Euro gebe. Sie kritisieren, wir würden unsere Rücklagen aufbrauchen, und Sie sagten: Die Staatsregierung erwartet ab 2012 wieder steigende Steuereinnahmen, die aber vor 2013 das Niveau von 2008 nicht mehr erreichen werden. 2012 werden Einnahmesteigerungen von 6 % erwartet. - Prinzip Hoffnung.

Ich kann heute nur noch einmal feststellen: Wir haben die Rücklagen nicht nur gehalten, sondern ausgebaut. Wir haben den Konsolidierungsbedarf gedeckt, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Prinzip Hoffnung, das Sie beschreiben, hat sich in der Realität bewahrheitet. Wir haben die Steuereinnahmen generiert. Wenn Sie dunkle Wolken an den Horizont malen, sollten Sie auch in die Vergangenheit schauen und überlegen, ob Ihre Prognosen eingetroffen sind.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CSU)

Für die FDP-Fraktion ist der Versorgungsfonds ein Thema. Es gibt klare gesetzliche Regelungen. Wir werden in den kommenden Wochen mit unserem Koalitionspartner CSU fachlich und sachlich fundiert diskutieren. Aktuell finden wir eine jährliche Rendite von 4,67 % bei der Rücklage seit deren Bildung vor und 7,76 % beim Fonds seit Auflage. Es handelt sich um die durchschnittliche Rendite und nicht um eine Augenblicksbetrachtung. Deshalb müssen wir eine sachliche Debatte über die Thematik im Sinne eines nachhaltigen, zukunftsorientierten, der Generationengerechtigkeit Rechnung tragenden Haushalts führen. Wir werden das in den nächsten Wochen tun. Darauf können Sie sich verlassen. Für uns gilt das Verursacherprinzip. Das alles werden wir in einer offenen Diskussion sachlich austragen.

(Beifall bei der FDP)

Wir setzen mit diesem Haushalt Schwerpunkte in der Familienpolitik. Wir steigen in das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr ein. Das wurde vonseiten der GRÜNEN bereits kritisiert. Es ist immer gut, dass es unterschiedliche politische Einstellungen gibt. Diese werden wir nach außen tragen. Wir starten mit 50 Euro Zuschuss ab dem 01.09.2012. Das heißt, dass im Kindergartenjahr 2012/2013 die Familien um 600 Euro jährlich entlastet werden. Ich glaube, das ist ein gutes Signal, das von diesem Haushalt ausgeht.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren weiterhin in den Krippenausbau. Wir haben die Anzahl der Angebote vervierfacht. Wir werden bis Ende 2013 planmäßig 36 % erreichen. Das ist nicht nur mehr, als uns vom Bund mit 31 % vorgegeben worden ist, sondern wir übersteigen sogar die 33 %, die für die gesamte Bundesrepublik vorgegeben worden sind, um drei Prozent. Ich meine, auch das könnte man an dieser Stelle honorieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren 56 Millionen Euro zusätzlich in den Krippenausbau. Wir erhöhen die Investitionsförderung für den Krippenausbau nochmals um zusätzlich 92 Millionen Euro. Wir stecken über eine Milliarde Euro in den Betriebskostenzuschuss. Das alles zeigt, dass uns das Thema "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" nicht nur in Programmen wichtig ist, sondern auch beim politischen Handeln. Da, wo wir es tun können, handeln wir, die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag. Das hat sich in diesem Haushalt niedergeschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Maßnahmen zeigen auch Wirkung. Die Quote der erwerbstätigen Mütter ist in Bayern mit 70,7 % im Spitzenfeld aller Bundesländer. Auch die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter drei Jahren liegt bei 42 % und ist damit im innerdeutschen Vergleich Spitze. Das Bild von einem rückständigen Bayern, das oft gezeichnet wird, stimmt seit 2008 nicht mehr. Auch dafür steht die FDP-Fraktion gemeinsam mit der CSU-Fraktion in dieser Koalition.

(Beifall bei der FDP)

Ein Schwerpunkt dieser Koalition aus CSU und FDP bleibt die Bildungspolitik. Ein Drittel unserer Gesamtausgaben geht in den Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir haben die Bildungsausgaben seit 2008 um 2,4 Milliarden Euro angehoben. Wenn man den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich abzieht, bleiben uns etwa 34 Milliarden Euro. Wenn wir jetzt 16 Milliarden Euro in Bil-

derung investieren, dann bedeutet das, dass fast 50 % des uns zur Verfügung stehenden Geldes in den Bildungsbereich fließen. Deutlicher kann in einem Haushalt kein Schwerpunkt gesetzt werden, als wir dies gemeinsam tun, CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn ich Debattenbeiträge höre, wenn ich Pressemitteilungen lese, wenn ich Äußerungen von Kollegen im Ausschuss höre, in denen behauptet wird, das ganze Geld würde in Pensionszahlungen fließen und verschwinden, dann kann ich dem die Fakten entgegenhalten: Wir haben 5.500 zusätzliche Lehrerstellen im Freistaat Bayern geschaffen. 2008 waren es 81.000 Lehrerstellen, im Jahr 2012 sind wir bei 86.685 Lehrerstellen. Diese Zahlen sind Fakten, sie sprechen für sich. Sie sind nicht durch lange Pressemitteilungen, Redebeiträge oder Pressekonferenzen wegzudiskutieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Aber 2.700 Stellen fallen weg!)

Da, wo wir Probleme erkennen, packen wir sie auch an. Mit diesem Nachtragshaushalt und den 1.082 Lehrerstellen, die wir im Haushalt belassen, werden der Unterrichtsausfall bekämpft, die Ganztagschulen ausgebaut und die Bildungsgerechtigkeit durch den Ausbau der Förderschulen und der Integration gestärkt. Uns ist es wichtig, nicht nur über Probleme zu reden, wenn man sie erkennt, sondern diese Probleme auch anzupacken. In diesem Nachtragshaushalt gehen wir einen Schritt in diese Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Bayern ist auch Wissenschaftsland. Das unterstreichen wir mit den Investitionen an den Hochschulen. Kein Bundesland hat in den letzten vier Jahren so viele Studienplätze ausgebaut wie Bayern. Wir haben 38.000 zusätzliche Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang geschaffen und 5.500 Studienplätze zusätzlich wegen der Ausset-

zung der Wehrpflicht. Mit dem Nachtragshaushalt haben wir nun noch einmal 10.000 zusätzliche Studienplätze auf den Weg gebracht. Das ist in Deutschland beispiellos. Damit kommen wir dem Bedarf und den Verpflichtungen nach, die dieser Freistaat in der Bildungspolitik hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auch noch auf die Situation der Kommunen eingehen, nachdem hier immer versucht wird, deren Situation besonders schwarz zu malen. Ich habe bereits die 7,3 Milliarden Euro genannt. Das sind 390 Millionen Euro mehr als bisher. Damit handelt es sich um den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten. Die Landesmittel steigen um 418 Millionen Euro. Die im Vergleich geringe Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen ist in Deutschland absolut spitze. Wir erhöhen den allgemeinen Steuerverbund. Herr Kollege Pointner hat das schon erwähnt. Wir erhöhen die Schlüsselzuweisungen, fördern den Schulausbau und unterstützen die Kindertageseinrichtungen. Wir erhöhen die Investitionspauschale, die Zuweisung an die Bezirke. Auch bei der Schülerbeförderung - ein in diesem Haus immer wieder aktuelles Thema - legen wir nach. Ich könnte die Liste noch lange fortführen. All das macht deutlich, dass wir uns sehr wohl bewusst sind, dass vor Ort, in den Kommunen, eine wichtige Arbeit geleistet wird. Viele Mitglieder unserer Fraktion sind so wie ich Kommunalpolitiker. Ich will das an dieser Stelle betonen, weil immer wieder das Gegenteil behauptet wird. Wir wissen, was vor Ort los ist, wir brauchen da keine Belehrungen, schon gar nicht von anderen, die über weniger kommunale Erfahrung verfügen als unser Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Man merkt es aber nicht!)

Wir haben für das Thema "Energie, Klima und Innovation" ein Paket geschnürt.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

- Wir sind auf kommunaler Ebene im Unterschied zu anderen immer noch tätig.

Wir haben ein Paket geschnürt für Energie, Klima und Innovation, weil wir in der Energiewende eine Aufgabe sehen. Dieser Aufgabe kommen wir auch nach. Wir investieren in Bereiche, in denen eine unmittelbare Verantwortung des Freistaats besteht. Das gilt beispielsweise für die Energieforschung. Wir setzen uns für energiesparende Produktionstechnologien ein, für Speichertechnologien, für Batteriespeicher und für das Energiemanagement. All dies sind wichtige Themen, um die Energiewende zu bewältigen. In Ihrem Konzept, im Konzept von Rot-Grün, haben diese Aspekte der Energiewende jedoch völlig gefehlt.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das alles müssen wir mit unserem Konzept anpacken.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren in innovative Antriebstechnik. Dies ist der erste Schritt zum Energiewandel auf einem Weg, den wir für die nächsten fünf Jahre noch fortschreiben werden. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag und gehen einen wichtigen Weg für die Bürgerinnen und Bürger und auch für die Unternehmen vor Ort in Bayern.

Auch die Probleme des ländlichen Raums haben wir erkannt. Wir investieren schon lange über verschiedenste Töpfe, beispielsweise über die Regionalförderung, im ländlichen Raum. Wir verstärken unsere Bemühungen mit diesem Nachtragshaushalt noch einmal. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass wir die gewerbliche Regionalförderung und die Innovationsgutscheine ausbauen und zusätzlich - auch das wurde heute hier gefordert, und deshalb muss man es an dieser Stelle auch deutlich sagen - die außeruniversitäre Forschung und die Technologiezentren im ländlichen Raum stärken. Wir haben das im Doppelhaushalt schon getan, und nun legen wir im Nachtragshaushalt noch eine Schippe drauf. Sie sollten sich deshalb diesen Haushalt näher anschauen, bevor Sie hier Forderungen stellen, denen wir schon längst nachgekommen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir geben Mittel in Bedienformen des ÖPNV. Auch dies ist ein wichtiges Thema für den ländlichen Raum: Wie kann der ÖPNV dort in Zukunft aufrechterhalten werden? - Wir schaffen einen zusätzlichen Baustein - das hat Martin Zeil heute schon beim Thema "Breitbandversorgung und schnelles Internet" dargelegt - mit der Glasfasererschließung. Wir sind uns dieser Herausforderungen bewusst. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Dafür sind wir in der Politik und in diesem Landtag. Der Nachtragshaushalt 2012 der Staatsregierung, getragen von CSU und FDP, packt diese Herausforderungen an. Dieser Nachtragshaushalt ist zukunftsgerichtet, um den Herausforderungen gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

All diese Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren ergriffen haben und die wir jetzt ergreifen, zeigen auch Wirkung. Bayern ist Nummer eins. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote mit 3,4 % im Dezember 2001. Nirgendwo in Deutschland sind so wenig junge Menschen arbeitslos wie im Freistaat. Wir haben Bestnoten beim Schuldenstand, bei der Pro-Kopf-Verschuldung. Wir sind das erste Bundesland, das ein Energiekonzept vorgelegt hat. - Schöne Grüße nach Baden-Württemberg. - Wir sind Vorreiter beim schnellen Internet. Wir bauen die Kindertagesstätten aus und investieren in die Bildung.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sie können sich vorstellen, dass es nicht im Naturell eines FDP-Politikers liegt, sich so oft auf die Schulter zu klopfen.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nach der Debatte, die ich heute hier gehört habe, muss man Ihnen aber vor Augen führen, in welchem Land Sie leben. Sie leben in Bayern, nicht in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Ausführungen des Herrn Kollegen Pointner haben mich deshalb besonders gefreut. Kollege Pointner hat allerdings vieles von dem, was wir gemacht haben, fälschlicherweise der Urheberschaft der FREIEN WÄHLER zugeordnet. Wir sehen das selbstverständlich anders.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Reichhart (FREIE WÄHLER))

Ich darf vielleicht ganz kurz zitieren. Im Zuge Ihrer Klausurtagung 2012 haben Sie gesagt: "Einem Haushalt sind Spielräume zu gewähren, damit der Staat in einer Rezession auch handeln kann." - Wir haben Rücklagen in Höhe von 2,4 bzw. drei Milliarden Euro. "Diese Haushaltsspielräume müssen in wirtschaftlich guten Zeiten geschaffen werden." - Das tun wir angesichts der aktuellen Lage. "Über den Konjunkturverlauf sind keine zusätzlichen Schulden abzubauen." - Auch das tun wir nicht. Wenn ich dieses Zitat und Ihre heutigen Aussagen zusammennehme, dann gehe ich davon aus, dass die FREIEN WÄHLER dem Entwurf der Bayerischen Staatsregierung ihre Zustimmung geben werden.

(Beifall bei der FDP)

Ob dies allerdings nach dem Geschmack von Rot-Grün ist, muss sich in ihrer angeachten Partnerschaft noch zeigen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir haben hohe Steuereinnahmen, die im Wachstum begründet sind. Dieses Wachstum wird von fleißigen Menschen, der guten Wirtschaftspolitik und den Rahmenbedingungen begünstigt. Wir investieren dieses Geld, beispielsweise 12 % in die Investitionsquote. 50 % der uns zur Verfügung stehenden Gelder investieren wir in die Bildung. Wir betreiben eine nachhaltige Haushaltspolitik mit null Neuverschuldung, mit Rücklagenbildung und mit Einstieg in die Tilgung der bestehenden Schulden. Das hat die FDP schon im November beschlossen. Wir betrei-

ben - das ist in diesem Haushaltsentwurf der Bayerischen Staatsregierung zu sehen - eine zukunftsorientierte nachhaltige Haushaltspolitik, die der Generationengerechtigkeit Rechnung trägt. Ich glaube deshalb, dass wir mit diesem Haushalt gemeinsam, CSU und FDP, einen weiteren Schritt in die positive Zukunft dieses Freistaats gegangen sind.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herzlichen Dank, Herr Kollege. Wenn Sie bitte vorn bleiben; es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Halbleib. Bitte, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich bedanke mich zunächst für den Vorapplaus.

(Heiterkeit)

Jetzt darf ich meine Frage stellen.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wenn Sie zuhören, gibt es vielleicht auch für Sie einen Ertrag. - Bitte, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich darf zunächst einmal festhalten, Herr Kollege Klein, dass Sie in dieser zentralen Haushaltsdebatte Folgendes erklärt haben - dafür bin ich dankbar -:

Erstens. Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage werden auch vonseiten der FDP als wichtige Bausteine der Finanzpolitik des Freistaates Bayern beurteilt.

Zweitens. Die Rentierlichkeit des Fonds und der Rücklage ist so, wie wir sie beschrieben haben. Das ist eine Bestätigung dessen, was wir sagen.

Sie haben damit in einer Plenardebatte des Bayerischen Landtags dem von dieser Regierungskoalition gestellten Finanzminister in zwei zentralen Punkten widerspro-

chen. Finanzminister Söder hat heute nämlich klar gesagt, dass er Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage für im Kern problematisch und abschaffbar halte.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Ich habe kein Wort von "Abschaffung" gesagt!
Das ist eine Lüge!)

- Langsam, langsam, Herr Kollege! Jetzt bin ich dran.

Auf jeden Fall hat der Finanzminister beides zur Disposition gestellt. Zudem hat er, was die Zinsentwicklung anbetrifft, klar zum Ausdruck gebracht, dass er die Beiträge der Opposition für unsinnig hält. Nunmehr wird die Kritik der Opposition von Vertretern der Koalition bestätigt.

Abschließend die Frage: Herr Kollege Klein, sind Sie bereit, heute für die FDP ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage abzugeben sowie dazu, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Zuführungen in diesem Nachtragshaushalt komplett vorgesehen werden?

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte schön, Herr Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Halbleib, ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir überhaupt keinen Grund haben, die Arbeit des Finanzministers infrage zu stellen, auch nicht im Hinblick auf die Beachtung des Prinzips der Nachhaltigkeit.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Markus Söder)

- Wir loben ihn natürlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir gehen davon aus, dass er sich an die gesetzlichen Vorgaben hält. Ich habe nicht wahrgenommen, dass er einer Abschaffung des Versorgungsfonds das Wort geredet

hat. Es besteht allerdings Diskussionsbedarf. Ich habe klar zum Ausdruck gebracht, dass wir uns der Diskussion nicht verschließen. Wir wollen sie sachlich führen, um zu einem Ergebnis zu kommen, das im Sinne der Generationengerechtigkeit tatsächlich Bestand hat.

Deshalb bleibe ich bei meiner Aussage: Wir sind durchaus der Meinung, dass der Versorgungsfonds ein wichtiger Baustein ist, dass man über diesen aber wie über jeden Baustein reden kann. Die Renditen habe ich genannt; das brauche ich nicht zu wiederholen. Wir werden uns in den nächsten Wochen mit unserem Koalitionspartner partnerschaftlich wie bei allen Themen der Diskussion stellen und dann zu einem Ergebnis kommen.

Darf ich im Umkehrschluss feststellen: Für den Fall, dass wir den Versorgungsfonds ansparen, stimmt die SPD-Fraktion dem Haushalt zu?

(Beifall bei der FDP - Volkmars Halbleib (SPD): Bei der FDP stirbt die Hoffnung zuletzt!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Es ist nicht vorgesehen, dass Sie Rückfragen stellen. Ich verstehe das aber als Anregung, diese Möglichkeit in der Geschäftsordnung zu berücksichtigen. - Die nächste Rednerin ist schon vorn. Frau Kollegin Kamm, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Themen "Schattenhaushalte" und "ungelöste oder vernachlässigte Aufgaben" haben wir schon viel gehört. Meine Ausführungen beziehen sich auf das allgemein proklamierte Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen überall in Bayern zu schaffen.

Wir hatten Anfang November eine Anfrage zur Finanzlage der bayerischen Kommunen gestellt; sie ist bis heute nicht beantwortet worden. Das ist ärgerlich für die Arbeit der Opposition. Noch ärgerlicher finde ich es, dass Sie von der Staatsregierung sich

offenbar überhaupt nicht für die finanzielle Lage der bayerischen Kommunen interessieren; sonst hätten Sie diese Anfrage schon beantworten können und die Daten längst gehabt.

Sie wissen nicht nur nicht, wie viele Kommunen in Bayern ihre Kreditaufnahmen nur auf der Basis von Ausnahmeregelungen und unter Auflagen genehmigt bekommen; Sie wollen das auch gar nicht wissen. Sie wollen nicht wissen, wie viele Kommunen eine Investitionsquote von null - oder sogar eine negative - aufweisen. Sie wollen nicht wissen, wie viele Kommunen derzeit nicht investieren können, weil sie ein Haushalts-sanierungskonzept durchführen bzw. nicht über einen genehmigten Haushalt verfügen. Wie soll ich Ihnen dann abnehmen, dass Sie sich dafür interessieren, wie in Bayern gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden können?

Viele Kommunen haben bis heute nicht die Folgen des Einbruchs der Steuereinnahmen der Jahre 2009 und 2010 ausgleichen können, zu denen übrigens Sie, Herr Klein, und andere mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz einen maßgeblichen Beitrag geleistet haben. Dieses Gesetz belastet die bayerischen Kommunen nach wie vor alljährlich mit rund 300 Millionen Euro. Neue Investitionen konnten in vielen Kommunen in den vergangenen Jahren ausschließlich mit Mitteln des Konjunkturprogramms getätigt werden, das jedoch mittlerweile ausgelaufen ist. Daher ist zu befürchten, dass diese Investitionstätigkeit etwas zurückgehen wird.

Die fragwürdigen Durchschnittsbetrachtungen, die das Finanzministerium zur Lage der Kommunen in Bayern anstellt, berücksichtigen weder demografischen Wandel noch die Situation von Kommunen mit Strukturproblemen.

Aber nicht nur die Kommunen, sondern auch Dritte werden herangezogen, um Ihr Ziel der Schuldenfreiheit zu erreichen. So warten die Schulen in freier Trägerschaft auf zugesagte Mittel in Höhe von einer halben Milliarde Euro, viele Kommunen warten auf zugesagte Investitionszuschüsse. Sie sanieren auf Kosten der Kommunen.

Es reicht zudem überhaupt nicht aus, nur ein Eingliederungsgesetz auf Bundesebene zu fordern, so notwendig es auch ist. Der Freistaat muss über den Sozialhilfeausgleich einen sachgerechten eigenen Anteil der Kosten sozialer Aufgaben übernehmen. Ich stimme mit Herrn Kollegen Pointner völlig darin überein, dass der Schritt, den die Koalition gegangen ist, dafür nicht ausreicht.

Der Freistaat spart selbst, überlässt aber den Kommunen die Bewältigung der Zukunftsaufgaben. Das gilt für viele Bereiche: Bildung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Krippen- und Kindertagesstättenausbau, Eingliederungshilfe, Klimaschutz, Integration. Besonders deutlich wird das am Umgang mit den Mieterinnen und Mietern der GWB-Wohnungen.

Das werden wir heute Nachmittag noch vertiefen. Ihre gelegentlich angewandte Politik des goldenen Zügels - hier eine Straße einweihen, dort ein kleines Projekt bezuschussen - reicht nicht aus. Sie müssen die Situation der Kommunen grundsätzlich verbessern. Es hilft ihnen nicht, wenn Sie wie derzeit kleine Trostpflaster verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Nächster Redner ist Herr Kollege Winter. Ihm folgt, wenn keine weitere Wortmeldung mehr dazwischenkommt, Herr Staatsminister Söder. - Bitte, Herr Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, meine verehrten Kolleginnen, werte Kollegen! Die Staatsregierung hat heute zum siebten Mal in Folge einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt. Das ist für uns alle sehr erfreulich und alles andere als selbstverständlich; das zeigt der Blick auf andere Länder in Deutschland und darüber hinaus. Gleichzeitig wird daran deutlich: Bayern hat sorgfältig und gut gewirtschaftet.

An dieser Stelle gilt Herrn Staatsminister Söder, seinem Staatssekretär Pschierer und allen Damen und Herren des Finanzministeriums unser herzlicher Dank für die enga-

gierte, zügige und vor allem solide Arbeit, die zu den guten Ergebnissen, die heute vorgetragen wurden, geführt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun weiß man, dass ich für Loberteilung in der Fraktion nicht der Prädestinierteste bin, sondern lieber andere Aufgaben übernehme. Ein bisschen Aufgabenteilung muss sein. Aber ich möchte an dieser Stelle Ihnen, Herr Staatsminister, herzlich danken, weil es wirklich ein Auftakt im Schweinsgalopp war. Schon wenige Tage, nachdem Sie im Amt waren, haben Sie den kommunalen Finanzausgleich verhandelt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es waren zügige Verhandlungen mit guten Ergebnissen. Sie haben dem Vertreter des Parlaments die Möglichkeit gegeben, Vorschläge einzubringen. Mich freut es, dass die guten Ergebnisse anerkannt wurden und dass es ein guter, gelungener Auftakt war.

Im gleichen Tempo ging es weiter mit der Kabinettsklausur zum Haushalt 2012. Kaum war es damit vorbei, waren wir in Berlin und haben mit der EU versucht, das Beihilfungsverfahren zu beschleunigen. Darauf werde ich heute noch eingehen.

In der Jahresendphase standen wir vor einem Bündel von Aufgaben. Heute können wir uns mit einem Haushalt beschäftigen, der sich sehen lassen kann. Es ist die beste Botschaft des Jahres schlechthin, dass wir eine Milliarde Schulden tilgen.

Bei den Beratungen werden wir uns mit dem Nachtragshaushalt intensiv befassen. An dieser Stelle sage ich herzlichen Dank dem Kollegen Klein, der heute sehr detailliert und engagiert vorgetragen und deutlich gemacht hat, dass die Fraktionen trotz ihrer unterschiedlichen Ansätze bemüht sind, alle Kräfte zu einem aktiven Regierungshandeln zusammenzuführen. Letztlich zählt wie immer der Erfolg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich ist die Frage der Opposition berechtigt - wir stellen sie uns ja auch selber -: Wie kann die Entschuldung gelingen? Laotse hat gesagt: Selbst eine Reise von tausend Meilen beginnt mit dem ersten Schritt. Damit hat er recht. Wir orientieren uns daran.

2012 haben wir einen echten, ausgeglichenen Staatshaushalt und - das kann man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen - keine neuen Schulden, keine Aktienverkäufe, keine inneren Darlehen. Neu ist auch eine Schuldentilgung um eine Milliarde Euro, und zwar bei gleichzeitig gestärkter Rücklage, hohen Investitionen, auch nach Beendigung des Konjunkturprogramms II. Der Pensionsfonds ist ein so wichtiges Thema, dass wir es mit Ihnen hier gleich gesondert besprechen. Der Staatshaushalt hat die geringste Pro-Kopf-Verschuldung und die niedrigste Zinslast in Deutschland.

Das ist eine gute Bilanz. Sie macht deutlich, dass Bayern keinen Anlass hat, sich schlechtreden zu lassen. Wir können ganz im Gegenteil stolz auf das sein, was die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement im Beruf und im Ehrenamt als gesellschaftliche Leistung erbracht haben. Das Ergebnis überzeugt und macht deutlich, dass wir auf unsere Heimat Bayern stolz sein können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich darf man die Gegenfrage stellen: Wenn ein SPD-geführtes Bundesland die Absicht verkündet hätte, alle Schulden zu tilgen, was wäre dann gewesen? - Alle hätten dann gelacht, weil jeder weiß: Das schaffen die nie. Das ist klar. Das ist der Unterschied.

Heute war schon die Rede von der sozialdemokratischen Politik. Kollege Halbleib, wo ist sie geblieben? - So hat Hildegard Knef einmal gesungen. Die SPD bekennt sich ja nicht mehr zu dem Kanzler, der ebenso wie Minister Steinbrück die Grundlagen gelegt hat. Sie hat sich von der Agenda 2010 distanziert. Deswegen kann man das nicht als sozialdemokratische Rezepte verkaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das muss man wissen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Lieber Herr Kollege Wengert, als Schröder ins Amt kam, habt ihr gesagt: Woher kommt der? Was hat der mit uns vor? Und als er gegangen war, haben Sie gesagt: O Gott, damit haben wir nichts mehr zu tun. Wir haben uns darüber gewundert. Denn das eine oder andere war ja erfolgreich. Aber ihr habt gesagt: No, das ist nicht unsere Politik.

Wir wollen ganz offen zugeben: Alle Schulden abzubauen, ist eine riesige Aufgabe, ist auch für Bayern ein Kraftakt, eine wahre Herkulesaufgabe. Dessen sind wir uns bewusst.

Wenn man hier von Populismus und von einem PR-Gag spricht, dann hätten wir es uns doch wirklich ganz einfach machen können. Jetzt ist dieser Riesengeldsegen da. Die Wirtschaft verbucht gute Erträge. Kollege Klein hat es gesagt: Da zeigt sich wieder, wie positiv sich Wachstum auswirkt. 2009 hatten wir das Gegenteil: 5 % Rezession. In den Folgejahren mussten wir sparen.

Es wäre doch wirklich toll gewesen, wenn wir jetzt hätten sagen können: Herr Finanzminister, bitte überweisen Sie künftig alle offenstehenden Posten noch bevor die Opposition Sie anmahnt. Populismus wäre es gewesen, wenn man das Geld einfach ausgegeben, Wahlgeschenke gemacht und die Stimmungen bedient hätte.

Sie haben es aber nie geglaubt, dass der Ministerpräsident, dem Sie gern etwas unterstellen würden, genau das Gegenteil tut. Er schlägt vor: Bei diesem Thema machen wir keine neuen Schulden. Das ist der richtige Weg. Dies ist die ganz große Messlatte, auf die die Bürgerinnen und Bürger warten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber ohne Einschränkungen!)

Wenn Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise über den Bundeshaushalt reden und diese sagen, die Schulden würden weniger, dann müssen Sie denen doch schon seit Jahren sagen: Es handelt sich um weniger Neuaufnahmen; die Schulden werden insgesamt jedoch mehr. Wenn Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern über Schuldentilgung, über Reduzierung der Schulden diskutieren, dann erfahren Sie deren Wunsch, die Schulden abzubauen.

Wie gesagt, wir haben es uns nicht einfach gemacht. Einfachheit ist nicht der Anspruch von CSU und FDP. Unser Anspruch ist viel höher. Das Ziel in der ersten Stufe war: keine neuen Schulden. In der zweiten Stufe gilt es, die bestehenden Schulden zu tilgen. Aber das - ja Sie sind überrascht - haben Sie uns nicht zugetraut. Ja, der Vorschlag von Horst Seehofer hat Sie total überrascht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Überhaupt nicht!)

Jetzt gibt es natürlich eine ganze Reihe offener Fragen. Die Zeit wird nicht reichen, sie alle zu beantworten. Wir sind gefordert. Sie und die Bürgerinnen und Bürger haben die Chance, die Dinge hautnah zu verfolgen. Wir haben es in den elf Monaten, die uns noch bleiben, mit drei Haushalten zu tun: In den nächsten Wochen beraten wir den Nachtragshaushalt 2012, im Herbst den Doppelhaushalt 2013/14.

Im Zuge dieser Beratung sind viele Fragen zu beantworten: Wie sieht es mit den bestehenden Verpflichtungen aus? Wie geht es mit der Schuldentilgung weiter? Finden noch Zukunftsinvestitionen statt? An den Antworten werden wir uns messen lassen müssen, auch gern messen lassen.

Ein wichtiger Punkt ist die Pensionsvorsorge. Dazu hat Kollege Klein ausführlich gesprochen. Es handelt sich um ein wichtiges Thema. Worum geht es? Was ist Sinn und Zweck? Man muss immer vermeiden, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Der Fonds ist eine Erfindung von uns. Deswegen dürfen wir auch darüber nachdenken, ob man die Dinge noch besser gestalten kann. Da geht es um die Vorsorge für künftige Generationen. Es geht darum, möglichst viel für die Altersvorsorge

zu tun. Lasten sollen nicht aufgebürdet, sondern dort, wo sie entstehen, abgemildert und abgefedert werden.

Wir alle wissen, dass die 1,3 Milliarden Euro, die in den beiden Töpfen enthalten sind, gut sind. Aber sie sind angesichts der Herausforderungen noch lange nicht ausreichend. Deswegen stellt sich sehr wohl die Frage: Wie können wir dem begegnen? Wie können wir Belastungen für die Zukunft wegnehmen? So kam es zur Ansage, die Schulden zu tilgen. Der Vorschlag ist ja nicht vom Himmel gefallen. In Kreuth wurde darüber debattiert, was wir dafür tun können. Unsere Auffassung ist: Der beste und wichtigste Schritt im Hinblick auf die demografische Veränderung, im Hinblick auf die Alterspyramide und die Tatsache, dass die nächste Generation sehr viel zu tragen hat, wenn es weniger Aktive und mehr Empfänger gibt, ist ein Haushalt, ein Staat, der weniger Belastungen kennt, der keine Schulden hat. Das ist unsere Priorität. Alle anderen Punkte wollen wir in diesem Jahr miteinander diskutieren. Wir haben ein ganzes Jahr, bis zum Dezember Zeit, bis wir das zweite Haushaltsgesetz verabschieden und sagen, wie wir uns das Ganze vorstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Also abschaffen!)

Ansonsten bleibt natürlich das, was uns zu diesem Spezialthema bekannt ist, dass das Sondervermögen 4,6 % und dass der Fonds 7,7 % gebracht hat. Es ist richtig, dass wir momentan dank des AAA-Ratings niedrige Zinsen haben. Das wollen wir gar nicht beklagen. Wir sind vielmehr froh darüber, dass der Zinssatz bei nur 3,3 % liegt. Aber wir müssen auch sagen, dass wir im Jahr 1.080 Millionen Euro für Schuldzinsen aufzubringen haben, und das trotz des niedrigen Zinssatzes. Das berechtigt, darüber nachzudenken, welches der richtige Weg ist, und es berechtigt auch, darüber nachzudenken und sich bewusst zu machen, dass der Zinssatz nicht immer so niedrig bleiben muss. Auch muss man wissen, dass bei Aktien, dass bei Wertpapieren nun mal ein Risiko besteht. Jeder, der täglich die Kurse verfolgt, weiß: Eine höhere Rendite bedeutet ein höheres Risiko. Umgekehrt kann man sagen: Das geringste Risiko besteht,

wenn man Schulden tilgt oder gar keine mehr hat. Dann ist man vor den Kapitalmarktzinsen, die ja auch steigen können, am besten geschützt. - Dies zur Situation.

Es ist interessant. Die eine Milliarde, die der Finanzminister heute vorgeschlagen hat, bringt auch bei diesem niedrigen Zinssatz immerhin 33 Millionen Zinersparnis, und sie bringt bis zum Jahr 2030 eine Ersparnis von 600 Millionen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir wissen das! 350 Millionen Landesbank!)

Wenn wir das Beispiel von heute, von 2012, im nächsten Jahr fortsetzen könnten, dann wären es nicht nur 600 Millionen Euro, sondern 1,2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030.

Herr Kollege Halbleib, ich kann mich noch daran erinnern, dass ein ganz wichtiger Mann der Sozialdemokraten sagte - Erwin Huber weiß das auch -: Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit. Was war dann? Am Ende hatten wir beides, und beide, die Inflation und die Arbeitslosigkeit, betrugen mehr als 5 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da müssen Sie aber tief in der Geschichte graben!)

Dann hat die Luft gefehlt, um investieren zu können. Das ist der Knackpunkt.

Wer Bofinger liest und verfolgt, muss sagen, dass er uns eigentlich gar nicht widerspricht. Er sagt nur, man müsse differenzieren und immer abwägen, was gerade passt. Selbst in diesem Zusammenhang kann man ihn nicht gut bemühen. Sonst hätte ich es gern getan und gesagt, dass er widerspricht.

Jetzt habe ich noch einen anderen Punkt anzusprechen. Er richtet sich an die Kollegen der FREIEN WÄHLER. Ich kann mich nicht erinnern, die FREIEN WÄHLER in den letzten Jahren je attackiert, gegen sie polemisiert oder sonst irgendetwas gegen sie getan zu haben. Aber mit Ihrer Pressekonferenz bezüglich der Sparkassen haben Sie uns wirklich überrascht. Herr Kollege Pohl, ich weiß nicht, ob Sie tiefgestapelt oder Naivität vorgetäuscht haben. Dazu fällt mir wirklich nichts Positives ein. Da kann man

nur noch staunen. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Wir sind der Bayerische Landtag, wir sind die Vertretung von 12,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger, wir sind nicht der Sparkassentag. Das bitte ich auch zu sehen. Dass Sie den Sparkassen einen Gefallen getan haben, bezweifle ich sehr. Man muss darüber reden, wie gut wir sie bedient haben, wie gut sie dabei wegkommen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aha!)

Sollen wir einmal das Beispiel der Stadt München nehmen? Wie viel sind denn 15 % von 5 Milliarden? Da fragen wir einmal: Ist das notwendig gewesen? War es berechtigt? Welche Begründung gibt es dafür? Oder könnte man dafür nicht besser eine S-Bahn bauen oder andere wichtige Dinge tun?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

- Herr Pohl, ich weiß nicht, wie man so in eine Pressekonferenz gehen kann - entweder nicht informiert oder so, dass man das, was man weiß, verdrängt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, genau!)

Ich trage es Ihnen einmal kurz vor: Der Freistaat Bayern ist bei der Rettung der Bank nach der Pleite von Lehman Brothers allein in Vorleistung getreten und hat den hälftigen Anteil der Sparkassen von 5 Milliarden mit übernommen. - Den gesamten Anteil. - Das Gleiche gilt für den Rettungsschirm von insgesamt 6 Milliarden Euro. Auch da hat der Freistaat Bayern den hälftigen Anteil in dieser Ad-hoc-Hilfe mit übernommen. Angesichts dieses großen Engagements, das der Freistaat erbracht hat, bestand zwischen der Staatsregierung und den Regierungsfractionen sehr schnell Konsens darüber, dass diese Hilfsaktion die Obergrenze dessen darstellt, was der Freistaat Bayern leisten kann. Das muss die Obergrenze bleiben, und dafür treten wir auch bei den Gesprächen mit der EU ein.

Darüber hinaus gibt es Dinge wie Zinsen und ABS-Garantien und -ausfälle. Das käme alles hinzu. Ich war mit Georg Fahrenschon immer schon darüber einig, dass diese 10 Millionen Euro die Obergrenze bleiben müssen und dass dies die Marschrichtung ist. Die EU-Kommission hat bereits im Dezember 2008 und dann noch einmal im November 2010 mitgeteilt, dass diese Hilfsmaßnahmen Beihilfecharakter haben und dass dies nur vorläufig geduldet ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was wollen Sie sagen? Das ist nicht einmal zuruffähig!)

- Jetzt warten Sie doch einmal den Beschluss ab. Den Beschluss, von dem Sie dauernd reden, gibt es doch noch gar nicht. Die Presse hat Sie aufgefordert, ihn vorzulegen; aber es gibt ihn ja nicht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ach, die 10 Milliarden haben wir nicht beschlossen?)

- Hören Sie einmal gut zu. Die 10 Milliarden sind doch umgesetzt. Sie reden doch von Beschlüssen, die der Minister noch umsetzen müsste. Hierzu gibt es nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die EU hat im November 2010 mitgeteilt, dass eine Beschlussfassung über den Grundlagenvertrag nicht ohne vorherige Abstimmung mit der Kommission möglich ist. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Jetzt gehen wir weiter. Mich erstaunt, wie Sie zu der Annahme kommen, dass Bayern nicht zu Europa gehört, dass in Bayern kein EU-Verfahren betrieben wird.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das scheinen Sie manchmal zu meinen!)

Ich möchte gern wissen, woher diese Irritation kommt. Vielleicht gibt es bei den Spar-kassen einige, die genauso unaufgeklärt durch die Gegend marschieren. Das mag

sein. Von irgendwoher werden Sie den "großartigen" Schmarren ja haben. Mich würde einmal interessieren, wie man zu dieser Annahme kommen kann. Ich höre immer wieder, Bayern sei das größte Land. Ich kann Ihnen, auch wenn es so etwas schon einmal bei uns gegeben haben sollte, nur bestätigen: Bayern ist kleiner als Deutschland und ist kein Kontinent. Das möchte ich für die CSU noch einmal eindeutig feststellen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Jetzt ziehen wir den Vergleich zu Baden-Württemberg. Als Kaufbeurer sind Sie schließlich nicht weit weg. Baden-Württemberg hat als erstes Land das Beihilfeverfahren abgeschlossen. Dort sieht es wie folgt aus: In Baden-Württemberg hatten die Sparkassen im Jahr 2010 einen Umsatz von 174 Milliarden Euro; die bayerischen Sparkassen hatten einen Umsatz von 171 Milliarden Euro. Das sind also vergleichbare Größenordnungen. In Baden-Württemberg haben die Sparkassen einschließlich der Stadt Stuttgart, also der kommunalen Seite, ein Eigenkapital von 2,9 Milliarden Euro eingebracht und leben immer noch und machen immer noch Mittelstandsfinanzierungen. - Dies zur Information. Und was haben dagegen die bayerischen Sparkassen, von denen Sie sagen, man müsse sie schonen, an Eigenkapital eingebracht?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer sagt das? Das haben wir im Bayerischen Landtag beschlossen!)

- Sie sind doch jetzt gar nicht an der Reihe. Hören Sie doch einmal zu, wenn Sie schon nichts wissen!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie mit mir reden!)

- Dann melden Sie sich halt. - An der Stelle, an der bei den baden-württembergischen Sparkassen 2,9 Milliarden Euro stehen, stehen bei den bayerischen Sparkassen 0,0 Euro. Das ist der Vergleich mit den Nachbarn.

Jetzt gehen wir zum Thema Garantien über. Diesbezüglich stehen bei den baden-württembergischen Sparkassen und der Stadt Stuttgart 7,4 Milliarden, und bei den

bayerischen Sparkassen steht: Garantiesumme: 0,0 Euro. Das ist die Realität. Deswegen kann ich Ihnen heute schon sagen: Selbst wenn das Verfahren abgeschlossen ist, wird es in Deutschland keine Sparkassenlandschaft geben, die so gut, so günstig, so billig weggekommen ist wie unsere bayerischen Sparkassen.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle erinnere ich mich an meine Oma, die gesagt hat: Wer Gutes tut, muss sich in Acht nehmen.

(Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Manchmal frage ich mich, warum wir uns jetzt gegenüber den Sparkassen verteidigen müssen, wenn man doch so großzügig war und so vieles getan hat. Das versteht wirklich kein Mensch mehr.

(Beifall bei der CSU)

Meine verehrten Kolleginnen, werte Kollegen, was kann man als Politiker oder einfacher Abgeordneter für den Länderfinanzausgleich tun? Gelegentlich Anregungen geben, die wie ein Stein im Wasser Wellen schlagen und weitergehen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich 2010 bei der Ersten Lesung des Nachtragshaushalts das Thema Länderfinanzausgleich aufgreifen konnte, dass es jetzt deutschlandweit in aller Munde ist und dass wir heftig darüber diskutieren, nachdenken und verhandeln mit dem Ziel, dass es beim Länderfinanzausgleich wieder gerechter zugeht.

Zu der Frage: Ihr habt ja mitverhandelt, warum habt ihr denn zugestimmt? - Ich habe mir sagen lassen, dass es bei Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich bisher immer das Ziel war, am Ende Konsens zwischen den Ländern und der Bundesregierung zu erreichen und dieses einfache Bundesgesetz nicht mit Mehrheit durchzudrücken. Das ist der Punkt. Einvernehmlich ein Ergebnis zu erreichen, bei dem die Nehmer nachgeben sollen und die Geber nicht mehr so viel wie bisher zahlen müssen, ist alles andere als einfach.

Aber um Missverständnissen vorzubeugen: Wir stehen zur Solidarität. 35 Milliarden hat Bayern in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, 21 Milliarden Euro beim Umsatzsteuerausgleich. In der Summe haben wir insgesamt 56 Milliarden Euro mehr überwiesen, als wir bekommen haben.

Jetzt zu der Frage: Wer profitiert? Wie soll es weitergehen? Wo sehen wir die Spielräume? Natürlich sagt das Grundgesetz: Dieser Ausgleich muss sein. Aber, meine Damen und Herren, 2011 wurden 27 Milliarden Euro umverteilt. Könnten wir uns vorstellen, dass vielleicht etwas weniger, dass auch eine Umverteilung von 25 oder 22 oder gar 20 Milliarden Euro noch ein guter Bund-Länder-Finanzausgleich in Deutschland wäre? Schauen wir doch einmal in Europa herum, wo werden da 20, 22 oder 25 Milliarden Euro umverteilt? Das ist der Spielraum, den wir sehen und den wir ansprechen. Es ist aber auch unsere Verpflichtung, dafür zu kämpfen, hier eine Besserung zu erreichen. An der Stelle, Herr Finanzminister, herzlichen Dank, dass Sie dieses Thema engagiert aufgreifen und anpacken. Das finden wir großartig.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn es zwölf Nehmerländer und nur noch vier Geberländer gibt und ein Land davon ohnehin nur einen geringen Betrag einzahlt, dass es fast nicht mitzählt, dann ist das Ganze in eine Schieflage gekommen. Das kann jeder nachvollziehen. Wir wollen eine faire Lastenverteilung und mehr Anreize. Wir wollen die Chance, dass derjenige, der sich engagiert, auch etwas bekommt.

Ich sehe, wenn die Uhr richtig geht, dass die Zeit knapp wird. Deswegen komme ich zum Schluss: Wir sichern die gründliche Beratung des Nachtragshaushalts zu. Er ist ja zum Nachjustieren da. Der Haushalt ist schon ein bisschen älter. Er wurde im Herbst 2010 entworfen. Deswegen gibt es einen Bedarf nachzuarbeiten. Schwerpunktsetzung aus Parlamentssicht - das ist unser Anliegen. Wir selbst haben uns große Ziele und Maßstäbe vorgenommen. Wir tilgen und investieren. Das gilt für den Haushalt 2012.

Herr Finanzminister, Sie haben das heute mit dem Tilgen festgemacht, und unser Anliegen liegt beim Investieren. Beides zusammen wird gelingen. Wir setzen auf die wirtschaftliche Stärke Bayerns. Wir setzen auf einen gerechteren, ausgewogeneren und leistungsfördernden Bund-Länder-Finanzausgleich sowie auf Haushaltsdisziplin. Darum sagen wir nicht immer Ja. Wir werden unseren Verpflichtungen nachkommen und Zukunftsaufgaben umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Herr Winter, kommen Sie bitte zurück. Kollege Hallitzky hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Winter, Sie werden mir sicherlich in zwei Punkten zustimmen, die wir Herrn Söder dringend in den Stammbaum, Pardon, ins Stammbuch schreiben müssen.

Erstens. Ein belastbares Konzept für eine Schuldentilgung über 20 Jahre hinweg kann es nicht geben, weil weder die staatlichen Ausgaben noch die staatlichen Einnahmen - die erst recht nicht - angesichts der Volatilität der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte in Europa und der Welt über einen solch langen Zeitraum vorhergesehen werden können. Sie wissen, dass es bei dem Dahergerede von "Keine Schulden mehr in 20 Jahren" nicht wirklich um 2030 geht. Vielmehr geht es um einen letzten, verzweifelten Versuch, mit ungedeckten Wetten auf die ferne Zukunft eine Wahl zu bestehen. Herr Winter, was Herr Söder macht, sind ungedeckte Leerverkäufe. Das hat er von der BayernLB übernommen. Aber verkauft hat er damit auch jede finanzpolitische Ernsthaftigkeit, die Georg Fahrenschon noch besaß. Damit werden auch die Bürgerinnen und Bürger Bayerns verkauft. Das ist der erste Gedanke, den Sie Herrn Söder bitte einmal auflegen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das ist Unsinn! Frecher Unsinn!)

Zweitens. Der Länderfinanzausgleich ist verfassungsfest. Das ist klar, weil er nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts gemeinsam ausgehandelt wurde. Er ist von Bayern selbst verhandelt, unterschrieben und selbstverständlich auch selbst gelobt worden. Aber jetzt tönen Sie, Sie wollten eine Klage gegen den Finanzausgleich anstrengen.

Schließen Sie sich doch bitte dem ernsthaften Vorbild der grün-roten Koalition in Baden-Württemberg an! Die möchte Verhandlungen. Die sagt, eine Klage sei ohnehin ohne Erfolgsaussichten, und will eine Föderalismuskommission III. Sie möchte eine Neukonstruktion des Finanzausgleichs, damit die Anreize für Geber- und Nehmerländer erhöht werden. Vom grün-roten Baden-Württemberg kommen Konzepte. Von Ihnen hingegen kommt nur heiße Luft.

Damit bin ich beim letzten Satz: Wenn sich einmal jemand hinsetzen und die ganzen Versprechungen des Finanzministers von Steuersenkungen und Schuldenabbau durchrechnen würde - Herr Winter, Sie werden mir sicherlich recht geben -, der käme nur zu einem Ergebnis: Gäbe es eine Luftblasensteuer für das Verblasen heißer Luft, dann müsste der bayerische Finanzminister noch heute Privatinsolvenz anmelden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das war echt ein sachgerechter Beitrag!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, Sie dürfen, wenn Sie wollen.

Georg Winter (CSU): Herzlichen Dank. - Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Da der Kollege Hallitzky das Stichwort "grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg" geliefert hat, muss ich sagen: Man kann nur dazulernen. Man schließt einen Koalitionsvertrag mit einer völlig unterschiedlichen Zielrichtung und sagt dann: Okay, jetzt lassen wir die Bürger entscheiden, und dann müssen wir das übernehmen, was herauskommt. - Denn immerhin hat man falsche Erwartungen geweckt.

(Zuruf)

- Das ist sehr wichtig. Man muss sich schon am Beispiel orientieren, wenn man Prognosen abgeben soll. Er will von mir eine Prognose und eine Aussage.

(Beifall bei der CSU)

Wie soll man denn das Angebot von Baden-Württemberg zum Länderfinanzausgleich werten, wenn sich die Koalitionsfraktionen dort beim Thema Stuttgart 21 nur darauf verständigen konnten, die Bürger entscheiden zu lassen, und jetzt setzen die Grünen die Sache um, die sie im Grunde genommen verhindern wollten?

Zum Länderfinanzausgleich habe ich vorhin Stellung genommen. Hätten Sie einmal zugehört; aber vielleicht war die Frage schon vornotiert. Es werden 27 Milliarden Euro umverteilt. Ich habe gesagt, dass auch bei 25 oder 22 Milliarden Euro noch Solidarität und ein kraftvoller Ausgleich möglich wären; das ist das eine.

Das Zweite kennen Sie auch - wir sehen das am Beispiel Schlüsselzuweisungen -: Die Landeshauptstadt München bekommt 2011 eine Schlüsselzuweisung, obwohl sie Steuereinnahmen ohne Ende hat. Was heißt das? Diese Systeme werden jeweils auf dem Stand entwickelt, der aktuell ist. Aber dann verändern sich die Situationen in den Ländern, und wir stellen fest: Sie passen nicht mehr, obwohl sie so unheimlich feinsinnig gemacht worden sind, dass sie für die Mehrheit von uns undurchschaubar sind. Wir müssen feststellen, dass diese unterschiedlichen Systeme ihre Schwächen und Tücken, trotz ihrer Kompliziertheit haben. Das ist der Punkt. Deswegen ist die größte Beständigkeit in unserem Leben die Veränderung.

Zum Schluss darf ich noch sagen: Ich danke dem Finanzminister für die engagierte Arbeit. Mir macht es Spaß, mit ihm zusammenzuarbeiten. Auch er wird sich an allem, was er sagt und tut, messen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir nach der zusammenfassenden Stellungnahme von Herrn Staatsminister Söder eine halbe Stunde Mittagspause machen.

(Erwin Huber (CSU): Mindestens!)

Wir schauen dann, wie viel Uhr es ist, und machen ab dann 30 Minuten Mittagspause.

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön. - Danach ist die Mittagspause.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die letzten drei Stunden wirklich zugehört

(Zuruf von den GRÜNEN: Mehr oder weniger!)

und habe versucht aufzuschreiben, wo die konkreten Vorschläge der Opposition sind, die Schuldenproblematik abzubauen und zu lösen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nichts ist an der Stelle gekommen, meine Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Es war auch nichts anderes zu erwarten, oder?)

Die Oma von Georg Winter hat recht. Da machen wir einmal etwas - man kann auf den Facebook-Seiten sehen, welche positive Resonanz es dazu gibt -, was vernünftig ist und die Menschen und Ökonomen im Land begeistert. Und was machen Sie? Entschuldigung, dass ich das sage: Sie sind immer gleich beleidigt und nörgeln und kritisieren die ganze Zeit herum. Helfen Sie im Land doch einmal mit! Wer beleidigt ist, wird nicht gewählt. Ich habe mir alles angehört.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt zu Herrn Halbleib: Er hat vorhin gesagt - das war eine bemerkenswerte Aussage; ich habe sie verinnerlicht -: Schröder und Eichel haben die Grundlagen für bestes Wirtschaftswachstum, für solide Finanzen und für eine quasi ethische Wirtschaftspolitik in Deutschland geschaffen. Ich habe immer respektiert, was aus der Agenda 2010 gefolgt ist. Was Sie verschwiegen haben: In Deutschland hat es vor Schröder/Eichel eine intensive wirtschaftliche Mittelstandskultur gegeben. Aber Hans Eichel und die Regierung damals haben einen neuen Weg beschritten, an dem wir heute ein Stück leiden. Mit den ganzen Steuerbefreiungen für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften haben sie Hedgefonds und anderen erst ermöglicht, ihr Unwesen zu treiben. Diese Verantwortung liegt auch auf Ihren Schultern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Kokolores!)

- Es ist wirklich so.

Zweitens. Ich finde es fast schon putzig, dass Sie jetzt das Hohe Lied auf Edmund Stoiber singen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich muss ihn doch gegen Sie verteidigen!)

Die ganze Zeit lesen wir nur, dass es eine ganz schlimme Sache gewesen ist, dass der Freistaat Bayern in den letzten Jahren eine Privatisierungspolitik, die gerade Edmund Stoibers Handschrift trägt, betrieben hat und dass das alles zum Schaden gewesen sei, dass es doch das Beste wäre, wenn der Staat alles behält.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Bayern in allen Rankings in Wissenschaft, Forschung und Bildung an erster Stelle liegt, beruht darauf, dass wir strategisch investieren konnten, weil wir Beteiligungen verkauft und damit für das Land etwas erreicht haben. Das sollten Sie auch einmal loben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben mich kritisiert dafür - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Dürfen wir doch!)

- Das dürfen Sie. Was anderes wäre zwar schön, aber unwahrscheinlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das werden Sie auch nicht erwartet haben! - Tobias Thalhammer (FDP): Wäre auch nicht angebracht!)

- Tobi, da hättest du dir auch ein Beispiel nehmen können.

(Heiterkeit)

Sie haben mich also kritisiert, schwer hinterfragt, haben wortgewaltig diskutiert, dass das mit der Tilgung alles nicht funktioniere und eine Luftnummer sei. Ich habe Verständnis dafür, wenn man nicht tilgen will. Aber eines geht nicht: Man kann nicht sagen, wenn der Söder tilgt, ist es Populismus, aber wenn der Ude tilgt, ist es Heldentum. Das geht nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Entweder sind wir aus Ihrer Sicht beide Helden oder beide Populisten. Wenn das Letztere der Fall wäre, könnte ich eher damit leben als Sie, wenn Sie Ihren eigenen Spitzenkandidaten als Populisten beschreiben. Das wäre schwierig.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Ich habe nur zugehört. Sie haben ein Interview von mir in der "Welt am Sonntag" zitiert. Sie haben darauf hingewiesen, ich hätte gesagt - ich habe den Text zufällig da -, die Versorgungsrücklage, die der eindeutig größere Teil ist, wird laufend bedient. Das war der Text. Sie haben gesagt, das stimme nicht. Das, lieber Herr Halbleib, ist falsch. Die Versorgungsrücklage wurde in den letzten Jahren immer bedient, und zwar im Jahr 2010 mit 137 Millionen Euro, im Jahr 2011 mit 68,5 Millionen Euro und in 2012 mit 71,7 Millionen Euro. Was nicht bedient wurde durch Beschluss des Haushaltsgesetzgebers, war der Versorgungsfonds. Allein daran, dass Sie als wirklich bemühter

und engagierter Kollege im Haus - ich meine das ernst - nicht den Unterschied zwischen Rücklage und Fonds genau kennen, stimmt mich zuversichtlich, dass wir uns gemeinsam etwas überlegen, um das zu ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn er es nicht weiß, dann weiß es die Bevölkerung auch nicht.

Nun zur Landesbank. Kollege Hallitzky hat zum Schluss wirklich einen epochalen Beitrag eingebracht. Zu dem Argument, das auch von anderen erwähnt wurde, nach dem Motto, diese Regierung ist schuld daran, dass weltweit Finanzmärkte zusammengebrochen sind, muss ich sagen, dass ich Verständnis für Diskussionen habe. In einem konkreten Fall gibt es eine Fülle von Klagen, mit denen juristisch aufgearbeitet wird, inwieweit der Freistaat und die Landesbank offenkundig betrogen wurden. Das wird diskutiert.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Aber zu sagen, der Freistaat Bayern und die Staatsregierung, am besten noch die Mehrheit des Parlaments seien dafür verantwortlich, dass weltweit Finanzmärkte zusammenbrechen, ist wirklich einfach unseriös. Seien Sie an der Stelle einmal ehrlich.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Das hat kein Mensch gesagt!)

- Doch, doch. Ständig nur über das Jahr 2008 zu philosophieren - - Ich brauche Lösungen für das Jahr 2012 folgende. Jeder Vorschlag, der da kommt, ist uns recht, meine Damen und Herren. Wirklich jeder.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte, das seriös zu machen. Denn eines wird nicht gehen: Man kann nicht sagen, bringt möglichst schnell viel Geld für den Staatshaushalt, aber das, was ihr verkaufen wollt, müsst ihr quasi umsonst abgeben. Es geht nicht, zu sagen, die Bank muss kleiner werden, aber gleichzeitig muss sich das Personal fast verdoppeln. Das haben Sie

zwar heute in der Debatte nicht so gesagt, aber andere sagen es. Wenn, dann müssen wir das ökonomisch seriös machen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Sie sollten erst zuhören, bevor Sie reden!)

- Ich brülle auch nicht dazwischen, weil ich mir wirklich Mühe gebe, jeden Satz, den Sie gesagt haben - - Ich habe zugehört. Herr Kollege Hallitzky sprach davon, mir etwas in den "Stammbaum" zu schreiben. Ich habe nicht so einen Stammbaum wie andere, aber das ist ein anderes Thema.

(Heiterkeit)

Kommen wir weiter zu den FREIEN WÄHLERN.

Herr Pointner, Ihr Beitrag war im Grunde sehr höflich. Vielen Dank. Eines möchte ich Ihnen aber noch sagen, das ist wichtig. Beim Thema Flughafen sind Sie aus alter Erfahrung in der Sache drin. Die FREIEN WÄHLER - ich glaube, auch Herr Aiwanger - haben in Nürnberg einen grandiosen Vorschlag zur Flughafenstrategie gemacht. Den Vorschlag, den die GRÜNEN gestern gemacht haben, kann man ja noch irgendwie kritisch bewerten. Die FREIEN WÄHLER haben aber in Nürnberg zur Lösung der Problematik folgenden Vorschlag gemacht: Der Flughafen liegt im Nürnberger Norden. Da reißen wir ihn ab und bauen ihn im Nürnberger Süden. Ich muss wirklich sagen, das war ein ökonomisch weitreichender Vorschlag.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): So ein Käse! Wir sind die Landtagsfraktion! Das war ein irregeleiteter Stadtvorsitzender, der das gesagt hat. Es wurde eine Pressekonferenz in Nürnberg abgehalten! Also, zuhören können Sie wirklich nicht!)

- Ja, ja, gehen wir weiter. Ich kann wirklich nichts dafür, was Sie sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In der Zeitung stand es so. Aber Sie würden schon gerne den Flughafen abbauen und woanders hinbauen, oder?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Minister! Weiter geht's.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich weiß, der Herr Präsident möchte in die Pause.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich habe eine gewisse Fürsorgepflicht, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Das habe ich über all die Jahrzehnte bei Ihnen auch so gesehen.

Jetzt noch zum Thema von Frau Stamm junior. Wissen Sie, es ist sehr faszinierend. Ich glaube, wenn wir eine Umfrage in der Bevölkerung machen würden, wen die bayerischen Bürgerinnen und Bürger als wirkliche Dagegen-Partei ansehen, dann würde die CSU in dieser Umfrage das schlechteste Ergebnis generell bekommen. Sie sind doch die Einzigen, die hier im Parlament und bei jeder Infrastrukturmaßnahme, die es national gibt, dagegen sind. In Berlin haben Sie deswegen keine Regierung bilden können. In Stuttgart gibt es deswegen Probleme mit dem Koalitionspartner. Und hier in München gibt eine rot-grüne Stadtregierung vor, sie wäre die beste Regierung nach 2013 mit noch einem anderen Partner, kann sich aber bei der ganz zentralen Infrastrukturmaßnahme der nächsten Jahrzehnte nicht einigen und macht quasi wechselseitige Ratsbegehren. Da kann ich nur sagen: Wenn jemand dagegen ist, dann sind es die GRÜNEN in Bayern, meine Damen und Herren, und das sehr nachhaltig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun zu der Frage, wie man Angst vor der Zukunft schürt oder abbaut. Das haben Sie, Frau Stamm, angesprochen. Das ist schon wichtig. Sie haben gesagt, es gebe in Europa verschiedene Verpflichtungen und die Menschen seien besorgt, wie es weitergeht.

Ich möchte Ihnen sagen, worüber ich mir Sorgen mache, nämlich wie es hätte weitergehen können. Wir haben in den letzten Tagen über Fiskalpakte diskutiert. Wir, die bürgerliche Regierung, hatten immer die klare Auffassung: Staatsschuldenkrise in Europa findet so statt, dass die anderen die Schulden abbauen müssen. Wir wollen nicht das Konzept, Schulden zu teilen. Aber noch am letzten Donnerstag - meine Damen und Herren, das muss in der Öffentlichkeit einmal diskutiert werden - hat der Finanzausschuss des Bundesrates auf Antrag der A-Länder, also der von Grün-Rot oder Grün mit anderen Farbkonstellationen regierte Länder, folgenden Antrag gestellt, ganz massiv zu sagen: Die Schuldenkrise in Europa sei nur damit zu lösen, dass wir Eurobonds einführen. Hier im Bayerischen Landtag ständig zu sagen, wir sollen etwas gegen die Schulden machen, aber gleichzeitig in Europa zu versprechen, die Schulden anderer zu übernehmen, ist nicht redlich. Wir lehnen ein solches Vorgehen ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Länderfinanzausgleich: Sie haben völlig recht. Der letzte Länderfinanzausgleich wurde am Ende nach einer Klage gemeinschaftlich entschieden. Es ist tatsächlich schon ein Erfolg, weil die Schätzungen so sind, dass wir bis zu 300 oder 400 Millionen Euro weniger zahlen müssen, als wir nach dem alten zahlen müssten. Wissen Sie, worin der Hauptunterschied liegt? Die Disparität der ökonomischen Entwicklung macht die Zahlen so knallhart.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist richtig!)

Es ist so: Der Freistaat Bayern ist aufgrund seiner starken Wirtschaftspolitik mit allen Partnern hier im Land - dazu gehört nicht nur die Staatsregierung - aufgrund kluger Innovationen in Unternehmen, aufgrund der jungen Menschen, die sich selbstständig machen, und aufgrund der vielen fleißigen helfenden Hände in unserem Land wirtschaftlich so stark. Sie wollen aber wohl nicht sagen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen und Berlin weniger fleißig wären. Die Grundveranlagung zum Fleiß und zum wirtschaftlichen Erfolg ist überall gleich. Also muss der Erfolg auch etwas mit der Poli-

tik zu tun haben. Wir werden zwar immer erfolgreicher, aber alles, was wir mit unserem Erfolg erzielen, geht von uns weg und an die, die sich gar nicht darum bemühen, aus ihrer Situation herauszukommen, so zum Beispiel das Bundesland Berlin. Die einzige Aussage, die von dort kommt, lautet aber: Nervt uns einmal nicht, wir wollen euer Geld haben, was sonst passiert, ist uns aber wurscht. Das ist kein Weg, den man als bayerischer Minister ernsthaft vertreten kann. Es tut mir leid.

(Beifall bei der CSU)

Für die Gespräche haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Wir wollen über mehr Anreize und mehr Eigenverantwortung reden. Wir wollen eine Belastungsgrenze für die Zahlerländer einführen. Wir wollen über den anteiligen Bezug der Gemeindesteuerkraft neu diskutieren. Wir werden nämlich doppelt bestraft, weil es aufgrund sogenannter Bundesergänzungszuweisungen über den Länderfinanzausgleich hinaus eine zusätzliche Finanzierung strukturschwacher Länder gibt. Wir haben eine Fülle von Vorschlägen gemacht, und über diese Vorschläge wollen wir diskutieren. Wenn diese Vorschläge nach dem Motto "Das stört uns jetzt, das nervt uns jetzt, was wollt ihr überhaupt?" abgelehnt werden, bleibt uns gar nichts anderes übrig. 2019 läuft der Vertrag aus. Dann wird neu darüber verhandelt. Es wird dann zwar einen Länderfinanzausgleich geben, aber nie wieder in dieser Höhe. Sollte die Schuldenbremse greifen - wir hoffen es zumindest -, wird sie zu veränderten Konsolidierungen und Einnahmesituationen führen, sodass wir 2020 unabhängig vom Länderfinanzausgleich deutliche Rückgänge haben werden. Wir wollen uns aber nicht damit abfinden, darauf zu warten. Deshalb liegt eine Reduzierung des Finanzausgleichs im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung Bayerns. Sie können darüber jederzeit in Bayern eine Volksabstimmung machen und fragen, was die Bürgerinnen und Bürger in Bayern wollen. Wollen sie weiter diese Form der Solidarität, oder wollen sie mehr finanzielle Gerechtigkeit? Wir setzen auf finanzielle Gerechtigkeit in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben Sie aufgefordert, etwas zu tun!)

Ich bedanke mich für viele Beiträge. Eines wollte ich aber noch sagen; denn es ist wichtig. Es ist wirklich eine grundsätzlich konzeptionelle Frage. Sie haben gesagt, wir würden zu wenig Schulden abbauen, wir würden den Schuldenabbau nicht ernst nehmen. Aus den Wortbeiträgen der Opposition habe ich nur Vorschläge gehört, wie man mehr, mehr und noch mehr ausgeben kann. Mehr Stellen da, mehr Stellen dort, höhere Förderungen hier und höhere Förderungen da. Ein oder zwei Vorschläge gab es, wo man etwas streichen könnte. Wir müssen uns in diesem Land überlegen, wohin der richtige Weg führt. Ich habe volles Verständnis dafür, dass man sagt - -

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Wenn Sie Ihre Zwischenrufe besser koordinieren würden, wären sie wirkungsvoller!

(Harald Güller (SPD): Danke für den Hinweis!)

Wenn alle brüllen, hilft es nichts.

(Harald Güller (SPD): Kommen Sie wieder zur Sache, Herr Minister! Mangelnder Sachverstand wird nicht durch Arroganz kompensiert!)

Es steht mir nicht zu, Ihnen Vorschläge zu machen, aber es wäre für Sie besser.

Eines können Sie nicht: Sie können nicht sagen, Sie wollten konsolidieren; denn mit Ihrer Form der Konsolidierung nehmen Sie nicht etwa die Ausgabenpolitik ins Visier, sondern Ihre Konsolidierungsstrategie läuft alleine auf die Einnahmenseite hinaus. Das ist für die Menschen der Unterschied in Deutschland und in Bayern. Wir nehmen die Ausgaben ins Visier. Sie beschließen auf Ihren Parteitagen ein ums andere Mal Steuererhöhungen. Darüber muss diskutiert werden. Wollen wir in Deutschland am Ende Steuererhöhungen in Höhe von 30 Milliarden haben? Wenn wir das wollen, ist die linke Seite die richtige. Wenn wir aber wollen, dass das Geld vernünftig eingesetzt wird, dann ist die rechte Seite die entscheidende. Darüber sollten wir in Deutschland abstimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Ihre finanzpolitische Kompetenz haben Sie bei der Landesbank hinreichend bewiesen!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Um das Wort für eine persönliche Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung hat Herr Kollege Halbleib gebeten.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt mir viel auf der Zunge, was ich nach diesem wirklich eigenartigen Abschlussbeitrag des Ministers sagen könnte. Nach der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags steht mir dies aber nicht zu. Es steht mir aber zu, mich vor dem Hohen Haus und vor der Öffentlichkeit gegen den Vorwurf des Staatsministers, ich hätte falsche Tatsachen in den Raum gestellt, zu verwahren. Dagegen verwahre ich mich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, Sie haben die Aussage, eine Zuführung zum Versorgungsausgleich sei unterblieben, als falsch bezeichnet. Dem ist nicht so. Ich kann Ihnen den aus Ihrem eigenen Hause stammenden Finanzplan vorhalten. Ich sage anschließend auch, was für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 gilt. In Ihrem eigenen Finanzplan tragen Sie auf Seite 82 vor - Zitat: Die Zuführungen des staatlichen Anteils aus der Absenkung des Versorgungsniveaus an die Versorgungsrücklage bleiben wie 2011 und 2012 vorläufig weiterhin ausgesetzt.

Das steht schwarz auf weiß in Ihrem eigenen Finanzplan, im Bericht aus Ihrem Hause auf Seite 82. Sie sagen, ich hätte hier wissentlich oder unwissentlich eine falsche Aussage in den Raum gestellt. Sie sind es, der falsche Aussagen in den Raum stellt und sie hier im Landtag auch noch wiederholt.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Sie sollten einmal das Protokoll nachlesen! Lesen Sie, was im Protokoll steht!)

- Langsam!

Die Zuführung zur Versorgungsrücklage soll um den staatlichen Anteil aus der Absenkung des Versorgungsniveaus gekürzt werden.

Das Gleiche betrifft eine Auskunft aus dem Finanzministerium aus dem Jahr 2011.

(Karl Freller (CSU): Das ist ein Wortbeitrag! - Ernst Weidenbusch (CSU): Zur Sache bitte! - Harald Güller (SPD): Jetzt ist sogar der Kollege Weidenbusch aufgewacht!)

- Ich bin dabei, eine persönliche Erklärung abzugeben. Dass Sie das irritiert, wundert mich sehr. Das ist mein gutes Recht, und das bitte ich auch zu respektieren.

(Beifall bei der SPD)

Aus dem Finanzministerium kam am 25. Januar auf eine Anfrage der Kollegen Schuster und Güll die gleiche Antwort. Ich kann Ihnen die Beträge nennen, die nicht der Versorgungsrücklage zugeführt wurden. Das Finanzministerium hat uns mitgeteilt, dass 2011 62 Millionen nicht zugeführt worden seien und 2012 77 Millionen nicht zugeführt werden. Insofern fällt das, was der Finanzminister mir gegenüber gesagt hat, in sich zusammen. Ich verwahre mich in aller Deutlichkeit dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Selbstverständlich ist es möglich, im Rahmen einer persönlichen Erklärung etwas richtig zu stellen, wenn man wegen einer aus seiner Sicht falschen Darstellung oder falschen Aussage angegriffen wurde.

(Alexander König (CSU): Die Betonung liegt auf "aus seiner Sicht"! - Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sie wollen das nur nicht hören!)

Sie dürfen sich jederzeit - das regelt auch § 112 der Geschäftsordnung - Ihrerseits zu Wort melden. - Das ist nicht der Fall. Niemandem ist danach.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Hat jemand noch etwas zu sagen?)

Dann darf ich feststellen, dass gemäß § 148 der Geschäftsordnung die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss überwiesen werden.

Wir unterbrechen die Sitzung für eine Pause bis 14.30 Uhr. Dann geht es mit dem Tagesordnungspunkt 3, Dringlichkeitsanträge, weiter.

(Unterbrechung von 13.58 bis 14.35 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt 14.35 Uhr.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drs. 16/10799

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

„§ 1 Nr. 5 wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender neuer Buchst. b eingefügt:

„b) Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Die auf die Landkreise entfallende Finanzmasse wird auf die Landkreise im Verhältnis der Summe der Investitionspauschalen ihrer kreisangehörigen Gemeinden nach Abs. 1 Satz 2 aufgeteilt.“

2. der bisherige Buchst. b wird Buchst. c.

3. Der bisherige Buchst. c wird Buchst. d und wie folgt geändert:
Dem anzufügenden Abs. 4 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Die Mittel für den Demografiezuschlag der kreisfreien Gemeinden, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise werden jeweils den auf diese entfallenden Finanzmassen nach Abs. 1 Satz 2 vorweg entnommen.“

Berichterstatlerin:
Mitberichterstatler:

Erika Görnitz
Mannfred Pointner

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 159. Sitzung am 8. März 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 63. Sitzung am 14. März 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 72. Sitzung am 15. März 2012 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/10799, 16/11875

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)

§ 1

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2010 (GVBl S. 258, BayRS 605–1–F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 14. April 2011 (GVBl S. 181), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „12,2“ durch die Zahl „12,5“ ersetzt.
2. In Art. 1b Satz 1 werden nach dem Wort „Umsatzsteuer“ die Worte „und als Ausgleich für die durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 bewirkten Steuermindereinnahmen 26,08 v.H. des nach Art. 13 des Steuervereinfachungsgesetzes 2011 vom 1. November 2011 (BGBl I S. 2131) erhöhten Landesanteils an der Umsatzsteuer“ eingefügt.
3. In Art. 3 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.
4. Art. 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Im einleitenden Satzteil des Abs. 2 werden die Worte „hierbei wird als Einwohnerzahl die Summe der nach Art. 3 Abs. 1 und 2 maßgeblichen Einwohnerzahlen, jedoch ohne Zurechnungen, der Gemeinden im Landkreis angesetzt und wird die Summe der nach Art. 3 Abs. 1 und 2 maßgeblichen Teile der Zahlen der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger der Gemeinden im Landkreis zugerechnet“ durch die Worte „hierbei werden drei Viertel der Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger im Landkreis der Einwohnerzahl des Landkreises zugerechnet“ ersetzt.

- b) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) Art. 3 Abs. 2 gilt entsprechend.“
 - c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4; die Worte „und 50 v.H. des Kommunalanteils an der Grunderwerbsteuer nach Art. 8, der dem Landkreis im vorvorhergehenden Jahr zugeflossen ist“ werden gestrichen.
 - d) Die bisherigen Abs. 4 und 5 werden Abs. 5 und 6.
5. Art. 12 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird folgender neuer Satz 4 eingefügt:

„⁴Bei einem zu erwartenden erheblichen Bevölkerungsrückgang erhalten Gemeinden und Landkreise einen Zuschlag nach Abs. 4 auf die Investitionspauschale (Demografiezuschlag).“
 - bb) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.
 - b) Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Die auf die Landkreise entfallende Finanzmasse wird auf die Landkreise im Verhältnis der Summe der Investitionspauschalen ihrer kreisangehörigen Gemeinden nach Abs. 1 Satz 2 aufgeteilt.“
 - c) In Abs. 3 Satz 1 wird der Betrag „26 000 €“ durch den Betrag „68 000 €“ ersetzt.
 - d) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Einen Demografiezuschlag erhalten Gemeinden und Landkreise, deren nach der Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung zu erwartende Einwohnerzahl am 31. Dezember des zehnten auf den maßgebenden Stichtag folgenden Jahres die Einwohnerzahl um mindestens 5 v.H. unterschreitet. ²Der Demografiezuschlag ergibt sich aus der Investitionspauschale nach Abs. 2 und 3, vervielfacht mit dem positiven Prozentwert des voraussichtlichen Bevölkerungsrückgangs der Gemeinde bzw. des Landkreises nach Satz 1. ³Die Mittel für den Demografiezuschlag der kreisfreien Gemeinden, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise werden jeweils den auf diese entfallenden Finanzmassen nach Abs. 1 Satz 2 vorweg entnommen.“
6. Art. 13e wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird der Betrag „121 250 000 €“ durch den Betrag „101 250 000 €“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird der Betrag „25 000 000 €“ durch den Betrag „20 000 000 €“ ersetzt.

7. In Art. 13f Satz 1 wird der Betrag „17 900 000 €“ durch den Betrag „27 900 000 €“ ersetzt.
8. In Art. 13h wird der Betrag „256 000 000 €“ durch den Betrag „266 000 000 €“ ersetzt.
9. In Art. 24 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 wird das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

§ 2

Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBl S. 418, BayRS 605–10–F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 14. April 2011 (GVBl S. 181), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 2 werden jeweils das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ und das Wort „Fünftel“ durch das Wort „Zehntel“ ersetzt.
2. § 12 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Abs. 1 eingefügt:

„(1) ¹Für die kreisangehörigen Gemeinden werden die zu erwartenden Einwohnerzahlen dem ‚Demographie-Spiegel für Bayern‘ des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung entnommen. ²Für die Landkreise und kreisfreien Gemeinden werden die zu erwartenden Einwohnerzahlen der ‚Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern‘ des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung entnommen. ³Maßgebend sind jeweils die zum Zeitpunkt der Berechnung der Investitionspauschalen letzt verfügbaren Prognosen.“
 - b) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 2.
3. § 19 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 5 werden die Worte „Kreditmarktschulden im Kernhaushalt“ durch die Worte „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite“ ersetzt.
 - b) In Nr. 6 wird das Wort „Kreditmarktschulden“ durch die Worte „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite“ ersetzt.

§ 3

Inkrafttreten, Ermächtigung zur Neubekanntmachung

- (1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2012 in Kraft.
- (2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz neu bekannt zu machen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Die Präsidentin

I. V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Georg Winter

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Mannfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Karsten Klein

Abg. Markus Reichhart

Abg. Christine Kamm

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Hubert Aiwanger

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 1 und 2 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)

(Drs. 16/10799)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012) (Drs. 16/10800)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/11263 mit 16/11316 und 16/11318, 16/11456 mit 16/11493 und 16/11585 mit 16/11606),

von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/11215 mit 16/11240, 16/11440 mit 16/11455, 16/11545 mit 16/11566, 16/11730 und 16/11731)

sowie von Abgeordneten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/11241 mit 16/11262, 16/11494 mit 16/11508, 16/11567 und 16/11569 mit 16/11584)

und

Nicht vorberatene Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan 2012 der Fraktionen der CSU und der FDP (Drs. 16/11997), der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/11998) und

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/11999)

und

Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsgesetz 2012

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

hier: zusätzliche Stellen im Nachtragshaushalt 2012 (Drs. 16/11616),

hier: Nettotilgung (Drs. 16/11617),

hier: Rücknahme der Verlängerung der Wiederbesetzungssperre (Drs. 16/11618),

hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6 b HG (Drs. 16/11619),

hier: Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich (Drs. 16/11620),

hier: Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/11621),

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster u. a. (SPD) (Drs. 16/11622)

sowie der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 16/11623)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart.

Erster Redner ist Herr Staatsminister Dr. Söder. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise ist die Zweite Lesung zum Nachtragshaushalt eher ein formaler Akt. Aber wir erleben heute einen Meilenstein der bayerischen Finanzpolitik. Es ist wichtig, dies noch einmal herauszustellen. Der Nachtragshaushalt, der heute hier beraten und verabschiedet wer-

den kann, ist ein Dokument der Seriosität, der Stärke, aber auch der moralischen Verantwortung für die kommenden Generationen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Während überall in Europa die Sorge vor den Finanzmärkten herrscht, während man sich überall in Europa darum bemüht, die Schuldenflut einzudämmen; während man sich überall in Europa und auch in einigen Ländern Deutschlands darum bemüht, nicht mehr Schulden zu machen, gehen wir schon einen Schritt weiter. Die Kernbotschaft unserer Haushaltspolitik lautet: Die eine Milliarde Euro, die wir heute tilgen, ist nicht nur der Einstieg in das schuldenfreie Bayern; sie ist auch ein einmaliger Beitrag in der Geschichte des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Schulden sind unmoralisch, insbesondere dann, wenn man den Gegenwartskonsum der nächsten Generation in Rechnung stellt. So ist es oft gemacht worden. Aber Schulden sind nicht nur unmoralisch, sondern auch eine ökonomische Belastung für die Gegenwart; denn die zu zahlenden Zinsen sind immer verlorenes Geld.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wissen wir seit der Landesbank!)

Viele Länder, insbesondere diejenigen, die von Ihrer Partei, Herr Halbleib, regiert werden, haben in den letzten Jahren ungebremst Schulden gemacht. Dieses Schuldenmachen hat dazu geführt, dass die betreffenden Staaten und Volkswirtschaften heute in einer Situation sind, dass sie sich das Notwendige des Allgemeinguts nicht mehr leisten können. Wir in Bayern haben die niedrigste Zinsquote von allen. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden. Wir wollen mehr: Wir wollen nicht nur keine Schulden mehr machen, sondern wir wollen auch Schulden tilgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen, ein Land, das von seiner Größe und wirtschaftlichen Kraft her durchaus mit Bayern vergleichbar ist, hat einen Schuldenrekord - 172,7 Milliarden Euro! - aufgestellt. Die Regierung dort wollte sogar vier Milliarden Euro neue Schulden machen. 2011 konnte sie nur durch das Landesverfassungsgericht gestoppt werden. Nordrhein-Westfalen hat eine viermal so hohe, Berlin sogar eine siebenmal so hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie Bayern. Eines kann man festhalten: Wenn es um kontinuierliche, glaubwürdige Haushaltspolitik geht, war und ist Bayern Vorbild für ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind nicht nur Vorbild, sondern entwickeln uns tatsächlich als Modellregion für Deutschland, aber auch für ganz Europa. Die eine Milliarde, die wir heute tilgen, entspricht fast fünf Prozent der allgemeinen Haushaltsschulden.

Das ist nur der erste Schritt. Es handelt sich nicht um eine einmalige, singuläre Aktion, sondern wir gehen weiter. Unser Ziel ist das schuldenfreie Bayern 2030. Dem ersten Schritt wird der zweite kräftige Schritt folgen. Wir werden im nächsten Doppelhaushalt erneut mindestens eine Milliarde zur Tilgung ansetzen, und dies - das ist ganz wichtig -, ohne andere Programme kürzen zu müssen oder zu sparen. Wir haben in der Vergangenheit so gut gewirtschaftet, dass wir das nicht nur leisten können, sondern auch leisten wollen. Das sind übrigens fast zehn Prozent der allgemeinen Haushaltsschulden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu erwähnen ist, dass sogar der Oberste Rechnungshof dies ausdrücklich anerkannt und uns heute dafür gelobt hat. An dieser Stelle ein Dankeschön zurück!

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist eine eigenwillige Interpretation!)

Übrigens: Wenn man die zwei Milliarden Euro jetzt ansetzen würde, bedeutete dies allein auf dem Weg bis 2030 über eine Milliarde Euro Zinsersparnis.

Seit 2006 gilt bei uns de facto eine Schuldenbremse, nämlich über den ausgeglichenen Haushalt. Damals war unser Vorhaben heftig umstritten. Ich erinnere mich an verschiedene Pressemitteilungen der Opposition, in denen behauptet wurde, der ausgeglichene Haushalt sei eine Luftnummer, ja Populismus. Zudem sei er schädlich, und er werde sogar das Bayernland belasten.

(Alexander König (CSU): So war's!)

Heute stehen wir nicht nur fiskalisch und haushaltspolitisch, sondern auch ökonomisch und gesellschaftspolitisch an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland. Der ausgeglichene Haushalt ist ein Markenzeichen für gute Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden die Schuldenbremse übrigens auch in der Verfassung verankern, obwohl wir sie de facto bereits haben. Ich hoffe, alle machen mit. Mich freut, dass auch auf dem Parteitag der SPD beschlossen wurde, eine Schuldenbremse einzuführen. Allerdings ist das Motiv offenkundig nicht die innere Überzeugung, dass Schuldenmachen falsch ist, sondern es ist mehr ein taktisches Motiv. Auch die "Süddeutsche Zeitung" vom 26. März schreibt, dies sei wohl aus taktischen Gründen beschlossen worden. Sonst sei die SPD am Ende wohl die einzige Partei, die sich gegen die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung ausspreche.

Also, meine Damen und Herren, offensichtlich geht es mehr um taktische als um inhaltliche Motive. Schließen Sie sich unserem Kurs an. Das ist der bessere Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): So ein Quatsch!)

2030 schuldenfrei! Wir werden auch hier normative Ansätze finden. Durch die Haushaltsgesetzgebung und Haushaltsordnung können wir klarmachen, dass uns das ernst ist, dass es nicht nur eine Gegenwartsbetrachtung ist. Wir starten klar: Wir sparen Zin-

sen ein. Wir werden jährlich konjunkturabhängige Beiträge aus dem Haushalt erbringen können.

Wir werden einen großen Anteil aus einem der ungerechtesten Finanzausgleichssysteme nicht nur Deutschlands, sondern sogar der Welt, nämlich dem Länderfinanzausgleich, einbringen wollen und müssen. Die verfassungsrechtliche Ungerechtigkeit ist geradezu offenkundig. Derzeit trägt der Freistaat Bayern alleine 3,7 Milliarden Euro, also mehr als die Hälfte der Lasten. Dieser Betrag sollte auf viele Schultern der Geberländer verteilt werden. Stattdessen trägt nur noch einer die Last; nicht viele Schwächere bekommen die Leistung, sondern nur noch einer, nämlich Berlin, sodass es im Moment so aussieht, dass der Freistaat Bayern quasi das Bundesland Berlin finanziert. Dies ist offenkundig ungerecht und aus unserer Sicht verfassungswidrig und muss geändert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

2030 schuldenfrei - wenn es einer schafft, dann Bayern, meine Damen und Herren. Darum wünschen wir uns, dass jeder auf diesem Weg nicht nur mäkelt oder nörgelt, sondern ganz konkrete Vorschläge macht.

Im Nachtragshaushalt geht es übrigens nicht nur um Tilgen, sondern es geht insgesamt um Vorsorge. Der Tilgungscharakter hat tief präventiven Vorsorgecharakter für die Zukunft. Durch Schuldentilgung und den Pensionsfonds, den wir jetzt auf den Weg bringen, schaffen wir ein sehr kräftiges Vorsorgepaket. Jährlich fließen 100 Millionen Euro in die beiden vereinten Fonds ein, in den bayerischen Pensionsfonds der Zukunft. Beide Seiten, unsere Staatsdiener und der Haushaltsgesetzgeber, tragen künftig dazu bei, Vorsorge zu treffen, sodass bereits ab 2023 die Zuführung zur Dämpfung bei den Pensionen erfolgen kann. Wir haben auch klar vereinbart, dass wir ab 2030 die 1 Milliarde Euro, die wir uns dann an Zinsen sparen - man muss sich das überlegen: 1 Milliarde Euro Zinsen, die jetzt im Grunde verlorenes Geld sind -, künftig auch zur Vorsorge bei den Beamten einsetzen. Darum kann man schon sagen: Es gibt

kaum ein Land, das so nachhaltig vorsorgt wie der Freistaat Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In dem Zusammenhang ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass Pensionen wie Gehälter keine verdeckten Schulden sind. Schulden sind das, wofür man Zinsen bezahlen muss. Pensionen sind keine Schulden, sondern Verpflichtungen für lebenslange Leistung. Unsere Beamten verrichten eine hervorragende Tätigkeit. Wir stehen zu ihnen. Sie haben einen Anspruch auf eine sichere Altersversorgung. Ich würde herzlich darum bitten, wenn wir über die Zukunft der Beamtenversorgung reden, dass es nicht immer so dargestellt wird, als wären uns die Beamten eine Last. Ganz im Gegenteil, wir stehen zu ihnen und sorgen für eine gerechte Alimentierung. Der Beamtenbund unterstützt uns auf dem Weg dort hin.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD), Volkmar Halbleib (SPD) und Ludwig Wörner (SPD))

- Herr Wörner, der Nachtragshaushalt ist Tilgung und Vorsorge, aber auch Investition und Teilhabe. Zur Investitionsquote werden die Kollegen Winter, Klein und andere, die aus ihren Fraktionen einen Beitrag dazu bringen, deutliche Ausführungen machen. Die Investitionsquote von über 12 % ist deswegen wichtig, weil sie das Testat für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und eine Investition in die Infrastruktur ist. Davon leben Handel, Handwerk und Industrie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben aber auch Teilhabe für die Kommunen. Es gilt schon herauszustellen, wie die derzeitige Lage ist. Mit über 7 Milliarden Euro haben wir den höchsten Finanzausgleich für die Kommunen in der bayerischen Geschichte. Dass alle kommunalen Spitzenverbände dafür am Ende ein Lob ausgesprochen haben, zeigt, dass das der richtige Weg ist. Wenn wir alle Leistungen des Nachtragshaushalts zusammenrechnen, nicht nur den Finanzausgleich, wird fast jeder vierte Euro des Nachtragshaushalts direkt oder indirekt den Kommunen zugutekommen. Eine bessere Unterstützung der

kommunalen Basis als dieser Nachtragshaushalt ist nicht denkbar, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man muss sehen, dass auch unsere Kommunen enorme Zuwächse an Steuergewinnen haben. Wir sind Spitzenreiter bei den Investitionen. Die bayerischen Kommunen hatten 2010 eine Investitionsquote von 23,4 %, die Kommunen der westlichen Flächenländer insgesamt übrigens nur 14,9 %. Die Pro-Kopf-Verschuldung der bayerischen Kommunen ist im Schnitt mit 1.049 Euro je Einwohner die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer West.

Meine Damen und Herren, klar, es gibt immer noch etwas zu verbessern. Wir wollen fortsetzen, was wir schon im Finanzausgleichsgesetz begonnen haben, nämlich strukturschwachen Kommunen besser zu helfen. Wir werden das schwierige Konstrukt des Finanzausgleichs überprüfen, um Justierungen vornehmen zu können, die am Ende den ganz schwachen Kommunen helfen. Die kommunalen Spitzenverbände haben unser Gesprächsangebot - übrigens auch mein Gesprächsangebot - sehr bewusst und positiv aufgenommen. Ich bin sicher, wenn alle, wirklich alle, bereit sind, einen Beitrag zu leisten, kommen wir zu einem guten Ergebnis. Wir wollen, dass die Leistungsfähigen stark bleiben und die Schwächsten eine Chance haben, teilhaben zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein vorletzter Punkt. Für die Zukunft und für die gesamte Haushaltspolitik ist es wichtig, dass Geld verdient wird. Deswegen ist es für die Stabilität eines Haushalts immer wichtig, auf die Wirtschaft zu achten. Es geht uns gut, die Konjunktur ist stabil. Die Frage ist, ob wir uns zutrauen, die Konjunktur zu gefährden. Welche Vorschläge belasten die Zukunft? Meine Damen und Herren, wir als Mehrheitsfraktion und als Staatsregierung wollen Schuldenbremse und Schuldentilgung. Die jüngsten Beschlüsse auf Parteitag gehen aber in eine andere Richtung. Ich habe gelesen, es gibt eine

Partei, die eine Steuersenkungsbremse fordert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Ja was ist denn das?)

Stellen Sie sich vor, es soll per Verfassung verboten werden - so Teile der Opposition -, den Bürgern Geld zurückzugeben. Einen stärkeren Enteignungseingriff habe ich noch nie erlebt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das kann nicht der Weg sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte die Parteien, die heute in der Opposition sind, ganz herzlich, mit ihren Kollegen in anderen Ländern zu reden. Sie müssen sich vorstellen: Derzeit stockt ein Verfahren im Bundesrat, die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des Grundfreibetrages und die steuermoralisch zutiefst gerechtfertigte Änderung bei der kalten Progression endlich anzugehen. Das Verfahren kommt nicht voran. Das Einfachste, was man überhaupt machen kann und das evident ist, wird derzeit blockiert. Leider sieht es so aus, als ob das noch weiterginge.

(Markus Rinderspacher (SPD): 20 Milliarden Nettoneuverschuldung im Bund! Die CSU ist dabei!)

Herr Rinderspacher, Sie haben auf Ihren Parteitage nicht nur beschlossen, dass Sie möglicherweise auch für eine Schuldenbremse sind, Sie haben auch ein klares Konzept dargestellt, wie das geschehen soll. Dieses Konzept, meine Damen und Herren, geht in die Richtung, nicht über Ausgaben zu reden, sondern Einnahmen zu generieren. Und diese Einnahmen sind für Sie in erster Linie Steuern. Meine Damen und Herren, wer Steuern erhöhen will, der schafft keine Schulden-, sondern eine Wachstumsbremse.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und das kann Bayern nicht gebrauchen: eine Steuerpolitik, die eine massive Erhöhung der Einkommensteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Rücknahme von steuerlichen Entlastungen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die Abschaffung jeder Steuererleichterung für Agrardiesel und anderer ökologischer Steuererleichterungen vorsieht, ein Programm, das im Endeffekt weit über 20 Milliarden Euro Belastungen für unsere Wirtschaft und die Bürger zur Folge hätte. Da kann ich nur sagen: Andere Länder beneiden uns um unsere Konjunktur.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Offenkundig geht es uns schon so gut, dass wir uns aufs Eis wagen wollen. Ich kann nur sagen, Achtung vor der Steuerschraube! Steuererhöhungen sind Gift für Arbeitsplätze und für die Konjunktur in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn es immer heißt, es gebe keine Unterschiede: Hier liegen sie auf dem Tisch. Wir wollen Schulden tilgen und nicht neue Schulden machen. Wir wollen Schulden tilgen und nicht Steuern erhöhen. Wir wollen eine solide Haushaltspolitik machen, die Investitionen, Teilhabe und Integration ermöglicht, und wir setzen, meine Damen und Herren, auf die Zukunft. Das ist der entscheidende Punkt für einen schuldenfreien Haushalt. Das Entscheidende ist, dass wir uns unabhängig machen wollen.

Gestern tagten viele Experten zu der Frage: Wie werden Finanzmärkte auf künftige Rettungsschirme reagieren? Wir wollen für Bayern keine Rettungsschirme, wir wollen aus eigener Kraft die Leistung erbringen. Wir sind stark genug, um unabhängig von Finanzmärkten nicht bei anderen um Rettungsschirme zu betteln. Wir wollen es aus eigener Kraft schaffen, und dafür ist dieser Haushalt eine Grundlage.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister Dr. Söder. - Als Nächster hat der Kollege Volkmar Halbleib das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Abschluss der Beratungen zum Nachtragshaushalt 2012 steht in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit drei Ereignissen, die ganz unabhängig vom Abschluss der Haushaltsberatungen ein Schlaglicht auf die finanzpolitische Kompetenz sowie die finanzpolitische Verantwortung von CSU und FDP werfen.

Diese Verabschiedung des Nachtragshaushaltes findet statt, kurz nachdem die CSU eine weitere den Bürgerinnen und Bürgern erklärte rote Linie beim Euro-Rettungsschirm überschritten und damit erneut ein Beispiel dafür gegeben hat, was mit finanzpolitischer Glaubwürdigkeit gemeint ist: Eine rote Linie vorzugeben und sie immer wieder zu überschreiten.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Besser, eine rote Linie zu haben, als keine!)

Sie findet an einem Tag statt, an dem der Bayerische Oberste Rechnungshof, sehr geehrter Herr Finanzminister, der bayerischen Finanzpolitik genau das Gegenteil der von Ihnen gebrauchten Worte - Stärke, Solidität und moralische Verantwortung - attestiert und der finanzpolitischen Kompetenz ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellt.

Wenn man liest, was der Bayerische Oberste Rechnungshof zu den Milliarden Schäden sagt, die durch die Unterausstattung über Jahre und Jahrzehnte durch die CSU entstanden sind - Milliarden Schäden an Volkseinkommen des Freistaates Bayern und an diesem Staatshaushalt -, so ist dies ein denkbar schlechtes Zeugnis für diese Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Bravo!)

Dem Desaster bei der Bayerischen Landesbank fügen Sie ein weiteres hinzu: die partielle Zerstörung eines Stiftungsvermögens, das für soziale, kulturelle und sonstige Initiativen in diesem Lande sehr wichtig ist. Sie haben - das dokumentiert der Bericht des Rechnungshofes - Volksvermögen in der Landesstiftung zerstört, und das ist nicht solide, sondern das Gegenteil davon.

(Beifall bei der SPD)

Diese Haushaltsberatungen finden nach einer Nacht statt, in der deutlich geworden ist, dass CSU und FDP, die schwarz-gelbe Regierung, in einer ganz zentralen Aufgabe der Infrastrukturpolitik - um nicht zu sagen, in der entscheidenden Aufgabe - verzögert, verschlafen und verdummt hat. Sie versuchen nun förmlich in allerletzter Minute - heute Morgen, gestern Nacht -, Ihre jahrelangen Versäumnisse bei der Breitbandausstattung des Freistaates Bayern im Nachtragshaushaltsentwurf, in Nachschublisten und Tischvorlagen von CSU- und FDP-Fraktion zu korrigieren, nachdem Sie jahrelang die Möglichkeit dazu hatten. Das ist ein denkbar schlechtes Zeugnis für Ihre bisherige Finanz- und Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Insofern war es ein Stück weit Söders Märchenstunde.

(Zurufe von der CSU)

- Ja, wenn ich an diesem Redepult von Solidität und moralischer Verantwortung spreche und vom Bayerischen Obersten Rechnungshof am gleichen Tag dieses Zeugnis ausgestellt bekomme, dann kann ich nur sagen: Das war eine Rede, die schon in den Bereich der Märchenstunde gehört.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Der Rechnungshof hat das bestätigt, was richtig ist! Haben Sie das nicht gelesen?)

Wir kommen in diesem Umfeld zur Abschlussberatung des Nachtragshaushaltes 2012 und auch hier stellen wir fest, dass die hehren Worte und die haushaltspolitische Realität einfach nicht zusammenpassen; denn was ist denn der Nachtragshaushalt 2012 anderes als die Korrektur von Fehlern, Versäumnissen und Unzulänglichkeiten, die Sie im Stammhaushalt 2011/2012 zu verantworten haben?

(Georg Schmid (CSU): Nur Not und Elend!)

So kann man den Nachtragshaushalt mit Fug und Recht als Dokument sowie als Zeichen dafür lesen, wie berechtigt die Kritik der Opposition, der SPD-Fraktion, an den bisherigen Haushaltszahlen war. Die erreichten Verbesserungen sind damit auch der Oppositionsarbeit der SPD und der anderen Oppositionsfraktionen zu verdanken. Sie sind aber vor allem ein Zeugnis dafür, dass Sie bisher massive Versäumnisse in der Haushaltspolitik zu verantworten haben, die Sie nun mühsam korrigieren müssen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Ich erinnere mich noch sehr gut, als wir vor einem Jahr über die Lehrerausstattung in diesem Land diskutiert und empörte Reaktionen für unsere Kritik an den künftig wegfallenden Stellen bekommen haben, die in massivem Umfang im Haushalt ausgebracht wurden. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie Sie den BLLV mit Demagogie verfolgt haben, als er genau diesen wunden Punkt angesprochen hat. Sie haben damals all unsere Änderungsanträge abgelehnt. Jetzt müssen Sie zugeben, dass Sie mit der Lehrerausstattung nicht mehr hinkommen und gezwungen sind, dem endlich nachzukommen, was wir schon immer gesagt haben, und mehr Lehrkräfte an den Schulen im Freistaat Bayern zur Verfügung zu stellen. Sie gestehen ein - zwar in geringem Umfang, aber immerhin -, dass es ein Fehler war, unsere Anträge vor einem Jahr abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

So ist es auch bei den Polizeibeamten. Der Innenminister musste mittlerweile sogar einräumen, dass die Polizeireform vielleicht doch nicht das gloriose Wunderwerk der CSU war, sondern durchaus Probleme im Polizeivollzugsdienst mit sich bringt.

Bei den Finanzbeamten - ich komme noch darauf zu sprechen - gibt es ein Sondernotprogramm, um dem drastischen Defizit in der Personalausstattung der Finanzverwaltung überhaupt noch etwas entgegenzusetzen, weil man es jahrzehntelang verschlafen hat. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass bisher viel zu wenig getan wurde.

Auch die Abfinanzierungsprogramme, die jetzt so hoch gerühmt werden, zeigen nichts anderes, als dass Sie die Programme bisher nicht ordnungsgemäß ausgestattet haben und sowohl Kommunen, Behinderteneinrichtungen, Kirchen und Landwirtschaft über Jahre hinweg auf Zuschüsse gewartet haben. Das Abfinanzierungsprogramm zeigt nur die Defizite in Ihrer bisherigen Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Es zeigt die Handlungsfähigkeit der Staatsregierung!)

Das gilt auch für die von der CSU und der FDP leider häufig im wahrsten Sinne des Wortes in letzter Minute als Tischvorlage eingereichten Änderungsanträge. Die Kurzfristigkeit, mit der dies geschehen ist, zeigt auch, dass entgegen der nach außen gespielten verbesserten Zusammenarbeit in der schwarz-gelben Koalition nach wie vor eine sehr schwierige Zusammenarbeitsstruktur besteht. Bis in die letzten Minuten wurde gerungen, ob und welche Anträge eingereicht werden. Aber auch diese Änderungsanträge sind ein deutlicher Beleg für die Schwächen im Haushaltsentwurf der Staatsregierung und ein Zeichen dafür, dass wir bei den Punkten, die wir kritisiert haben, recht hatten.

(Georg Schmid (CSU): Wir denken mit! Das ist Eigeninitiative!)

Das gilt insbesondere für die Investitionsquote im staatlichen Bauprogramm. Ich bin den Kollegen dankbar - das möchte ich hiermit zum Ausdruck bringen -, dass sie für

dieses Bauprogramm 145 Millionen Euro zur Verfügung gestellt haben. Dies ist aber zugleich ein Zeichen dafür, dass diese Summe im Regierungsentwurf der Staatsregierung gefehlt hat. Hier musste nachgebessert werden, zum Teil in letzter Sekunde.

Wie der Stammhaushalt ist auch dieser Haushalt leider kein Aufbruch für Bayern, sondern trotz aller Nachbesserungen, Kaschierungen und Feigenblätter nach wie vor ein Haushalt, der viele Defizite aufweist. Die Lehrgeldausstattung ist nach wie vor prekär. Sie wissen das. Unsere Forderung ist wieder einmal vom Tisch gewischt worden, wie auch beim letzten Mal. Jetzt mussten Sie nachbessern. Wir sind sehr gespannt, wann Sie zu erkennen geben, dass unsere Forderung berechtigt war. Ich vermute, das wird bereits in wenigen Monaten, zum Doppelhaushalt 2013/2014, der Fall sein. Ihre Art von Haushaltspolitik ist es, berechnete Anträge abzulehnen, um dann später zugeben zu müssen, dass Sie Defizite haben, insbesondere in der Bildungs- und der Schulpolitik.

Bei der Inklusion gibt es wenige weiterführende Initiativen. Bei den Ganztagschulen ist Bayern immer noch Schlusslicht. Es fehlt an Initiativen, die finanziell unterfüttert werden. Auch der Aufbau der Schulsozialarbeit ist ein Defizitbereich. Daneben weigern Sie sich nach wie vor, die Sozialbarrieren beim Studium durch die Streichung der Studienbeiträge abzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Sie verfolgen eine Salamtaktik. Warum schaffen Sie es angesichts der Haushaltslage des Jahres 2012 nicht, den Eltern im Freistaat zu sagen, dass ab dem nächsten Jahr das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei sein wird? Das ist eine Salamtaktik, die zur Verunsicherung der Eltern führt. Wir wollen Klarheit und haben das auch in den entsprechenden Haushaltsanträgen zum Ausdruck gebracht. Sie verzögern diese notwendige Reform und schieben sie in die Zukunft. Das bedauern wir sehr. Wir wären bei diesem Haushalt in der Lage gewesen, dieses positive Signal an die Eltern und die Kinder dieses Freistaats zu schicken. Sie waren dazu leider nicht in der Lage.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Energiewende sieht es ganz eigenartig aus. Sie glauben tatsächlich, diese Energiewende mit ein paar verstreuten Anträgen und Schwerpunkten schaffen zu können. Sie glauben tatsächlich, dass es genügt, einen Wasserkopf bei der Staatsregierung zu haben, und verzichten auf die gezielte Förderung kommunaler Energieagenturen, durch die die Energiewende tatsächlich umgesetzt werden muss. Ohne die Kommunen findet in Bayern keine Energiewende statt. Es ist bedauerlich, dass Sie es nicht geschafft haben, einem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung von Energieagenturen in den Kommunen zuzustimmen. Das wäre der richtige Akzent für die Energiepolitik gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon bemerkenswert, dass Sie im Jahr eins nach der Energiewende das Landesprogramm "Klima 2020" im Jahr 2011 bereits beendet haben und es nicht fortsetzen werden. Im Hinblick auf die Vorbildfunktion des Freistaats Bayern kann es doch nicht sein, dass Sie im Jahr eins nach der Energiewende für energetische Sanierungen weniger ausgeben als vor Fukushima. Das kann doch nicht das Signal eines Freistaats sein, der nach außen bekundet: Wir wollen an der Energiewende teilhaben. Sie geben für die energetische Sanierung weniger aus als im Vorjahr. Das ist ein Armutszeugnis für diese Staatsregierung.

(Albert Füracker (CSU): Ein Armutszeugnis ist diese Rede, sonst nichts!)

Ich komme zum Breitbandausbau. Das ist das Thema Armutszeugnis zwei. Von Huber über Zeil: Eine Geschichte der Versäumnisse von CSU und FDP über fünf Jahre. Alle Änderungsanträge der SPD zum Haushalt wurden abgelehnt. Unsere Forderung lag klar auf dem Tisch. Einen Tag vor der Verabschiedung des Nachtragshaushalts im Parlament kommt dann ein Änderungsantrag zur Zweiten Lesung auf den Tisch des Hauses.

(Georg Schmid (CSU): Das ist Entscheidungskraft!)

Das ist der Beweis dafür, dass die Staatsregierung von CSU und FDP nicht fähig war, eine zentrale Zukunftsherausforderung rechtzeitig und konsequent anzupacken.

(Georg Schmid (CSU): Ganz im Gegenteil: rechtzeitig! Heute ist der letzte Tag!)

Sie hat vielmehr gezögert, gezaudert und gestritten. Das kann humorvoll beurteilt werden. Diese schwarz-gelbe Regierungskoalition ist ein aufgescheuchter Hühnerhaufen, keine geordnete Entscheidungsformation.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn sie endlich flattern würden! Aber sie rühren sich nicht!)

Durch Ihre chaotische Breitbandpolitik haben Sie der Entwicklung der ländlichen Räume dieses Freistaats einen massiven Schlag zugefügt. Jetzt wollen Sie den Schaden im Nachhinein abmildern. Aber der Schaden durch die massive Verzögerung des Breitbandausbaus im Freistaat Bayern bleibt. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Wo leben Sie denn, Herr Halbleib?)

Dieser Haushalt 2012 ist ein Haushalt der fortwährenden Erblast der CSU-Fehler bei der Landesbank. Ich bin ganz überrascht über die Worte, die der Finanzminister dazu gefunden hat. Dazu werde ich aber noch kommen. Der Finanzminister hat davon gesprochen, dass Schulden unmoralisch sind. Ich würde sagen: Schulden sind vor allem dann unmoralisch, wenn sie auf eine Art und Weise erzeugt worden sind, wie Sie dies bei der Bayerischen Landesbank getan haben, nämlich durch fehlende Aufsicht, fehlende Steuerung und durch eine Fehlorientierung der Bankenpolitik. Das haben Sie zu verantworten. Jetzt stellen Sie sich hierher und sagen: Schulden sind unmoralisch. Sie haben diese unmoralischen Schulden in Höhe von 10 Milliarden Euro für den Freistaat Bayern aufgetürmt. Das ist die Verantwortung der CSU in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, Sie haben recht. Dieser Haushalt 2012 wird tatsächlich in die Geschichte des Freistaats Bayern eingehen; denn er führt zur faktischen Liquidierung der Vorsorgesysteme bei den Beamtenpensionen. CSU und FDP wollen heute mit ihrer Entscheidung zum Nachtragshaushalt ein zentrales Projekt der finanzpolitischen Nachhaltigkeit der bayerischen Landespolitik zerstören, das erst 2008 unter der Verantwortung von Ministerpräsident Dr. Beckstein und Finanzminister Huber mit unserer Unterstützung auf den Weg gebracht wurde, den Versorgungsfonds. Im Jahre 2008 wurde dieses Versorgungssystem erst auf den Weg gebracht. Heute, an diesem 27. März, entscheiden Sie, dieses Versorgungssystem zu zerstören und aufzugeben. Das halten wir für einen bedauerlichen Irrweg, den wir nicht wollen. Wir sagen den Bürgern klar: Das Vorsorgesystem war sinnvoll. Seine Zerstörung ist ein Irrweg.

(Thomas Hacker (FDP): Deswegen werden wir Jahr für Jahr hundert Millionen einzahlen!)

Jetzt komme ich zu dem Wunderwerk, das Sie auch heute wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt haben, der Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro. Grundsätzlich ist die Tilgung von Schulden, wenn dies finanzpolitisch möglich ist und wenn das die Konjunktur hergibt, eine richtige Maßnahme. Was Sie jedoch tun, offenbart ein Verständnis von Finanzpolitik, das mit Berechenbarkeit, mit Solidität und Ehrlichkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Wie gehen Sie denn mit dieser Schuldentilgung um und wie finanzieren Sie sie? Die entscheidenden Punkte sind doch die Schuldentilgung, die Sie für das Jahr 2012 beabsichtigen und die Schuldentilgung, die Sie für die Jahre 2013/2014 angekündigt haben, in beiden Fällen eine Milliarde Euro.

Diese Schuldentilgung wird bezahlt, indem Sie ein Vorsorgesystem zerschlagen und das Geld, das in dieses Vorsorgesystem fließen sollte, einfach in die Schuldentilgung stecken. Auch wenn Sie das abstreiten und nicht wahrhaben wollen: Ökonomisch gesehen sind nicht getätigte Rückstellungen neue Schulden, weil sie finanzielle Lasten in die Zukunft verschieben. Die Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro wird dadurch bezahlt, dass Sie finanzielle Lasten und neue Schulden durch eine Kappung

der Vorsorgesysteme produzieren. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Ökonomisch ist es ein Jammer, dass Sie die Schuldentilgung, die ein sinnvoller Vorgang ist, mit einer Zerstörung wichtiger Vorsorgesysteme finanzieren. Das lehnen wir grundsätzlich ab.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt wollen Sie bis 2017 knapp drei Milliarden Euro weniger an Vorsorge leisten, als es in den gesetzlichen Grundlagen, die Sie selber beschlossen haben, vorgesehen ist. Sie haben ein gutes und ehrbares Ziel, nämlich die Tilgung von Staatsschulden, leider in den Bereich eines finanzpolitischen Hütchenspiels gebracht, nämlich: rechte Tasche - linke Tasche. Sie haben alte Schulden beglichen und neue Schulden und Verbindlichkeiten für die Zukunft aufgebaut. Das ist keine solide und seriöse Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem Sie, Herr Finanzminister, die moralische Messlatte heute so hoch gehängt haben,

(Zuruf von der SPD)

darf ich schon einmal darauf hinweisen, was es mit dem angeblich großen Schuldentilgungskonzept auf sich hat. Das ist in den letzten Tagen deutlich geworden: Je näher man diesem Scheinriesen Schuldentilgung 2030 getreten ist, desto kleiner ist er geworden, immer wieder kleiner, je näher man ihn beobachtet hat. Zum Schluss ist eigentlich wenig Substanzielles übrig geblieben. Letztendlich ist Ihr Tilgungskonzept bei näherem Hinschauen eine Kombination von Absichtserklärungen, Luftnummern und Trickereien über Versorgungsfonds, aber mit wenig inhaltlicher Substanz.

Es kann aber nicht angehen, dass Sie hier von unmoralischen Schulden sprechen und nicht erwähnen, dass Sie es waren, die seit 2008 zehn Milliarden Euro Schulden in diesem Freistaat aufgebaut haben, die Schuldenlast mit einem Schlag um 45 % an-

stiegen ließen, die die Schuldenbelastung eines jeden Bayern um 830 € hat steigen lassen,

(Zurufe von der CSU)

dass Sie es waren, die die Schulden produziert haben.

Nun buchen Sie die von Ihnen neu produzierten Schulden plötzlich aus dem Schuldentilgungsplan, weil das die Landesbank bezahlen soll. Das ist eine aberwitzige Vorstellung: dass Sie gerade die Schulden, die Sie erst in letzter Zeit gemacht haben und die die Finanzpolitik in diesem Freistaat massiv belasten, rechnerisch, moralisch, intellektuell einfach herausnehmen. Das ist wirklich ein Abgrund seriöser Finanzpolitik. So kann es nicht gehen, Herr Finanzminister! Das ist eine unmoralische Finanzpolitik, wenn Sie sich nicht zu Ihren Schulden bekennen. Zehn Milliarden Euro haben Sie in den letzten drei Jahren für diesen Freistaat als CSU zu verantworten, und Sie sollten die Wählerinnen und Wähler hier in Demut um Entschuldigung für diese Fehler bitten,

(Zurufe von der CSU)

aber sich nicht hier in moralischer Art und Weise aufspielen und sich als Schuldentilger gebärden. Das passt nicht zusammen!

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch der erste Trick, mit dem Sie schon zehn Milliarden Euro aus Ihrer Schuldentilgungsrechnung herausnehmen.

Und dann ging es um die jährliche Schuldentilgung. Von den zwei Milliarden Euro, die Sie tilgen wollen, habe ich schon gesprochen. Das wird finanziert durch die Zerstörung der Vorsorgesysteme, durch nichts anderes. Dann schlagen Sie ab 2015 eine jährliche Schuldentilgung von einem Prozent der Steuereinnahmen vor. Kaum haben Sie diesen Vorschlag unterbreitet, sagen die Finanzpolitiker von CSU und FDP: Es ist ein erster Vorschlag, aber er hat Schwächen, und wir geben ihn zur Bearbeitung zurück.

Das Echo in der medialen Beobachtung ist auch deutlich. Ich darf Ihnen nur einmal zwei Stimmen vorlesen. Erlauben Sie mir, dass ich als Unterfranke Stimmen aus Franken nehme.

Die "Nürnberger Nachrichten" schreiben am 14.03.2012: Söder hat eine Komponente eingebaut, die zumindest ansatzweise nach Sparen klingt.

Sie ist weg, gestrichen, weil sie schmerzt. Mit ihr verschwindet der einzige Punkt, der konkret war, der ein untermauertes Fundament besessen hat. Alles andere, ob Finanzausgleich, Landesbankverkauf oder steigende Steuern, baut auf Vermutungen auf, die sich in ferner Zukunft erfüllen oder auch nicht. Der Sparplan jedenfalls, das ist jetzt klar, hat sich über das Symbolische hinaus erledigt.

So direktes Zitat aus den "Nürnberger Nachrichten".

Ein weiteres Zitat:

Wenn die Koalition nun allerdings Söders Idee einer fixen jährlichen Sondertilgung kippt, bleibt von Horst Seehofers kühner Vision eines "Schuldenfreistaats Bayern" nicht viel Konkretes mehr übrig als die versprochenen Milliarden-Rückzahlungen 2012 und 2013.

Bezahlt aus den Pensionsfonds. So schaut es aus, so schaut Ihre seriöse Finanzpolitik aus: nichts dahinter, ein Projekt von Ankündigungen ohne Substanz.

(Christa Naaß (SPD): Die Angesprochenen sollten doch zuhören!)

Ich muss es leider in dieser Deutlichkeit an dieser Stelle sagen. Sie, Herr Finanzminister, sagen kein Wort zu zwei Punkten. Denn die Frage des Schuldenabbaus im Freistaat Bayern muss auch die Frage nach zwei Verschuldensformen beantworten. Zum einen ist es nämlich die versteckte Verschuldung. Hier belegen die Berichte des Obersten Rechnungshofes seit Jahr und Tag, dass Sie permanent versteckte Verschuldung aufbauen, indem Sie zu wenig Geld in den Substanzerhalt bei Staatsstraßen und

bei staatlichen Gebäuden stecken. Insgesamt errechnet der Rechnungshof bei den Staatsstraßen eine vor sich her geschobene Unterhaltsnotwendigkeit von 700 Millionen Euro und eine Unterhaltsverpflichtung bei den Gebäuden von mindestens 1,2 Milliarden Euro. Jährlich kommen neue Beträge dazu. Kein Wort dazu von Ihnen.

Kein Wort auch dazu, was ein zentraler Punkt ist, dass ich nämlich, wenn ich die Entschuldung des Freistaates Bayern in den Blick nehme, auch parallel dazu die Entschuldung der bayerischen Kommunen in den Blick nehmen muss,

(Beifall bei der SPD)

weil sonst die Schuldenlast des Freistaates Bayern auf die Kommunen abgeschoben wird. Das ist ein Weg, den wir nicht zulassen werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER - Zurufe von der CSU)

Ein paar Wochen kann es gut gehen -, das haben wir alle festgestellt -, dass die Leute auf eine solche Ankündigung hereinfallen, aber eben nur ein paar Wochen. Mittlerweile ist deutlich geworden, dass die famose Marketing-Idee Schuldentilgung 2030 wie ein Luftballon geplatzt ist. Ganz schön dick haben der Finanzminister und der Ministerpräsident die Backen gemacht, bis sie schön prall schienen. Aber es hat nur ein paar Piekse gebraucht - ich habe Ihnen über ein paar von ihnen berichtet -, um die heiße Luft entweichen zu lassen.

Im Nachhinein, liebe Kolleginnen und Kollegen - und ich darf ihm an dieser Stelle auch einen herzlichen Abschiedsgruß hinterhersenden, weil er heute verabschiedet wurde -, ist es verständlich, warum Staatsminister Fahrenschon seinen Dienst als bayerischer Finanzminister hingeschmissen hat: Für diese Art von Fiskalpopulismus, für eine solche Marketing- und Showpolitik wollte er sich als fachlich kompetenter Volkswirt nicht benutzen lassen.

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Und es ist klar, warum Staatsminister Söder Nachfolger wurde: Reklame statt Kompetenz, Lautstärke statt Inhalt, schnelle Schlagzeile statt solider Konzepte, flotte Zunge statt harter Arbeit. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Abschließend

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

einige Worte zum kommunalen Finanzausgleich. Die Bewertung des kommunalen Finanzausgleichs lautet, verglichen mit den zwei Vorjahren: Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, insbesondere durch die Erhöhung der Verbundquote auf 12,5 Prozentpunkte. Allerdings bleibt bei der Gesamtbewertung des kommunalen Finanzausgleichs auch festzustellen, und deshalb ist unsere Befürchtung, was die kommunale Schuldenlast und die kommunalen Haushalte anbetrifft, nicht unbegründet: Die Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs hinkt in der Gesamtbetrachtung deutlich hinter der Entwicklung des Staatshaushalts her.

In der Amtszeit von Ministerpräsident Seehofer, also seit 2008 stieg das Haushaltsvolumen des Freistaates Bayern um 13,5 %, das des kommunalen Finanzausgleichs nur um 9,8 %. Wir hatten 2010 auch ein Jahr, in dem der Finanzausgleich mit minus 0,75 % rückläufig war, und 2011 waren es magere Steigerungen um 0,9 %. In der Gesamtbilanz seit 2008 bleiben die Kommunen im Freistaat Bayern nach wie vor von der allgemeinen Entwicklung des Staatshaushalts abgehängt. Insofern bleibt die Herausforderung, mit der staatlichen Schuldentilgung auch die kommunale Schuldentilgung zu erreichen.

Herr Finanzminister, gestatten Sie an dieser Stelle noch ein Wort zum kommunalen Finanzausgleich. Nach 55 Jahren ununterbrochener CSU-Regentschaft, nach einer so langen Zeit, in der die CSU den Finanzminister und den Innenminister gestellt hat, nach 55 Jahren ununterbrochener Verantwortung für den Finanzausgleich, kann man

nicht plötzlich die Entdeckung machen, dass es in Bayern strukturschwache Gebiete, Bevölkerungsverluste und finanzschwache Kommunen gibt, die weder ein noch aus wissen. Da kann man nicht auf einmal feststellen, dass die finanzschwachen Kommunen in Bayern Unterstützung brauchen. 55 Jahre lang waren Sie dafür verantwortlich, diese Missstände rechtzeitig zu beseitigen. Es geht nicht an, dass Sie jetzt so tun, als hätten Sie damit nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir sind überhaupt nicht dagegen, den kommunalen Finanzausgleich immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. So wie Sie das aber gemacht haben, mit Ihrem Vorschlag einer Lex München, das zeigt, dass Sie zu einer seriösen und sachlichen Finanzpolitik in diesem sensiblen Bereich nicht in der Lage sind. Das widerspricht allem, was Kommunen, Bürger und Unternehmen in Bayern von einem Finanzminister erwarten. Wer Finanzpolitik, gerade auch den kommunalen Finanzausgleich, als Instrument des Wahlkampfs und der Parteipolitik sieht, der hat als Finanzminister im Kabinett nichts zu suchen. Das muss ich an dieser Stelle einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Ich bitte Sie, und das werden Sie ohnedies machen müssen, den Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs einmal gründlich zu lesen. Was der Rechnungshof zur Steuerverwaltung schreibt, ist die Beschreibung eines Staatsversagens erster Güte, und das hat die CSU zu verantworten. Der Bericht zeigt eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und einen milliardenschweren Schaden, den Sie dem Freistaat Bayern und seinen Bürgerinnen und Bürgern durch die Unterausstattung der Finanzämter über Jahre zugefügt haben. Der Bericht zeigt eine Steuerungerechtigkeit auf, die dem Freistaat Bayern massiv geschadet hat. In diesem Sinne glaube ich, dass die Gesamtbewertung Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik nicht allzu gut ausfällt. Manchmal wünsche ich mir, dass wir einen Rettungsschirm für diese Art von Finanzpolitik hätten.

(Harald Güller (SPD): Bravo! - Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Georg Winter das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst darf ich recht herzlich allen Danke sagen, die im positiven Sinne beim Zustandekommen dieses Nachtragshaushalts 2012 mitgewirkt haben. Der Nachtragshaushalt ist das Ergebnis einer erfolgreichen Teamarbeit. Mein ganz herzlicher Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit, für das konstruktive Miteinander. Der Dank gilt aber ganz besonders unserem Finanzminister und seinem Staatssekretär sowie seiner ganzen Mannschaft, die vorbildlich gearbeitet hat. Sie haben uns bestens präpariert und mit Informationen ausgestattet. An dieser Stelle deshalb: herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ganz wichtig waren auch die Damen und Herren hinter der Bühne, die fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen ebenso wie im Ausschussbüro. Sie alle hatten sehr viel zu tun, damit die Unterlagen und Informationen rechtzeitig zu uns gekommen sind, damit die großen und dicken Drucksachen dann auch rechtzeitig erstellt werden konnten.

Meine Damen und Herren, dank der Diskussion ist ein Thema ganz stark in die Mitte der Debatte gerückt. Wir sind froh und dankbar, wenn dieses Thema hinterfragt wird. Nur wenn wir darüber sprechen, aufklären und informieren, können wir es auch vermitteln. Die stärkste Botschaft, die wir mit diesem Nachtragshaushalt überbringen, ist die Tilgung von einer Milliarde Euro Schulden. Auch darüber entscheiden wir heute, und darüber entscheiden auch Sie, wenn Sie zu diesem Nachtragshaushalt heute Ja oder Nein sagen. Sie entscheiden, ob Sie für oder gegen diese Schuldentilgung sind. Wir wollen diese Linie im Doppelhaushalt 2013/2014 fortsetzen. Die Antwort geben wir

spätestens mit dem Haushaltsgesetz in neun Monaten, wenn Ende Dezember der nächste Doppelhaushalt beschlossen wird. Wir sind zuversichtlich, dass wir diese großartige Herausforderung meistern.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zum richtigen Zeitpunkt das richtige Thema gesetzt. Sie haben ein Kernanliegen der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen, Sie haben uns aufgefordert, die Schuldentilgung anzupacken. Nach dem ersten Schritt, keine neuen Schulden mehr zu machen, muss auch der zweite Schritt kommen, die Schuldentilgung als logische Konsequenz. Wer, wenn nicht Bayern, könnte das? - Wenn, dann können das nur wir. Ich denke, diese Botschaft ist zur richtigen Zeit gekommen. Sicherlich, das ist eine große und schwierige Aufgabe, aber wir sind der Überzeugung, diese Aufgabe ist bei unserem Finanzminister, der schon früher mit Nachhaltigkeit zu tun hatte, in besten Händen.

Wichtig ist, dass wir Schulden nicht zu Lasten Dritter tilgen. Das ist eine Zusage des Ministerpräsidenten, und darauf bezog sich auch eine Frage der Opposition. Das ist ganz entscheidend. Wenn Sie sich mit diesem Haushalt 2012 beschäftigen, dann werden Sie feststellen: Das Gegenteil ist richtig. Wir haben gerade in dieser Wahlperiode für die Empfänger von Leistungen und Zuschüssen noch nie so viel getan wie im Jahr der größten Schuldentilgung in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte auch einige Beispiele zur Abfinanzierung nennen. Insgesamt geben wir heuer 75 Millionen Euro an unsere Bildungsträger und damit an unsere Bürger. Ich möchte nur stichwortartig die wichtigsten aufzählen: 30 Millionen Euro geben wir allein für die privaten Volksschulen aus, 16 Millionen Euro für die privaten Förderschulen. Die privaten Förderschulen werden leider manchmal vergessen. Außerdem geben wir 10 Millionen Euro für den Sportstättenbau aus. Damit machen wir deutlich: Exakt im Jahr der Schuldentilgung geschieht dort wesentlich mehr, als dies bislang der Fall war.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kommen wir zu den Kommunen. Wir geben 80 Millionen Euro zusätzlich für die kommunalen Schulen aus. Man muss sich einmal bewusst machen: Insgesamt geben wir 330 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich dafür aus. Bei den Verhandlungen mit den Kommunen war es uns wichtig, gerade hier einen Schwerpunkt zu setzen. Wir geben heuer 330 Millionen Euro für die Modernisierung von Schulen oder, wo erforderlich, für den Neubau solcher Einrichtungen aus. Damit kann Bildung in gutem Umfeld stattfinden.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass wir Kommunen entlasten und nicht belasten, dass wir nicht abschieben, sondern helfen, ist die Investitionspauschale. Es war bei den Verhandlungen ein besonderes Anliegen des Bayerischen Gemeindetages, dass die Mindestpauschale, die gerade den kleinen Gemeinden zugute kommt, der feste Sockelbetrag, mit dem die Gemeinden immer rechnen können, wofür sie auch keinen Antrag stellen müssen und den sie einfach investieren können, erhöht wird, und zwar auf insgesamt 255 Millionen Euro im Gesamtpaket des kommunalen Finanzausgleichs.

Ein drittes Beispiel sind die Schlüsselzuweisungen. Leider gehen sie ein bisschen unter. Dieser große Brocken im kommunalen Finanzausgleich wurde um 100 Millionen Euro auf 2,7 Milliarden Euro erhöht. Damit wird deutlich, welche Summen, welche Möglichkeiten im kommunalen Finanzausgleich stecken. Sowohl Finanzminister Dr. Söder, sein Vorgänger Georg Fahrenschon, auch Staatssekretär Pschierer, wir alle haben bei den Gesprächen die Frage gestellt: Wie sieht es mit denen aus, die Unterstützung brauchen, die in Konsolidierungsnöten stecken, die Bedarfszuweisungen benötigen? Von unserer Seite kam das klare Signal: Da müssen wir mehr tun. In der Tat ist es so, wie im sonstigen Leben auch: Es gibt eine Spitzengruppe, der es sehr gut geht. Wir haben aber auch das Mittelfeld und schließlich haben wir leider eine Gruppe, die ohne unsere Unterstützung nicht weiterkommt. Ich kann deshalb nur begrüßen, was der Finanzminister gerade dargelegt hat, dass er bereit ist zu einem frühzeitigen Dialog im Vorfeld der nächsten Verhandlungen. Alle Vorschläge, die in den letzten Wochen und Tagen gekommen sind, werden sorgfältig geprüft. Es wird hinter-

fragt, welche Auswirkungen damit verbunden sind. In der Debatte darüber, wie der Ausgleich der Verteilung im nächsten Jahr aussieht, dürfen wir nicht vergessen, dass wir heuer mit 7,2 Milliarden Euro, einem Plus von 413 Millionen Euro und einer Steigerung von 6,5 % den höchsten und besten kommunalen Finanzausgleich haben. Wer sich andere Steigerungsraten ansieht, weiß, dass 6,5 % eine große Marke sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wer sich mit unserer aktuellen Wirtschaftslage beschäftigt, weiß, dass der Export im Moment ein bisschen zu kämpfen hat. Wir sind zuversichtlich, dass er wieder aufholt. Wir können das aber nicht allein von Deutschland aus steuern. Deshalb ist es gut und richtig, dass unser Staatshaushalt einen wesentlichen Beitrag zu einer starken Binnenkonjunktur leistet. Momentan tragen die Binnenkonjunktur, die Kaufnachfrage und das Engagement des Handwerks unsere positive wirtschaftliche Entwicklung mit.

Wenn die GRÜNEN 150 Millionen Euro für den Bauunterhalt fordern - wir wissen, dass sie bei dem Wort Bau immer erschrecken und blass werden -, dann wollen wir auch dort nicht hintanstellen. Deswegen haben wir für große und kleine Baumaßnahmen - also nicht nur für Unterhalt, manchmal sind auch ein Neubau und manchmal eine Generalsanierung erforderlich - 145 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen, weil wir uns in diesem Punkt gefordert gesehen haben.

Wichtig ist aber auch das Thema Verkehrssicherheit. In meinem Stimmkreis hat sich vor zehn Tagen leider ein tödlicher Unfall ereignet: Ein Schüler ist mit seinem Fahrrad von einem Bahnübergang in eine Kreuzung eingefahren und dabei tödlich verunglückt. Deshalb ist es für uns ein wichtiges Anliegen, für die Planung und den Bau von Radwegen, den Umbau von Kreuzungen und für eine sichere Querung, gerade bei Schulen, stark befahrenen Kreuzungen oder im innerstädtischen Bereich, etwas zu tun. Dafür wenden wir zusätzlich zehn Millionen Euro auf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich wissen wir, dass der Rechnungshof gefordert hat, mehr für den Unterhalt der Staatsstraßen zu tun. Deswegen haben wir 215 Millionen Euro vorgesehen. Vonseiten der Staatsregierung ist richtig gesagt worden: Infrastruktur hat heute zwei Standbeine. Während man Infrastruktur früher nur mit der Straße verbunden hat, muss heute auch das Breitband einbezogen werden. Wir müssen die schnelle Internetverbindung verbessern. Herr Kollege Halbleib hat auf die Situation vor 55 Jahren Bezug genommen. Herr Kollege Halbleib, vor 55 Jahren konnten wir mit dem Breitband noch nicht beginnen. Wichtig war, dass Wirtschaftsminister Zeil in den letzten Jahren, unterstützt durch die Kollegen der FDP, dafür gesorgt hat, dass zunächst jeder einen Anschluss mit wenigstens einem Megabit erhielt, um eine Grundversorgung sicherzustellen. Jetzt unternehmen wir den zweiten Schritt, indem wir in den unterversorgten Gewerbegebieten und den Kombinationsgebieten mit dem schnellen Internet zügig vorankommen.

Wir wissen, dass nach dem Grundgesetz dafür der Bund zuständig ist, es also seine Aufgabe ist und bleibt. Aber wir machen mit einem 100-Millionen-Paket den ersten kräftigen Aufschlag, nämlich 50 Millionen frisches Geld, das man sofort ausgeben kann, und weitere 50 Millionen, mit denen man Aufträge binden kann. Wenn sich der Bund - ich glaube, das wäre eine gute Vorgabe - im gleichen Maße wie die Länder engagiert - wenn er zum Beispiel ebenso 100 Millionen dazugibt, wenn sich ein Land mit 100 Millionen engagiert -, dann kommen wir genau in die Größenordnung, die wir brauchen, um die Maßnahmen schnell umzusetzen. Dann ist das mit der Milliarde - Herr Kollege Füracker, Sie haben es angesprochen - auch erreichbar. 100 Millionen von uns und 100 Millionen vom Bund, das macht zusammen 200, und das die nächsten fünf oder sechs Jahre. Dann sind wir im wahrsten Sinne des Wortes schnell unterwegs. Deswegen kommt heute auch der Antrag, um es kurzfristig anzugehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es geht auch um die Vorsorge für die Zukunft, zum Beispiel die Beamtenversorgung. Wir sind froh und dankbar - der Herr Finanzminister hat es erwähnt -, dass unser neues Konzept der Vorsorge auch in Bezug auf den öffentlichen Dienst mit verstanden

und mit getragen wird. Die Fonds bleiben und werden zusammengeführt. Wir zahlen jährlich 100 Millionen Euro ein - eine feste, zuverlässige Summe. Wenn, und das war eine gute Anregung aus den Reihen der FDP, die Schulden getilgt sind, also Zins und Tilgungsleistung wegfallen, dann haben wir eine echte Milliarde zur Verfügung, die wir zusätzlich ab dem Jahr 2030 für Pensionen einsetzen können. Das ist mehr, als wenn wir die Fonds bis zur obersten Kante gefüllt hätten, wie es bisher vorgesehen war. Die Bürger haben es verstanden und sie schauen genau hin, ob es weniger oder mehr wird, ob es besser oder schlechter wird. Sie haben es wahrgenommen: Es wird besser, es gibt mehr. Damit ist ein entsprechendes Verständnis herbeigeführt worden und die Nachhaltigkeit im Sinne einer Zukunftsvorsorge erreicht worden. Der Wegfall der Zinsbelastung ist gut für Pensionszahlungen. Der Wegfall der Verpflichtung, tilgen zu müssen, gibt zusätzlichen Spielraum und die Chance, dann neue Investitionen vorzunehmen. Im Jahr 2030 wird es neue Themen geben - nicht mehr Breitband -, die Mittel für Investitionen erfordern werden.

Neben der Tatsache, dass wir andere entlasten - Bildungsträger, Kommunen oder Vereine; ich habe es ausgeführt -, ist auch wichtig, dass wir neue Ideen angestoßen haben, die unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dienen. Das betrifft zum Beispiel den Bayerischen Jugendring, zu dessen Gunsten wir die Investitionen um zwei Millionen Euro erhöhen. Das betrifft die Vereinspauschale mit 750.000 Euro für die ehrenamtlich Tätigen. Wichtig ist dabei, dass kein Rückschritt erfolgt, sondern der Status erhalten bleibt. Das betrifft auch die Asylberatung mit zusätzlichen 800.000 Euro. Es ist gerade vonseiten der Kirchen sehr positiv angemerkt worden, dass wir hier mehr Mittel zur Verfügung stellen. Das betrifft auch das neue Programm zur nachhaltigen Stromerzeugung. Ich kann empfehlen, dass Sie das in Ihren Stimmkreisen bekanntmachen und auf das Programm hinweisen, weil es etwas ganz Neues und Kreatives ist. Es könnte sein, dass das Programm in manchen Meldungen und Nachrichten untergeht, weil Kritik die Oberhand hat. Wir setzen sechs Millionen Euro dafür ein, damit Bürgeranlagen auf den Weg kommen, bei denen sich die Mitbürger finanziell engagieren können, nämlich pro alternative Energiestandorte, pro Projekte, die zur nachhaltigen

Stromerzeugung beitragen. Wir wollen nicht Ablehnung oder Verhinderung, denn eine Energiewende setzt neue, zahlreiche Standorte voraus. Dieses Programm ist im Ausschuss von allen Fraktionen positiv registriert worden.

Wir wollen auch etwas für die Kultur im Lande tun. Wir geben drei Millionen Euro, Herr Kollege König, mehr für die nichtstaatlichen Orchester und nichtstaatlichen Theater. Ich glaube, auch das ist eine Summe, die sich insgesamt gut sehen lassen kann und die das bisherige Engagement weiter verstärkt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dieser Haushalt ist ein wahres Kraftpaket. Wir investieren in die Kinder. Ein Beispiel: Allein eine Milliarde ist zwischenzeitlich - Frau Kollegin Haderthauer könnte es umfassender darstellen - für den Bau von Kinderkrippen gebunden. Neben dem, was bisher schon ausgegeben worden ist und wofür Verpflichtungen vorhanden sind, ist eine ganze Milliarde eine stolze Summe. Wir sollten vielleicht auch darüber nachdenken, die Befristung zu beenden, und darüber eine inhaltliche Debatte führen. Es ist wichtig, dass nach dem ersten großen Aufschlag dort gebaut wird, wo die Kinder sind und wo Einrichtungen benötigt werden. Das ist wichtig, weil es nicht so sein darf, dass es ab dem Jahr 2013 nichts mehr gibt. Die Maßnahme muss kontinuierlich fortgeführt werden. Der Einstieg ist super geschafft und wir haben dabei andere Länder überholt. Eine weitere Milliarde geht allein in die laufende Förderung für das Personal und die qualitative Verbesserung. Ich denke, es ist ein deutliches Zeichen, wenn allein auf diesem Feld zweimal eine Milliarde zugunsten unserer Kinder investiert wird. Hinzu kommen andere Maßnahmen wie Erziehungsgeld, Kindergarten etc. Ich habe zwei Beispiele aus diesem Riesenengagement herausgegriffen. In diesem Zusammenhang auch ein Dank an die zuständige Ministerin.

Unser Vorgehen ist auch völlig anders im Verhältnis zu dem, was die bayerische Landeshauptstadt tut. Sie kürzt bei Bildung, Sozialem und Kultur - wir konnten es der heu-

tigen Presse entnehmen - um 37 Millionen Euro. Wir machen das Gegenteil und erhöhen unser Engagement in Bildung, Hochschule und Forschung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir erhöhen unser Engagement kräftig auf 15,6 Milliarden Euro. Damit wird mehr als jeder dritte Euro im Staatshaushalt für Bildung, Forschung und Hochschule ausgegeben. Deswegen kann uns auf diesem Feld niemand mehr einholen; deshalb sind auch entsprechende Studien - zum Beispiel vom "Spiegel" oder anderen - derart beeindruckend und eindeutig. Von nichts kommt nichts.

Wie schaut es mit den Bauvorhaben und den Investitionen aus? Ich habe es in Bezug auf die Binnenkonjunktur schon angesprochen: 5,45 Milliarden Euro werden in diesem Etat angesetzt und schlagen sich entsprechend nieder. Davon können andere nur träumen. Im Hinblick auf den gegenwärtigen Wahlkampf nenne ich das Beispiel Nordrhein-Westfalen. NRW hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 9.673 Euro, viermal so hoch wie Bayern. Der Durchschnitt der Westländer beträgt 7.700 Euro, dreimal so hoch wie Bayern. Mit der Tilgung von einer Milliarde Euro sind wir in Bayern bei 2.500 Euro pro Einwohner angekommen. Wie gesagt, in NRW liegt die Pro-Kopf-Verschuldung viermal so hoch und der Durchschnitt dreimal. Ähnlich sieht es mit der Zinslastquote aus. Wir liegen bei 2,4 %, Rheinland-Pfalz bei 7,9 %, also bei mehr als dem Dreifachen Bayerns. Der Durchschnitt liegt bei 7,5 %, ebenfalls bei dem Dreifachen. Deswegen, meine Damen und Herren, kann man abschließend sehr wohl feststellen: Bayern steht gut da.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist das Ergebnis einer großartigen Gemeinschaftsleistung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, der großen Zahl ehrenamtlich engagierter und hilfsbereiter Mitbürger. Es ist das Engagement von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Gewerkschaften, von Unternehmen und der Politik, die seit Jahrzehnten an diesem Erfolg arbeiten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns im Jahr 2012 bewusst machen, dass wir im erfolgreichsten Bundesland Deutschlands leben. Allein die Zuzüge nach Bayern über Jahre und Jahrzehnte hinweg sind der Beleg dafür, wie beliebt, wie begehrt Bayern ist. Ministerpräsident Seehofer kann bei seinen Reisen feststellen, dass Bayern in ganz Deutschland und Europa bekannt und anerkannt ist. Deshalb habe ich heute einen Vorschlag für die Opposition. Sie haben heute die Chance, dabei zu sein. Verlassen Sie das Lager der Neinsager, stimmen Sie dem besten Haushalt in dieser Wahlperiode zu.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Widerspruch und Lachen bei der Opposition
- Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie unseren Änderungsanträgen zustimmen, machen wir das!)

Nach den Haushalten in 2008, 2009, 2010, 2011 ist 2012 der beste in dieser Wahlperiode. Ich kann nur noch mal sagen: Verlassen Sie das Lager der Neinsager und Dauerkritiker.

(Alexander König (CSU): Letzter Aufruf! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Was wurde dann bisher vorgelegt?)

Damit hätten Sie die Chance, am bayerischen Erfolg teilzuhaben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir mit der Debatte fortfahren, darf ich der Dame, die gerade am Stenografenpult sitzt und arbeitet, nämlich Frau Daschner, ganz, ganz herzlich Dank sagen. Frau Daschner, 22 Jahre haben Sie hier im Plenarsaal und auch schon im alten Plenarsaal Ihren Dienst getan und großartige Arbeit für das Hohe Haus geleistet. Sie gehen in den verdienten Ruhestand, werden allerdings ab und an noch aushelfen. Ganz, ganz herzlichen Dank im Namen des Hohen Hauses. Unsere guten Wünsche begleiten Sie.

(Beifall - Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl überreicht im Namen von Präsidentin Barbara Stamm einen Blumenstrauß)

Wir fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Pointner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege, wir sind ganz aufmerksam.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben gerade eine gute Stimmung. Ich möchte Sie eigentlich nicht verderben, aber ein paar Dinge in Richtung Ministerpräsident muss ich doch sagen.

Zunächst aber mein Kompliment an die Stenografinnen und Stenografen. Sie sind in der Lage, einen Text, auch wenn ein Dialektwort dazwischenrutscht, in ein vernünftiges Deutsch umzusetzen, sodass er für alle lesbar ist. Ich bin ganz begeistert, wie sie das Protokoll führen. Noch einmal von mir meinen herzlichen Dank. Das gilt nicht nur für das Ober- oder Niederbayerische, sondern auch für das Fränkische und Schwäbische und die weiteren Dialekte, die wir in Bayern sprechen.

(Beifall)

Lieber Kollege Winter, wir würden gerne dem Haushalt zustimmen. Hätten Sie unseren bescheidenen Anträgen zugestimmt, wäre das überhaupt kein Problem. Nun müssen wir den Haushalt leider ablehnen, was Sie gar nicht anders erwartet haben. Ich verstehe das. Sie sagten, Bayern stehe vergleichsweise gut da. Sie haben die Verantwortlichen genannt. Leider muss ich als ehemaliger Kommunalpolitiker immer wieder sagen: Vergessen Sie die Kommunalpolitiker, die Leute vor Ort in den Gemeinden nicht.

(Georg Schmid (CSU): Die vergessen wir nicht!)

- Aber von ihnen geredet wurde nicht.

Die Kommunalpolitiker tun alles, damit die Wirtschaft läuft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Teilen der SPD)

Den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses danke ich für die gute Zusammenarbeit. Wir haben den Haushalt in den letzten Wochen unter allerhöchstem Druck durchgebracht. Die Uneinigkeit der Regierungsfraktion hat uns die Sache nicht erleichtert. Etwa wurden kurz vor Sitzungsbeginn 15 Tischvorlagen eingebracht. Es gab keine Möglichkeit, diese mit den fachlich zuständigen Kollegen und Mitarbeitern abzusprechen. Wir mussten sofort entscheiden. Das war eine absolut ungute Situation. Ich bitte, dass man das abstellt. Uns wird aufgegeben, unsere Anträge mindestens eine Woche vor den Ausschusssitzungen einzureichen, weil sie sonst nicht vorbereitet werden könnten. Die Regierungsfaktionen halten sich leider nicht daran.

Nach all den Erfahrungen in den letzten drei Jahren erwarte ich nicht unbedingt einen fairen oder vernünftigen Umgang mit unseren Anträgen. Sie werden in der Regel meist ohne nähere Betrachtung abgelehnt, weil sie von der Opposition kommen. Später reichen Sie sie dann als eigene Anträge ein, nachdem ein Komma anders gesetzt oder ein Satz anders gestellt wurde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind Unsitten!)

Eines sollte aber gegeben sein, dass nämlich für alle Fraktionen die gleichen Bedingungen bezüglich des Zeitplans und dem Einbringen der Anträge gelten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Gipfel ist aber, dass heute kurz vor Beginn der Sitzung ein Antrag der Regierungsfaktionen betreffend den Breitbandausbau vorgelegt wurde. Ich habe den Antrag erst mittags bekommen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Der Antrag der FREIEN WÄHLER wurde später eingereicht!)

- Ja, wir mussten nachziehen.

Der Breitbandausbau ist eine wichtige Sache. Wir diskutieren schon seit drei Jahren darüber. Monatelang wurde diskutiert. Alle, die SPD, die GRÜNEN und wir haben Anträge gestellt. Nun kommt der Antrag der Koalitionsfraktionen zwei Stunden vor der Sitzung auf den Tisch. In den Diskussionen im Haushaltsausschuss hieß es stets, es gebe kein Programm, und das Geld sei nicht vorhanden. Die Anträge wurden stets wegen Geldmangels abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb haben wir keinen Antrag gestellt, Herr Ministerpräsident!)

Plötzlich gibt es ein Programm. Ich hoffe, dass der Breitbandausbau jetzt funktionieren wird. Wir haben deshalb Anträge gestellt. Da es ein Programm gibt und Sie Geld ausgeben wollen, sollten Sie, Herr Wirtschaftsminister, nicht kleckern sondern klotzen, wie Sie selbst gesagt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Heute wurde der Bund als Finanzier genannt. Das Land Bayern sollte Antrag stellen. Schließlich wurde die ESM-Aufstockung auch ruckzuck beschlossen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sollten beim Bund einen Antrag stellen!)

Meine Damen und Herren, als Finanz- und ehemaliger Kommunalpolitiker möchte ich vor allem vom kommunalen Finanzausgleich sprechen. Mein Kollege, Herr Reichhart, wird zu den anderen Haushaltsthemen noch etwas sagen. Noch im November haben sich der Finanzminister und die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände beim gegenseitigen Loben, wie fantastisch doch der kommunale Finanzausgleich sei, geradezu überschlagen. Dabei haben sie sich so kräftig auf die Schultern geschlagen, dass es beim Zusehen schon wehgetan hat. Jetzt, wenn das Gesetz zum kommunalen Finanzausgleich verabschiedet werden soll, sagen der Herr Finanzminister, seine Fraktion und der Präsident des Gemeindetags, dass dieser kommunale Finanzausgleich

dringend reformiert werden müsse. Damit liegen Sie gar nicht so falsch. Wir FREIEN WÄHLER haben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs immer die Stärkung schwächerer Kommunen gefordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt. Die Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Verbundanteils sollten den finanzschwachen Kommunen zugutekommen. Der eigentliche Grund für die geforderten Änderungen sind die überraschenden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 140 Millionen Euro an die Stadt München im Jahre 2012. So war das nicht ausgemacht, da sich der dortige Oberbürgermeister sogar erdreistet, als Spitzenkandidat der SPD bei der nächsten Wahl anzutreten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein Schwerverbrechen!)

Herr Finanzminister, ich wundere mich über Sie. Wie verhandeln und gestalten Sie den Finanzausgleich? Ich gehe davon aus, dass Sie Modellrechnungen anstellen, um zu erfahren, was bei der einzelnen Kommune herauskommt und wie sich Kriterien wie die Demografie auf die Kommunen auswirken. Wenn Sie das nicht gemacht haben, ist das nicht professionell.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen war bereits seit November, jedoch spätestens seit Dezember bekannt, wie viel die einzelnen Kommunen bekommen werden. Nachdem die Stadt München 2010 erhebliche Einbrüche bei den Steuereinnahmen hatte, insbesondere bei der Gewerbesteuer, war klar, dass sie bei weiter steigenden Sozialkosten mehr Schlüsselzuweisungen als im Jahr vorher erhalten würde. Vielleicht haben Sie das schon gewusst und eine gewisse Schonfrist abgewartet, bevor Sie gegen die Stadt München losgegangen sind.

Ich gebe zu, dass eine grundsätzliche Änderung des Finanzausgleichs schwierig ist. Jedes Drehen an einer Stellschraube bringt Gewinner und Verlierer hervor. Außerdem

gibt es auch rechtliche Grenzen wie das Verbot der Übernivellierung. Gleichzeitig gibt es den Gleichbehandlungsgrundsatz, der besagt, dass gleiche Sachverhalte gleich und ungleiche Sachverhalte ungleich behandelt werden müssen.

Wenn Sie an der Schraube der Einwohnerveredelung drehen, ist nicht nur München, sondern sind auch Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Hof sowie andere Kommunen, ob arm oder reich, betroffen. Das Plenum bietet weder Zeit noch Gelegenheit, über die verschiedenen dezidierten Änderungen des Finanzausgleichs zu reden. Dafür müssten verschiedene Vorschläge erarbeitet und durchgerechnet werden. Vor allem müssten verschiedene Vorschläge erarbeitet und durchgerechnet werden. Vor allem müsste mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert werden. Das haben Sie vor, Herr Finanzminister. Wir erwarten, dass die Vorschläge bis zur nächsten Finanzausgleichsverhandlung rechtzeitig auf dem Tisch liegen. Wir erwarten ebenfalls, dass wir mitdiskutieren dürfen, um unsere Ideen und Vorschläge einzubringen.

Ein Letztes zum kommunalen Finanzausgleich: Der Finanzausgleich ist nur bedingt geeignet, um unterschiedliche Lebensverhältnisse in unserem Land zu beseitigen. Dazu ist vielmehr eine gezielte Strukturpolitik erforderlich wie der vorher genannte Breitbandausbau, die Wirtschaftsförderung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Das fordern wir FREIE WÄHLER, seit wir im Landtag sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den Finanzausgleichsleistungen im Konkreten: Die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund auf 12,5 Punkte war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dies wurde von uns FREIEN WÄHLERN schon lange gefordert, jedoch von Ihnen immer abgelehnt. Jetzt ist es soweit. Das ist gut für die Kommunen. Eine weitere Erhöhung ist für die Zukunft jedoch unabdingbar, um die Mehreinnahmen gezielt für strukturschwache Gemeinden verwenden zu können. Nach wie vor fordern wir auch - da bin ich hartnäckig - eine Erhöhung des staatlichen Anteils an der Kfz-Steuerersatzleistung von 51 auf 55 % sowie eine Erhöhung der staatlichen Beteiligungen an den Schülerbeförderungskosten. Die Verbundleistungen bzw. die Beteiligung an den

Schülerbeförderungskosten waren schon erheblich höher. Der Staat hatte sich zu 80 % an der Schülerbeförderung und zu 65 % an der Kfz-Steuerersatzleistung beteiligt.

Meine Damen und Herren, der Freistaat hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2030 ohne Schulden dazustehen. Das Ziel könnte erreichbar sein. Es gibt jedoch viele Unwägbarkeiten, wie das Auf und Ab der Konjunktur und die Schuldenkrise. Herr Ministerpräsident, die roten Linien, die ständig von Ihnen aufgestellt werden, erinnern mich an Zebrastrifen: Für jeden Schritt kommt ein neuer Streifen, und es geht trotzdem weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Weiterentwicklung der Landesbank ist heute schon diskutiert worden. Wie sich der Länderfinanzausgleich nach dem Jahr 2019 gestalten wird, wissen wir nicht. Wer hat die Probleme beim Länderfinanzausgleich und der Landesbank verursacht? Der Länderfinanzausgleich ist von Ihrem Vorgänger im Jahre 2001 vereinbart worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der hat zugestimmt im Bundesrat!)

An der Landesbank - das brauche ich nicht zu wiederholen - war die Staatsregierung bzw. waren die Vertreter der Staatsregierung maßgeblich beteiligt. Den Schuldenabbau beim Staat kann man angehen, jedoch ist für die meisten Kommunen das Ziel einer schuldenfreien Gemeinde unerreichbar, wenn sich bei der Gemeindefinanzierung nicht grundsätzlich etwas ändert. Wenn von 2.056 Gemeinden und 71 Landkreisen in Bayern 180 schuldenfrei sind, ändert das nichts. Die Sozialkosten steigen weiter, selbst wenn mit der Übernahme der Grundsicherung durch den Bund eine Abschwächung des Anstiegs zumindest bis zum Jahre 2015 erfolgt. Die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Pflege, die Jugendhilfe und die zusätzlichen Kosten für die Umsetzung der Inklusion in den Kommunen lassen die Kosten weiterhin steigen. Ich kenne genügend Kommunen, die jede Investition nur über neue Schulden finanzieren können. Es besteht ein erheblicher Investitionsbedarf nicht nur für Neubauten, son-

dern vor allem für Sanierungen. Dabei geht es nicht nur um historische und denkmalgeschützte Bauten. Viele kommunale Gebäude sind in den 60er- und 70er-Jahren errichtet worden. Bei diesen stehen jetzt Sanierungen an. Für den Erfolg der Energiewende wäre es ebenfalls ungeheuer wichtig, energetische Sanierungen an kommunalen Gebäuden vorzunehmen. Diese Ausgaben können die Kommunen nicht alleine schultern. Deshalb haben wir 10 Millionen Euro für ein Sonderprogramm beantragt, um kommunale Bauten energetisch sanieren zu können. Das Konjunkturprogramm II hat deutlich gezeigt, wie hoch der Sanierungsbedarf bei den Kommunen ist. Ohne ausreichende staatliche Hilfen und Förderungen können die Kommunen dies nicht leisten.

Der Einzelplan 13 sieht eine Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro vor. Im Rahmen der Haushaltseinbringung haben wir bereits ausgeführt, dass wir dies für richtig halten, weil in finanziell guten Zeiten Schulden abgebaut und die Mittel nicht in Rücklagen gebunkert werden sollten. Ein Schuldenabbau, der notwendig und richtig ist, ist nur dann zielführend, wenn die Gemeinden die Möglichkeit haben, ihre Schulden im Gleichklang mit dem Freistaat abzubauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Bund sollte ebenfalls nicht nur eine Verringerung der Neuverschuldung anstreben, sondern ebenfalls bestehende Schulden abbauen. Dem Bürger bringt es nichts, wenn der Freistaat nach und nach schuldenfrei wird, die Kommunal- und Bundesschulden aber weiterhin steigen oder auf einem hohen Niveau verharren. Gerade die Kommunalleistungen, aber auch die Steuer- und Sozialgesetzgebung des Bundes orientieren sich an den vorhandenen Finanzmitteln und betreffen den Bürger, egal ob er in Bayern oder woanders wohnt, gravierend. Es wäre ehrlich, wenn die CSU und die FDP, die in Berlin noch an der Regierung beteiligt sind, konsequent an den Schuldenabbau beim Bund denken würden. Das lässt sich nicht erreichen, wenn immer neue Leistungsgesetze geschaffen und gleichzeitig Steuersenkungen gefordert werden. Nebenbei gesagt, sehe ich durchaus Spielraum für den Abbau der kalten Progression, die je-

doch durch die grundgesetzlich notwendige Erhöhung bei den Grundfreibeträgen für das Existenzminimum zumindest teilweise aufgefangen wird.

Ein Schuldenabbau in Bayern darf nicht zulasten des Bauunterhalts gehen, weil damit nur Lasten in die Zukunft verschoben würden. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, pauschal 70 Millionen Euro zusätzlich für den Bauunterhalt einzustellen. Die Regierungsfractionen haben dann in einer Tischvorlage einen Gesamtbetrag von 100 Millionen Euro plus 45 Millionen Euro für den kleinen Bauunterhalt eingestellt. Allerdings ist dieser Betrag nicht allein für den Bauunterhalt vorgesehen.

Der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage müssen selbstverständlich weiter bedient werden, wenn ausreichend Finanzmittel vorhanden sind. Diese sind ausreichend vorhanden. Nach unseren Berechnungen hat man Ende 2012 noch eine Rücklage von über 2 Milliarden Euro. Vielleicht sind es sogar mehr; es hängt von den Steuereinnahmen in diesem Jahr ab.

Die Einzahlungen in den Versorgungsfonds und in die Versorgungsrücklage sind Vorsorgemaßnahmen für die Zukunft. Wir alle wissen ja nicht, was ab 2018 bis 2023 - in diesen Jahren könnte man Zugriff auf diese Rücklagen nehmen - auf uns zukommt.

Der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage sind auch dafür da, dass die Beamten nicht immer als Sündenbock hingestellt werden, wenn die Haushaltsmittel knapp werden.

(Beifall bei den FREINE WÄHLERN)

Was in den letzten Jahren geschehen ist, ist geradezu typisch: Bei knappen Kassen greift der Staat sofort auf die Beamten zurück und nimmt deren Geld als Manövriermasse, um den Haushalt auszugleichen. Die Nullrunde, die Senkung der Eingangsbesoldung, die Wiederbesetzungssperre, aber auch die für 2012 vorgesehene Anhebung der zweiten Stufe der Besoldung zum 1. November sind genau Beispiele dafür, dass zwar die Beamten Diener des Staates sind, sich der Staat aber bei ihnen bedient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bezüglich der Beteiligungen des Freistaats wird es Sie nicht überraschen, wenn ich das Darlehen der Flughafen München GmbH anspreche. Wir haben die Rückzahlung des Darlehens in Höhe von 250,5 Millionen Euro an den Freistaat gefordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben zugesagt, dass keine Steuermittel für den Bau der dritten Start- und Landebahn des Flughafens verwendet werden sollen. Wenn die dritte Bahn nicht gebaut wird, was wir alle hoffen und was wahrscheinlich ist, dann braucht man das Darlehen sowieso nicht, so dass es zurückgezahlt werden kann. Aber wenn Sie weiterhin die Absicht zum Bau der dritten Bahn haben, dann geht es um den Einsatz von Steuermitteln. Denn die Darlehen stammen unstreitig aus Steuermitteln. Wenn die FMG investiert, wird sie wohl keine Gewinne mehr machen. Zinsen auf das Darlehen brauchen nur gezahlt zu werden, wenn Gewinne gemacht werden. Das gilt rückwirkend für vier Jahre. Inzwischen sind schon Milliardenbeträge an Zinsen aufgelaufen, die aber nicht gezahlt werden.

Es werden also direkt oder indirekt Steuermittel aufgewendet, wenn die Darlehensbeträge nicht zurückgefordert werden.

Was ich gesagt habe, gilt auch für den Darlehensanteil der Stadt München. Wenn die Stadt München ihr Darlehen nicht zurückfordert, ist die Fragestellung der Stadt in dem Bürgerentscheid schlichtweg falsch. Die Stadt hat in ihrer Fragestellung nämlich ausgeführt, dass eine Zustimmung zur dritten Bahn nur erfolgen soll, wenn sich die Stadt an den Kosten nicht beteiligen muss. Dasselbe gilt für den Freistaat. Die Zinsen werden der Stadt fehlen. Solche Zinsen sind Erträge aus eingesetzten Steuermitteln.

Zum Schluss gehe ich auf die Ausführungen des Obersten Rechnungshofs ein, die wir heute bekommen haben. Da geht es um die Stellensituation der Finanzverwaltung. Wir FREIEN WÄHLER fordern, seit wir im Landtag sind, dass mehr Finanzbeamte ein-

zustellen sind. Natürlich geht es dabei auch um Anwärter; denn die Kräfte müssen zum Teil erst ausgebildet werden. Sie haben dafür jetzt zwar endlich 340 Stellen geschaffen, aber es fehlen noch 1.900 ausgebildete Beamte. Hier muss also kräftig nachgebessert werden. Ich hoffe, dass Sie das im Haushalt 2013 nachholen. Der ORH hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Steuerausfälle in Höhe von Hunderten von Millionen Euro zu erwarten bzw. schon eingetreten sind. Überdies finden diejenigen sonst ein Paradies vor, die Steuern hinterziehen wollen. Solches wollen wir hier in Bayern nicht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Claudia Stamm das Wort.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Bei der Einbringung des Haushalts haben wir hier den Dutzendteich kennengelernt. Es ist ein Teich, von dem ich inzwischen einiges erfahren habe. Sie wollten hier in der Ersten Lesung das Bild zeichnen: Es gibt eine Opposition, die nicht weiß, wohin es geht. Sie sprachen sogar von einer Regierung aus drei Fraktionen, die den Kurs des Bootes nicht einhalten kann.

Anlässlich der Verabschiedung des Haushalts muss ich sagen: Dieses Bild geben Sie ab, liebe Staatsregierung und liebe Staatsregierungsfraktionen. Es gibt da einen Kapitän; das ist Herr Ministerpräsident Seehofer. Der gibt den Kurs allerdings aus der Ferne vor. Das Ruderboot ist ziemlich klein. Der Ministerpräsident und Kapitän weiß, dass der Kurs nicht einzuhalten ist. Deswegen befindet er sich lieber in Sicherheit.

Dann gibt es einen Steuermann, den Finanzminister. Der hat den Auftrag, den Kurs einzuhalten. Das macht er gern. Denn mit dem angedachten Kurs macht man hauptsächlich Schlagzeilen. Ein Slalom auf Wasser, also nichts als Schlagzeilen. Deswegen macht der Finanzminister das gern.

Rudern tun die zwei Haushaltssprecher der Fraktionen, Herr Winter und Herr Klein. Auch sie wissen ziemlich genau, dass der Kurs nicht einzuhalten ist. Trotzdem versuchen sie, das Boot nicht kentern zu lassen. Sie widersprechen ihrem Steuermann und ringen nach Worten, und zwar ganz konkret auf der Pressekonferenz, wo sie den angeblichen Tilgungsplan kommentieren oder nicht kommentieren wollten. Die Hilflosigkeit war relativ offensichtlich, als es darum ging, den Kurs - sprich: den Tilgungsplan - zu kommentieren bzw. nicht zu erklären.

Nachdem der Dutzendteich so flach ist, was ich inzwischen erfahren habe, dass es ganz egal ist, ob sie kentern oder nicht, kann man sagen: Das Kentern ist nicht schlimm; denn sie ersaufen nicht, aber jedenfalls werden sie nass.

Tatsache ist aber die Politik, die Sie gerade betreiben. Sie versprechen allen alles. Gleichzeitig versprechen Sie Schuldenabbau. Damit müssen Sie baden gehen; denn das ist eine Politik, mit der man nicht anders kann als baden zu gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist eine unseriöse Einschätzung bzw. Vorgabe der Regierung, wenn gesagt wird, dass jährlich die Schulden um 2 Milliarden Euro abgebaut werden könnten. Von der Regierung müsste nämlich erst einmal zugegeben werden, dass die Verschuldung in Bayern bei 32 Milliarden Euro liegt. Darin sind auch die Landesbankschulden enthalten. Die 10 Milliarden Euro Landesbankschulden darf man dabei nicht totschweigen.

Bayern ist mit 32 Milliarden Euro verschuldet - das ist Tatsache -, ganz zu schweigen von den verdeckten, den impliziten Schulden. Es ist keine seriöse Prognose möglich, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Dass der Schuldenabbauplan nicht funktioniert, zeigt auch die Unstimmigkeit innerhalb der Regierungsfaktionen. Das war auch heute wieder auf der Pressekonferenz so, die die FDP gegeben hat. Da hieß es, dass die Zinsen für etwas anderes ausgegeben werden sollten, als ursprünglich geplant war. Ursprünglich war nämlich an die Pensionen gedacht, während jetzt wieder von Schuldentilgung gesprochen wird. Dieses Verhalten ist nichts Neues.

Werfen wir einen Blick zurück und sehen uns das Beispiel des Abbaus der Neuverschuldung bis zum Jahre 2006 an. Dieser Abbau hat nicht funktioniert. Die Staatsregierung plante damals einen kontinuierlichen Schuldenabbau mit dem Ziel, 2006 auf Null zu stehen. Stattdessen hatten wir beim Abbau seit 2001 einen heftigen Schlingerkurs und eine insgesamt deutlich höhere Neuverschuldung als geplant.

Hierbei war die explodierend angestiegene Neuverschuldung im Jahr 2005 besonders auffällig. Das war also ein Jahr, bevor man die Null versprochen hatte. Auch da kann man sagen: Die Staatsregierung hat mehr versprochen, als sie halten konnte. Denn sie hatte keine geeigneten Konzepte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim sogenannten Schuldenabbau spielte die BayernLB eine Rolle. Die BayernLB wird beim Schuldenabbau keine Hilfe sein. Sie macht keinen Gewinn. Sie erfährt auch keinen Wertzuwachs. In dem Maß, in dem die Bank Rückzahlungen leistet, sinkt der Wert der Bank. Es handelt sich um ein Nullsummenspiel: weniger Schulden, aber auch weniger Vermögen. Das kann nur funktionieren, wenn man, wie es die Staatsregierung tut, keine Gesamtbilanz aufstellt.

Ob die Bank angesichts von Basel III überhaupt etwas zurückzahlen kann oder mehr Eigenkapital braucht, steht nicht endgültig fest. Wenn die Sparkassen stärker an der Rettung der Bank beteiligt werden - darüber wird heute Abend verhandelt -, sinkt der Anteil des Staates an der Bank.

Herr Minister Söder, Sie sprachen vorhin davon, dass Sie von der BayernLB die 11 Milliarden Euro zurückhaben wollen. Die Bank ist aber zur Mitte letzten Jahres nur 5 Milliarden Euro wert gewesen. Wie soll das gehen? Woher wollen Sie die 11 Milliarden Euro nehmen?

Herr Ministerpräsident Seehofer sagte in seiner Haushaltsregierungserklärung im Januar, bevor der Haushalt überhaupt in dieses Parlament eingebracht war: Schulden

machen ist unmoralisch. Aber dann ist der Herr Ministerpräsident ebenfalls unmoralisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Versteckte Schulden und Unterfinanzierungen gibt es in Bayern genug. Die Regierung Stoiber war übrigens auch unglaublich unmoralisch. Während Stoibers Regierungszeit ist die Verschuldung von knapp 18 Milliarden auf 23 Milliarden Euro gewachsen, obwohl in dieser Zeit 6 Milliarden Euro an Privatisierungserlösen zusätzlich zu den Steuereinnahmen zu verzeichnen waren. Nebenbei gesagt: Gleichzeitig ist das Staatsvermögen entsprechend gesunken.

Ich spreche von den tatsächlichen Schulden in Bayern. Auf die kommunalen Schulden wird nachher meine Kollegin Christel Kamm eingehen. Verdeckte Schulden sind der größte Batzen. Das sind die Versorgungsverpflichtungen gegenüber den Beamtinnen und Beamten. Damit kommt eine richtige Lawine auf uns zu.

Die grüne Fraktion hat in Anlehnung an eine Anhörung, die im Landtag stattfand, die verdeckte, implizite Verschuldung auf 100 Milliarden Euro beziffert. Am selben Tag hat sie Professor Raffelhüschen für Bayern mit 200 Milliarden Euro benannt.

Die Straßen, die ja so kaputt sind, werden vom Obersten Rechnungshof regelmäßig mit 700 Milliarden Euro verdeckter Verschuldung benannt. Solche Summen können wir uns überhaupt nicht vorstellen. Gehen Sie bitte daran, die verdeckte Verschuldung auf den Tisch zu bringen. Die muss abgebaut werden, bevor Sie mehr oder weniger bewusst mit Ihrem Boot auf dem Dutzendteich kentern und baden gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Drohung mit einer Klage beim Länderfinanzausgleich ist nichts anderes als reiner Populismus. Das Thema hatten wir schon öfter. Zugegeben, auch wir sind der Meinung, dass der Länderfinanzausgleich falsche Anreize setzt. Wir müssen das System verändern. Aber das muss durch Verhandlungen und Gespräche geschehen, nicht in

Karlsruhe. Zu diesem Zweck muss schnellstmöglich eine dritte Föderalismuskommission eingesetzt werden.

Die Verhandlungen zum jetzigen Länderfinanzausgleich waren ja langwierig. Wie wir gehört haben, ist über ihn sogar namentlich abgestimmt worden. Er ist von Ihnen mitgetragen worden. Der Herr Ministerpräsident hat dafür gestimmt. Der damalige Ministerpräsident Stoiber hat ihn als Erfolg verkauft. Aber jetzt gilt das, was damals verhandelt wurde, als Teufelszeug.

Verhandeln Sie also bitte, und legen Sie ein Konzept vor. Wir könnten übrigens ein Konzept vorlegen. Wir haben eines in Auftrag gegeben. Auch wir wollen die bisherige Form des Länderfinanzausgleichs ersetzen, und zwar durch ein neues System zur Verteilung des Umsatzsteueraufkommens auf die einzelnen Bundesländer. Damit wird erreicht, dass die Länder Mehreinnahmen in größerem Umfang als bisher behalten können. - So macht man verantwortliche Politik, nicht durch Drohung mit Klagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem Punkt kann ich Ihnen, Herr Finanzminister, aber durchaus recht geben. Der Umgestaltung des Länderfinanzausgleichs können wir zustimmen. Berlin hat als Bundeshauptstadt besondere Aufgaben; das ist ganz klar. Diese besonderen Aufgaben kann man gern direkt auch durch den Bund finanzieren lassen. Bei diesem einen Punkt haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Zusammenfassend ist zu sagen: Wenn der Länderfinanzausgleich nicht wäre, könnte Bayern seine Schulden schnell zurückzahlen. Aber stimmt das wirklich? Wohl eher wäre Bayern heute doch noch ein Agrarstaat, wenn der Länderfinanzausgleich nicht wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme noch einmal zum Schuldenabbau. Wer könnte denn etwas dagegen haben? Schulden tilgen sollte unser aller Ziel sein. Bei der Haushaltspolitik haben Ehr-

lichkeit und Transparenz allerhöchste Priorität. Aber auf wessen Kosten werden Schulden denn abgebaut? Dazu haben wir bei Ihrem angeblichen Schuldentilgungsplan noch gar nichts gehört. Geht das auf Kosten der Kommunen, die die verdeckte Verschuldung erhöhen, indem sie weiterhin nicht ordentlich für Pensionen vorsorgen? Geht das auf Kosten der Beamtinnen und Beamten insgesamt?

Angekündigt war, bei den Beamtinnen und Beamten einsparen zu wollen. Doch auch bei der jetzigen Detaildarlegung zum Schuldenabbau gibt es hierzu kein Wort. Fazit: Der Schuldenabbau ist nichts als ein PR-Gag. Der Wahlkampf lässt grüßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe schon bei der Einbringung des Haushalts gesagt: Bis zur Wahl wird es einen zweigeteilten Ministerpräsidenten geben. Wir haben uns schon daran gewöhnt, dass der Ministerpräsident heute dieses und morgen jenes sagt. Aber jetzt hat dies eine neue Qualität. Es wird nicht heute dieses und morgen jenes geben, sondern es wird heute gleichzeitig dieses u n d jenes geben.

Dieses Bild passt nicht ganz, weil der Ministerpräsident ja zweimal Gutes verkündet oder verkünden will. Aber ich frage mich schon, ob Herr Seehofer als Dr. Jekyll und Mr. Hyde gesehen werden kann. Auf der einen Seite gibt es Versprechungen hier und überall; er will alles zusagen und alles finanzieren. Auf der anderen Seite haben wir sein Versprechen zum Schuldenabbau.

Ich nenne ein konkretes Beispiel. Es geht um den Konzertsaal. München soll einen neuen Konzertsaal bekommen. Zum Glück ist die Diskussion seit dem gestrigen Interview in der "SZ" mit dem Musiker Klausenitzer nicht mehr so ganz Dr.-Heubisch-gesteuert. Genauso viel Geld wollen Sie auch im Rest Bayerns zur Förderung der Kultur ausgeben.

Gleichzeitig haben wir aber einen riesigen Investitionsstau bei allen Museen und sonstigen Kultureinrichtungen. Minister Heubisch spricht da von 700 Millionen Euro.

Gemäß der Antwort auf eine Anfrage meines Kollegen Dürr kommen wir aber ungefähr auf 2 Milliarden Euro. So viel Geld brauchen wir für die Investitionen und die Erhaltung dessen, was wir schon haben. Es ist ein Widerspruch, wenn Sie gleichzeitig auch noch Schulden abbauen wollen. Ich frage mich: Wie soll das gehen?

Fazit: Es muss ein Spagat ohne Ende gemacht werden. Ohne Ihnen oder Ihren athletischen Fähigkeiten zu nahe treten zu wollen, - den Spagat kriegen Sie nicht hin, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt spreche ich konkret zu Ihrem Nachtragshaushalt. Wo sind die Leitlinien der Haushaltspolitik und Ihre Prioritätensetzung? Es gibt keine Leitlinien, keine Strukturen in diesem Haushalt. Aus den Regierungsfractionen kommt ganz viel Kleinkram, aus dem Ministerium kommt viel PR.

Spannend war die Broschüre zum Haushalt. Sie wurde verkauft, schon bevor der Haushalt überhaupt in den Landtag eingebracht wurde und bevor wir ihn als Fraktionen hatten.

Wenn wenigstens stimmen würde, was in der Broschüre steht, aber noch nicht einmal dies ist der Fall. In der Broschüre tun Sie so, als wenn Sie unseren und den Forderungen des ORH endlich nachkämen und tatsächlich in der Steuerverwaltung mehr Menschen einsetzen würden. Dabei geht es um ca. 2,1 Millionen Euro. Was passiert mit diesem Geld aber tatsächlich? Sie gleichen damit nur die Fluktuation derjenigen aus, die verschwinden, weil sie den Staat in wirtschaftlich guten Zeiten als nicht zuverlässigen Arbeitgeber wahrnehmen und deswegen lieber in die Wirtschaft wechseln. Das ist wirklich so. Das kann ich diesen Menschen nicht verdenken.

Ich spreche jetzt über unsere Leitlinien zum Nachtragshaushalt. Den Nachtragshaushalt als solchen haben wir ernst genommen. Ein Nachtragshaushalt ist dazu da, nachzusteuern, wo es notwendig ist, entweder weil sich in der Einnahmeseite vehement

etwas verändert hat oder offensichtlich ist, dass in der Ausgabenseite etwas nachjustiert werden muss.

Bei der Ausgabenseite haben Sie an einigen Stellen mit zum Teil unzähligen Tischvorlagen, insgesamt 46 Tischvorlagen, nachjustiert. Zu Beginn der Sitzung hatten wir 15 Vorlagen - das war ein Rekord - auf dem Tisch. Ich frage mich schon, warum wir als Opposition uns eigentlich an Fristen halten, zu denen wir unsere Änderungsanträge einreichen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle sind gleich, aber manche sind gleicher - dieser Grundsatz gilt hier wohl eher.

An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei der Landtagsverwaltung, vor allem bei den Damen des Ausschussbüros. Denn diese haben eine Wahnsinnsarbeit geleistet. Die war bestimmt nicht leicht. Also ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben mit unseren Änderungsanträgen Prioritäten gesetzt und unsere Prioritäten klargemacht. Für diesen Haushalt betraf das die Themen Energiewende, Bildung und Inklusion.

Durch unsere Anträge haben wir klargemacht, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Sie geht uns alle an. Deswegen haben wir ein Paket geschnürt: mit Stellen für Sonderpädagogen, allgemeinen Pädagogen und Unterstützung der Kommunen in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel dem Schulbau und die Schulbusse.

Genau hier hätte der Nachtragshaushalt Sinn gemacht. Er hätte seinen Zweck erfüllen können. Der neue Antrag der interfraktionellen Arbeitsgruppe kam nach dem Doppelhaushalt und hätte deswegen eine vernünftige Unterfütterung im Nachtrag erfordert: Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ganz konkret: Wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen. Deswegen haben wir 20 Millionen Euro für die Hochbaumaßnahmen in den Kommunen eingesetzt. Auch das, was hier von der interfraktionellen Arbeitsgruppe an Personal auf den Weg gebracht wurde, reicht nicht aus. Das bekommen wir überall mit. Das ist das Feedback, das wir von den Eltern und von den Lehrern bekommen. Also haben wir zusätzlich 100 Lehrerinnen- und Lehrerstellen beantragt, um es leisten zu können, dass vermeintlich behinderte Kinder auch in die Regelschule gehen können.

Nein, die Hochschulen sind nicht inklusiv, nur weil es keine anderen gibt. So lautete die Begründung im Ausschuss bei den Beratungen zum Stammhaushalt. Diese Begründung ist zynisch, lieber Kollege Professor Barfuß.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen haben wir 20 Millionen Euro angesetzt: Fehlanzeige, Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Bildung. Das heißt für uns ganz klar: bis inklusive Studium. Die Studiengebühren wollen wir abschaffen, weil sie sozial ungerecht sind.

Der Ministerpräsident sagte dazu in seiner Regierungserklärung zum Haushalt im Januar, noch bevor der Haushalt überhaupt eingebracht war, daran möchte ich noch einmal erinnern: Studienbeiträge produzieren keine soziale Härte. Ein Drittel der Studierenden ist von den Studienbeiträgen befreit. Dieses Drittel ist aber kein soziales Kriterium. Dieses Drittel der Studierenden ist nur befreit, wenn es viele Geschwister hat. Es ist also kein soziales Kriterium. Deswegen stimmt es einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Ministerpräsident sagte weiter: Für alle anderen Studierenden gibt es günstige Darlehen, die erst in einem Zeitraum von bis zu 25 Jahren zurückgezahlt werden müssen. Hierzu nur eine kleine Randbemerkung: Schuldenmachen ist hier wohl nicht un-

moralisch? Die Schulden werden vom Staat auf die Studierenden geschoben und die Studierenden müssen auch nicht 2030 Jahre schuldenfrei sein, denn sie haben großzügigerweise 25 Jahre Zeit dafür.

Zu den Schulen. Mit Ihrem Entwurf zum Nachtragshaushalt haben Sie nachgebessert. Das ist richtig. Das geschah deswegen, weil Sie selbst gemerkt haben, dass viele Ihrer Zahlen, mit denen Sie blenden und verwirren, was die angeblich zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer betrifft, einfach nicht stimmen können. Also kam eine Bemerkung hellseherischer Art oder aus falschem Wissen heraus - warum auch immer? - des Ministers Spaenle, der behauptet hat, kw-Stelle im Haushaltsplan heiße "kann wegfallen". Richtig heißt es, "künftig wegfallen". Daraus hat man tatsächlich "kann wegfallen" gemacht, lässt diesen kw-Vermerk zum 1. August wegfallen und sichert sich damit circa 1.050 Stellen.

Aber, liebe Staatsregierung, Sie können doch nicht die alten Stellen, die Sie nicht wegfallen lassen, als neue verkaufen. Es geht hierbei nicht um Zaubertricks, sondern es geht hier um ehrliche Haushaltspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Schule ist aber so große Not am Mann bzw. an der Frau, dass wir Soforthilfe brauchen. Deswegen forderten wir in jeder Schulart 5 Millionen Euro zusätzlich, um den Schulen in ihrem Mangel sofort zu helfen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Aber sicherlich kommen Sie im nächsten Doppelhaushalt unseren Forderungen hierzu nach, denn dann stehen Wahlen an und gerade im Bereich der Bildung gilt es, Gemüter zu beruhigen. Doch so vergesslich werden die Menschen nicht mehr sein.

Es ist mittlerweile Brauch, unseren Forderungen immer schneller nachzukommen, siehe im Bereich der Krippen. Ganz abgesehen davon, dass der Abbau noch schneller vorangegangen wäre, wenn man nicht jahrzehntelang von Teufelszeug gesprochen hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Eltern eine wirkliche Wahlfreiheit haben. Wir wollen, dass es genügend Krippenplätze gibt. Wir wollen, dass die Kinder auch qualitativ gut betreut werden und vor allem wollen wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen, denn wenn jemand im nächsten Jahr seinen Rechtsanspruch geltend macht und klagt, dann wird nicht die Staatsregierung, sondern die Kommune belangt. Deswegen haben wir einen Krippengipfel im Fachausschuss gefordert und zu diesem Nachtragshaushalt klar gesagt: Das ist unsere Hauptausgabe, weil es auch unsere Hauptaufgabe ist. Es sind die Investitionen in den Krippenausbau.

In der Vorschule wird der Grundstein für die Chancengerechtigkeit gelegt. Es ist inzwischen eine Binsenweisheit und wurde immer wieder bestätigt, vor Kurzem erst von der OECD, dass wir in Deutschland viel zu wenig Geld in den Vorschulbereich stecken.

Wir wissen, dass unser Haushaltsansatz eine riesige Summe ist: 230 Millionen Euro. Das ist uns bewusst. Aber was haben die liebe Staatsregierung und die Sie tragenden Fraktionen in Ihrer Nachschubliste gemacht? Wohlgemerkt, nachdem die Staatsregierung im letzten Herbst außerplanmäßig eine Verpflichtungsermächtigung über 80 Millionen Euro beantragt hat, hat sie im Entwurf des Nachtragshaushaltes den eigenen Ansatz um das Doppelte, nämlich die Ausgaben um 92 Millionen Euro erhöht, um damit in der Nachschubliste die Verpflichtungsermächtigung auf rund 270 Millionen Euro für die kommenden Jahre noch einmal zu erhöhen.

Fazit: Sie mussten dreimal nachbessern, um auf einen halbwegs ausreichenden Betrag im Haushalt zu kommen und stellen uns gleichzeitig als unglaublich dar. Vorausschauende Haushaltspolitik geht anders.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zur Energiewende. Nur ganz kurz aufgrund der Zeit: Es ist lächerlich, dass Sie bei der energetischen Sanierung der Gebäude sogar noch gekürzt haben. Sie

haben die energetische Sanierung staatlicher Gebäude gekürzt - eigentlich sind das Hausaufgaben, die gemacht werden müssen und jetzt weiter verschleppt werden: Klassenziel nicht erreicht!

Für einen effizienten Klimaschutz braucht man eine andere Verkehrspolitik, nicht Straßen-, sondern Datenautobahnen. Das haben Sie heute gerade noch erkannt, deswegen der heutige Änderungsantrag. Wir werden Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen, weil wir nicht wollen, dass wieder per Gießkanne gefördert wird. Wir wollen die gleiche Summe, aber wir wollen sie zielgerichtet. Genau dort, wo das Internet ausgebaut werden muss, wollen wir fördern und dort wollen wir ansetzen. Das ist eine vernünftige Forderung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ihr stures Festhalten an der dritten Startbahn, obwohl die Flugbewegungen abnehmen und die Prognosen absolut unterschritten sind, ist nahezu grob fahrlässig, besonders dann, wenn man anschaut, wie viel Geld in zwei andere Flughäfen in Bayern gesteckt wird. Lenken Sie endlich ein! Sie haben schon genug Geld in Hof verbrannt. Das ist keine Regionalförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU)

Um bei der ehrlichen Haushaltspolitik zu bleiben: Unser Haushaltsentwurf deckt sich nicht ganz mit den Steuermehreinnahmen. Wenn wir allerdings wie Sie die Investitionen beim Krippenausbau in eine Verpflichtungsermächtigung umwandeln würden, so wie Sie es gemacht haben, dann deckt es sich auch mit den Steuermehreinnahmen. Sie sind ein Meister im Verschieben und Verdecken der Kosten, wir dagegen wollen die verdeckten Schulden beseitigen. Es wäre ein Anfang, wenn Sie diese endlich einmal auf den Tisch legen würden.

(Zuruf von der CSU)

Die Lage ist nicht so rosig, wie es die große Werbekampagne "Aufbruch Bayern" darstellt.

Zu unserem Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz.

(Zuruf von der CSU)

Zur Eingangsbesoldung. Die Steuern sprudeln, und Sie sagen den jungen Leuten: Wir müssen sparen, ihr bekommt nicht mehr Geld als das, was wir euch bei der Anwerbung gegeben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie es endlich zurück! Führen Sie wieder Steuergerechtigkeit in Bayern ein. "Schweiz light" zu sein, ist keine Antwort auf den Länderfinanzausgleich. Wie das geht, haben wir schon skizziert und Ihnen gerade in der Rede noch einmal dargelegt.

Zum ORH-Bericht haben wir heute noch einmal verheerende Zahlen gehört.

Zur Steuerfahndung in München: Obwohl es einen Landtagsbeschluss gibt, ist es eine Tatsache, dass es knapp 20 % Unterbesetzung bei der Steuerfahndung in München gibt. Im Jahr 2007 waren es knapp 7 % Unterbesetzung. Die Wiederbesetzungssperre zeigt sich als widersinniges Instrument. Das ist ein Bereich, in dem wir Geld einnehmen würden. Hungern Sie die Steuerverwaltung nicht aus, sondern stellen Sie genügend Menschen ein.

Der letzte Punkt des Trauerspiels ist der Pensionsfonds. Tatsächlich haben Sie in einer Ihrer Tischvorlagen eine Sonderzuführung von 100 Millionen Euro für dieses Haushaltsjahr eingestellt. Aber das ist doch weniger als im Gesetz steht. Deswegen ist es eine Minderzuführung. Das ist der richtige Begriff. Es ist eine vorzeitige Entnahme. Sie plündern den Fonds schon beim Einzahlen. Das ist ein Kunststück!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Tun Sie nicht so, als wären Sie die besseren Haushälter.

(Zurufe von der CSU)

Ich bin nicht diejenige, die darauf herumreitet, wie viel Sie mit der Landesbank in den Sand gesetzt haben. Aber das aktuelle Beispiel der Landesstiftung zeigt wieder einmal: Hätten Sie damals auf meine Vor-Vorgängerin Emma Kellner gehört - -

(Zuruf von der CSU: Nicht so aufregen!)

- Ich kann leider nicht lauter reden wegen meiner Stimme, deswegen muss ich intensiver werden.

(Zurufe von der CSU)

Frau Emma Kellner hat gesagt: Das Geld nicht nur bei der HVB anlegen, sondern 25 % in beständige Aktien, den Rest in deutsche Staatsanleihen und in kurzfristige Anlagen stecken, dass man schnell handlungsfähig ist. Das ist im Protokoll nachzulesen. Das Verbrennen des Vermögens der Landesstiftung wäre Ihnen so nicht passiert, wenn Sie die Empfehlungen damals befolgt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch wenn Sie noch so oft die Behauptung vor sich hertragen, Sie seien die besseren Haushälter - dadurch wird es nicht besser.

Insgesamt ist das Fazit: In Ihrem Nachtragshaushalt - von den unzähligen Tischvorlagen ganz zu schweigen - fehlen klare Prioritäten. Wir haben sie gesetzt. Unsere drei Schwerpunkte lauten: Energiewende, Bildung, Inklusion. Wir werden die Umsetzung im nächsten Haushalt, dem Doppelhaushalt, wieder anmahnen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Da brauchte man was Unterhaltsames - das hat ja Kreistagsniveau!)

- Herr Ministerpräsident, ich finde es relativ unangemessen, von der Seite solche Bemerkungen zu machen, um es einmal nett zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie unseren Anträgen endlich einmal zustimmen, wenn Sie endlich weniger die Dagegen-Partei sind, dann kommen Sie viel schneller zu Ihren Zielen, die Sie jetzt auch alle haben: zur Energiewende nach dem Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomkraft, zur Ganztagschule - insoweit sind wir immer noch hinten dran -, zum Krippenausbau. Alle Ziele würden Sie schneller erreichen, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen würden. Ganz nebenbei wäre das Ausdruck einer ehrlichen, transparenten Haushaltspolitik.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. - Wir fahren in der Aussprache fort. Nächster Redner ist Herr Kollege Karsten Klein. Ihm folgt Herr Kollege Reichhart. Bitte schön, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Vision ist ein schuldenfreies Bayern. Die FDP ist Taktgeber bei der Erreichung dieses Ziels.

In Bayern laufen bekanntlich die Uhren anders - seit heute auch die Schuldenuhr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Markus Rinderspacher (SPD):
Die Uhr ist falsch gestellt!)

Denn es gibt eine Position im bayerischen Haushalt, mit der wir weder die Gegenwart finanzieren noch in die Zukunft investieren: die Schulden, die in der Vergangenheit aufgenommen wurden und die wir bezahlen müssen - mit 1,1 Milliarden Euro Zinsen!

(Volkmar Halbleib (SPD): CSU-Schulden!)

Auch die Studie des Bundes der Steuerzahler kommt zu dem Schluss, dass die größte Gefährdung für die Haushalte der Länder die Zinsausgaben sind. In Bayern sind es, wie gesagt, 1,1 Milliarden Euro. Wir werden das ändern. Mit dem Beschluss des Landtags geben wir heute den Startschuss zu einer nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa beispiellosen Aktion: Wir tilgen Bayerns Schulden!

(Beifall bei der FDP)

Auf der Grundlage dieser Vision setzt die Koalition aus CSU und FDP zum vierten Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden auf. Wenn wir die Finanzierungssaldos, die vom Obersten Rechnungshof thematisiert worden sind, summieren und die Aufwendungen für die Landesbank herausrechnen - das muss man tun, wenn man das Regierungshandeln dieser Koalition beurteilen will -, dann kommen wir zu dem Ergebnis: Wir haben in Bayern mit der Kraft dieser Staatsregierung einen positiven Finanzierungssaldo erreicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Angesichts eines Schuldenstandes pro Kopf von 2.593 Euro im Jahr 2011, dem niedrigsten unter allen westlichen Bundesländern, bekommen wir Bestnoten. Deshalb möchte ich bei aller gelebten Kritik und Diskussion in diesem Haus klar sagen: Ich finde es schon etwas übertrieben, wie hier manche Vertreter der Oppositionsfraktionen uns gute Hinweise geben wollen. Ich kann Sie nur auffordern: Geben Sie diese Hinweise Ihren Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen! Die haben Bedarf an guten Ratschlägen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Auf unserer soliden Haushaltspolitik mit ausgeglichenen Haushalten - Träger dieser Politik sind CSU und FDP - setzt unser Fahrplan für die Schuldentilgung auf.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Der Zug wird ohne Sie fahren!)

Wir werden im Ergebnis des heutigen Beschlusses im Jahr 2012 eine Milliarde Euro tilgen und mindestens eine weitere Milliarde über den Doppelhaushalt 2013/2014. Die 1,1 Milliarden Euro, die wir gegenwärtig noch für Zinsen aufwenden, werden wir in Tilgungszahlungen umwandeln. Das ist ein wichtiger Baustein unseres Plans für die Schuldentilgung. Zudem werden wir unter Berücksichtigung von Verbesserungen im Länderfinanzausgleich jährlich Sondertilgungen stemmen. Damit realisieren wir unser Ziel: Bayern wird 2030 ohne Schulden sein.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Klar ist auch: Dieses Ziel kann nur mit einem klaren politischen Willen und einem klaren finanzpolitischen Kompass erreicht werden. Auch künftige politische Entscheidungsträger müssen diesen Kurs fortsetzen. Wir, die FDP in Bayern, sind dazu bereit. Wir stechen nur mit demjenigen in See, der mit uns gemeinsam diesen Kurs engagiert zu Ende führt. Wir setzen darauf, liebe Bürgerinnen und Bürger, dass Sie uns bei diesem Kurs unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist richtig, dass die Zielmarke, die wir uns gesetzt haben, diese große Vision - wir haben Visionen -, ohne die FDP nicht entstanden wäre. Wir hatten schon auf dem Parteitag im November 2011 beschlossen, dass die Schulden getilgt werden sollen. Wir waren es, die darauf gepocht haben, die zusätzlichen Steuereinnahmen des Jahres 2011 vorrangig für die Schuldentilgung zu verwenden. Wir haben in diese Richtung Druck gemacht.

Für uns als FDP-Fraktion ist klar: Bei zusätzlichen Steuereinnahmen sprechen wir in der Koalition zuallererst über die Themen Schuldentilgung und Generationengerechtigkeit. Dafür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Das alles ist kein Selbstzweck. Unser Ziel ist die Erhaltung der Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen und der künftigen politischen Entscheidungsträger, also uns selbst.

Zur Erklärung für Kollegin Claudia Stamm: Am Ende der Tilgungszeit werden wir die eine Milliarde Euro, die jetzt noch für Zinsen aufzuwenden sind, für Pensionszahlungen reservieren. Dabei geht es um verschiedene Zeiträume. Das wird man wohl noch auseinanderhalten können.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir verbessern damit die Situation in Zukunft stärker, als es bisher geplant war.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Versorgungsausgaben gehören zu den größten Herausforderungen in den nächsten Jahren. Deshalb ist es richtig, dass wir, CSU und FDP gemeinsam, uns auf ein neues System verständigt haben, dessen Basisbaustein die Schuldentilgung ist. Die bisherigen Bausteine Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds werden nicht geplündert, sondern zu einem Pensionsfonds zusammengeführt, in den der Freistaat ab 2012 100 Millionen Euro jährlich einzahlt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Viel zu wenig!)

Diese Ansparung werden wir in den nächsten Jahren fortführen, weil wir das Ziel haben - jetzt kommt die Begründung, warum das ein geschlossenes System ist, Herr Kollege Rinderspacher -, die Versorgungsausgaben ab 2023 mit Mitteln aus dem Pensionsfonds um bis zu 360 Millionen Euro zu dämpfen. Noch einmal: Ab 2030 steht uns eine Milliarde Euro zur Verfügung. Aus dem Versorgungsfonds, wie er bisher besteht, hätten wir in der Spitze nur 600 Millionen herausbekommen. Mit dem ab 2030 bestehenden Freiraum von einer Milliarde Euro verbessern wir die Situation zukünftiger Generationen erheblich. Das ist stringente Finanzpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben sich von der CSU über den Tisch ziehen lassen!)

Daran wird auch deutlich, dass uns die Botschaft an die Beamten wichtig ist: Wir wollen ihre Versorgungsansprüche auch in Zukunft sichern.

Mir ist durchaus aufgefallen, dass die Mitglieder der Fraktionen von SPD und GRÜNEN nicht klatschten, als Herr Pointner in seiner Rede behauptete, die Beamten in Bayern würden die Zeche zahlen, was sicherlich nicht stimmt. Dass es am Applaus von SPD und GRÜNEN gefehlt hat, mag damit zusammenhängen, dass Herr Kretschmann in Baden-Württemberg angekündigt hat, 130 Millionen Euro bei den Beamten einzusparen. Vielleicht geben Sie auch ihm ein paar Ihrer guten Hinweise, die wir hier nicht brauchen!

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der SPD)

Schuldentilgung und Versorgungsausgaben sind zwei Seiten einer Medaille. Sie sind im Einklang zu sehen. Deswegen haben wir im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen eine ehrgeizige Vision zu unserem Vorhaben.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich habe auch am letzten Wochenende wahrgenommen: So ganz trauen Sie das den Bayern nicht zu, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Wir aber schon.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir nicht!)

Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass die Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung geschrieben wird. Die FDP-Fraktion hat schon 2010 einen Entwurf vorgelegt - wir sind sicherlich diskussionsbereit -, wie wir uns die Schuldenbremse vorstellen.

(Harald Güller (SPD): Wem haben Sie den vorgelegt?)

- Ihr habt ihn auch, und zwar seit August 2011. Wir haben den Entwurf vorgelegt. Er liegt seit 2010 vor mit dem Inhalt, wie wir uns vorstellen, dass die Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden soll.

Es war ein wichtiger Schritt, dass die Schuldenbremse gemeinsam von allen Parteien auf Bundesebene in das Grundgesetz geschrieben wurde. Unser Credo ist, dass jeder mit seinem Geld haushalten muss - auch der Staat. Der Blick auf die EU-Schuldenkrise lehrt doch eines, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ausufernde Staatsfinanzen gefährden den persönlichen Wohlstand und Arbeitsplätze. Schuldenmachen ist das größte Risiko für die Zukunftsfähigkeit eines Staates. Deshalb ist das Signal, das wir heute setzten, absolut richtig. Die Schuldenbremse muss in der Bayerischen Verfassung verankert werden. Das ist generationengerechte Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP, Abgeordneten der CSU und der SPD)

Wir teilen die Auffassung des Obersten Rechnungshofs, der das heute noch einmal ausdrücklich bestätigt hat. Ich begrüße es, dass sich die SPD auf ihrem Parteitag in Bamberg endlich auch zur Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung bekannt hat. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen.

Wer seine Ausgaben erwirtschaften will, der braucht zuallererst einen ausgeglichenen Haushalt und dann natürlich Schuldentilgung. Bei uns haben sich die Einnahmen nicht an den Ausgaben zu orientieren. Letztendlich ist es unsere Aufgabe, in diesem Hohen Hause die Staatsaufgaben festzulegen. Ein starker, handlungsfähiger Staat fußt auf einer starken, handlungsfähigen Gesellschaft. Abzocke bei Leistungsträgern läuft dem zuwider, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Umso erschrockener muss man die Beschlüsse der GRÜNEN in Kiel und der SPD in Bamberg sehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Meinen Sie mit Leistungsträgern auch die Kassiererin?)

Die "Süddeutsche Zeitung", die völlig unverdächtig ist, hat zum Parteitag der GRÜNEN in Kiel getitelt: "Steuererhöhungsorgie". Das sind die Worte der "Süddeutschen". Bei den GRÜNEN ist erstaunlich, dass ganz oben im Finanzantrag, auf Seite 3, die Legalisierung von Cannabis steht, weil man sich davon erhebliche Steuermehreinnahmen erhofft.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die "Steuererhöhungsorgie" geht weiter. Die SPD hat am Wochenende einen Spitzensteuersatz von 49 % - da ist die Kirchensteuer noch nicht mal dabei - beschlossen, allerdings erst ab 100.000 Euro Einkommen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Die GRÜNEN wollen eine Vermögensabgabe einführen - sie soll 100 Milliarden Euro bringen - und später die Vermögensteuer. Auch da steht die SPD Gewähr bei Fuß. Also Wiedereinführung und Belastung!

Die GRÜNEN wollen eine Umsatzsteuererhöhung. Die Erbschaftsteuer soll spürbar erhöht werden. Da wünscht sich die SPD eine Reform. Wo sie hin will, sagt sie aber nicht. Da sollten Sie vielleicht einmal mit den FREIEN WÄHLERN reden. Denn die schließen die Erbschaftsteuer in ihrem Programm von 2008 aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Erklären Sie mal, wie es zu weniger Netto vom Brutto kommt!)

Sie streben eine Aufkommenssteigerung bei der Unternehmensbesteuerung an, ohne einen Betrag zu nennen. Sie wollen nicht den Mittelstand entlasten und die Großen mehr belasten, sondern Sie wollen alle mehr belasten. Das ist die Politik der GRÜNEN. Hinzu kommt die Ausweitung der Gewerbesteuer und, und, und.

Und wer sich bei dem ganzen Thema schlecht fühlt, weil er demnächst so sehr besteuert wird, weil Sie dem Leistungsträger in die Tasche greifen wollen für Ihre Programme, der kann sich beruhigen, indem er bei den GRÜNEN ins Programm schaut.

Da steht: Das ist alles nur Besteuerung mit ökologischer Verhaltenslenkung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da fühlt man sich natürlich gleich besser.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich wollte damit noch einmal klar machen, dass die Einnahmenseite des Freistaats Bayern ein wichtiger Posten ist. Wir kommen mit unseren Einnahmen aus. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt. Wir tilgen Schulden. Mit uns muss es einen ausgeglichenen Haushalt geben. Wir sind die Einzigen in Deutschland, die dafür eintreten, dass sich die Ausgaben nicht nach den Einnahmen richten müssen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Schuldenbremse, ausgeglichener Haushalt, Schuldentilgung - das alles ist möglich, wenn wir auch in die Zukunft dieses Landes investieren. Und wir investieren in dieses Land. Denn nur ein wettbewerbsfähiges Land, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft kann über Wachstum unseren Wohlstand erhalten und damit auch die Steuereinnahmen für den Freistaat Bayern möglich machen, die wir für unsere Vision brauchen.

Wir investieren beispiellos in der Bundesrepublik in dieses Land. 12,4 %! Das ist der Anteil des Haushalts, den wir investieren, während der Durchschnitt der westdeutschen Länder bei 9,4 % liegt. Wir liegen also um 3 % darüber. Das sind 5,8 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das ist beispiellos in der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Investitionskurve geht nach unten!)

- Nein, das stimmt nicht. 50 % unserer Ausgaben investieren wir in den Bildungsbereich. Weil das eben wieder falsch angesprochen worden ist: 5.500 zusätzliche Planstellen sind jetzt schon mit diesem Nachtragshaushalt erreicht. Wir hatten uns 5.000 Planstellen für die ganze Legislatur vorgenommen. Jetzt haben wir schon mehr erreicht, als wir uns vorgenommen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir investieren in den Technologietransfer, weil uns der wettbewerbsfähige Mittelstand wichtig ist. Es sind 30 Millionen Euro mehr allein über Fraktionsinitiativen für die nächsten Jahre bis 2014.

Ganz wichtig ist auch das Thema Studienplätze. Wir haben 38.000 zusätzliche Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang geschaffen. Wir haben 5.500 Plätze wegen der Aussetzung der Wehrpflicht geschaffen. Und wir starten heute mit noch einmal 10.000 zusätzlichen Studienplätzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im letzten Sommer 2011 waren die Zeitungen voll mit Erwartungen, wie schlimm der Herbst würde wegen des doppelten Abiturjahrgangs. Alle Stimmen sind verstummt. Das hat nur einen Grund: Wir haben den doppelten Abiturjahrgang, dieses Riesenprojekt gemeinsam mit den Entscheidungsträgern vor Ort, mit den Hochschulen, mit den Studierenden und natürlich mit dem Wissenschaftsministerium, vor allem mit unserem Wissenschaftsminister Dr. Heubisch, in hervorragender Art und Weise bewältigt. Wir sind Spitze beim Ausbau der Hochschulen in ganz Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Wir starten mit diesem Nachtragshaushalt heute in das letzte kostenfreie Kindergartenjahr. Mit 50 Euro ab 1. September 2012 - das sind 600 Euro in der Gesamtwirkung - entlasten wir junge Familien

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und ab 01.09.2013 in der zweiten Stufe mit 100 Euro. Das sind 1.200 Euro im Jahr! Das ist ein starkes Signal. Wir in Bayern sind das Familienland. Wir haben seit 2008 die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren vervierfacht.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es ist einfach nicht richtig, was immer behauptet wird, dass Bayern rückständig wäre. Seit 2008 haben wir einen enormen Aufholprozess durchgeführt. Im Gegensatz zur Landeshauptstadt München sind wir auf einem guten Weg,

(Markus Rinderspacher (SPD): Nur im Vergleich der Bundesländer ist es nicht so!)

dass wir den Bundesschnitt sogar überbieten werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir arbeiten aber auch in kleinen Feldern. Zum Beispiel liegt uns das Thema Asyl besonders am Herzen, insbesondere unserer sozialpolitischen Sprecherin Brigitte Meyer. Wir haben zusätzliche Mittel für die Asylsozialberatung eingestellt, und zwar über 800.000 Euro,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

damit die Beratungen fortgesetzt werden. Es ist doch schön, Herr Kollege Halbleib, wenn wir uns in der Zielsetzung einig sind. Ich bin mir völlig klar darüber, dass wir uns in dieser Zielsetzung einig sind.

Einen weiteren Punkt möchte ich erwähnen, auch wenn das nicht so viel Geld kostet. Dieser Punkt war mir persönlich sehr wichtig. Wir haben das Bildungs- und Teilhabepaket, das bisher eben nicht für Kinder von Asylbewerbern teilhabewirksam war, auf Vereinsmitgliedschaften für Kinder von Asylbewerbern ausgeweitet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Asylbewerberkinder

auch am Vereinsleben in Deutschland teilnehmen können. Wir mussten das über den Nachtragshaushalt durchsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben uns in diesem Nachtragshaushalt - das möchte ich noch einmal erwähnen, auch wenn es bei der Einbringung schon gesagt wurde - drei Schwerpunkte gesetzt: Im Bereich Bildung und Familie wurden über das, was im Stammhaushalt bereits enthalten ist, weitere 169 Millionen Euro eingesetzt, unter anderem, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Das ist ein absolut richtiges Signal, Kollege Spaenle.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie kam der Unterrichtsausfall denn zustande?)

Im Bereich Energie, Klima und Innovation wurden 126 Millionen Euro eingestellt. Wir haben in der Gesellschaft und in den Parteien im Jahr 2011, als der Haushalt schon beschlossen war, eine große Diskussion über einen beschleunigten Austritt aus der Kernenergie gehabt. Wir haben das im Nachtragshaushalt nachvollzogen, wie das Aufgabe eines Nachtragshaushalts ist, mit 126 Millionen Euro.

Wir haben 232 Millionen Euro im Bereich des demografischen Wandels und für die Stärkung des ländlichen Raums eingestellt. 232 Millionen Euro! Da spielt natürlich auch das Thema Glasfaserausbau, Breitbandförderung in Bayern eine große Rolle. Auch das haben wir angepackt. An dieser Stelle möchte ich noch einmal daran erinnern, nachdem in Bayern einmal eine Phase herrschte, in der alles der Markt geregelt hat, dass es FDP-Mitglied und Wirtschaftsminister Martin Zeil war, der beim Ausbau der Breitbandversorgung entschieden vorangegangen ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb habt ihr die Nachtsitzung gebraucht!)

Wir haben in Bayern ein Progrämmchen vorgefunden und statt 17 Millionen Euro gemeinsam mit der CSU 100 Millionen Euro eingesetzt.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Warum geben Sie nicht 100 Millionen Euro? - Volkmar Halbleib (SPD): Weil Äpfel keine Birnen sind!)

Mit diesem Grundstein der Versorgung sind nun 99 % der bayerischen Haushalte mit dem Internet verbunden. 80 % der Gemeinden - das sind 1.300 - haben das Förderprogramm wahrgenommen. Bayern liegt auf dem Spitzenplatz bei den Fördergeldern für den Breitbandausbau in Deutschland - nicht Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg, sondern der Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Weil sie früher angefangen haben, Herr Kollege! Sie haben es verschlafen, das ist die Wahrheit!)

Wir erreichen mit dem Ausbau bei neueren Versionen Spitzengeschwindigkeiten von 50 Megabit pro Sekunde. Das ist ungefähr das - damit Sie einen Vergleich haben -, was wir hier im Plenarsaal zur Verfügung haben. So schlecht kann also dieses Programm gar nicht sein.

Wir gehen nun mit der Glasfaserstrategie, die wir in einem ersten Schritt im Hinblick auf den demografischen Wandel und den Aufbruch für den ländlichen Raum beschlossen haben - die erste Stufe vorab für die besonders betroffenen Gebiete -, einen zweiten Schritt. Wir haben in der Koalition schon immer gesagt, dass wir einen zweiten Schritt für ganz Bayern gehen werden. Diesen gehen wir mit Staatsminister Zeil und mit der Unterstützung, die wir vom Bund in den nächsten Jahren einfordern. Die Glasfaserstrategie für Bayern umfasst sechs Punkte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum so spät?)

Ich möchte diese jetzt nicht im Einzelnen aufführen; Ihnen liegt der Änderungsantrag vor. Es ist richtig, dass wir diesen Weg nach vorn engagiert gehen. Vergangenheitsbetrachtungen, ob in früheren Jahren, vor 10 oder 20 Jahren, etwas verschlafen wurde, bringen uns an dieser Stelle nicht weiter.

(Volkmar Halbleib (SPD): Vor drei Jahren schon!)

Wir, CSU und FDP, wollen gemeinsam in die Zukunft sehen, und wir gehen gemeinsam in die Zukunft und setzen auf die Zukunft sowie auf die Köpfe der Zukunft in der Koalition.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ein weiterer Punkt in diesem Haushalt - das spricht für die Solidarität der Bayern - sind die 3,9 Milliarden Euro im Länderfinanzausgleich, die Kollege Söder bereits angesprochen hat. 3,9 Milliarden Euro stehen jetzt noch im Haushaltsplan. Nichts zeigt mehr, wie solidarisch wir sind. Das sind 50 % des Gesamtvolumens des Länderfinanzausgleichs. Es zeigt aber auch, dass wir Veränderungen in diesem Bereich benötigen. Ja, wir sind bereit, mit den Nehmerländern darüber Gespräche zu führen. Aber dieses Angebot - ich sagte es bereits mehrmals - gilt nicht endlos. Wir wollen bis zum Ende des Jahres zu einem Verhandlungsergebnis kommen. Sollte dies nicht gelingen, werden wir die Klage in der Bundesrepublik Deutschland vorantreiben und einreichen,

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das sind die Verhandlungsführer!)

denn wir möchten ein anreizorientiertes System. Die drei FDP-Fraktionen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern haben ein Gutachten auf den Weg gebracht, um Impulse dafür zu geben, wie ein neues Konzept aussehen kann: anreizorientiert, denn das momentane Konzept hilft weder den Nehmer- noch den Geberländern. Wir wollen gemeinsam nach vorn kommen, und der Auftrag ist im Ministerrat bis zum Ende des Jahres erteilt: Verhandlungsergebnis oder Klage.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ihr habt das Gesetz im Bundestag beschlossen!)

Der Rechnungshof hat uns im Dezember 2011 noch zu wenig Ehrgeiz beim Thema Schuldentilgung vorgeworfen. Damals haben wir gemeinsam in der Koalition beschlossen, 250 Millionen Euro als Entwurf ins Parlament einzubringen, und ich halte heute fest, dass wir gemeinsam eine Milliarde Euro tilgen, dass wir also weit über das hinausgehen, was uns der Rechnungshof vorgeworfen hat, und auch deshalb ist

heute ein guter Tag. Es steht leider heute nicht so deutlich in den Pressestatements des Rechnungshofes, aber ich wollte es an dieser Stelle trotzdem festgehalten haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aus der Pensionskasse!)

Wir sorgen mit diesem Haushalt für gute Rahmenbedingungen in Bildung, Wissenschaft sowie in Forschung. Wir investieren in die Zukunft. Ein Wort an unsere sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen: Soziale Sicherung in der Zukunft erreicht man nicht, indem man heute auf den größtmöglichen Wohlfahrtsstaat setzt, sondern indem man in die Zukunft investiert und Rahmenbedingungen setzt, damit wir mit einer nachhaltigen Politik auch in Zukunft soziale Sicherung gewährleisten können. Das ist unsere Vorstellung von einer sozialen Marktwirtschaft und diesem Staatssystem.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Vor drei Jahren hätten Sie das erklären müssen!)

Bayern geht es gut, und unsere Ideen und Visionen werden dafür sorgen, dass das auch so bleibt. Wir stehen als FDP-Fraktion in dieser Koalition gemeinsam mit der CSU für einen ausgeglichenen Haushalt, da nur ein handlungsfähiger Staat in die Zukunft investieren kann. Unsere Investitionen, die in die Zukunft gehen, sind beispiellos. Nur ein wettbewerbsfähiger Standort Bayern kann Wachstum ermöglichen, womit wir Wohlstand sichern und die Steuereinnahmen ermöglichen, die wir brauchen, um heute den Startschuss in die Schuldenfreiheit zu geben und dann auch durchzusetzen. Wir kämpfen für die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen. Das ist Ihre FDP-Fraktion hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte mich am Schluss dem Dank an den Ausschussvorsitzenden Georg Winter, aber auch an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Volkmar Halbleib anschließen - bei allen politischen Differenzen wird doch vieles ganz harmonisch diskutiert -, an den Ausschussdienst, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzminis-

teriums, den Finanzminister und natürlich die gesamte Staatsregierung sowie den Ministerpräsidenten, die hinter diesem Plan stehen.

(Heiterkeit bei der SPD - Harald Güller (SPD): Gerade noch rechtzeitig!)

Es ist ein starker Haushalt, den wir heute beschließen. Ich konnte Ihnen einige Punkte skizzieren, und ich denke, es ist wirklich ein guter Tag für Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. - Nächster Redner ist Markus Reichhart, danach folgt Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Herr Kollege Reichhart.

Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Nachtragshaushalt eine Feinjustierung des Stammhaushaltes bedeutet, ist es dennoch wichtig, die Stellschrauben anzuziehen.

Ich möchte eingangs etwas besonders hervorheben: Wer glaubt, dass allein politische Entscheidungen das wirtschaftliche Handeln prägen, der täuscht sich. Viele Unternehmen sind froh, wenn sie wirtschaften können, ohne mit politischen Entscheidungen belastet zu werden.

Aus der Sicht der FREIEN WÄHLER ist die Regierungsfraktion dem Auftrag, den der Ministerpräsident einmal ausgerufen hat, die FREIEN WÄHLER in Bayern überflüssig zu machen, nicht nachgekommen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war nachzulesen. Immerhin hat es die Koalition geschafft, einige Anträge von uns präzise abzuschreiben. Dazu Gratulation! Abschreiben hat ja seine Tücken, wie Mitglieder der CSU und der FDP in der jüngsten Vergangenheit auf Bundes- und Europaebene erfahren mussten und müssen. Jedenfalls freuen wir FREIEN WÄHLER uns,

dass die Vereinspauschalen und Sportstättenfördermittel endlich erhöht wurden, damit die örtlichen Vereine ihre teuren Zwischenfinanzierungen ablösen können.

(Harald Güller (SPD): Aber leider nicht auf Dauer!)

Dennoch bleibt immer noch ein Antragsstau für mehrere Jahre, und wir werden dieses Thema im nächsten Doppelhaushalt wieder auf den Tisch legen.

Dass bei den Schullandheimen auf die Kürzung verzichtet wurde, freut uns, da es gerade in diesem Bereich eine Chance gibt, in einem anderen Rahmen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen einzugehen. In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich und wenig zukunftsorientiert, dass unser Antrag zum Ausbau der Ganztageschulen nicht kopiert wurde. Das hätten wir ebenso wenig kritisiert wie eine Unterstützung der Beratungslehrer sowie die bessere Ausstattung bei den Förderlehrern und -anwärtern. Wir als FREIE WÄHLER sind überzeugt, dass uns die gesellschaftliche Entwicklung schon sehr bald zwingen wird, in diesem Bereich sehr viel mehr zu investieren.

Nächstes Thema: Berufsschulen. Hierbei möchte ich ganz besonders deutlich die schlechte Ausstattung der Berufsschullehrer in Sachen Weiterbildung kritisieren. Im Berufsschulbereich hat ein Schulleiter im Schnitt oft nur wenige Euro pro Lehrer pro Jahr zur Verfügung, um die Lehrer auf fachspezifische Fortbildungen zu schicken, ganz zu schweigen von der Situation, dass dann ein Kollege einspringen muss oder, noch schlechter, der Unterricht ausfällt, weil die Personaldecke zu dünn ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer sich zu unserem guten und hoch gelobten dualen beruflichen Bildungssystem bekennt, sollte es auch intensiv stützen und fördern.

Mindestens genauso unverständlich ist auf anderer Ebene die Verweigerung, den Schulgeldausgleich in den Altenpflegeschulen zu verbessern. Dieser nachweisbar wichtige Bereich unseres Sozialsystems muss besser gestärkt werden. Nachhaltig im Sinne funktionierender Systeme ist dieses Handeln nicht. An dieser Stelle verweise ich auf unsere Anträge zum Einzelplan des Sozialministeriums.

Besonders hervorheben möchte ich drei Anträge. Zunächst komme ich zum Antrag über die Mehrgenerationenhäuser. Hier habe ich ein gutes Beispiel in Ingolstadt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich sagte gerade: Guter Mann aus Ingolstadt!)

Aus unserer Sicht wäre es hier notwendig, den mittlerweile etablierten Einrichtungen eine bessere Unterstützung zu geben. Das Gleiche gilt auch für unsere Behindertenbeauftragte Frau Badura, die, um vernünftig arbeiten zu können, eine bessere Personalausstattung braucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade im Hinblick auf die Inklusion wäre dies ein klares Zeichen und ein wichtiges Signal.

Die Beratung über unseren Antrag zur besseren Finanzausstattung von Umweltbildungsstätten im Einzelplan "Umwelt und Gesundheit" im Haushaltsausschuss war ein Lehrstück für angehende Politologen. Mit unserem Antrag wollten wir gerade einmal 100.000 € mehr für die Umweltbildungsstätten in Bayern erreichen. Die Regierungskoalition hat ebenfalls gemerkt, dass dieses Thema wichtig ist und uns mit einer inhaltsgleichen - ich betone "inhaltsgleichen" - Tischvorlage erfreut. Allerdings hatten die Strategen den Antrag, den sie von uns abgeschrieben haben, noch mit einem Deckungsvorschlag versehen. Dazu ist festzustellen, dass wir als Opposition gar nicht in der Lage sind, Deckungsvorschläge aus den Ressorts der Ministerien zu machen. Dies kann nur das Ministerium selbst.

Wie dem auch sei: Bei der Abstimmung wurde unser Antrag mit der Begründung der fehlenden Deckung abgelehnt. Der Tischvorlage von CSU und FDP wurde selbstverständlich zugestimmt. Meine Damen und Herren, so eine Unverfrorenheit ist mir in zehn Jahren Stadtratstätigkeit nicht vorgekommen. Bis zur letzten Wahl gab es wegen der absoluten Mehrheit der CSU jede Menge Gelegenheiten für solche Kindereien. Bei meinen Söhnen würde ich ein solches Verhalten als pubertär bezeichnen, weil klar ist:

Hätten wir den identischen Deckungsvorschlag der Regierungskoalition gemacht, hätte uns das Ministerium mit treuherzigem Augenaufschlag erklärt, dass die Mittel unmöglich aus dieser Haushaltsstelle zu entnehmen seien. Dieser Vorgang sollte in die Lehrbücher der Politikwissenschaft als schlechtes Beispiel für den Parlamentarismus aufgenommen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Er ist auch nicht mit der sprichwörtlichen bayerischen Schlitzohrigkeit zu verwechseln. Unsere Bürger erwarten zu Recht solide Arbeit im Bayerischen Landtag und keine Taschenspielertricks.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Einzelplan 12 möchte ich noch unseren Antrag zum Thema Heilbäder erwähnen, da dies der Antrag mit dem größten Finanzvolumen war. Aus der Sicht der FREIEN WÄHLER ist die Unterstützung der Heilbäder in Bayern notwendig, um dem Anspruch der bestmöglichen Gesunderhaltung unserer Bevölkerung gerecht zu werden. Leider wird dieser Grundgedanke von der Regierungskoalition nicht mitgetragen.

Unsere berechtigte Forderung, die wir für den Bereich der Justiz gestellt haben, wurde leider ebenfalls abgelehnt. Dies ist aus unserer Sicht umso erstaunlicher, weil die Motivation und die Leistungsfähigkeit der Justiz Standortfaktoren eines Landes sind. Ich möchte gar nicht auf andere EU-Länder verweisen, die nicht zuletzt aufgrund einer mangelhaften Gerichtsbarkeit für internationale Unternehmen nicht infrage kommen. Daher sind wir sehr enttäuscht darüber, dass es nicht möglich war, mehr Stellen und die von uns beantragten Hebungen durchzubekommen. Dass auch die Anträge für die Bereiche Rechtspflege und Justizvollzug keine Mehrheit gefunden haben, wird sich schon in wenigen Jahren rächen, weil der Wettbewerb am Arbeitsmarkt schon längst begonnen hat. Ob wir dann noch qualifizierte und vor allem qualifizierbare Anwärter bekommen werden, bleibt abzuwarten.

Bei der Wissenschaft steht unsere Forderung, den Studenten nicht auch noch durch Studiengebühren das Leben schwer zu machen. Natürlich ist es uns bewusst, dass es hier um eine hohe Summe geht. Aber nach unserer festen Überzeugung ist es eine staatliche Aufgabe, das Studium kostenfrei zu stellen. Zum Argument, was sollten da Meister und Techniker sagen, die ihre Ausbildung zu einem großen Teil selbst finanzieren müssen, kann ich als einer, der selbst Meister ist, nur sagen: Hier ist es nötig, umzudenken. Wir alle sollten uns Gedanken darüber machen, wie wir unsere jungen Erwachsenen motivieren können, sich nach einer abgeschlossenen Lehre weiterzuqualifizieren. Eine finanzielle Hürde ist dabei kontraproduktiv. Eine Gleichbehandlung der Studenten mit Leuten, die die Meisterausbildung durchlaufen, ist meines Erachtens dringend notwendig, aber in einer anderen Richtung, als sich das die Regierungskoalition vorstellt. Auch die Meister- und Technikerausbildung sollte möglichst kostenfrei sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unabhängig von dieser Forderung sind die Studenten um ihre Lage nicht zu beneiden. Ich kenne Studenten, die täglich 60 km einfach zum Studienort fahren müssen, weil sie dort kein Zimmer finden. Daher haben wir gefordert, den Studentenwerken mehr Mittel zu geben, um wenigstens eine Entlastung durch Studentenwohnungen zu schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Guter Vorschlag!)

Leider wurde dieser Antrag abgelehnt. Ich bin allerdings sicher, dass dieses Thema wiederkommen wird, da auch in den kommenden Jahren keine Entspannung zu erwarten ist. Die Studierendenzahlen steigen weiter. Analog dazu hatten wir eine Stärkung des Mittelbaus bei den Hochschulen und den Universitäten gefordert. Hier wird sich der Druck ebenfalls noch erhöhen. Meine Damen und Herren, eines ist klar: Ohne

motiviertes Personal auf allen Ebenen wird die gute Position der bayerischen Hochschulen und Universitäten nicht zu halten sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Ende meiner Rede möchte ich die Zustimmung wenigstens einiger Abgeordneter zu unserem Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Regensburg positiv erwähnen.

Zusammenfassend bedanke ich mich bei Herrn Vorsitzendem Georg Winter und den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses für die Zusammenarbeit und insbesondere dafür, dass es möglich war, durch die Übernahme des einen oder anderen Antrags der FREIEN WÄHLER unseren Anregungen nachzukommen. Nicht zuletzt danke ich unserer Frau Fecke und ihren Kolleginnen und Kollegen vom Ausschuss- und Sitzungsdienst, die es nicht leicht hatten, die vielen Tischvorlagen zu koordinieren. Frau Kollegin Stamm hat gesagt, dass es 46 an der Zahl gewesen seien. Ebenso danke ich unseren Referenten in der Fraktion, die ebenfalls kurzfristig reagieren mussten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich erteile jetzt Frau Kollegin Kamm das Wort. Danach wird zum Abschluss Herr Staatssekretär Pschierer sprechen.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen bayerischen Kommunen geht es gut, aber annähernd genauso vielen Kommunen geht es schlecht. Die Lage eines Drittels der bayerischen Kommunen ist höchst besorgniserregend. Im Jahre 2011 schafften es 27 % der bayerischen Kommunen nicht, die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt zu leisten. Sie konnten also ihre Investitionen nicht mit Überschüssen aus dem Verwaltungshaushalt bezahlen. 10 % der bayerischen Kommunen hatten sogar überhaupt keine Zuführung zum Vermögenshaushalt, das heißt ihre Investitionsquote lag bei Null.

9,7 % aller kommunalen Haushalte sind im Jahre 2011 nur mit Einschränkungen oder Kreditrestriktionen genehmigt worden. Bei diesen Kommunen kann es durchaus sein, dass es ihnen nicht möglich sein wird, irgendwelche Förderprogramme in Anspruch zu nehmen, um beispielsweise ihre Schulen zu sanieren oder Kindergärten ordnungsgemäß herzurichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer in Bayern von gleichen Lebensbedingungen spricht, muss dafür sorgen, dass diese Aufgaben und die Aufgabe der Inklusion in allen Kommunen erfüllt werden können, nicht nur in den Kommunen, denen es gut geht.

Was sind denn die Ursachen für diese schwierige Situation vieler bayerischer Kommunen? Die erste Ursache ist der Umstand, dass Steuergeschenke zulasten der Kommunen beschlossen worden sind, ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung herzustellen. Die zweite Ursache ist die stete Überwälzung von Bundes- und auch Landesaufgaben auf die Kommunen. Zwar wird zum Beispiel in den nächsten Jahren die Grundsicherung durch den Bund getragen, sie macht jedoch nur ein Sechstel der Sozialhilfe, die die Kommunen zu tragen haben, aus. Gerade in Gebieten mit großen Strukturschwierigkeiten sind diese Lasten für die Kommunen nur sehr schwer zu schultern. Hier brauchen wir einen angemessenen Ausgleich.

Einen angemesseneren Ausgleich brauchen wir auch bei der Eingliederungshilfe. Herr Ministerpräsident Seehofer, Sie haben gesagt, dass Sie auf Bundesebene für ein Eingliederungsgesetz eintreten wollen, das die Kosten für die Eingliederung angemessen zwischen kommunaler Ebene, Landesebene und Bundesebene verteilt. Wir sagen: Übernehmen Sie doch als Land Bayern erst mal ein Drittel der Kosten für die Eingliederungshilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre angemessen, anstatt diese Kosten zum größten Teil auf die kommunale Ebene zu schieben.

Das größte Problem dabei ist aber die fehlende Transparenz beim Zustandekommen des kommunalen Finanzausgleichs. Der kommunale Finanzausgleich wird leider nach wie vor durch Mausekeln herbeigeführt. Die Auswirkungen, die das Drehen der Stellschrauben zur Folge hat, werden nicht berechnet.

Sie verschieben die Schlüsselmasse der Landkreise insbesondere zulasten der ärmeren Landkreise, und legen nicht einmal die Auswirkung dar, die diese Veränderungen in diesem Finanzausgleich auf die Schlüsselmasse haben wird.

Die demografischen Ausgleichsfaktoren sind nicht ausreichend. Sie werden zwar mit schönen Worten geschildert, bewirken aber nicht einen ausreichenden Ausgleich zwischen armen und reichen Kommunen in Bayern.

Wir sagen: Statt peinlichen Ausfällen, die dann als Abwehrreaktion oder als Entschuldigung kommen, wie von Finanzminister Söder die Lex München, brauchen wir die vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof geforderte Transparenz. Diese sollten Sie herstellen und fair auf Augenhöhe mit den Kommunen verhandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Ums Wort hat Herr Staatssekretär Pschierer gebeten. Nach seiner Rede folgt dann eine ganze Reihe von namentlichen Abstimmungen. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren von der Opposition, manches war schwer zu ertragen.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen gleich vorab eine persönliche Anmerkung meinerseits. Ich habe es mir als junger Mann - da war ich noch nicht Parteimitglied der CSU - angewöhnt, auf dieses Land immer ein Stück weit stolz zu sein, wenn dieses Bayern besser dastand als viele andere Bundesländer. Wohlgedenkt, das war vor meiner Zeit als Parteimitglied. So denke ich übrigens heute noch. Ich freue mich, wenn bayerische Wissenschaftler, bayerische Unternehmer, bayerische Sportler vorne stehen und den Ruf und das Ansehen des Freistaates Bayern mehren. Auch diese Staatsregierung tut das

(Lachen bei der Opposition)

mit einigen Alleinstellungsmerkmalen, auf die ich noch einmal deutlich hinweisen möchte.

Es ist nicht so, wie Sie uns erzählen wollen, dass wir einmal kurzfristig einen ausgeglichenen Haushalt aufgestellt haben. Wir haben einen solchen Haushalt 2006 und 2007 gemacht und, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben ihn nach der Landtagswahl fortgeführt: Wir haben nach der Landtagswahl 2008 nicht anders gehandelt als vorher.

Deshalb weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, wenn Sie sagen, das sei alles nur Makulatur, und hier würden die Leute getäuscht. Nein, das ist ein Markenzeichen dieser Staatsregierung: ein ausgeglichener Haushalt seit sieben Jahren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Makulatur ist das Markenzeichen!)

Das Zweite: Sie dürfen auch stolz darauf sein, dass der Freistaat Bayern das erste Bundesland ist, das sich mit klarem Kurs auf den Weg gemacht hat, sich zu entschulden.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Auch da gilt das Gleiche wie vorher. Wir zahlen in diesem Jahr eine Milliarde Euro Schulden zurück.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aus dem Pensionsfonds heraus!)

- Entschuldigung, Herr Aiwanger, wir werden es in den Jahren 2013/2014 mit einer weiteren Milliarde fortführen - zwei Milliarden Euro in drei Jahren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Alles von den Pensionären!)

Wir tilgen damit fast 10 % der Staatsschulden im allgemeinen Staatshaushalt. Das macht kein anderes Bundesland, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Alexander König (CSU):
Genau! - Markus Rinderspacher (SPD): Landesbankschulden!)

Jetzt kommt immer Ihr Lieblingsargument: Diese CSU/FDP-Regierung

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer Schulden macht, muss wissen, wie er sie wieder abbaut!)

macht es und spart, drückt die Kommunen, die Beamten und weiß Gott wen alles.

Herr Kollege Rinderspacher, wir haben nach wie vor die höchste Investitionsquote. Wissen Sie, das ist die große Kunst:

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Zu sparen und gleichzeitig zu investieren. 12,4 % Investitionsquote!

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den Sie immer gern anfügen, wenn Sie sagen, da wird auf Kosten der Kommunen gespart. Die bayerischen Kommunen haben mit den besten Finanzierungssaldo in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Wenn das so wäre, wie Sie behaupten, dann würde das nicht so aussehen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Punkt zwei. Es sind die nordrhein-westfälischen Kommunen, die fordern, den Beitrag der Kommunen zum Solidarpakt abzuschaffen, weil ihnen die Luft ausgeht! Den Kommunen in den Ländern geht die Luft aus, wo Sie an der Regierung sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Das ist die ganze Wahrheit! - Gegenrufe von der Opposition)

Jetzt will ich Ihnen zum kommunalen Finanzausgleich etwas sagen: 7,3 Milliarden Euro umfasst er in diesem Jahr, das ist der höchste kommunale Finanzausgleich in der Nachkriegsgeschichte des Freistaates Bayern. Da kann man sich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, über die Treffgenauigkeit des Systems FAG wahrlich unterhalten. Da können wir gern diskutieren, und das tun wir auch. Herr Rinderspacher, dazu lade ich Sie und alle anderen ein: Am Finanzausgleich können wir jederzeit auch einzelne Stellschrauben verändern. Nur heißt das dann ganz konkret, dass Sie hier nicht sagen dürfen: Es muss in München alles so bleiben, wie es ist.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Das kann nicht sein, wenn ich Wunsiedel helfen will.

Und, Herr Aiwanger, ich weiß nicht, worüber Sie sich mit Herrn Ude in Schwaben unterhalten haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Steht in der Zeitung!)

- Ja, da stand: bei Mozzarella und Tomatensalat. Aber, Herr Aiwanger, vielleicht haben Sie ihm einmal erklärt, wie groß Bayern ist und wo die strukturschwachen Regionen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wissen Sie, der Unterschied zwischen uns ist: Wir wissen, dass es strukturschwache Kommunen gibt, und wir wissen auch, wo die in Bayern liegen. Das müssen Sie dem Herrn Ude erst noch einmal erzählen, wo die strukturschwachen Kommunen liegen.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt sie auch verbreitet, seid dafür dann auch verantwortlich!)

Nochmals zum kommunalen Finanzausgleich: Wir werden dieses hohe Volumen beibehalten.

(Zuruf von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir werden uns aber im Doppelhaushalt ganz genau anschauen, was wir für die strukturschwachen Kommunen tun können. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, da gibt es insbesondere zwei Stellschrauben. Eine, die ich persönlich nicht so gern habe, sind Konsolidierungshilfen. Aber wir werden sicherlich beim Thema Bedarfszuweisungen die eine oder andere Stellschraube mit verändern müssen, um gerade den Kommunen in Oberfranken und in anderen strukturschwachen Gebieten zu helfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nächster Punkt ist der Vorwurf, der bei den Rednern der Opposition immer herauszuhören war, das sei ein reines Zahlenwerk, hier würden keine Strukturen gesetzt, hier würden auch keine Inhalte transportiert.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Pschierer, Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kamm?

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Später!

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Später. Gut.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Ganz kurz noch einmal zu den Stellschrauben des Haushalts insgesamt.

(Zurufe von der SPD)

Diese Staatsregierung hat drei Begriffe ins Zentrum ihrer Politik gestellt: Familie, Bildung und Innovation, und dieser Nachtragshaushalt spricht auch diese Sprache. Liebe Kolleginnen und Kollegen, rund 16 Milliarden Euro gibt der Freistaat Bayern für Bildung aus - mehr als ein Drittel des bayerischen Staatshaushalts. Sie werden kein Bundesland finden, das hier in den letzten Jahren mehr getan hat als wir.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das Zweite. Die familienbezogenen Leistungen im Nachtragshaushalt summieren sich jetzt auf 2,4 Milliarden Euro, 0,8 Milliarden Euro mehr als 2008. Wir werden mit das familienfreundlichste Land der Bundesrepublik Deutschland werden, und das bei einem ausgeglichenen Haushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Und wir machen Familienpolitik auch ohne ideologische Scheuklappen, wie Sie es tun. Ich will ein paar Punkte aufgreifen, die von den Oppositionsrednern angeführt worden sind.

Herr Kollege Halbleib, Sie haben den ORH angeführt.

(Alexander König (CSU): Das war heute die schlechteste Rede!)

Herr Halbleib, jetzt muss ich Ihnen etwas sagen. Ich kenne und schätze Sie. Ich habe Sie im Ausschuss ein paar Mal erlebt, aber Sie sind heute mit dieser Rede weit, weit, weit unter Ihren Möglichkeiten geblieben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich weiß nicht, woran es lag.

(Zurufe von der SPD)

Aber Sie haben Ihr Potenzial nicht ausgeschöpft.

Fangen wir also beim ORH an. Was den ausgeglichenen Haushalt angeht, die Schuldenbremse und die Schuldentilgung: Zeugnisnote 1 A durch den ORH. Zur Wahrheit gehört auch, dass es kritische Anmerkungen gibt.

Ich fange mit der ersten an; Sie haben die Personalsituation angesprochen. Staatsminister Söder hat darauf reagiert, genau so wie sein Vorgänger.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Herrn Fahrenschon haben Sie doch vorhin noch gelobt.

(Volkmar Halbleib (SPD): 4.000 Stellen sind gestrichen!)

Im Doppelhaushalt 2009/2010 wurden 500 neue Stellen vorgesehen. In diesem Jahr, 2012 gibt es 1.000 neue Anwärter. Das heißt, das Thema Personal wird gelöst.

Zweites Thema sind die Betriebsprüfer.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Herr Halbleib, dann schauen Sie sich die Statistik einmal an. 80 % von der Mehrwertsteuer, die wir durch Betriebsprüfungen einnehmen, kommen aus den Großunternehmen, auch aus den Großunternehmen hier in der Metropolregion München. Sie wissen, wenn Sie sich mit Steuerrecht beschäftigen, dass diese Großunternehmen regelmäßig und lückenlos geprüft werden. Darum lasse ich diesen Vorwurf nicht gelten und weise ihn auch mit Entschiedenheit zurück, Herr Halbleib.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten werdet Ihr sie erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) - Gegenruf des Abgeordneten Alexander König (CSU): Das sind Halbwahrheiten!)

Die Effizienz der bayerischen Steuerverwaltung ist in ganz Deutschland anerkannt. Am Schluss geht es für den Herrn Minister, den Herrn Ministerpräsidenten und für uns alle um die Prüfungsergebnisse, und die Prüfungsergebnisse sind hervorragend. Deshalb weise ich den Vorwurf zurück.

(Alexander König (CSU): Gutes Personal! - Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Zum nächsten Vorwurf, zur Landesstiftung. Man könnte fast meinen, die Opposition war im Stiftungsrat nie vertreten.

(Alexander König (CSU): Welche Vorschläge hat die Opposition denn gemacht? - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sitzen doch auch mit drin. Ich will Ihnen eines sagen: Von 2003 bis 2007 haben wir uns nach der Wandlung von den HRE-Aktien - Hypo Real Estate - verabschiedet. Das war richtig. Gleichzeitig haben wir uns von dem größten Teil der Unicredit-Aktien verabschiedet.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Wenn Sie so begabt sind, wie Sie hier tun, wenn Sie die Aktienkurse schon antizyklisch antizipieren können, dann machen Sie sich doch als Finanzberater selbständig. Danach sind immer alle klüger.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben sich bis auf die Knochen blamiert!)

Tatsache ist doch, dass das Stiftungsvermögen der Landesstiftung 800 Millionen Euro beträgt. Wenn Sie die Kurzfristbetrachtung beim Aktienkurs außen vor lassen, dann hat sich das Stiftungsvermögen vermehrt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn die Aktienkurse gestiegen wären, dann wäre es mehr geworden!)

- Wenn der Hund nicht geschissen hätte, Herr Aiwanger! Junge, Junge, Junge, Herr Aiwanger. Mein Gott!

(Beifall bei der CSU)

Also, alle drei Punkte, die der ORH angemerkt hat, können wir hiermit zurückweisen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein erbärmlicher Auftritt!)

Ich komme nun zu einem Punkt, der mir gerade im Rahmen dieser Nachtragshaushaltsdebatte wichtig ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss sich einmal ansehen, was von dieser Seite des Hohen Hauses zum Thema Wirtschaftswachstum derzeit diskutiert wird. Herr Rinderspacher, wir werden es den Menschen draußen in aller Deutlichkeit erzählen: Sie, die SPD, sind heute die Steuererhöhungspartei schlechthin in Deutschland, und zwar nicht für die Großverdiener, nicht für den Spitzensteuersatz, sondern für die Grundsteuer, auch für die Grundsteuer des ganz normalen Einfamilienhausbesitzers.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen wieder die Vermögensteuer. Die GRÜNEN gehen sogar soweit, eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 100 Milliarden Euro einzuplanen. Nun entziehen Sie doch einmal der deutschen Volkswirtschaft 100 Milliarden Euro. Gleichzeitig wollen Sie Wachstumspolitik machen?

(Alexander König (CSU): Das ist das Einzige, was Ihnen einfällt!)

Das heißt, von der Erbschaftsteuer über die Grundsteuer bis zur Vermögensteuer wollen Sie alle Steuern erhöhen. Sie sind also die Steuererhöhungspartei!

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Ihre Vorschläge summieren sich heute auf über 20 Milliarden Euro jährlich. So viel Geld wollen Sie abkassieren. So wollen Sie ein Land wirtschaftlich nach vorne bringen? - Das ist ein Irrweg, den werden wir bekämpfen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun noch ein schönes Zitat. Ich habe erst gedacht, Marx und Lenin sind tot, aber bei der SPD leben sie inzwischen wieder auf. Der Leitsatz beim kleinen Parteitag der SPD lautete: "Wir wollen das Primat demokratisch legitimierter Politik gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnen."

(Markus Rinderspacher (SPD): Vorsicht! Marx und Lenin sitzen auf dieser Bank, beim Ministerpräsidenten! - Unruhe bei der SPD)

Das hätte Lafontaine nicht besser formulieren können, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Vorsicht!)

Meine Damen und Herren, nur noch ein Punkt zum Abschluss, weil Frau Kollegin Stamm etwas zur Landesbank angemerkt hat. Frau Kollegin Stamm, ich habe es Ihnen schon ein paar Mal erklärt. Versuchen Sie doch einmal zuzuhören. Der Wert einer Bank bemisst sich nicht nach den Verlusten der Vergangenheit, sondern am Geschäftsmodell und an den Ertragserwartungen der Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Staatsminister Söder ist heute auf dem Weg, für die Zukunft dieser Landesbank zu arbeiten und dafür, dass diesem Staatshaushalt wieder Geld zurückgeführt wird, was diese Landesbank angeht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wird die Kommunen wieder viel Geld kosten! - Unruhe bei der SPD)

- Herr Aiwanger, im Gegensatz zu Ihnen freue ich mich, wenn es unserer Landesbank gut geht. Ich freue mich darüber, weil der bayerische Mittelstand, insbesondere der gehobene bayerische Mittelstand, diese Bank will und diese Bank auch braucht. Haben Sie deshalb bitte Verständnis, wenn Sie heute mit dem Staatssekretär vorlieb nehmen müssen und nicht mit Herrn Staatsminister diskutieren können.

Meine Damen und Herren, abschließend stelle ich fest: Dies ist ein Nachtragshaushalt, der klare Zeichen setzt, was den ausgeglichenen Haushalt angeht, was die Zukunftsorientierung dieses Landes, des Freistaats Bayern angeht. Der Freistaat Bayern war immer ein Land der Chancen und er wird ein Land der Chancen bleiben. Wir sollten alle ein Ziel haben, und das möchte ich nun abschließend als Familienvater sagen: Ich will dazu beitragen, dass ich meinen beiden Kindern als Politiker nicht einen Berg Schulden hinterlasse, sondern Chancen für die Zukunft. Deshalb: Stimmen Sie diesem Nachtragshaushalt zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte noch einen Moment hier, es schließen sich noch zwei Zwischenbemerkungen an. Zunächst Frau Kamm. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, wenn der Finanzminister in Sachen Landesbank unterwegs ist, habe ich immer Sorge,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass zu Lasten der Mieterinnen und Mieter der GBW saniert wird. Wir wissen aber nicht genau, was der Finanzminister heute tut.

(Zuruf: Das weiß keiner!)

Ich habe eine Frage an Sie. Sie haben gesagt, Sie wollen die oberfränkischen und die oberpfälzischen Landkreise besserstellen. Bei diesem Finanzausgleich 2012 wird an

zwei Stellschrauben gedreht. Zum einem wird der Demografiefaktor auf zehn Jahre ausgeweitet, zum anderen werden die Grunderwerbsteuerüberlassungsbeträge der Landkreise bei der Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen nicht mehr berücksichtigt. Das sind die zwei Stellschrauben dieses Finanzausgleichs. Mich würde nun von Ihnen interessieren: Haben die oberpfälzischen und die oberfränkischen Landkreise dadurch mehr Schlüsselzuweisungen, als wenn man das nicht gemacht hätte?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Frau Kollegin, wenn Sie sich mit dem Thema beschäftigt hätten, dann wüssten Sie, dass dieses Thema auch auf die Klage der oberbayerischen Landkreise zurückgeht. Für diese Landkreise muss ich auch Verständnis haben, denn es gibt bayerische und oberbayerische Landkreise, beispielsweise den Landkreis Ebersberg, die vor dem Finanzausgleich unter den ersten zehn rangieren, nach dem Ausgleich rutschen sie auf die Platzziffern 50 oder 60 nach hinten. Wir haben deshalb bei der Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen etwas geändert. Das ist aber keine Verschiebung, wie Sie meinen, sondern das kam von den oberbayerischen Landkreisen. Es war Gott sei Dank möglich, mit den oberbayerischen Landkreisen zu einer Lösung zu kommen, sodass die Klage zurückgezogen werden wird.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nun noch eine zweite Zwischenbemerkung. Herr Kollege Wörner, bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Grimm, ich bin etwas über Ihren Mut überrascht. Sie waren bei bestimmten Entscheidungen der Landesstiftung doch anwesend. Ich kann leider nicht sagen, wer was wann getan hat, denn ich bin selbst Mitglied dieser Stiftung.

(Alexander König (CSU): Hat er Vorschläge gemacht? Wahrscheinlich nicht!)

Sie könnten uns aber bestimmt sagen, wer bereits vor einem halben Jahr die Frechheit besessen hat, zu sagen: "Verkaufen!", und wer es dann nicht getan hat und damit 60 Millionen Euro in den Sand gesetzt hat. Innerhalb eines halben Jahres wurden 60 Millionen Euro verbrannt, wenn man der "Süddeutschen Zeitung" und den Berichten glauben darf.

(Thomas Hacker (FDP): Die Zahlen wurden ja zugespielt, das wird schon stimmen!)

Wenn man sich vorstellt, dass Entscheidungsträger dieser Regierung, die im Stiftungsrat sitzen, solch ein Desaster anrichten und dann hier die große Lippe riskieren, dann stelle ich fest: Da muss man schon sehr mutig sein.

(Beifall bei der SPD)

Stellen Sie sich doch einmal vor, wie lange ein Mensch dafür arbeiten muss, bis er 60 Millionen Euro hat.

(Alexander König (CSU): Herr Wörner, wer hier die große Lippe riskiert, das ist doch die Frage! - Georg Schmid (CSU): Mein Name ist Hase!)

Und dann heißt es: Das ist halt passiert, da kann man jetzt auch nichts mehr machen, das ist blöd gelaufen. Also von wegen, da muss man gescheit sein. Man muss nur nachdenken und sollte nicht seinen Auguren folgen, sondern das eigene Gehirn benutzen, dann führt das nicht zu großen Schäden.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege Wörner, zunächst zwei Vorbemerkungen. Die freche dicke Lippe, die riskieren doch Sie.

Zum Zweiten: Ich weiß nicht, welche Zahlen Sie der "Süddeutschen Zeitung" aus dem Stiftungsrat zugespielt haben. Sie müssen schon selbst wissen, ob es die richtigen oder die falschen Zahlen waren.

Nun zu der Frage, die Sie gestellt haben. Sie wissen, das Stiftungsvermögen der Landesstiftung hat sich mit der Entwicklung der Bankenlandschaft in Bayern geändert, das heißt, wir hatten viele HRE-Aktien. Ich bin froh, dass wir uns von diesen Aktien zu 100 % verabschiedet haben. Das war auch Ihr Wunsch. Diese Entscheidung wurde gemeinsam getragen. Wir haben uns auch von einem Großteil, und zwar von insgesamt drei Vierteln der Unicredit-Aktien getrennt. Auch das war richtig. Wir haben hier mit der Bayerischen Versorgungskammer künftig sicherlich jemanden, der uns in der Anlagestrategie positiv begleiten kann und auch begleiten wird. Aktienkurse, und das ist in einer Marktwirtschaft gut so, lassen sich nicht steuern. Wenn es gut geht, und die Aktien nach oben gehen, freuen wir uns. Wenn es nach unten geht, ist es sicher nicht das, was wir uns wünschen.

Abschließend bleibt zu sagen: Aus dem Vermögen der Landesstiftung - das ist für die Bürgerinnen und Bürger wichtig - sind viele kulturelle und soziale Einrichtungen gefördert worden. Dieses Stiftungsvermögen beträgt 800 Millionen Euro und es hat sich über einen langen Zeitraum um über 400 Millionen Euro erhöht. Deshalb: Stellen Sie bei Aktien keine Kurzfristbetrachtung an. Das funktioniert nicht und ist nicht legitim.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung. Herr Kollege Aiwanger hat das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Pschierer, noch eine Frage: Wir sehen, dass Sie auf Gedeih und Verderb auf den ausgeglichenen Haushalt bzw. auf Schuldenabbau aus Sicht des Freistaates hinweisen bzw. hinwirken. Wir sehen, dass dabei teilweise über Leichen gegangen wird. Jetzt zwei ganz konkrete Fragen: Thema Beihilfeverfahren für die Sparkassen: Wie ist in dieser Beziehung der Verhandlungs-

stand? Haben die bayerischen Sparkassen zu befürchten, über Gebühr noch mal für das Landesbankdebakel bezahlen zu müssen?

Zweitens: GBW-Wohnungen: Sie wissen genau, dass von der Staatsregierung in letzter Zeit Falschaussagen gemacht worden sind, wonach der Freistaat Bayern diese Wohnungen nicht übernehmen dürfe. Jetzt heißt es, es dürfe wohl doch sein. Wie ist Ihre Verhandlungsposition und was werden Sie den Mietern der GBW-Wohnungen sagen können?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Aiwanger. Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege, die Aussage, die Staatsregierung würde über Leichen gehen, halte ich für bodenlos, unverschämt und dumm.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Seit ich diesem Parlament angehöre, habe ich nie ein höheres Maß an Populismus erlebt, als wenn Sie sich äußern und ans Pult gehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei aller gebotenen Notwendigkeit einer sachlichen Debatte: Herr Aiwanger, es gibt keine Landesregierung, die Anteilseigner bei einer Landesbank war, die die Sparkassen mehr geschont hat als die Bayerische Staatsregierung, indem sie einen Anteil von fünf Milliarden übernommen hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es gibt keine Staatsregierung, die in Brüssel - unabhängig vom Beihilfeverfahren - mehr für die Sparkassen kämpft als die Bayerische Staatsregierung. Sie wissen genau, dass Brüssel nicht immer ein Freund des deutschen Sparkassenwesens war. Überlegen Sie einmal und versuchen den Menschen Folgendes zu erklären: Sie besit-

zen zu zweit eine Firma zu 100 %, jeder hat 50 %, dann kommt eine Schieflage und einer der beiden Partner sagt: Übernimm du meinen Anteil. Wissen Sie, warum wir es getan haben? Weil wir wussten, dass gerade in einer mittelständisch orientierten Wirtschaftsstruktur wie im Freistaat Bayern die bayerischen Sparkassen neben den Genossenschaftsbanken die klassischen tragenden Mittelstandsfinanzierer sind. Nur: Auch die baden-württembergischen oder nordrhein-westfälischen Sparkassen sind Mittelstandsfinanzierer. Die dortigen Landesregierungen haben aber anders gehandelt. Deshalb lasse ich diesen Vorwurf nicht gelten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweite Anmerkung: Ich werde den Teufel tun, mich zu einem Zeitpunkt, zu dem mein Minister in Berlin versucht, im Beihilfeverfahren entscheidende Schritte voranzukommen, hier zu Details zu äußern, Herr Aiwanger. Das ist hier nicht der richtige Platz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Punkt - auch wenn Sie es bisher nicht kapiert haben -: Wir sind nicht Herr des Verfahrens, ob es Ihnen, mir oder uns allen passt oder nicht. Herr des Verfahrens ist ein Wettbewerbskommissar. Deshalb werden wir in fairen Gesprächen mit den Sparkassen gemeinsam versuchen, mit der Kommission zu einem Abschluss zu kommen. Wir haben nicht auf kurzfristige Lösungen gesetzt, sondern eine nachhaltige Lösung angestrebt. Deshalb ist es richtig, den Weg zu beschreiten, den wir gegangen sind, nämlich in fairer Abstimmung mit den Sparkassen zu handeln, was deren stille Einlagen angeht. Das ist von den Sparkassen anerkannt und ist auch kein Geheimnis. Was den Wert der Landesbausparkasse und anderer Parameter angeht, wird sicherlich erfolgsorientiert verhandelt.

Letzter Punkt, Herr Aiwanger: Hören Sie endlich auf, den Menschen in München und in meiner Heimat Angst zu machen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben schon Angst!)

Das, was Sie machen, ist Populismus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg unter Führung von Herrn Kretschmann hat zugestimmt, dass die Wohnungen der dortigen Wohnungsbaugesellschaften der Landesbank Baden-Württemberg an PATRIZIA in einem Bieterverfahren verkauft worden sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Interessiert mich nicht!)

Sie wissen so gut wie ich, dass die EU-Kommission in allen Fällen - nicht nur beim Verkauf der GBW-Wohnungen - ein transparentes, offenes und diskriminierungsfreies Bieterverfahren befürwortet und bevorzugt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich sehe, wir stimmen uns auf die bevorstehenden Abstimmungen ein. Dazu bitte ich Sie herzlich um Aufmerksamkeit, denn es ist ein Abstimmungsmarathon. Ich möchte erreichen, dass jeder weiß, worüber wir abstimmen und außerdem sparen wir Zeit, wenn Sie sich dabei konzentrieren. Dann können wir zügig durch diesen Marathon mit einer Vielzahl von namentlichen Abstimmungen kommen.

Zunächst schließe ich die Aussprache. Ich bitte auch darum, dass sich wieder alle Abgeordneten hinsetzen. Dann können wir weitermachen. Zur Abstimmung werden die Tagesordnungspunkte getrennt. Ich lasse zunächst über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2012 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 1.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/10799 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/11875.

Wer dem Gesetzentwurf mit dem vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Das ist die Frau Kollegin Pauli.

Damit kommen wir gleich zur Schlussabstimmung, weil ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde. Diese Schlussabstimmung erfolgt in einfacher Form. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Pauli.

Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)".

Nun kommen wir zur Abstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2012. Das ist unser Tagesordnungspunkt 2. Zunächst stimmen wir über den dem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtragshaushaltsplan 2012 ab. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2012, die dazu einschlägigen Änderungsanträge sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/11954 zugrunde.

Zunächst lasse ich über die heute eingereichten und nicht im Ausschussverfahren beratenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/11997, 16/11998 und 16/11999 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP betreffend "Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung - Förderung des weiteren Breitbandausbaus (Hochgeschwindigkeitsnetze) - Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände" auf Drucksache 16/11997 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die SPD auch? -

Dann also noch einmal: Wer dem Antrag der CSU und der FDP zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Die Einsicht kommt spät!)

Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. Die Gegenstimmen bitte! - Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich hatte vorhin darum gebeten, dass wir uns etwas konzentrieren. Dem Änderungsantrag ist zugestimmt worden. Die beschlossenen Änderungen sind anschließend bei der Abstimmung über den Nachtragshaushaltsplan und das Nachtragshaushaltsgesetz entsprechend zu berücksichtigen.

Jetzt kommen die beiden anderen Änderungsanträge, die zu diesem Themenkomplex heute noch eingereicht wurden.

Es ist der Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung - Förderung des weiteren Breitbandausbaus (Glasfaserprogramm) - Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände" auf Drucksache 16/11998. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER und Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Kollegen der CSU, der FDP und der GRÜNEN.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Martin, du stimmst ja gegen deinen Antrag!)

Stimmenthaltungen? - Keine. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung - Förderung des weiteren Breitbandausbaus - Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände" auf Drucksache 16/11999 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben.

- Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Die Gegenstimmen bitte. - Die Fraktionen der CSU, der FDP und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? - Frau Kollegin Dr. Pauli. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Vonseiten der SPD-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER wurde zu mehreren vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt. Über diese Änderungsanträge lasse ich jetzt vorweg einzeln abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11221 betreffend "Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften" abstimmen. Dazu ist, wie gesagt, namentliche Abstimmung beantragt worden. Jeder weiß, worum es geht. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wieder an den üblichen Stellen bereitgestellt. Wir haben fünf Minuten Zeit für die Abstimmung.

(Zurufe: Drei Minuten!)

Wir verkürzen dann auf drei Minuten. Das erste Mal haben wir fünf Minuten. Die Abstimmung beginnt.

(Namentliche Abstimmung von 17.15 bis 17.20 Uhr)

Die Abstimmung ist noch nicht abgeschlossen. Ich bitte Sie, schon einmal Platz zu nehmen. Wir machen nur weiter, wenn die Kolleginnen und Kollegen auch sitzen. - Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis ermitteln wir außerhalb des Plenarsaals.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Rechtspfleger" auf Drucksache 16/11222. Die Urnen sind wieder aufgestellt. Jetzt verkürzen wir den Rhythmus. Wir haben drei Minuten Zeit. Die Stimmabgabe beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17.20 bis 17.23 Uhr)

Bitte setzen Sie sich alle wieder hin. Ich schließe die Abstimmung. Die drei Minuten sind um.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Projekt Vollzug der Jugendstrafe in freier Form" auf Drucksache 16/11224. Für die Abstimmung haben Sie erneut drei Minuten Zeit. Es geht los.

(Namentliche Abstimmung von 17.24 bis 17.27 Uhr)

Ich bitte Sie, sich wieder zu setzen. Wir werden das Abstimmungsergebnis außerhalb des Plenarsaals ermitteln und die Ergebnisse später bekannt geben. Die drei Minuten sind jetzt um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Präventionsprogramm gegen rechte Gewalt" auf Drucksache 16/11232. Dazu erfolgt jetzt die namentliche Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.27 bis 17.30 Uhr)

Ich darf wieder um Aufmerksamkeit bitten. - Die Stimmabgabe ist jetzt abgeschlossen, vielen Dank.

Ich rufe den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung auf: den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 16/11236 betreffend "Verwaltungsangestellte an Schulen". Wir können jetzt sofort beginnen. Auf geht's. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.31 bis 17.34 Uhr)

Ich darf um Ruhe bitten. - Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist jetzt abgeschlossen.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Ich rufe den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung auf: den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11276 betreffend "Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger". Auch hierzu jetzt namentliche Abstimmung. Drei Minuten. Es geht los.

(Namentliche Abstimmung von 17.34 bis 17.37 Uhr)

Ich bitte Sie wieder um Aufmerksamkeit. Die drei Minuten sind abgelaufen. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Das Nächste ist die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11283 betreffend "Energiewende - energetische Sanierung staatlicher Gebäude". Die Zeit für die Stimmabgabe: erneut drei Minuten. Wir fangen jetzt an.

(Namentliche Abstimmung von 17.38 bis 17.41 Uhr)

Darf ich Sie bitten wieder Platz zu nehmen? - Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert und anderer (SPD), Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012, Erneuerung und Instandsetzung von Brücken, Kapitel 03 80 Titel 772 08 Anlage A, auf Drucksache 16/11289. Darüber kann jetzt abgestimmt werden. Drei Minuten bitte.

(Namentliche Abstimmung von 17.41 bis 17.44 Uhr)

Wir nähern uns langsam, langsam dem Ende der Zeit. Wir kommen zügig voran. Keine Beschwerden? - Diese Abstimmungen sind das gesündeste, was wir heute machen: ein bisschen Bewegung. - Drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Die nächste Abstimmung ist zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/11305 zum Nachtragshaushaltplan für das Haushaltsjahr 2012, Erhöhung der Vereinspauschale, Kapitel 05 04 Titel 685 91. Die Abstimmung beginnt jetzt; drei Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.44 bis 17.47 Uhr)

Gleich werden die drei Minuten um sein. Ich bitte wieder um etwas mehr Aufmerksamkeit. Jetzt ist die Stimmabgabe abgeschlossen.

Ich rufe den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung auf. Wir bleiben sportlich. Es handelt sich um den Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz und anderer (SPD), Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012, hier Vereinseigener Sportstättenbau auf Drucksache 16/11306. Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt; drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.47 bis 17.50 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich lasse über den nächsten Änderungsantrag abstimmen. Es geht um den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11309. Darin geht es um 943 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte an allen Schularten. Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.51 bis 17.54 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Es beginnt die nächste namentliche Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11477. Es ist ein Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion. Dabei geht es um die Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr. Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt, drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.55 bis 17.58 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich schließe die Stimmabgabe. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse zwischenzeitlich über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER, Drucksache 16/11561, abstimmen. Hierbei geht es um den Darlehensrückfluss von der Flughafen München GmbH. Die Abstimmung ist eröffnet. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.58 bis 18.01 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir führen jetzt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 16/11565 betreffend "Versorgungsrücklage" durch. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Stimmabgabe.

(Namentliche Abstimmung von 18.01 bis 18.04 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 16/11566 betreffend "Versorgungsfonds". Ich eröffne die Abstimmung und bitte die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 18.05 bis 18.08 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse jetzt namentlich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11591 betreffend "Energiewende - Energieagenturen: Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen" abstimmen. Die Stimmabgabe ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 18.09. bis 18.12 Uhr)

Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse jetzt namentlich abstimmen über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11593 betreffend gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Studienbeiträge abschaffen.

Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

(Namentliche Abstimmung von 18.12 bis 18.15 Uhr)

Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11603 betreffend Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke gemäß Artikel 15 FAG.

Ich bitte, die Stimmkarten in die Urne einzulegen.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.18 Uhr)

Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich bitte jetzt um die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11604 betreffend Allgemeine Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten in die Urne zu legen.

(Namentliche Abstimmung von 18.19 bis 18.22 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmen draußen auszuzählen.

Ich lasse namentlich abstimmen über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11606 betreffend Zahlungen in Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds entsprechend dem Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern.

Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten in die Urne zu legen.

(Namentliche Abstimmung von 18.22 bis 18.25 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmen draußen auszuzählen.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, weil ich dann die Ergebnisse der einzelnen namentlichen Abstimmungen bekanntgeben möchte. Ich bitte, hier zu verbleiben, da noch weitere namentliche Abstimmungen stattfinden. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich kann Ihnen schon die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Zunächst zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11221, Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften. Mit Ja haben 83 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 87 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 32. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11222, Rechtspfleger. Mit Ja haben gestimmt 29 Abgeordnete, mit Nein 86. Enthaltungen gab es 33. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11224, Projekt Vollzug der Jugendstrafe in freier Form. Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 86 Abgeordnete und es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11232, Präventionsprogramm gegen rechte Gewalt. Mit Ja haben 65 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 88 und es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11236, Verwaltungsangestellte an Schulen. Mit Ja haben 65 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 85 und es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11276, Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger. Mit Ja haben 65 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84 und es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Energiewende - energetische Sanierung staatlicher Gebäude" auf der Drucksache 16/11283. Mit Ja haben 65, mit Nein 87 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Erneuerung und Instandsetzung von Brücken" auf der Drucksache 16/11289. Mit Ja haben 33, mit Nein 121 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Erhöhung der Vereinspauschale" auf der Drucksache 16/11305. Mit Ja haben 65, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Vereinseigener Sportstättenbau" auf der Drucksache 16/11306. Mit Ja haben 66, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

SPD-Änderungsantrag betreffend "943 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte an allen Schularten" auf der Drucksache 16/11309. Mit Ja haben 50, mit Nein 101 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr" auf der Drucksache 16/11477. Mit Ja haben 46, mit Nein 103 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Darlehensrückfluss von der Flughafen München GmbH" auf der Drucksache 16/11561. Mit Ja haben 32, mit Nein 85 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 30 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Versorgungsrücklage" auf der Drucksache 16/11565. Mit Ja haben 32, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 32 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Versorgungsfonds" auf der Drucksache 16/11566. Mit Ja haben 34, mit Nein 85 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 32 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Energiewende - Energieagenturen: Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen" auf der Drucksache 16/11591. Mit Ja haben 66, mit Nein 85 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Studienbeiträge abschaffen" auf der Drucksache 16/11593. Mit Ja haben 67, mit Nein 87 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG" auf der Drucksache 16/11603. Mit Ja haben 66, mit Nein 89 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 18)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Allgemeine Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände" auf der Drucksache 16/11604. Mit Ja haben 66, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Zahlungen in Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds entsprechend dem Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen in Freistaat Bayern" auf der Drucksache 16/11606. Mit Ja haben 54, mit Nein 89 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 20)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir alle Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen. Ich bedanke mich bei den Damen und Herren der Landtagsverwaltung dafür, dass die Stimmen so schnell ausgezählt wurden.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zur Abstimmung. Den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/11954.

Wer dem Nachtragshaushaltsplan 2012 unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen und der im vorher beschlossenen Änderungsantrag

auf der Drucksache 16/11997 enthaltenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung von Frau Kollegin Dr. Pauli ist der Nachtragshaushaltsplan 2012 in dieser Fassung angenommen.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden und vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die wir nicht einzeln abgestimmt haben, sind gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Ich verweise insoweit auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Teil I der Anlage 21)

Zum Nachtragshaushaltsplan 2012 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, den Ansatz bei Kapitel 13 03 Titel 546 49 (Vermischte Ausgaben zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans) entsprechend dem Ergebnis der parlamentarischen Beratungen anzupassen, und die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Nachtragshaushaltsplans 2012 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und von Frau Kollegin Dr. Pauli ist das so beschlossen.

Mit der Annahme des Nachtragshaushaltsplans 2012 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die in Teil II der aufge-

legten Liste enthaltenen Änderungsanträge und der Änderungsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP auf der Drucksache 16/11997 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

(Siehe Teil II der Anlage 21)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2012 selbst.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/10800, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/11616 bis 16/11623 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/11876 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/11616 und 16/11618 bis 16/11623 abzustimmen. Auf Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER soll über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/11616 und 16/11620 in namentlicher Form abgestimmt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge, soweit keine namentlichen Abstimmungen beantragt worden sind, insgesamt abstimmen und der Gesamtabstimmung das Votum des jeweiligen federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen? -Damit besteht Einverständnis. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweiligen federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Danke. Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung der Frau Kollegin Dr. Pauli übernimmt der Landtag diese Voten, und die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 16/11616 betreffend Zusätzliche Stellen im Nachtragshaushalt 2012. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals wiederum aufgestellt, und ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich denke, dass wir wiederum drei Minuten dafür ansetzen.

(Namentliche Abstimmung von 18.41 bis 18.44 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten wiederum außerhalb des Sitzungssaals auszuzählen.

Ich lasse jetzt gleich die namentliche Abstimmung durchführen über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 16/11620, betreffend Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten in die Urnen zu geben.

(Namentliche Abstimmung von 18.45 bis 18.48 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Ich bitte, die Stimmkarten auszuzählen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich noch um ein wenig Geduld; wir müssen erst das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen haben.

(Unterbrechung von 18.49 bis 18.50 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sitzung wieder auf und bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich gebe das Ergebnis der zwei soeben durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Änderungsantrag betreffend zusätzliche Stellen im Nachtragshaushalt, Drucksache 16/11616. Mit Ja haben gestimmt 15, mit Nein haben gestimmt 91, es gab 50 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 22)

Änderungsantrag betreffend Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich, Drucksache 16/11620. Mit Ja haben gestimmt 65, mit Nein haben gestimmt 89, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 23)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen, es wird jetzt über den Gesetzentwurf abgestimmt.

Zum Gesetzentwurf auf Drucksache 16/10800 empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf Drucksache 16/11876.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen und unter Berücksichtigung des vorher zum Nachtragshaushalt beschlossenen Änderungsantrags der Fraktionen der CSU und der FDP auf der Drucksache 16/11997 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Bei Gegenstimmen der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gegenstimme von Frau Kollegin Dr. Pauli ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Besteht damit Einverständnis, dass wir in einfacher Form abstimmen? - Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfohlenen Änderungen und unter Berücksichtigung des vorher zum Nachtragshaushaltsplan beschlossenen Änderungsantrags der Fraktionen von CSU und FDP auf der Drucksache 16/11997 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Fraktion der FREIEN WÄHLER, SPD-Fraktion,

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Frau Kollegin Dr. Pauli ist damit der Gesetzentwurf in der zur Abstimmung gestellten Fassung angenommen. Das Gesetz hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushalt 2012)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/11617 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2012 abgeschlossen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf mich sehr herzlich für die Disziplin bei den Abstimmungen bedanken. Ich denke, das war dem Hohen Hause und den Haushaltsberatungen angemessen.

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 05.04.2012

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)